

UNIVERSITY
OF
TORONTO
LIBRARY

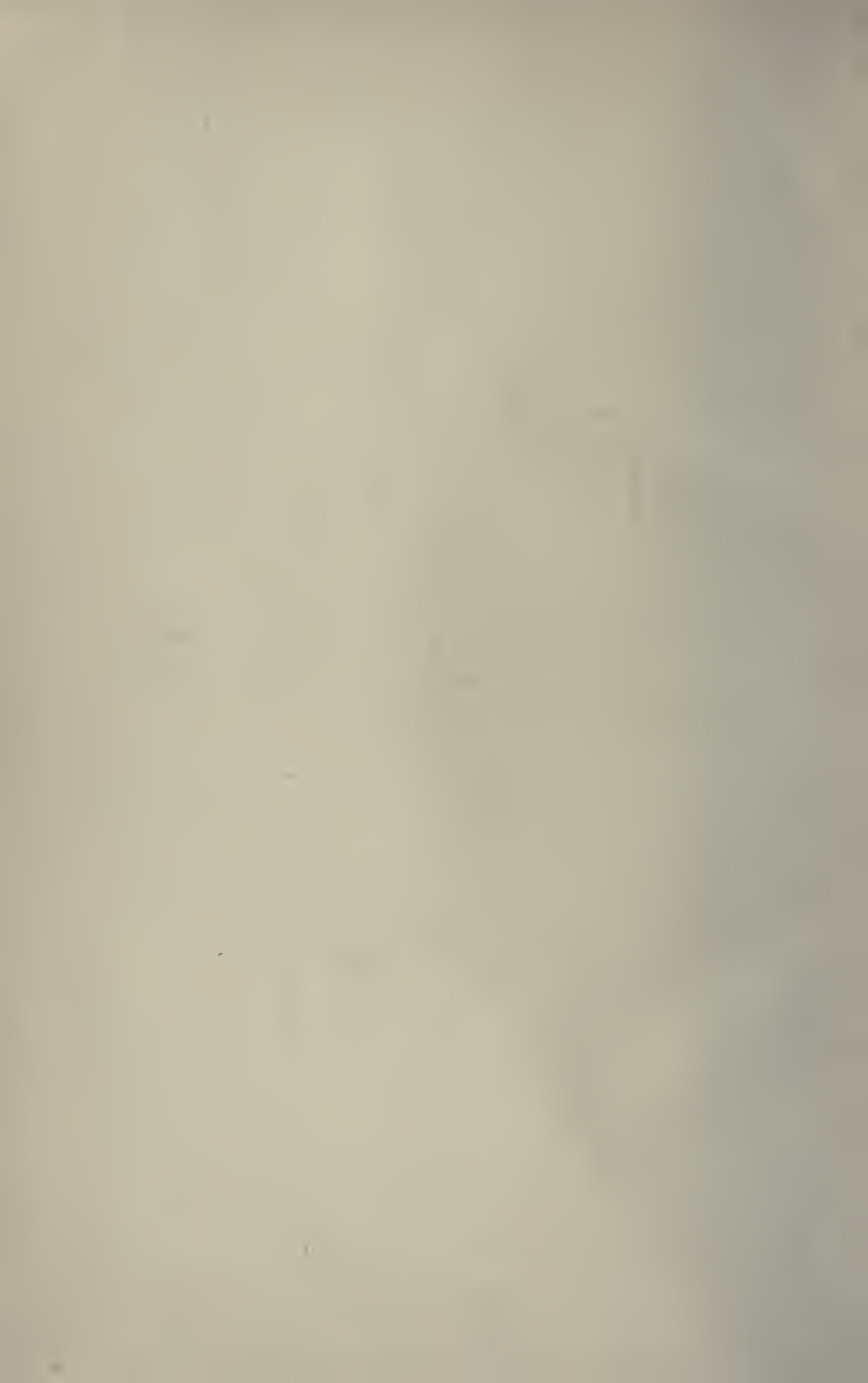


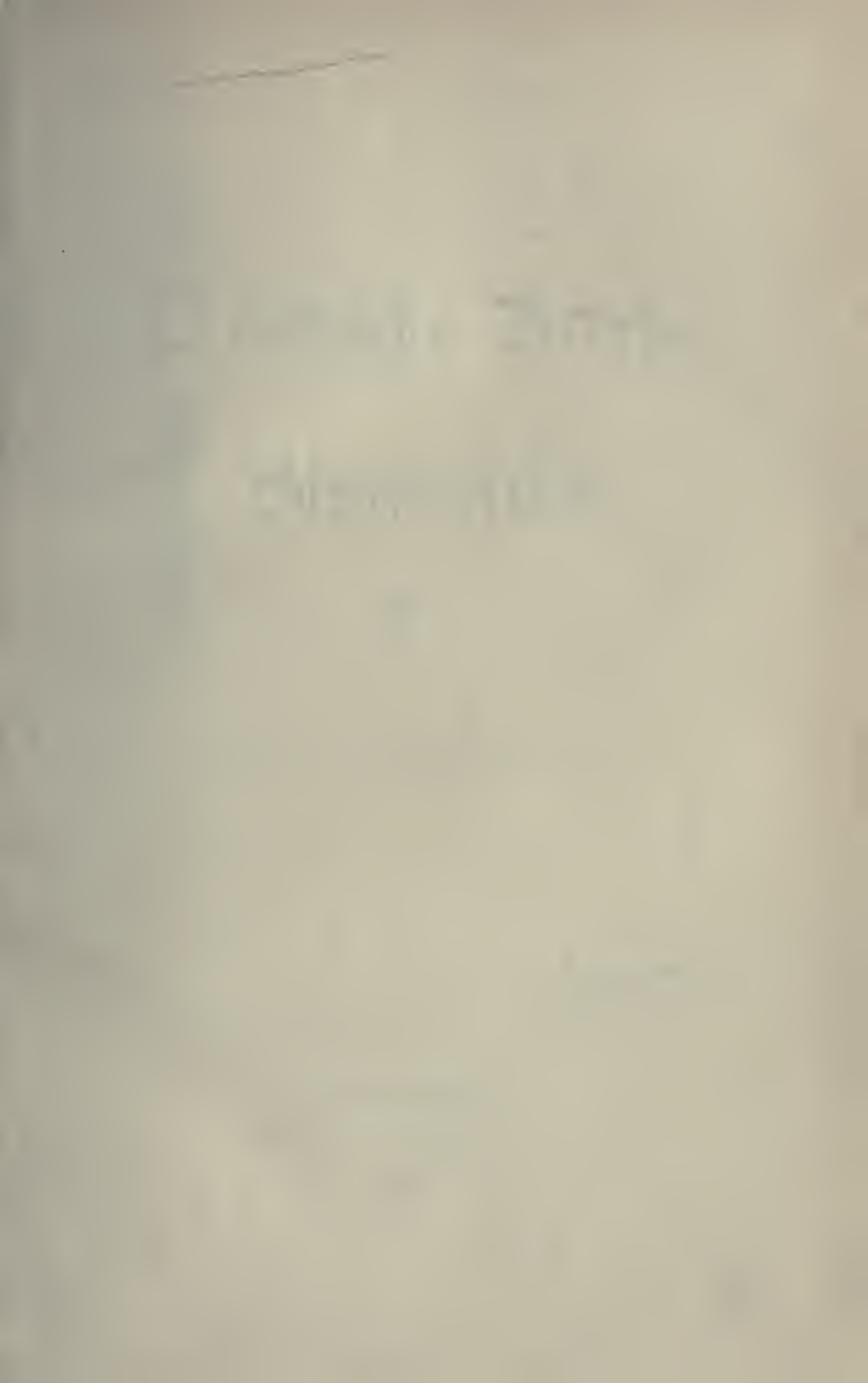
UNIVERSITY
TORONTO.
KING
ALFRED
LIBRARY
OF
HISTORY
FOUNDED BY
GOLDWIN SMITH
AND
HARRIET SMITH
1901

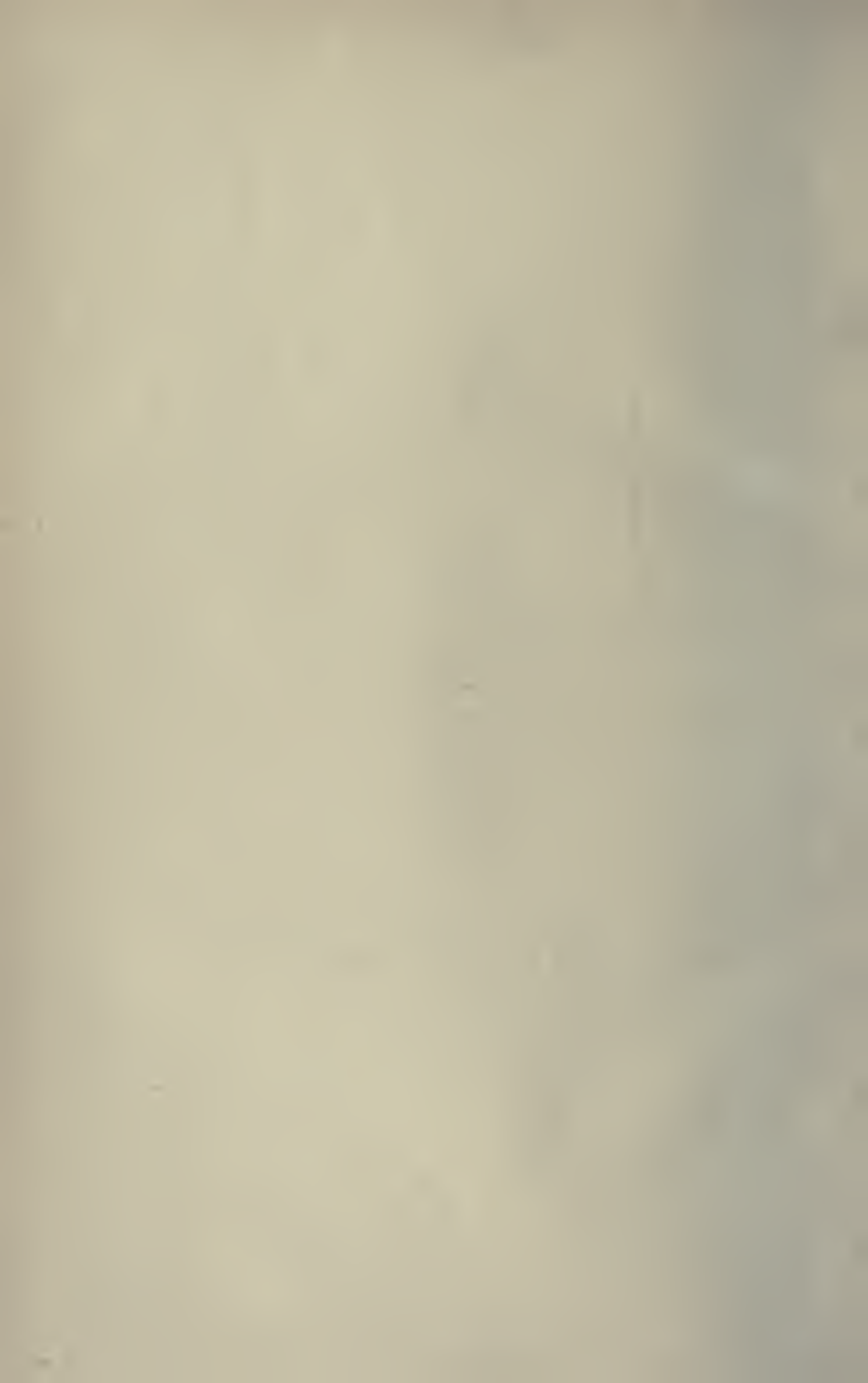












Politische Briefe Bismarcks.

Vierte Sammlung.

Berlin S.W.
Hugo Steinitz Verlag.
1893.



Vorrede.

Man hat die parlamentarischen Reden Bismarcks in verschiedenen Ausgaben gesammelt und dem großen Staatsmann Denkmäler in dessen öffentlich gesprochenen Worten gesetzt. Auch Unterredungen desselben mit mehr oder weniger hervorragenden Männern, die sich in Memoiren und Tagebüchern, wie in Zeitungsblättern zerstreut finden, sind gesammelt worden. Dazu kommen vertrauliche Briefe Bismarcks an Familienmitglieder, Freunde und Bekannte, die das Bild, das die öffentlichen Reden u. s. w. liefern, nach der Seite des Privatlebens hin zu vervollständigen geeignet sind.

Das Erscheinen der ersten drei Bände der gesammelten politischen Briefe Bismarcks, seien es private, seien es amtliche Kundgebungen, fiel noch in die Zeit der großen Wirksamkeit des Fürsten Bismarck.

Bald sind drei Jahre verflossen, seit jener erschütternden Katastrophe, die sich in der Mitte des Monats März 1890 vollzog und die in der Geschichte der deutschen Nation für alle Zeiten verzeichnet bleiben wird. Der erste Kanzler des von ihm selbst geschaffenen deutschen Reiches trat von der Bühne ab, die er fast achtundzwanzig Jahre als Leiter der Geschichte Preußens und Deutschlands inne gehabt.

Diese drei Jahre sind zum Heile Deutschlands nicht verflossen, ohne daß der verbannte Staatsmann wiederholt sein schwerwiegendes Wort über die Entwickelung, welche die Dinge nach ihm genommen, hat vernehmen lassen. Auch in einer Reihe von Briefen hat er von seinem lebhaften Interesse am Gange unserer Geschichte Zeugnis abgelegt.

Reicher allerdings ist für unseren Zweck, durch das hier vorliegende neue Unternehmen, den kostbaren, in Bismarcks politischen Briefen und Urkunden ruhenden Schatz der Nation zugänglicher zu machen, die Ausbeute ausgefallen, welche uns diejenigen Veröffentlichungen gewähren, die in den letzten drei Jahren Briefe aus der gesamten Vergangenheit des Staatsmannes, vom Revolutionsjahr 1848 an, aus ihrer Verborgenheit an's Tageslicht bezogen haben. Die hervorragendste Stelle unter solchen Publikationen nehmen die in der „Deutschen Revue" (Breslau, E. Trewendt) veröffentlichten für die moderne Geschichte Preußens und Deutschlands unschätzbaren Mitteilungen über das Leben des Grafen Roon ein. Der darin enthaltene reiche Briefwechsel des verstorbenen Kriegsministers umfaßt auch wichtige Schreiben Bismarcks an denselben; die in den, jetzt für die meisten Leser längst verwehten Zeitungsblättern, wieder abgedruckt sich gefunden haben, und nun hier neu gesammelt sind.

Die vorliegende Sammlung hat sodann aus früherer Zeit namentlich noch Schriftstücke Bismarcks aus der Frankfurter Periode berücksichtigt, um die drei Bände der „Politischen Briefe Bismarcks" nach dieser Seite hin zu vervollständigen.

Berlin im Oktober 1892.

Der Herausgeber.

Inhalts-Verzeichnis.

Seite

Seite



An die Redaktion der Magdeburger Zeitung.

Schönhausen, 30. März 1848.

Ew. Wohlgeboren

haben in die heutige Nummer Ihrer Zeitung einen „Aus der Altmark" datierten Artikel aufgenommen, der einzelne Persönlichkeiten verdächtigt, indirekt auch mich, und ich stelle daher Ihrem Gerechtigkeitsgefühl anheim, ob Sie nachstehende Erwiderung aufnehmen wollen. Ich bin zwar nicht der in jenem Artikel bezeichnete Herr, welcher von Potsdam nach Stendal gekommen sein soll, aber ich habe ebenfalls in der vorigen Woche den mir benachbarten Gemeinden erklärt, daß ich den König in Berlin nicht für frei hielte, und dieselben zur Absendung einer Deputation an die geeignete Stelle aufgefordert, ohne daß ich mir deshalb die selbstsüchtigen Motive, welche Ihr Korrespondent anführt, unterschieben lassen möchte. Es ist 1. sehr erklärlich, daß jemand, dem alle mit der Person des Königs nach dem Abzug der Truppen vorgegangenen Ereignisse bekannt waren, die Meinung fassen konnte, der König sei nicht Herr gewesen, zu thun und zu lassen, was er wollte. 2. Halte ich jeden Bürger eines freien Staates für berechtigt, seine Meinung gegen seine Mitbürger selbst dann zu äußern,

wenn sie der augenblicklichen öffentlichen Meinung widerspricht; ja nach den meisten Vorgängen möchte es schwer sein, jemand das Recht zu bestreiten, seine politischen Ansichten durch Volksaufregung zu unterstützen. 3. Wenn alle Handlungen Seiner Majestät in den letzten vierzehn Tagen durchaus freiwillig gewesen sind, was weder Ihr Korrespondent noch ich mit Sicherheit wissen können, was hätten dann die Berliner erkämpft? Dann wäre der Kampf am 18. und 19. mindestens ein überflüssiger und zweckloser gewesen und alles Blutvergießen ohne Veranlassung und ohne Erfolg. 4. Glaube ich die Gesinnungen der großen Mehrzahl der Ritterschaft dahin aussprechen zu können, daß in einer Zeit, wo es sich um das soziale und politische Fortbestehen Preußens handelt, wo Deutschland von Spaltungen in mehr als Einer Richtung bedroht ist, wir weder Zeit noch Neigung haben, unsere Kräfte an reaktionäre Versuche, oder an Verteidigung der unbedeutenden uns bisher verbliebenen gutsherrlichen Rechte zu vergeuden, sondern gern bereit sind, diese auf Würdigere zu übertragen, indem wir dieses als untergeordnete Frage, die Herstellung rechtlicher Ordnung in Deutschland, die Erhaltung der Ehre und Unverletzlichkeit unseres Vaterlandes aber als die für jetzt alleinige Aufgabe eines jeden betrachten, dessen Blick auf unsere politische Lage nicht durch Parteiansichten getrübt ist.

Gegen die Veröffentlichung meines Namens habe ich, falls Sie Vorstehendes aufnehmen wollen, nichts einzuwenden. Genehmigen Sie die Versicherung der größten Hochachtung, mit der ich bin

Ew. Wohlgeboren

ergebenster

Bismarck.

An den Herausgeber der Kreuzzeitung, Herrn Wagener.

Schönhausen, 6. Oktober 1850.

Aus Ihrem „Zuschauer“ sehe ich in meiner ländlichen Einsamkeit, wie sich die Kölner Zeitung schreiben läßt, daß ich einen Giftmischer suche. Da ich infolgedessen fürchten muß, von Lesern des Rheinischen Blattes mit unfrankirten Anstellungsgesuchen überhäuft zu werden, so erkläre ich, daß ich einen derartigen Wunsch, selbst im Scherz, neuerdings nicht ausgesprochen habe. Auch bin ich seit Vertagung der Kammern nicht mit Herrn von Kleist-Retzow in einer „zahlreichen Gesellschaft“ gewesen und sind mir überhaupt in den letzten Monaten nur solche „zahlreiche Gesellschaften“ vor die Augen gekommen, deren Mitglieder mir zu tief in der Wolle und, wie ich mir schmeichele, in ziemlich feiner zu sitzen scheinen, als daß ich bisher von ihnen erwarten konnte, sie würden sich zu Korrespondenten eines demokratischen Blattes hergeben. — Zur Beruhigung der Kölner Redaction und aller, die es sonst angeht, versichere ich ausdrücklich, daß ich mich augenblicklich in der eben so seltenen als angenehmen Lage befinde, niemand vergiften zu wollen, namentlich seit unter meinen dermaligen politischen Gegnern die Neigung zum Selbstmorde eine befriedigende Verbreitung findet. Sonst könnte die Kölner Zeitung, wenn sie es nicht ohnehin wüßte, sich aus ihren eigenen Korrespondenzartikeln überzeugen, daß ein Giftmischer heutzutage dem, der ihn verwenden will, weniger als jemals fehlt. Der Verfasser jener Notiz ist wahrscheinlich derselbe Geschäftsreisende, welcher mir in diesem Sommer im Coupé erzählte, daß er vor zwei Tagen in Leipzig mit Herrn v. B.-Sch. gegessen habe, und meinen bescheidenen Zweifel an der Möglichkeit dieses Faktums mit der Versicherung niederschlug, daß er

Herrn v. B. sehr genau kenne und selbst über das Erfurter Parlament mit ihm gesprochen habe. Ich vermutete gleich in diesem Herrn einen Korrespondenten der Kölnischen Zeitung. v. B.

Bericht an den Minister v. Manteuffel.

Betreffend die demokratischen Vereine in Frankfurt.

Frankfurt, 27. Mai 1851.

Unter den hiesigen Koryphäen habe ich auch Herrn von Blittersdorf kennen gelernt; seine rastlose geistige Lebendigkeit erinnert etwas an Bülow-Cummerow. Er hat einen lebhaften Haß gegen Herrn von Radowitz, der ihn dadurch verletzt hat, daß er ihn weder angenommen, noch seinen Besuch erwidert hat. Seitdem hat er sich auch mit Österreich überworfen und sich, wie er mir wenigstens sagt, von aller Mitwirkung von der Ober-Postamts-Zeitung zurückgezogen, weil man auf seine Ansichten der Preußisch-Österreichischen Frage nicht habe eingehen wollen. Da er dadurch eine jährliche Einnahme von 1000 bis 1200 Thlrn. aufgegeben hat, die er für seine Artikel von der Zeitung bezog, so muß, bei seiner Liebe zum Geld, der Bruch allerdings ernstlich sein. Er gilt hier für einflußreich durch Verbindungen mit Menschen und Zeitungen in allen Teilen Deutschlands; jedenfalls ist er ein gescheuter, praktischer Kopf. Seine politische Anschauung der Gegenwart sprach er dahin aus, daß ein ehrliches Zusammengehen Preußens und Österreichs, trotz aller Bemühungen von beiden Seiten, nicht werde erreicht werden, solange Österreich nicht materiell und formell die wenigstens in Deutschland jedenfalls vorhandene Gleichheit der Macht Preußens anerkenne und solange beide sich nicht über eine gegenseitige Abgrenzung ihres Einflusses auf die übrigen deutschen Staaten einigten.

Solange das nicht erfolge, werde Preußen mit oder ohne seinen Willen dahin gelangen, einer Österreichischen Initiative gegenüber dieselbe negierende und hemmende Rolle zu spielen, welche vor 1848 Süddeutschland den preußischen Bemühungen gegenüber durchgeführt habe. Blittersdorf geht in einigen Tagen nach Marienbad. Er scheint mit dem Dr. Kutscheit in engen literarischen Beziehungen zu stehen, und hat mir dieser zu verstehen gegeben, daß Blittersdorf sehr viel Wert darauf legen würde, wenn Ew. Excellenz ihn auffordern würden, von Marienbad nach Berlin zu kommen, um sich mit ihm politisch zu beraten. Ich kann nicht beurteilen, inwieweit Blittersdorf wichtig oder nützlich genug ist, um eine nähere Verbindung mit ihm für Ew. Excellenz wünschenswert zu machen. Eine interessante Persönlichkeit ist er immerhin, sehr viel Zutrauen Erweckendes hat er aber nicht.

Unter den Würdenträgern der Stadt passiert jetzt der jetzige erste Bürgermeister von Günderode für einen Freund Preußens; der zweite, Sieber, für das Gegenteil. Die Stadtverwaltung ist schwach und furchtsam; der Polizei-Senator Hessenberg lehnt, gegen etwaige politische Anzeigen und Zumutungen einzuschreiten mit den Worten ab: „Lassen Sie mich in Ruhe, ich bin selbst Demokrat." — — —

v. B.

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 29. Juni 1851.

Meine Erwartungen von den Resultaten der Bundestagsverhandlungen waren nicht hoch, als ich herkam, aber sie haben sich seitdem vermindert; wir müssen ohne Zweifel — — die Probe durchmachen, und ich will in aufrichtigen Bemühungen davon, so viel an mir liegen

kann, nicht nachlassen; aber ich glaube mich nicht zu täuschen wenn ich annehme, daß wir, abgesehen von dem außer der Berechnung liegenden Einfluß unvorhergesehener Ereignisse, über kurz oder lang dahin kommen werden, den Bundestag zwar als eine zweckmäßige Handhabe für gewisse allgemeine polizeiliche und militärische Maßregeln zu betrachten, auf eine organische Entwickelung deutscher Politik in ihm aber zu verzichten, und eine Befriedigung unserer Bedürfnisse in letzterer Beziehung mehr auf dem Wege der Separatverträge über Zölle, Gesetzgebung und Militärwesen zu suchen, innerhalb des uns durch die Natur angewiesenen geographischen Gebiets. Eine richtige Würdigung der gemeinsamen Interessen der deutschen Regierungen und der dadurch bedingten Notwendigkeit des Anschlusses an, und der Unterordnung unter einander ist hier so wenig vorhanden, daß der Bundestag eher das Bild eines bellum omnium contra omnes bei genauer Prüfung bietet, als das einer Verbindung zu anerkannt gemeinsamen Zwecken. Jeder der kleinen Höfe scheint vom Bundestage viel zu erwarten gegen geringe Leistung. In der Frage wegen des Austrittes unserer Provinzen wurde ein Eingehen auf unsere Wünsche, selbst bei unseren besten Freunden, erst dann bemerkbar, als ich Andeutungen machte, welche durchblicken ließen, daß Preußen, wenn es sogar in Fragen, bei denen es allein beteiligt sei, auf unnötige Opposition gegen seine Wünsche stieße, in seinen Erwartungen vom Bundestage erkalten und wider Willen zu der Notwendigkeit gelangen müsse, sich in abwartender Passivität auf seinen eigenen Schwerpunkt zurückzuziehen. Die Hinweisung auf derartige Eventualitaten, sowie auf Bundesbeschlüsse, deren strikte Durchführung den Kleinstaaten schwer oder unmöglich ist, beispielsweise das Militärkontingent von zwei Prozent, und Österreich gegenüber auf die Erwartungen, welche dessen Regierung unter Umständen von uns zu hegen

berechtigt sein könnte, gewährt Mittel der Unterhandlung, durch welche wir den Mangel an Verständnis der gemeinsamen Interessen auf Seiten unserer Verbündeten werden ersetzen müssen. Von letzteren haben wir nichts umsonst, d. h. auf Grund ihrer richtigen Einsicht und ihres guten Willens, zu erwarten, die Grenze, bis zu welcher sie uns entgegenkommen, wird vielmehr lediglich durch die Vorteile oder Nachteile bedingt, welche ihnen zu versprechen oder anzudrohen, in unserer Macht liegt. Diese, wie ich glaube, unzweifelhafte Disposition der übrigen Staaten, einschließlich Oesterreichs, setzt uns in die Notwendigkeit, jenseitigen Wünschen aller Art niemals aus Gefälligkeit, sondern nur gegen äquivalente Konzessionen zu entsprechen, auch dann, wenn ersteres ohne Unbequemlichkeit für uns geschehen könnte. v. B.

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 12. Juli 1851.

Die neuen Gespräche des Herrn v. Radowitz habe ich hier von Leuten verschiedener Parteien beurteilen hören; alle diese Kritiken stimmen darin überein, daß sie Bedeutenderes von ihm erwartet haben. Das Werk macht den Eindruck, als ob es mit einer gewissen Flüchtigkeit geschrieben wäre. Es scheint, daß gerade dieser Autor das „nonum prematur in annum“ nicht ungestraft vergißt. Im Vergleich mit den älteren Gesprächen drängt sich dem Leser die Ueberzeugung auf, daß letztere mit der Kraft und Liebe eines Mannes geschrieben sind, der wirklich glaubt, was er sagt, während die neueren die undankbare Aufgabe haben, zu beweisen, daß alle Handlungen des Verfassers mit den Grundsätzen in Einklang gewesen sind, die er für die seinigen von der Welt gehalten zu sehen wünscht. Das

Buch ist eingegeben von der Unfähigkeit zu sagen: „ich habe mich geirrt", verbunden mit dem Bestreben, seine Gegner zu verletzen und die Vielseitigkeit der Gegenstände, mit denen sich ein tiefer Denker beschäftigt, öffentlich zur Anerkennung zu bringen. Ich kann mir nicht denken, daß der König, wenn er dieses Buch mit Aufmerksamkeit liest, die Ueberzeugung einer Seelenverwandtschaft mit Herrn v. Radowitz festhält. v. B.

Am unerquicklichsten war gleich zu Anfang des Aufenthalts Bismarcks in Frankfurt der Zank über die im Jahre 1848 geschaffene Deutsche Nordseeflotte, welcher lange Monate hindurch die hohe Bundesversammlung in Atem hielt, und aus einem hartnäckigen Feilschen um eine unbedeutende Geldsumme allmählich zu einem Streite über die fundamentalen Fragen der ganzen Bundes-Verfassung heranwuchs, bis sich endlich die Gegensätze in dem kläglichen Geständnis lösten, daß man unter dieser Verfassung in Deutschland mit einer Flotte nichts andres zu beginnen vermochte, als sie in öffentlicher Versteigerung unter den Hammer zu bringen. Die Masse der über den Gegenstand erwachsenen Protokolle, Gutachten, Proteste und Berichte ist enorm und charakteristisch für die absolute Unhaltbarkeit des damaligen Zustandes. Der Gegensatz der formalen Rechtsauffassung barg auch eine nicht minder tiefe Verschiedenheit der realen Forderungen. Preußen wäre gern zu weitern Beiträgen bereit gewesen, wenn die neue Nordseeflotte mit der preußischen Marine dergestalt in Verbindung gesetzt würde, daß Preußen der gemeinsame Kriegsherr geworden wäre. Bei den Mittelstaaten waltete die Ansicht vor, Österreich möge die Flotte auf der Adria, Preußen die der Ostsee, die andern Staaten jene der Nordsee stellen. Österreich hätte am liebsten das System empfohlen, nach welchem die Nordseeflotte zur Verfügung des von ihm beherrschten Bundestags geblieben wäre. Kaum ein Jahr nach Olmütz standen die alten Tendenzen des Österreichischen Großdeutschlands, der Preußischen

Union und der mittelstaatlichen Trias sich gegenüber. Noch kam es zwischen ihren Vertretern nicht zum offenen Bruch, aber die Flotte ging an ihrer Unversöhnlichkeit zu Grunde.

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 1. November 1851.

In der gestern stattgehabten Bundestagssitzung habe ich diejenige Erklärung vorgelesen, welche Ew. Excellenz in angeschlossener Abschrift ehrerbietigst zu überreichen ich mich beehre.

Dem Grafen Thun hatte ich diese Erklärung früher vertraulich mitgeteilt und er hatte versucht, mich zu ihrer Unterdrückung und dem Entschluß zu bewegen, die Einzahlung pure zu leisten. Nach der Verlesung in der Sitzung erklärte er zunächst seine Verlegenheit, da er nicht wisse, wie er sich diesem Votum gegenüber zu verhalten habe, welches Rechtsdeductionen enthielte, deren Aufnahme in das Protokoll nicht geeignet schiene, weshalb er vorschlüge, diese Mitteilung mehr als eine vertrauliche zu betrachten.

Demnächst nahm Herr von Schele das Wort und erörterte, diese Preußische Erklärung zerfalle in drei Teile: 1. Beschleunigung der Angelegenheit; 2. die in Dresden zugesagte Einzahlung — mit diesen beiden Punkten sei er einverstanden. Allein bei dem dritten Punkte, Berichtigung der Umlage vom 8. Juli d. J. stelle Preußen Bedingungen, von denen er nicht berechtigt sei, seine Leistungen abhängig zu machen. Namentlich verlange Preußen eine dahingehende Entscheidung, daß die Flotte als Bundeseigentum nicht anzusehen sei, ehe es seiner Verpflichtung aus der Matrikularumlage vom 8. Juli d. J. genügen wolle. Ein solches Verlangen stehe geradezu im Widerspruch mit dem Bundesbeschlusse vom 6. September d. J., nach dessen Inhalt und namentlich nach dessen Motiven diese Frage ausdrücklich

ausgesetzt bleiben solle. Er müsse sich daher gegen die Annahme einer jeden unter solchem Präjudiz geleisteten Zahlung verwahren.

Ich setzte der Auffassung beider Herren entgegen, daß ich mich rücksichtlich der Verbindlichkeit Preußens aus der Umlage vom 8. Juli d. J. lediglich auf die Erklärung beziehen müsse, welche mein Herr Amtsvorgänger vom 30. Juli v. J. abgegeben habe. Ich bestritt wiederholt die Berechtigung der Majorität, für andre Zwecke als organische Bundeseinrichtungen den Bundesmitgliedern Verpflichtungen zu Zahlungen aufzulegen.

Ich äußerte, auf eine Divergenz der Ansichten bezüglich der deutschen Flotte nicht eingehen zu wollen mit dem Zusatze, daß die Preußische Erklärung hierzu auch keine Veranlassung darböte. Sie enthalte die Rechtsauffassung meiner Allerhöchsten Regierung und sei es den andern Regierungen ja unbenommen, auch ihre etwa entgegenstehende Rechtsansicht geltend zu machen.

Ich glaube darauf bestehen zu müssen, daß die Erklärung in der Form der Anlage in das Protokoll aufgenommen werde, weil im Falle der Nachgiebigkeit ein Fallenlassen des vom General-Lieutenant von Rochow am 30. Juli d. J. eingelegten Protestes gegen die Gültigkeit des Beschlusses vom 8. Juli gefolgert werden könne. Ich legte um so mehr einen besonderen Wert darauf, der Auffassung und Stellung der Königlichen Regierung zu dieser Frage einen officiellen Ausdruck zu geben, als ich mich aus dem Schreiben des Fürsten Schwarzenberg, welches Ew. Excellenz unter dem 20. v. M. mir mitteilten, wie aus der Haltung meiner Collegen in dieser Frage und namentlich der Gesandten derjenigen Staaten, welche zu der aus Preußischen Mitteln vorzugsweise geschaffenen Flotte die erste Zahlung noch nicht geleistet haben, im ganzen Laufe der Verhandlungen habe überzeugen können, wie wenig Anerkennung und Berücksichtigung die

Opfer finden, welche Preußen auf diesem Felde bereits gebracht und noch bringen könnte, und wie wenig eine Nachgiebigkeit von unserer Seite ein gleich entsprechendes Entgegenkommen in diesen oder in anderen Fragen erwarten läßt.

Diese Auffassung habe ich zwar nicht ausdrücklich in der Versammlung geltend gemacht, vielmehr bin ich mit Erfolg bemüht gewesen, wenn ich bei meinem Verlangen, die Erklärung in der anliegenden Fassung in das Protokoll aufgenommen zu sehen, passiv verharrte, auch nachdem Graf Thun in Aussicht stellte, er werde eine Gegenerklärung ähnlich der vom 30. Juli seiner Seits abgeben und zu diesem Ende auch das Protokoll offen halten.

Ew. Excellenz beehre ich mich, den Tenor der von mir abgegebenen Erklärung um des willen schon heute zu überreichen, damit, falls Ew. Excellenz mit der Fassung nicht einverstanden sein sollten, vor Unterschrift des Protokolls die Zeit bleibt, solche Änderungen, welche Ew. Excellenz auf telegraphischem Wege oder in umgehender Bescheidung etwa anbefehlen wollten, nachträglich im Protokolle zu berücksichtigen.

Ich erlaube mir indessen, die Beibehaltung mindestens desjenigen Grades von Entschiedenheit, wie er sich in der jetzigen Fassung findet, um so dringender zu befürworten, als mir die Äußerungen des Herrn von Schele in Bezug auf die Nichtbeibehaltung der Flotte als Bundeseigentum, die Stellung des Grafen Thun zu dieser Auffassung des Herrn von Schele und namentlich die gesammte jetzige Lage der Flottensache in der Commission der Sachverständigen die Überzeugung geben, daß es keineswegs in der Absicht, vielleicht nicht einmal in der Möglichkeit liegt, in dem kurzen bis zum Jahresschluß bleibenden Zeitraum die Angelegenheit bis zu dem Punkte zu entwickeln, daß fernere Opfer von Preußen für die Nordseeflotte nicht gefordert werden

würden, nachdem die Einzahlung der letzten Rate erfolgt wäre.

Ich befürchte vielmehr, daß ein ferneres Eingehen Preußens auf die gegenseitigen Wünsche ohne irgend einen Vorteil für die Königliche Regierung nur dahin führen wird, das Wertverhältnis zu den Kosten derselben nachteiliger zu stellen, die Aussicht auf eine Entschädigung für die von uns gebrachten Opfer zu vermindern, und ein wesentlich auf Preußische Kosten geschaffenes Institut noch länger unter dem vorwiegenden Einflusse derjenigen Staaten zu belassen, welche bisher noch gar keine Anstrengungen zur Herstellung desselben gemacht haben.

Obschon ich die Geltendmachung der Preußischen Interessen, wie sie in dem Rescripte vom 20. v. M. vorgeschrieben war, auch in vertraulichen Besprechungen mit dem Grafen Thun und dem Herrn von Schele stets nur in schonender und versöhnlicher Weise bewirkt habe, so kann ich mich doch des Eindrucks nicht verwehren, daß die Zumutungen, welche der Königlichen Regierung auf diesem Gebiete von ihren Verbündeten teils gemacht werden, teils in Aussicht stehen, die Grenzen billigen und bundesfreundlichen Ansinnens überschreiten.

Ohne Ew. Excellenz höherem Ermessen vorgreifen zu wollen, erlaube ich mir daher die Bitte zu wiederholen, mich zu autorisieren, auf dem in der anliegenden Erklärung betretenen Wege mindestens zu verharren, so lange von unseren Verbündeten nicht auf diesem oder auf einem anderen Felde eine den uns angesonnenen Opfern äquivalente Nachgiebigkeit für diesseitige Wünsche in sichere Aussicht gestellt wird.

v. B.

Die in der Bundestagssitzung abgegebene Erklärung des Herrn v. B. ging dahin, daß seine Regierung bereit sei, ihren Anteil an den in Folge der Dresdener Verabredungen unter dem 1. Februar 1851 für den Bedarf der Bundes-Centralverwaltung ausgeschriebenen Umlage von 910,000 fl. zu zahlen. Desgleichen auch den auf Preußen fallenden Beitrag der am 8. Juli 1851 ausgeschriebenen ferneren Umlage von 532,000 fl. unter der Bedingung, daß diese Zahlung die letzte sei, welche Preußen für die Unterhaltung der jetzigen Nordseeflotille zu machen habe. Weitere Bedingungen der Einzahlung waren, daß die Bundesversammlung beschließe, daß die gedachte Flotte ferner nicht als Eigentum des Bundes beizubehalten sei, mithin entweder von den Staaten, welche eine Nordseeflotte bilden wollten, gegen Erstattung des jetzigen Taxwertes übernommen, oder aufgelöst werde, und daß dieser Beschluß so zeitig erfolge, daß er jedenfalls noch vor Ablauf des Jahres 1851 und zwar dergestalt zur Ausführung gebracht werde, daß es keiner ferneren Einzahlung zur Unterhaltung jener Flotte bedürfe.

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 5. November 1851.

Die Gräfin Rossi (Henriette Sonntag) ist in allen Salons zu treffen; sie hat sich embelliert, seit sie Berlin verlassen hat, der kupfrige Teint ist ziemlich verschwunden. Sie spielt namentlich in der Nachtwandlerin und der Tochter des Regiments, mit einer Hingebung an die Rolle und einem Aufwande leidenschaftlicher Mimik, welche beweisen, daß sie sich auf der Bühne und unter dem fanatischen Beifall, der ihr wurde, mehr zu Hause fühlt, als in der gräflichen Wirklichkeit, und welche für mich das Peinliche des Kontrastes zwischen ihrer sozialen Stellung in Berlin und ihrem Anblick auf der hiesigen Bühne, in den durch das Stück bedingten körperlichen Beziehungen zu miserablen Mitspielern beträchtlich erhöhten. Graf Rossi ist derselbe,

wie in Berlin; er spielt den grand seigneur und hohe Partien, raucht unbezahlbare Zigarren, und jede drückende Empfindung über seine und seiner Frau Stellung scheint ihm fern zu liegen. — Madame Sonntag, wie sie hier genannt wird, empfängt nach drei Uhr die haute volée von Frankfurt und erregt die Unzufriedenheit der Kellner im Hôtel de Russie dadurch, daß sie erst um halb zwei mit kaltem Champagner zu Nacht speist.

Der gestrige kleine Ball bei Graf Thun vereinigte die Spitzen der hiesigen Gesellschaft. Die Toiletten würden in Berlin alles ekrasieren durch ihren Glanz, der durch reichen Diamantschmuck gehoben wird. Die Manieren der Damen sind äußerlich elegant, sie sprechen zum Teil gut und mit Ostentation französisch, waren in Paris, lassen ihre Männer zu Hause, die Unterhaltungen sind nach unseren Gewohnheiten nicht frei von Leichtfertigkeit. v. B.

Ueberreichung einer Abschrift der Gegnererklärung des Grafen Thun gegen die oben erwähnte Erklärung des Herrn von Bismarck.

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 6. November 1851.

Graf Thun zerlegt hierin die Preußische Erklärung hinsichtlich der Umlage von 532 000 fl. in zwei Teile, und bezeichnet Namens des Präsidiums nur den ersten Teil, d. h. die Erklärung der Bereitwilligkeit, den von der Umlage auf Preußen fallenden Teil zu zahlen, als maßgebend für die Bundesversammlung, während er die Bedingungen, an welche die Zahlung geknüpft wird, mit Rücksicht auf seine früheren Erklärungen als unzulässig darstellt.

Graf Thun dürfte nicht berechtigt sein, unsere Erklärung, welche im engsten inneren Zusammenhange steht, und als ein Ganzes abgegeben ist, auf diese Weise zu teilen, und nur den einen Teil, und zwar für die ganze Bundesversammlung als maßgebend anzuerkennen.

Ich habe deshalb das Protokoll noch nicht unterschrieben, sondern werde zunächst mit Graf Thun darüber sprechen, und falls er sich nicht zur Abänderung seiner Gegen-Erklärung verstehen sollte, eine Verwahrung hiergegen in das Protokoll aufnehmen lassen.

Postscriptum.

Ich habe soeben das Protokoll vollzogen, nachdem ich laut Verabredung mit Graf Thun am Schlusse seiner Auslassung die preußische Erklärung zugefügt habe: „daß ich nicht autorisirt sei, denjenigen Teil meiner Erklärung, welcher sich in der Erwiderung des Präsidii nicht wiedergegeben finde, fallen zu lassen. v. B.

Im Falle einer energischen Willenserklärung der Preußischen Regierung, an ihrem Recht auf die auf Preußische Mittel beschafften Materialien festhalten zu wollen, werde der Drang der mit dem 1. Januar 1852 eintretenden Geldnot eine Beschleunigung des Teilungsverfahrens herbeiführen.

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 11. November 1851.

Jedenfalls würde mein Antrag für jetzt gegen jede Offerte weiterer Geldverwendung durch Ankauf eines größeren als des natürlichen Anteils oder auf Zahlung von Beträgen über die Umlage für das zweite diesjährige Semester hinaus, ohne vorangegangene Separation, gerichtet sein. v. B.

Der Minister von Manteuffel erwidert, der einzige Weg, um endlich zum Ziele zu gelangen, sei der, daß diejenigen Staaten, aus deren Mitteln das vorhandene Material beschafft sei, sich darin nach Verhältnis ihres Anteils in diesen Mitteln naturaliter, und zwar im Wege gegenseitigen Angebots, teile.

Für die Marine in der Nordsee hatte Preußen, wenn die Einzollung der Vorschußumlage pro zweites Semester 1852 erfolgte, 2,066,685 fl. aufgewendet.

An Ludwig v. Gerlach.

Frankfurt, 16. November 1851.

Die Hamburger Sache versprach auf dem Wege, wie Hübbe sie eingeleitet hatte, nur ungewisse und späte Erfolge; ich habe mich deswegen mit dem Referenten des Reklamationsausschusses (Ultramontan Linde) dahin verständigt, daß er seinen Vortrag weniger beschleunigt und habe meinerseits als Mitglied des Reaktionsausschusses (der zur Ausführung des Beschlusses vom 23. August gewählt ist) die Angelegenheit ex officio aufgegriffen, gestern in diesem Ausschusse Vortrag gehalten, und nach zähem Widerspruch von Bayern und Darmstadt mit Österreich-Sächsischer Hilfe es durchgesetzt, daß dieser Ausschuß Hamburg auffordert, von weiterem Verfahren in der Sache hierher zu berichten. Dieser Erfolg wird Ihnen klein erscheinen, mir ist er wichtig in Betracht der ungünstigen Stimmung, welche die Hamburger Bevollmächtigten bei einem großen Teile meiner Kollegen verbreitet haben; indem sie Hübbe und Konsorten verdächtigen und die Neuntöter (Neuner) Verfassung als einen büreaukratischen Gewinn im Vergleich mit der alten darstellen; sie regieren besser und schärfer. Solche Leute, denen die Napoleonische Regierungsmaschine nicht ideal ist, finden Sie außer mir vielleicht nur zwei im Bundestage: Scheele und Oertzen, nach Abzug des Ehrgeizes etwa auch den Holsteiner Bülow. Überhaupt ist der Norddeutsche

Junker, mögen Sie in Ihren Rundschauen schelten wie Sie wollen, doch in Deutschland der Einäugige unter den Blinden, es giebt nur Junker und Schneider in diesem Lande, und der richtige Junker kommt nur in dem Norddeutschen Flachlande vor. Ich betrachte es als einen großen Gewinn, die schwerfällige Bundesmaschine überhaupt in dem Streite engagiert zu wissen; ist sie in Bewegung, so rollt sie langsam, aber von selbst, und wenn der Hamburger Senat die glückliche Kühnheit hat, sich dem Beschluß des verehrlichen Ausschusses nicht zu fügen, so schwellen den Herren hier die gewichtigen Köpfe und sie machen die Sache der alten Verfassung zu der ihrigen. v. B.

Ueberreichung des im Entwurfe vorliegenden Ausschußberichtes in der Flotten-Angelegenheit.

Der daselbst vorkommende Gedanken einer allgemeinen Norddeutschen, eventuell Zollvereins-Flotte unter einer vom Bunde getrennten Verwaltung, bei der Preußen ein vollständiger Einfluß gesichert sein müßte, sei der weiteren Verfolgung durchaus wert, „und vielleicht sogar diese Wendung der Sache die geeignetste zu einer praktischen Lösung der Flottenfrage".

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 19. November 1851.

Ich behalte mir vor, Ew. Excellenz hierüber noch einen ausführlichen Bericht vorzulegen, ohne zu verkennen, daß die Ausführbarkeit eines derartigen Planes lediglich von den finanziellen Dispositionen bedingt ist.

Der Ausschußbericht deute darauf hin, daß bis Jahresschluß die Ordnung der ganzen Angelegenheit wohl nicht werde erfolgen können, und daher für einige Monate des Jahres 1852 wohl noch werde Vorsorge getroffen werden müssen, durch Geldgewährung in bisheriger Weise, oder durch freiwillige Vorschüsse.

Hierbei mögen die Preußen entgegenstehenden Mitglieder des Ausschusses wohl weniger von der Hoffnung auf Willfährigkeit des größten Teiles der Regierungen zu neuen Geldbewilligungen belebt, als des Umstandes sich bewußt sein, daß, wenn nur die Vorschußzahlung Preußens auf die Umlage für das zweite Semester 1851 geleistet wird, alsdann schon in den bis ultimo 1851 bewilligten Geldern noch die Mittel ungefähr vorhanden sind, Sold und Verpflegung der Bemannung der Nordseeflotte noch etwa auf die ersten beiden Monate des künftigen Jahres bedecken zu können.... Es dürfte demnach umsomehr als ein Mittel zur Beschleunigung der definitiven Entscheidung über die Flottenfrage dienen, bei der Bedingung, unter welcher allein die Königliche Regierung ihren Anteil an der Vorschußumlage für das zweite Semester 1851 einzuzahlen sich bereit erklärt hat, nicht allein unwandelbar zu beharren, sondern auch noch unbedingte Verwahrung einzulegen gegen jede weitere Belastung Preußens mit Unterhaltungskosten vom 1. Januar 1852 an und weitere Verkürzung seines Guthabens an der Flotte an der Nordsee. v. B.

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 19. November 1851.

Ich glaube nicht, daß der Bundestag in seiner jetzigen Gestaltung das letzte Wort in unserer Politik sein könne, vielmehr sehe ich in demselben nur eine Schale, innerhalb welcher sich das, was in der Unionspolitik an gesunden und praktischen Elementen lag, auszubilden hat, und welche von selbst abfällt, wenn der Kern reif ist. So lange aber die Unsicherheit der jetzigen politischen Lage gegenüber der Revolution ein enges Zusammengehen mit Österreich, und vorausgesetzt, daß die Österreichische Politik nicht aggressiv

gegen uns verfährt, eine Vertagung der zwischen beiden Staaten unvermeidlich vorhandenen Streitfragen gebietet, dürfte es allerdings durch die Notwendigkeit gegeben sein, solche Pläne, welche den Bestand des Bündnisses mit Österreich gefährden, nicht ostensibel zu Tage treten zu lassen. Indessen können wir an letzterem System nur dann festhalten, wenn Österreich eine ebenso rücksichtsvolle Haltung uns gegenüber in allen Punkten bewahrt. Geschieht dies nicht, so würde ich, insoweit es mir vergönnt wäre, meine Ansicht über diesen Punkt bei Ew. Excellenz geltend zu machen, mich lediglich von der unbestreitbaren Thatsache leiten lassen, daß das kaiserliche Kabinet des Preußischen Bündnisses in der nächsten Zukunft in höherem Grade und mit mehr Wahrscheinlichkeit bedürfen wird, als wir des Österreichischen.

v. B.

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 27. Dezember 1851.

In der soeben beendigten Bundestagssitzung habe ich die Erklärung abgegeben, welche ich in Abschrift hieneben beifüge.

In demnächstiger vertraulicher Besprechung wurde mir eingewendet, daß selbst dann, wenn die Bundesversammlung unbedingt auf das Verlangen Preußens, eine sofortige Naturalteilung der Flotte zu bewerkstelligen, eingehen wollte, hiezu mehr Zeit erforderlich sei, als bis zum 31. Dezember cr. vor uns liege, Preußen habe aber die ausdrückliche Bedingung für die Einzahlung seines Anteils an der Vorschußumlage gestellt, daß die Flottenangelegenheit bis zum 1. Januar k. J. erledigt sein müsse; wenn die Auffassung strikte durchgeführt werde, so fehlte es an jeglichem Mittel, die Flotte zu erhalten, bis zur Ermöglichung der Ausführung des Preußischen

Antrages; man müsse daher für die Zwischenzeit seine Zuflucht zu einer Anleihe auf den Credit des Bundes, eventuell gegen Verpfändung von Schiffen bei einem Banquierhause nehmen. —

Eine Verpfändung von Schiffen bei Privatpersonen bezeichnete ich demnächst als eine der Kritik der öffentlichen Meinung zum voraussichtlichen Nachteil des Bundes unterworfene Maßregel und deutete an, ob es nicht, im Fall man sich über ein solches Verfahren überhaupt einige, wozu ich meine Einwilligung für jetzt nicht in Aussicht stellen könne, angemessener sei, einer deutschen Regierung, die etwa dazu geneigt wäre, Schiffe in Pfand zu geben.

An Ew. Excellenz erlaube ich mir die Anfrage zu richten, ob ich mich für autorisiert halten darf, im Fall die Bundesversammlung darin willigt, der Königlichen Regierung eine nach Verhältnis der bisher von Preußen eingezahlten Beiträge zu bemessende Anzahl von Schiffen als Pfand zu bestellen, die rückständige Rate der Vorschußumlage vom 8. Juli für zahlbar zu erklären?

Der zu verpfändende Flottenanteil würde ohne Präjudiz für das Mehr, das Preußen bei definitiver Naturalteilung an Schiffen zu beanspruchen hatte, nach Bemessung des Gesammtwertes der Flotte in seinem Verhältnis zu dem der einzelnen Schiffe, festzustellen sein, und zwar dergestalt, daß man annehmen kann, daß der Wert, der in den verpfändeten Schiffen steckt, Preußens reines Guthaben an der Flotte mindestens um den Belauf der zu zahlenden Preußischen Quote der Vorschußumlage vom 8. Juli cr. übersteigt.

Wir wären dann für unsern Vorschuß auf alle Fälle gedeckt und hätten Aussicht, die Sache, soweit wir beteiligt sind, faktisch zu Ende gebracht zu sehen, ohne die Grundsätze, welche wir in Bezug auf die Umlage vom 8. Juli cr. festgehalten haben, aufzugeben.

Der bisher von Preußen direkt geleistete Aufwand beläuft sich in runder Summe auf 1 600 000 fl. Die Unterhaltungskosten, welche auf uns fallen, wenn alle Staaten exklusive Österreich Teil nehmen, betragen ebenfalls in runder Summe 700 000 fl. Unser Guthaben wird daher im günstigsten Falle 900 000 fl. nicht übersteigen.

Ich halte durch ein derartiges Abkommen die Rechte der Königlichen Regierung für gewahrt und halte ein Eingehen unserer Bundesgenossen um des willen nicht für unmöglich, weil die heutige Abstimmung über die Ausschußanträge ganz resultates gewesen ist und die Verlegenheit den höchsten Grad erreicht hat.

Nur Österreich stimmte ziemlich unumwunden, und die Gruppen der Hannoverschen Conferenz unter den bekannten Modifikationen den Ausschußanträgen bei. Alle anderen lehnten direkt oder indirekt ab, und wurde die Sache an den Ausschuß zurückgewiesen, welcher übermorgen, Montag, Sitzung haben soll und seine beschleunigte Thätigkeit auf unverzügliche Beschaffung von Geldmitteln zu richten haben wird.

v. B.

Nach Inhalt der erwähnten Erklärung wollte Preußen zu einer neuen Vereinbarung über die Bundesflotte erst dann die Hand bieten, wenn eine Auseinandersetzung über das jetzige Nordseegeschwader stattgefunden habe. Zunächst sei ferner festzustellen, welche Staaten künftig an der Nordseeflottenabteilung sich zu beteiligen wünschten. Zur Aufhebung der bisherigen Gemeinschaft an der Flotte verlange Preußen für sich die Naturalteilung nach Verhältniß dessen, was es zur Anschaffung beigetragen habe. Die Unterhaltung der Flotte während der verflossenen Jahre müsse sämmtlichen Bundesstaaten zur Last fallen. Schließlich erfolgte eine Verwahrung gegen jede Aufnahme von Anleihen unter Verpfändung der Schiffe an Privatpersonen vor erfolgter Naturalteilung.

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 28. Dezember 1851.

Aus meinem gestrigen, am Schluß der Bundestagssitzung erstatteten Bericht werden Ew. Excellenz entnommen haben, wie vollkommen resultatlos die Abstimmung über die Anträge gewesen ist, welche der Flotten-Ausschuß auf Grund des von dem Wiener Cabinet eingebrachten Planes einer dreiteiligen contingentierten Bundesflotte gewesen ist. Außer Österreich, welches sich bereit erklärte, von den projektierten überseeischen Stationen, außer dem Mittelmeer noch Brasilien zu übernehmen, stimmten nur Nassau und zwei der Staaten der 16. Curie dem Ausschußentwurf der Hauptsache nach bei.

Sodann näherten sich dieser Abstimmung am meisten die Ew. Excellenz bekannten modificierten Ausschuß-Anträge, wie sie Hannover, Oldenburg, Braunschweig und die Hansastädte auf der Conferenz zu Hannover verabredet hatten. Alle übrigen Staaten erklärten sich entweder ganz abgeneigt, auf die Sache einzugehen, wie Bayern, Württemberg und andere, oder verlangten eine nicht genauer präzisierte stärkere Belastung der Nordseestaaten entweder dadurch, daß die Beitragsverhältnisse zur Flotte nicht nach der Matrikel, sondern nach der Billigkeit verteilt würden, oder unter der Gestalt, daß die Seestaaten die Flotte allein halten und ihnen dafür ein durch Mehrgestellung der Binnenstaaten zu übertragender Nachlaß an dem Contingent zum Bundesheere bewilligt werde.

Ich hatte nicht erwarten können, daß die Abstimmungen so weit auseinander gingen, zumal in den letzten Tagen grade einige von den Gesandten, deren Staaten gar nichts für die Flotte thun wollen, in meiner Gegenwart mit Lebhaftigkeit die Ansicht vertreten hatten, daß die Anschaffung

einer Bundesflotte durch Deutschlands Ehre und Interesse gleichmäßig geboten sei.

So unter Anderen Herr von Reinhard. Wie die Sachen liegen, würde auch dann nichts zu Stande gekommen sein, wenn Preußen vollständig auf die von dem Ausschuß vorgeschlagenen Anträge Österreichs eingegangen wäre, da sich keine, zur Unterhaltung einer Flotte ausreichende Anzahl unter den 34 der Nordsee zuzuweisenden Staaten zur Ausführung des Planes hat bereit finden lassen.

Die Verlegenheit darüber, wie das Geld zu beschaffen sei, welches unter allen Umständen für die Flotte, sowohl zur Deckung bereits vorhandener Rückstände, als auch zur Unterhaltung derselben während der noch so kurzen Frist bis zu ihrer Auflösung erforderlich sein wird, hat den höchsten Grad erreicht und machte sich bei einer vertraulichen Unterhaltung nach der Sitzung in teils niedergeschlagenen, teils gereizten Äußerungen Luft.

In einer Privatunterhaltung, an welcher außer dem Grafen Thun und mir die eifrigsten Verfechter der Flotte, die Herren von Eisendecher und Brehmer, beteiligt waren, erneuerte sich der Prinzipienstreit über die Competenz des Bundestages zu der Umlage vom 8. Juli und legte man mir die Frage vor: was denn jetzt nach Preußischer Ansicht zu thun sei? Ich erwiderte, daß die Beantwortung dieser Frage weniger schwer gewesen sein würde, wenn die eben erfolgte Abstimmung nicht 14 Tage über den Termin hinaus, an welchem die Instruktionsfrist abgelaufen war, aufgeschoben worden wäre.

Dieser Aufschub ist von Seiten des Grafen Thun in der Absicht veranlaßt worden, inzwischen über die Hannoverschen Vorschläge sowohl die Instruktion seines Hofes einzuholen, als auch auf Grund derselben eine Vereinigung der Regierungen zu ermöglichen; es war dies inzwischen nur in Bezug auf Nassau durch den Einfluß des F. M. Leutenant

Grafen von Leiningen-Westerburg, welcher viel und erfolgreich mit Seiner Hoheit dem Herzoge verkehrt, gelungen.

Ich machte jene Herren demnächst darauf aufmerksam, daß die Reihe, Vorschläge zu machen, weniger an Preußen sei, welches längst und rechtzeitig auf Einschlagung anderer Wege gedrungen habe, als an denen, welche consequent die jetzt gescheiterten Pläne verfolgt hätten, ohne sich zu vergegenwärtigen, was in dem von Anfang an überwiegend wahrscheinlichen Falle des Nichtzustandekommens ratsam und dann auch ausführbar sein werde: Ich sei meinesteils mit keiner anderen Instruktion als mit der durch meine Abstimmung kundgegebenen versehen.

Falls indessen der Bundestag die Königliche Regierung ersuchen wolle, gegen Verpfändung von Schiffen, eine Summe zur Bestreitung der nächsten unvermeidlichen Zahlungen vorzuschießen, so sei ich bereit, diesen Vorschlag zu befürworten, könne indessen über die Aufnahme desselben keine bestimmte Ansicht aussprechen, da diese Frage bisher bei uns nicht zur Sprache gekommen wäre und ich nur persönlich auf dieses Mittel verfiele, weil ein analoges Geschäft schon früher einmal mit der Oldenburgischen Regierung gemacht worden sei.

Diese von mir angeregte Idee wurde von dem Bürgermeister Brehmer, der unter dem Eindruck der vergangenen Sitzung sichtbar körperlich leidend war, mit Bitterkeit aufgenommen. Graf Thun bemerkte dazu, daß der Bund von der Königlichen Regierung eine andere als eine Abschlagszahlung auf den rückständigen Matrikularbeitrag vom 8. Juli nicht werde annehmen können, dagegen war der Königlich Bayrische Gesandte der Meinung, daß dieser Ausweg ein sehr zweckmäßiger sei, wenn ich nur die schleunige Autorisation bekäme, ein Geschäft der Art abzuschließen.

Demnächst hatte ich mit Graf Thun eine Unterredung unter vier Augen, welche damit begann, daß er erklärte:

seine Gesundheit erlaube ihm nicht, die Geschäfte in der unerfreulichen Wendung, welche sie seit 14 Tagen genommen hätten, noch lange fortzuführen, er müsse vielmehr auf seine Abberufung antragen. Er habe bei dem Fürsten Schwarzenberg vor einiger Zeit einen dreiwöchentlichen Urlaub für sich unter Substitution Preußens beantragt, um seine Gesundheit herzustellen.

Bei der jetzigen Haltung Preußens, die sich ganz besonders in den heftigen und bitteren Artikeln officieller und halbofficieller Blätter kundgebe, müsse er diesen Antrag zurücknehmen und zur Aufrechthaltung des Friedens in der Bundesversammlung selbst anwesend bleiben.

Die feindselige und mit der Bedeutung der Sache selbst nicht in Verhältnis stehende Behandlung des Streites über das Verfahren des Publications-Ausschusses berühre ihn um so schmerzlicher, als er in den Zeitungsartikeln nicht selten meine Ausdrücke wiedererkenne, und in der ganzen Angelegenheit der Fehler, wenn überhaupt einer vorläge, ihm persönlich zur Last falle, indem er eine Veröffentlichung, die immerhin sorgfältiger hätte bearbeitet werden können, nicht gehindert habe. Eine Absicht habe darin nicht gelegen, denn Niemand könne mehr, als er selbst, von der Notwendigkeit des Zusammenhaltens mit Preußen und von der Fruchtlosigkeit aller Bestrebungen, denen diese Grundlage fehle, überzeugt sein.

Er habe den besten Beweis gegeben, indem er mit vieler Mühe verhindert habe, daß die Erbitterung seiner Kollegen über das Auftreten Preußens sich in amtlicher und folgenreicher Gestalt Luft mache. Unsere Auflehnung gegen Majoritätsbeschlüsse müsse notwendiger Weise den Bund sprengen.

Ich bemerke beiläufig, daß Graf Thun vermöge der nervösen Reizbarkeit seiner Constitution allerdings unter der Einwirkung unangenehmer Geschäfte Laune und Gesundheit

verliert, indem er zur Schlaflosigkeit und zu nervösen Kopfschmerz inkliniert. Einen Teil der Schuld trägt dabei eine unregelmäßige und mangelhafte Zeiteinteilung und die Schwierigkeit, die er in seinem Charakter noch darin findet, das Sachliche von dem Persönlichen zu trennen. Ich beklage seine Mißstimmung aufrichtig und würde es sehr ungern sehen, wenn eine Änderung in der Person des Österreichischen Gesandten stattfände, da die Wahrscheinlichkeit wohl dafür ist, daß sein Nachfolger vorsichtiger und verschlossener sein, aber nicht dafür, daß er eine Änderung der Schwarzenberg'schen Politik mitbringen würde.

Ich suchte den Grafen darüber zu beruhigen, daß das Verfahren, welches die Preußische Regierung geglaubt habe einschlagen zu müssen, durchaus keine Beziehung auf seine Person habe, und daß die Differenz nicht zwischen uns persönlich, sondern zwischen den Kabineten liege und dort auch keine willkürliche, sondern eine durch die historischen und politischen Verhältnisse gegebene sei, daß es uns indessen scheinen müsse, als ob dem Wiener Kabinet die Notwendigkeit des Zusammenwirkens mit Preußen nicht in demselben Maße gegenwärtig sei, wie ihm selbst, und daß wir uns deshalb in der für uns unerwünschten Lage befänden, die üblen Folgen des Mangels am Einverständnis zu praktischer Anschauung zu bringen; wolle man in der Bundesversammlung durch eine strikte und rücksichtslose Durchführung des Majoritätssystems eine, Preußen wider seinen Willen zwingende Behörde ausbilden, so werde man diesem letzten Bande deutscher Einheit ein Gewicht anhängen, welches zu tragen es unvermögend sei.

Die Bundesverfassung sei meines Erachtens nicht darauf berechnet, Beschlüssen, bei welchen Österreich oder Preußen sich in der Minorität befänden, unter allen und jeden Umständen Nachdruck zu verleihen, man habe deshalb auch bis zum Jahre 1848 die formelle Berechtigung der Majorität

cum grano salis zur Anwendung gebracht, und wenn auch oft genug Vorschläge Österreichs und Preußens gefallen seien, so glaube ich doch nicht, daß man damals irgend welche durchgreifende Beschlüsse gefaßt habe, sobald denselben von Seiten einer der beiden Großmächte energischer Widerstand geleistet worden sei, und man habe sich damals nicht der Illusion hingegeben, durch den Mechanismus der Majoritäten-Abstimmung den tausendjährigen Dualismus Deutschlands für beseitigt zu halten.

Mit einer weiteren Schilderung unserer Besprechung über die Berechtigung jedes Teiles in den Handelspolitischen und anderen Differenzen wage ich Ew. Excellenz nicht zu belästigen.

In der Flottenfrage selbst läßt sich meines Erachtens das, was Preußen erstrebt, dahin zusammenfassen, daß wir dem Provisorium der jetzigen Nordseeflotte durch Teilung der brauchbaren und Verkauf der unbrauchbaren Schiffe ein Ende machen und unsern Anteil in natura herausnehmen wollen. Dieser Zweck läßt sich zu einer endgültigen Verwirklichung in den wenigen Tagen, die bis Ablauf dieses Jahres bleiben, nicht führen, es dürfte daher zur beschleunigten Einleitung der Sache förderlich sein, wenn sofort eine provisorische Teilung auf Grund ungefährer Wertsannahmen in Pausch und Bogen stattfände, indem für Preußen der vierte Teil der Flotte, als dem mutmaßlichen Guthaben in seinem Verhältnis zum Gesammtwert entsprechend, ausgesondert würde.

Von dem Augenblick an, wo dies geschehen wäre, würde Preußens Verbindlichkeit, in irgend einer Weise noch zur Unterhaltung des Überrestes der Flotte beizutragen, selbstredend und ohne Streit beseitigt sein, dagen die Fürsorge für das von Preußen zu übernehmende Vierteil der Flotte den Charakter der Verwaltung einer eigenen Marine annehmen, so daß also bei Auswahl unserer Schiffe die Absicht, sie zu behalten, maßgebend wäre.

Ich zweifle nicht, daß dann, nachdem etwa die Seestaaten, welche eigene Schiffe halten wollen, ihr Ausscheiden in analoger Weise bewirkt hätten, die Bundesversammlung sich schnell damit einverstanden erklären würde, die noch verbleibenden Schiffe, da effektiv untaugliche in der Flotte sein sollen, so gut man kann, zu veräußern. Der Erlös hieraus würde zur Deckung der Forderungen derer, welche Einzahlungen gemacht haben, Schiffe aber nicht halten wollen, so weit es reicht, zu verwenden sein. Der dann bleibende Ausfall würde die Unterhaltungskosten und die bisherige Abnutzung repräsentieren, und einstweilen die Vorschüsse aus Bundesfonds, also die Gesammtheit des Bundes treffen. Ob letzteres im Rechte begründet sei und die übrigen Bundesglieder es sich definitiv gefallen lassen, müßte, nach erfolgtem Liquidationsverfahren, Gegenstand der Verständigung, eventuell des Austrägalverfahrens bleiben.

Ich beabsichtige, wenn Ew. Excellenz es nicht anders befehlen, diesen Plan vertraulich mit meinen Kollegen zu besprechen, vor der Hand natürlich nur als einen Vorschlag, den ich Ew. Excellenz machen wollte, falls er Unterstützung in der Bundesversammlung fände.

Geht letztere im Laufe dieser Woche auf das Anerbieten ein, so glaube ich annehmen zu dürfen, daß dadurch die Bedingungen, von welchen die Königliche Regierung die Zahlung des Vorschusses vom 8. Juli abhängig gemacht hat, annähernd erfüllt wären, und würde ich um die geneigte Autorisation bitten, mich unter diesen Modalitäten zu der Zahlung bereit zu erklären. Ich halte dies für umsomehr für erwünscht, als anderen Falles die Punkte, über welche unlösliche principielle Spaltungen stattfinden, um diesen einen vermehrt bleiben würden, da die Bundesversammlung den rechtswidrigen Weg, welchen sie am 8. Juli betrat, zu entschieden verfolgt hat, um umkehren zu können, und eine

Zurücknahme der Preußischen Auffassung mir ebenso unmöglich erscheint.

Jedenfalls bitte ich, wenn meiner Auffassung Ew. Excellenz hohe Billigung zu Teil wird, mich der Hauptsache nach telegraphisch bescheiden zu wollen, indem nur ein rasches und sicheres Vorgehen meinerseits den beabsichtigten Erfolg verspricht. Genehmigen Ew. Excellenz meinen Vorschlag nicht, so weiß ich nun keinen anderen Rat, als passiv abzuwarten, welchen Ausweg die Anderen einschlagen.

v. B.

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 28. Dezember 1851.

Ew. Excellenz beehre ich mich beifolgend einen Bericht zu übersenden, dessen Äußeres ich nachsichtig zu beurteilen bitte, da ich ihn eben diktirt und vor der Poststunde nicht mehr Zeit habe, ihn abschreiben zu lassen.

Können Ew. Excellenz mir von dem wesentlichen Inhalt, namentlich von den letzten sechs Seiten eine Copie anfertigen lassen, so würde ich sehr dankbar dafür sein.

Zu erwähnen habe ich in demselben versäumt, daß in den Abstimmungen von Bayern und Sachsen Bezug genommen war auf die ungewisse Lage der Zoll- und Handelsverhältnisse, in der von Württemberg sogar auf die Möglichkeit des Auseinandergehens der Interessen Nord- und Süddeutschlands. In der Nassauischen Ministerfrage berichtet Canitz, der heut bei mir ist.

Herr von Dungern, der für den vorzüglichsten Ratgeber des Herzogs bisher gilt, klagte mir vorgestern auf dem Feste in Wiesbaden, daß der Herzog ihm Manches zu verschweigen scheine, namentlich habe er fast täglich Conferenzen mit Graf Leiningen, über deren Inhalt Niemand etwas

erfahre. Auch Vollpracht hat zu Wintzingerodes Sturz lebhaft mitgewirkt. Derselbe ist sehr eitel, und dadurch traitable, wenn man ihm schmeichelt; er geht nach Wien, und glaubt die Wege zwischen Preußen und Österreich in der Hand zu halten; er will mich vorher noch besuchen.

Unsere Preßfehde wegen der Publication (scil. der Bundestags-Verhandlungen) hat tiefen und schmerzlichen Eindruck gemacht und die Herren etwas zur Besinnung gebracht.

Für den Augenblick möchte ich unmaßgeblich für Waffenstillstand unsererseits sein, damit wir den Gegner nicht verhärten.

Wenn Ew. Excellenz es erlauben, und hier der Zustand der Geschäfte danach ist, so möchte ich gern zur Wiedereröffnung der Kammersitzungen oder bald nachher wieder nach Berlin kommen, werde aber Ew. Excellenz desfalsige Weisung erwarten.

In meinen heutigen und gestrigen Flottenvorschlägen bin ich von der Ansicht ausgegangen, daß wir jedenfalls selbst eine mäßige Marine halten werden.

Wäre es nicht angemessen, mit Hannover eine Verständigung über die vorgeschlagene Art der Auseinandersetzung über die Schiffe einzuleiten? Vielleicht schlägt Herr von Scheele selbst eine gemeinsame norddeutsche Organisation vor, nach der gestrigen Abstimmung muß er jede andere Hoffnung auf etwas Haltbares fallen lassen. Schlagen wir es vor, so möchte das weiße Pferd der Welfen Anfangs etwas stutzen und Sattel und Zaum wittern. v. B.

Frhr. v. Canitz, Legationsrath, war beim Großh. Hessen-Nassau und Frankfurt a. M. als Vertreter Preußens beglaubigt, Hr. v. Dungern, Gesandter für Braunschweig und Nassau, Vollpracht, Präsident der Nassauischen Ministerialabtheilung seit Januar 1850.

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 29. Dezember 1851.

Ew. Excellenz beehre ich mich, in der Kürze das Resultat der Ausschußsitzung in der Flotten-Angelegenheit zu melden. Nach einer vorgängigen vertraulichen Besprechung zwischen Graf Thun und mir, bei welcher ich darauf beharrte, daß Preußen ohne Erfüllung der von ihm gestellten Bedingungen nicht zahlen werde, erklärte Graf Thun im Ausschuß, daß er keinen anderen Ausweg aus der Verlegenheit sehe, als die durch Preußen gestellten Bedingungen faktisch zu erfüllen.

Herr von Schrenk entgegnete, daß es ihm nicht zulässig scheine, einer Regierung, welche die Ausführung eines Bundesbeschlusses verweigere, in ihren an dieselbe geknüpften Forderungen nachzugeben, und verlas seinerseits ein Referat über die jetzige Sachlage, welches auf den Vorschlag hinauskam, die Bundesversammlung solle durch ausdrücklichen Beschluß die Flotte als Bundeseigentum anerkennen, dann falle das Motiv der Preußischen Verwahrung, und die Berechtigung der Bundesversammlung, über die Umlage vom 8. Juli hinaus noch einen Vorschußbeitrag von etwa 200 000 fl. auszuschreiben, um aus demselben die Unterhaltung der Flotte bis zum 1. April zu bestreiten, sei dann ganz außer Zweifel gestellt, da es sich um die augenblickliche Conservierung von anerkanntem Bundeseigentum handeln werde.

Württemberg und Darmstadt gaben ihre Zustimmung zu diesem Antrage kund; Österreich und Sachsen bekämpften ihn lebhaft und stellten entgegengesetzte Separatvota in Aussicht. Ich sprach die Ansicht aus, daß sich aus der Anerkennung des Eigentums an der Flotte kein anderer Schluß werde ziehen lassen, als der, daß die rückständigen

Matrikularzahlungen aus der ersten Umlage (von 1848) einzuziehen seien, außerdem könne ein solcher Beschluß dem Bunde das Eigentum nicht verleihen, wenn er es nicht ohnehin schon habe.

Graf Thun kam darauf zurück, daß er keinen praktischen Ausweg sehe, als die Erfüllung der von Preußen für die Zahlung seines Betrages am 31. October cr. gestellten Bedingungen. Herr v. Münch schlug vor, es bei Nr. 1 dieser Preußischen Forderungen (daß die Flotte als Bundeseigentum nicht beizubehalten sei) zu belassen, wogegen ich einwandte, daß nur die Annahme von Nr. 2 (daß weitere Beträge zur Flotte nicht erhoben werden sollten) eine baldige Ausführung des Verlangens ad 1 sicher stellte, indem sonst das faktische Aufhören des jetzigen Zustandes auf das Unbestimmte hin verschoben bleibe.

Unter Widerspruch des Herrn v. Schrenk und stillschweigender Billigung der übrigen Ausschußmitglieder erklärte dann Graf Thun, daß er in einer auf übermorgen anzuberaumenden Sitzung selbst das Referat Namens des Ausschusses in dem von ihm bezeichneten Sinne, Erfüllung unserer Bedingungen, erstatten merde.

Wenn wir unseren Anteil an der Umlage vom 8. Juli zahlen, so ist, auch ohne Rücksicht auf die übrigen dann einfließenden Rückstände, der Bedarf der Flotte, nach Angabe der Kassenabteilung, bis zum Ende des Januar gedeckt, und die Garantie gegen fernere Verschleppung des Provisoriums würde in dem Beschlusse liegen, daß die Flotte nicht beizubehalten, und fernere Einzahlungen nicht zu leisten seien.

Werden die von uns gestellten Bedingungen auf diese Weise erfüllt, so haben wir meines Erachtens keinen ferneren Grund, unsere Zahlung zurückzuhalten, und würde ich dann eventuell, wenn Ew. Excellenz mir nicht noch übermorgen telegraphisch Gegenbefehl erteilen, die Zahlung in Aussicht stellen. Die Ausführung des Teilungsplanes

der Flotte würde dann im Laufe des Januar zu erfolgen haben. Die Verlegenheit, in welcher man sich zur Zeit befindet, scheint die Träger entgegenstehender Ansichten zur Nachgiebigkeit zu disponieren. v. B.

Der Minister Manteuffel erwidert, der drohende Mangel an Fonds allein biete so wenig pro ultimo Januar genügende Garantie gegen fernere Verschleppung als bisher. Preußen wolle zahlen, sobald nur die wirkliche Erledigung der Sache gesichert sei, und zwar durch Überweisung eines dem preußischen Guthaben ungefähr entsprechenden und für Preußen brauchbaren Teils der Schiffe nach billiger Schätzung (Telegramme an Herrn v. Bismarck vom 30. und 31. Dezember 1851).

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 3. Januar 1852.

Herr von Eisendecher ist heut früh von hier nach Hannover abgereist, woselbst er morgen Nachmittag eintreffen wird. Er hat ein Schreiben des Grafen Thun mitgenommen, in welchem dem Hannoverschen Ministerium die Notwendigkeit entwickelt wird, durch eine bare Vorschußleistung für die Marine eine den Hannoverschen Interessen entsprechende Abwickelung der Sache möglich zu erhalten. Ich habe meinerseits gestern Abend dem Herrn von Eisendecher in der Absicht, daß er auf Herrn von Schele in diesem Sinne wirken möge, die Auffassung der Königlichen Regierung und die Verträglichkeit derselben mit den Bestrebungen Hannovers auseinandergesetzt, indem ich ihm erklärte, daß unser Bestreben keineswegs dahin ginge, die Geldverlegenheit des Bundes zur Erlangung unbilliger Vorteile zu benutzen, sondern nur eine Garantie gegen fernere Verschleppung zu haben.

Wir verlangen nur einen mäßigen und auf die Dauer garnicht rechtlich zu bestreitenden Teil der Schiffe, während Hannover für sich und Namens der übrigen Teilnehmer an einer etwaigen Nordseeflotte nicht einmal die nach Abzug eines Preußischen Anteils verbleibenden Schiffe sämmtlich in Anspruch nehmen werde.

Sollten die Bemühungen des Herrn von Eisendecher in beiden Richtungen fruchtlos bleiben, so spricht die größte Wahrscheinlichkeit dafür, daß der Bundestag ungeachtet der Verwahrung Preußens zu einer Anleihe, mit oder ohne Verpfändung von Schiffen, bei einem Bankhause schreiten werde, da die Gereiztheit gegen uns wegen fortgesetzter Verweigerung der Einzahlung augenblicklich noch so stark ist, daß ich nicht glaube, man werde sich den von uns gestellten Bedingungen ohne Weiteres unterwerfen. Unter diesen Umständen schien es mir, so gern ich der Präsidentenwahl in der Kammer beigewohnt hätte, nicht thunlich, Frankfurt jetzt zu verlassen.

Graf Thun erklärte sich im Fall meiner Abreise zur Annahme der Substitution nur mit der Modalität bereit, daß er in allen Abstimmungen für die Flotte Preußen das Protokoll offen halten werde. In einem solchen Falle würde meiner Ansicht nach die Majorität jeden ihr convenierenden Beschluß über die Beschaffung von Geld für die Flotte fassen und ausführen und sich, dem nachträglich zu Protokoll gegebenen Widerspruche Preußens gegenüber, auf die zwingende Gewalt der Umstände und der Geldnot berufen.

Jedenfalls geht meine unvorgreifliche Ansicht dahin, daß ich das Resultat der bei Hannover gethanenen Schritte hier abzuwarten haben würde, um die dann stattfindende Sachlage nach Möglichkeit weiter zu benutzen.

v. B.

In der Bundestagssitzung vom 31. Dezember 1851 war über die Flottenangelegenheit Beschluß gefaßt, eine Einigung aber nicht erzielt worden. Das Votum des Herrn v. Bismarck wich von den Ausschußanträgen ab.

Der Minister Manteuffel ersucht Herrn v. Bismarck, seine Reise nach Berlin nicht aufzuschieben, „Ihre Anwesenheit für etwa acht Tage ist anderweit dringend zu wünschen, und wird auch die Verhandlungen mit Hannover (scil. in der Flottenfrage) fördern. Während letzterer werde es zu keinem Beschlusse in Frankfurt kommen. Eventuell sei gegen jede den Preußischen Erklärungen und Anträgen widersprechende Beschlußfassung Verwahrung einzulegen. Wolle Graf Thun die Substitution nicht ohne die angedeutete Beschränkung annehmen, so sei Herr von Bothmer zu substituieren. (Telegramm vom 5. Januar 1852). — Herr v. Bismarck reist am 6. Januar nach Berlin ab.

Depesche an den Legationsrat Wentzel.

Berlin, 9. Januar 1852.

Ich bitte Sie, den alten Herrn von Rothschild von der Stellung Preußens zu dem Flottenanlehen persönlich in Kenntnis zu setzen; wir werden für die uns erwachsenden Nachteile Regreß nehmen. v. B.

In der Bundestagssitzung vom 7. Januar war nach lebhafter Debatte eine Anleihe, erforderlichen Falls bei Rothschild, unter Verpfändung der bei ihm deponierten Bundesgelder bis zur Höhe des Betrages der Rückstände von den Umlagen vom 28. April und 8. Juli 1851 beschlossen worden. Graf Thun hatte für Preußen dagegen protestiert. Holstein, Luxemburg, und Sachsen-Weimar hatten sich dem Proteste angeschlossen, alle übrigen waren für den Beschluß. Der Flotten-Ausschuß war zugleich beauftragt worden, schleunigst Vorschläge wegen definitiver Regelung der Sache, d. h. Auflösung der Flotte zu machen.

An den Legationsrat Wentzel.

Berlin, 10. Januar 1852.

Preußen betrachtet die beabsichtigte Gelderhebung nicht als Bundesanleihe; die bei Rothschild deponierten Bundesgelder hat man nicht das Recht, ihrer traktatenmäßigen Bestimmung zu entziehen. Protestieren Sie bei Rothschild gegen Verwendung oder Verhaftung dieser Gelder; wir behalten uns gegen das Haus Rothschild den Regreß für alle uns oder dem Bunde aus der Zahlung erwachsenden Nachteile vor. Suspendieren Sie einstweilen jede noch nicht geleistete Zahlung an die Bundeskassen, auch die schon angewiesenen.

Letzteres, und daß dieser Protest nötigenfalls ein notarieller sein werde, lassen Sie Graf Thun vertraulich wissen. Präsidialverfügungen hat Rothschild keine Pflicht zu befolgen in Anleihesachen, er zahlt auf seine Verantwortung.

v. B.

Legationsrat Wentzel telegraphiert am 10. Januar 1852, er habe den aufgetragenen Protest Herrn von Rothschild persönlich übergeben. Derselbe schwanke, was er thun soll, er sei in großer Not und Aufregung.

An den Legationsrat Wentzel.

Berlin, 12. Januar 1852.

So lange die Flotte als Bundeseigentum nicht anerkannt ist, werden wir Verwendung von Bundesgeldern auf und von uns nicht gebilligte Dispositionen über die Flotte als rechtmäßig nicht erfolgt betrachten und behandeln. Für widerrechtlich uns zugefügten Schaden haften uns alle von uns für Bundeskassen zu erwartenden Zahlungen. Sie wollen

das dem Grafen Thun und gelegentlich anderen Gesandten mitteilen.

Ein Protest nach meinem Schreiben ist erst bei weiteren jenseitigen Beschlüssen der Bundesversammlung zu formulieren. Will Graf Thun die Substitution nicht behalten, so fragen Sie Herrn von Bothmer vertraulich, ob er sie übernehmen werde. Von Nachgeben ist hier bei Niemand die Rede. v. B.

Am 11. Januar 1852 hatte der Legationsrat Wentzel Herrn v. Bismarck telegraphiert, Rothschild wolle, aller Vorstellungen ungeachtet, morgen 60 000 fl. zahlen und den Protest zurückschicken. Graf Thun sei in großer Aufregung. „Er hält den Protest für eine Beleidigung des gesammten Bundes und für eine Verhöhnung der Bundesbeschlüsse. Wegen seines Wunsches unter solchen Umständen der Substitution Preußens enthoben zu sein, berichte ich ausführlich. Die Dinge stehen auf der Spitze."

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 29. Januar 1852.

Ew. Excellenz werden bereits im Besitz des von mir in der Sitzung am 24. cr. abgegebenen Votums und darauf begründeten Antrages in der Flottensache sein.

Die Abstimmung über letzteren, sowie über die Frage, ob die Flotte Bundeseigentum sei, wird nach erfolgter Ablehnung meines Antrages auf sofortige Entscheidung erst am 10. Februar geschehen, und dann ersichtlich werden, inwieweit die Mehrheit der Bundesversammlung bei den am 24. cr., trotz der Preußischen Verwahrung, zum Beschluß erhobenen Ausschußanträgen Nr. 2 bis 5 verharrt. Vorauszusehen ist, daß dieselben Schwierigkeiten, durch welche die Versammlung zu den am 7. cr. gefaßten Beschlüsse gedrängt wurde, nach dem 10. Februar, bis wohin ungefähr der

Betrag der Anleihe reichen dürfte, von neuem eintreten würden, da nicht abzusehen ist, daß die Aufforderung zu Vorschußzahlungen, welche in Nr. 3 der letzten Ausschußanträge an die Staaten gestellt worden ist, welche Schiffe übernehmen würden, von Erfolg sein werde.

Zwar hat der Königlich Bayrische Bundesgesandte mir heute vertraulich erklärt, daß seine Regierung bereit sei, sich bei der Nordseeflotte mit einem Anschaffungskapital von 800 000 und mit einem jährlichen Beitrage von 200 000 Gulden zu beteiligen, auch sofort Vorschußleistungen zur Erhaltung der Flotte bis zur definitiven Regulierung zu leisten; indessen wird die erstere Zahlung von der Bedingung abhängig gemacht, daß sich nach Lage der Zollverhandlungen die Nichtherstellung einer Zollgrenze zwischen Nord- und Süddeutschland als gesichert betrachten lasse; und die zugesagten Vorschüsse werden uns unter der Voraussetzung angeboten, daß alle Bundesstaaten und namentlich auch Preußen, in deren prioritätische Rückerstattung willigen. Auf meine Versicherung, daß Preußen bei seinen wiederholt abgegebenen Verwahrungen verharren werde, erklärte Herr von Schrenk, daß er dann nicht wisse, wie am 10. Februar Geld zu beschaffen sein werde. Das ganze Bayrische Anerbieten macht mir den Eindruck eines Versuchs, die Bereitwilligkeit Bayerns, für nationale Zwecke Opfer zu bringen, in ein günstiges Licht zu stellen, die wirkliche Leistung aber durch Stellung unwahrscheinlicher oder weitaussehender Bedingungen zu vermeiden, und sich gleichzeitig in den Stand zu setzen, die Schuld des Mißlingens auf die Weigerung Preußens zu schieben.

Ich werde bei den ferneren Verhandlungen folgende drei Gesichtspunkte festzuhalten suchen:

1. Jede fernere Verschleppung und damit verbundene Verminderung des aktiven Flottenwertes, durch Abschneiden der Geldmittel, bis zum wirklichen

Beginn der Auflösung der Flotte durch den Bund zu verhindern.

2. Matrikularmäßige Verteilung des sich bei definitiver Liquidation ergebenden Verlustes an der Flotte durch Mindererlös, Abnutzungs- und Unterhaltungskosten auf sämtliche Bundesstaaten.
3. Abfindung Preußens durch Schiffsmaterial in natura.

Letzteres erscheint mir, abgesehen von allen anderen Gründen, schon um deshalb fortdauernd wünschenswert, weil wir die Schiffe gegen ein bereits verausgabtes Kapital erwerben würden, dessen Wiedererstattung durch die Liquidation vielleicht jahrelang verzögert würde, und weil man es auf diesem Wege vermindert, den Verlust, den Preußen an dem Flottenunternehmen macht, als Differenz zwischen der eingezahlten und zurückerhaltenen Summe in Ziffern zur öffentlichen Anschauung gebracht zu sehen.

Herr von Bismarck trägt demnächst seine Ansicht über die vermutlich eintretenden Eventualitäten der Abstimmung dem Ministerpräsidenten vor, und rät, im Falle des Eingehens der Bundesversammlung auf seinen am 24. Januar gestellten Antrag, die Rate Preußens an der Umlage vom 8. Juli zu zahlen; dadurch würde das Ausscheiden Preußens aus einer Lage, deren Verwicklungen das Ende nicht absehen lassen, beschleunigt und die Möglichkeit gegeben werden, den durch die Anleihe vom 7. cr. erregten Principienstreit zu beseitigen.

Geschieht Letzteres nicht, so ist zu befürchten, daß die Folgen dieses Streites zu einer Bedeutung erwachsen, die mit der Erheblichkeit des Objektes in keinem Verhältnis steht. Denn einerseits scheint mir die Würde der Preußischen Regierung es nicht zu gestatten, daß dieselbe sich verfassungswidrigen Beschlüssen unterwirft, und andererseits ist die Bundesversammlung so weit gegangen, daß ein Einlenken

kaum thunlich bleibt. Außerdem spricht für die Zahlung, sobald wir durch den Besitz von Schiffen gesichert sind, der Umstand, daß durch dieselbe die Gleichheit aller Regierungen in der Beteiligung von Vorschüssen hergestellt und dadurch ein praktischer Weg angebahnt wird, den Gesammtausfall an der Flotte vorläufig auf alle Regierungen zu verteilen, indem die Erstattung sämtlicher Vorschüsse vertagt wird, eine Auffassung, für welche die Majorität dem Anschein nach gesinnt ist, und die nur von Österreich lebhaft bekämpft wird. Vor Vollendung dieses Berichts besuchte mich Herr von Bothmer und bestätigte mir auch seinerseits die Auffassung, daß das Königlich Bayrische Anerbieten nach den Bedingungen, von welchen die Erfüllung abhängig gemacht würde, als ein illusorisches zu betrachten sei, und selbst wenn es zur Ausführung komme, sei der angebotene Betrag nicht ausreichend, denn wenn die übrigen Staaten in einem ähnlichen Verhältnis zu ihrer Matrikel zahlten, wie dies von Bayern angeboten wäre, so würden die Nordseestaaten, um einjährliche Raten von 800 000 Thalern herzustellen, immer noch ungefähr das 7 fache ihres Matrikularbeitrages aufzubringen haben.

Obschon auf diese Weise auch Herr von Bothmer nicht bezweifeln konnte, daß das Zustandekommen einer Einigung zwischen den Staaten des Nordseekontingents höchst unwahrscheinlich sei, indem die übrigen Staaten zum Teil gar nichts, keinesfalls aber so viel als Bayern würden bewilligen wollen, so hielt er dennoch nicht ohne Zähigkeit an der Durchführung des Planes der Hannoverschen Regierung fest und beklagte, daß Preußen bei dem Verlangen der Naturalteilung der Flotte beharre, indem er glaubte, erst dann jede Hoffnung aufgeben zu müssen, wenn die Staaten des Nordseekontingents nicht mehr die freie Wahl aus sämtlichen vorhandenen Schiffen hätten. Er sprach von der Notwendigkeit eines Congresses aller beteiligten Staaten.

Dieser Meinung zu weitaussehenden, kostspieligen Besuchen gegenüber scheint es unvermeidlich, daß die königliche Regierung, wenn am 10. Februar weder eine anderweitige definitive Entscheidung getroffen, nach den preußischen Anträgen gewillfahrt wird, peremtorisch erklärt, nicht nur unter keinen Umständen irgend welche ferneren Ausgaben für die Flotte tragen, sondern auch, als Sicherheit für jeden ihr über die schon gemachten Bewilligungen hieraus erwachsenden Nachteil, ihre sämtlichen Beiträge zu Bundeskassen einbehalten zu wollen.

Ich trage darauf an, mich zu einer derartigen amtlichen Erklärung zu autorisieren, falls am 10. Februar weder das Bundeseigentum unbestritten anerkannt, noch zur sofortigen Auflösung geschritten, und auch ein diesseitiges Anerbieten von Zahlung der Vorschußumlage gegen Übergabe von Schiffen wiederholt abgelehnt wird. v. B.

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 4. Februar 1852.

Je näher der Termin zur Abstimmung in der Flottensache heranrückt, um so mehr befestigt sich bei mir die Ueberzeugung, daß auch der 10. Februar der Unsicherheit in dieser Angelegenheit kein Ende machen wird . . .

Wird der Versuch gemacht, die Flotte noch ferner auf Kosten der Staaten, deren Geld in dem schon ungebührlich belasteten Wert des Materials steckt, provisorisch beizubehalten, so bleibt meines Erachtens nichts anderes übrig, als daß wir zuerst den Antrag stellen, nunmehr auf Grund der, voraussichtlich von der Mehrheit zu erlangenden Anerkennung des Bundeseigentums, Österreich, Bayern, Sachsen, Hessen und Luxemburg zur Zahlung der Matrikular-

beiträge von 1848 direct aufzufordern; wenn aber dies in der Versammlung Schwierigkeiten findet, unsererseits officiell zu erklären, daß wir uns in der Notwendigkeit befinden, für den Schaden der uns aus der widerrechtlichen Beibehaltung der Flotte, der dadurch herbeigeführten Belastung und Wertverminderung, sowie aus der nicht matrikularmäßigen Verteilung dieser Nachteile erwächst, uns durch Zurückhaltung unserer regelmäßigen Beiträge für Bundeszwecke bezahlt zu machen.

Denn meines unvorgreiflichen Ermessens ist unsere Stellung in dem Bunde, der uns für die Leistungen Preußens an Geld und Schutz, im Fall wir seiner bedürfen, gewiß kein größeres Äquivalent gewahrt, als die Interessen unserer Bundesgenossen ohnehin notwendig machen, — eine unhaltbare, so lange die Bundesversammlung nicht ansteht, nicht nur Interessen, sondern wohlbegründete Rechte Preußens um eines so unbedeutenden Zweckes willen zu verkennen, wie es hier der Fall ist, wo die ganze bis zu principiellem Bruch getriebene Schwierigkeit nur darum herbeigeführt wird, weil man eine neue Frist von wenig Wochen hindurch den kleineren Staaten auf Kosten Preußens den Vorteil erhalten will, daß sie aus allen jetzt vorhandenen Schiffen wählen können, wenn sie sich zur Bildung einer Flotte entschließen, ein Fall, für dessen Eintreten bis jetzt noch gar keine Wahrscheinlichkeit vorhanden ist. v. B.

Unterbreitung neuer, sehr bestimmter, gleichwohl aber entgegenkommender Vorschläge für das Verhalten der Preußischen Regierung in der Flottenfrage. Von Stellung derselben dürfte man sich, auch unabhängig von ihrer Annahme ein entschieden günstiges Resultat für die Position Preußens in der Bundesversammlung versprechen.

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 7. Februar 1852.

Die große Mehrheit der Bundesregierungen müßte sich in entschiedenen Widerspruch mit ihren bisher wiederholt und offen ausgesprochenen Ansichten setzen, wenn nicht bei Behandlung der vorliegenden Anträge Österreich in eine ähnliche Isolierung in der Flottenfrage kommen soll, wie die unsrige bisher gewesen ist. Wir waren dadurch in eine schwierige Position geraten, daß wir in einer Sache, in welcher principiell die Mehrheit der Regierungen mit uns, aber nicht mit Österreich einig ist, aus Rücksicht gegen die kaiserliche Regierung, unsere Auffassung nicht in voller Consequenz geltend machten, während Österreich seit dem September v. J. unsere bis dahin gemeinschaftliche Basis verließ, und gegen uns die abweichenden Ansichten der übrigen Bundesgenossen ausbeutete, die eben nur deshalb abweichende waren, weil wir in dem mit Öesterreich verabredeten Wege blieben.

Das zu erwartende Revierement wird um so vollständiger sein, je mehr wir die Stellung verlassen, in welche wir durch die doppelt nachteilige Wirkung der Berücksichtigung, die man teilweise der Hannoverschen Ansicht angedeihen ließ, gedrängt waren, nämlich die Ausführung ungerechter Bundesbeschlüsse durch Abschneiden der Hülfsmittel unmöglich zu machen, und je mehr wir uns andererseits der consequenten Durchführung der Theorie des Bundeseigentums anschließen ...

Da ich ohnehin nach dem 10. cr. die Absicht habe, von der von Ew. Exzellenz mir mündlich erteilten Erlaubnis Gebrauch zu machen, nach Berlin zu kommen, so würde es mir leicht sein, dieser meiner Abreise, falls in der bevorstehenden Sitzung auch die gemäßigten Ansprüche Preußens keine Berücksichtigung finden, den Charakter einer Demon-

stration zu verleihen. Letztere würde eine sehr starke sein, wenn ich abreise, ohne einen anderen Gesandten zu substituieren. Das Gerücht, welches dieses Verfahren als von mir beabsichtigt verbreitet, hat eine sichtliche Bestürzung unter meinen Collegen erregt, ich habe demselben nicht ausdrücklich widersprochen, und Herr von Schrenk, der mich darnach fragte, war der Ansicht, daß in diesem Falle die Mehrzahl der Gesandten meinem Beispiele bald folgen werde.

Jedenfalls würde ich schon mit Rücksicht auf den Schluß der Depesche des Fürsten Schwarzenberg vom 23. v. M. um die Erlaubnis bitten, die Ew. Excellenz mir schon vor vier Wochen eventuell erteilten, bei meiner Abreise nicht Österreich, sondern Hannover zu substituieren. Die Unbequemlichkeit in Behandlung der Geschäfte, welche bei Abwesenheit des Gesandten aus der Vertretung durch Österreich für uns hervorgeht, wird durchaus nicht aufgewogen durch den prekären Vorzug, bei Beurlaubung des Kaiserlichen Gesandten das Präsidium bis zu dessen Rückkehr zu führen, zumal die Geschäfte in solchen Perioden selten wichtig genug sein werden, um den Preußischen Gesandten hier zu fesseln. Die Gegenseitigkeit der Vertretung dürfte nur in dem seltenen Falle für uns von überwiegendem Wert sein, wo eine ungetrübte Einigkeit der Cabinette von Wien und Berlin in Bezug auf die deutsche Politik herrscht.

Der Fürst Gortschakoff ist hier, wie es scheint mit dem Auftrage, für den Frieden in der Bundesversammlung zu wirken, angekommen. Bis jetzt trägt seine Anschauung der Verhältnisse eine stark Österreichisch-Württembergische Färbung, die er von Stuttgart mitgebracht hat, die Herr v. Budberg, als ich in Berlin war, entschieden nicht teilte.

v. B.

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 9. Februar 1852.

Ich habe heute eine längere Unterredung mit Graf Thun gehabt . . .

Er ist noch sehr leidend und will deshalb die Sitzung bis zum Donnerstag oder Freitag aussetzen; vielleicht wünscht er noch Zeit zur Bearbeitung einzelner Regierungen zu gewinnen. Die Österreichische Instruktion beschränkt sich auf den Beweis, daß die Flotte keine organische Einrichtung sei, indem sie daraus folgert, daß sie auch nicht Bundeseigentum sein könne. Beides falle zusammen. Die Präsumtion, daß es ein während des Dänischen Krieges vorübergehend geschaffenes Verteidigungsmaterial sei, welches nach dem Frieden als Bundeseigentum zurückbleibe, hielt er für unrichtig, weil eine Flotte notwendig auf dauernde Beibehaltung berechnet sei. Er glaubte, daß gütliche Verhandlungen zwischen Berlin und Wien den Prinzipienstreit lösen könnten, indem man in Wien vermutlich die Forderung, ganz frei auszugehen bei den Kosten der Flotte, werde fallen lassen; nur das Prinzip, daß die damalige Reichsgewalt organische Bundeseinrichtungen habe schaffen können, werde man nicht anerkennen, um des Friedens willen aber sei es vernünftig, pekuniäre Opfer zu bringen.

Seiner Behauptung, daß Preußen Österreich aus Deutschland drängen und eine Unionsflotte habe schaffen wollen, setzte ich entgegen, daß dergleichen Bestrebungen uns allerdings durch die neueste Sachlage sehr erleichtert würden, indem wir anscheinend in der nächsten Sitzung nur zu erklären hätten, daß Preußen bereit sei, sich selbst mit einer namhaften Summe an der zu bildenden Nordseeflotte zu beteiligen. Der Beschluß vom 24. (Januar) fordert die deutschen Staaten zu derartigen Erklärungen auf, und

viele, vielleicht die meisten Gesandten fürchten die öffentliche Meinung und ihre Kammern hinreichend, um die Abweisung einer derartigen Chance für Erhaltung der Flotte für bedenklich anzusehen. Die Möglichkeit eines derartigen Erbietens von unserer Seite erschreckte den Grafen Thun sichtlich, und in der That würde dasselbe nur eine andere, und nicht direkt, sondern durch den Bund angestrebte Gestaltung einer Preußisch-Hannoverschen Flotten-Union enthalten.

Soll ich, sei es auch nur als Diversion. eine derartige Andeutung in allgemeiner Geltung bei der Abstimmung, oder vertraulich gegen meine Collegen einfließen lassen, so würde eine telegraphische Bescheidung mich noch rechtzeitig treffen, da die Sitzung gewiß nicht vor Freitag und dann vermutlich erst vertraulich, die Abstimmung aber erst am Sonnabend stattfinden wird, wie ich aus den Andeutungen des Grafen Thun schließe.

In der Principienfrage über definitive Tragung der Kosten der Flotte scheint mir ein Nachgeben Österreichs und eine Verständigung nicht mehr unmöglich; wegen der sofort nötigen Gelder aber sind eigentlich alle Wege barrikadiert; die Anleihen und Umlagen durch unsere Proteste, die Verpfändung an uns durch Verwahrung der Nordseestaaten und den wahrscheinlichen Widerspruch der Majorität.

Thun und Fürst Gortschakoff sagten heute beide, es könne kein größeres Glück für Deutschland passieren, als wenn ein so unbedeutender Zankapfel, wie die Flotte, spurlos verschwände, und Graf Thun meinte, er würde gern pater peccavi sagen, wenn dadurch aus der Not zu kommen wäre.

v. B.

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 11. Februar 1852.

In der letzten Sitzung des Militär-Ausschusses wurde von Seiten eines der Mitglieder beiläufig die Bemerkung gemacht, daß von den Versuchen, eine contingentirte Nordseeflotte zu bilden, sich nur dann ein günstiger Erfolg hoffen lasse, wenn die Preußische Regierung dem deshalb zu bildenden Verein beiträte.

Die Königliche Regierung ist früher der Teilnahme an einer, nicht unter direkter Verwaltung des Bundes stehenden Nordseeflotte, sei es auf der Basis des Zollvereins oder auf der des Bündnisses mit den Nordseestaaten, geneigt gewesen, und wurden unsere Verhandlungen mit Hannover durch mich selbst, und später durch den Legationsrat Nenbourg, in diesem Sinne angeknüpft. Ich würde die Durchführung eines solchen Plans nach wie vor als ein außerordentlich günstiges Resultat für die Stellung Preußens in Deutschland betrachten, indem gerade die Flotte nächst den materiellen Zollvereins-Interessen die Sympathie der deutschen Bevölkerung und, teils in Folge hiervon, teils unmittelbar, die Teilnahme vieler Regierungen vorzugsweise beschäftigt.

Der Erfolg, zu dessen Erreichung sich hier durch die Bundesversammlung eine Möglichkeit bietet, fällt meines Erachtens zusammen mit dem, welchen wir durch die Verhandlungen mit Hannover anstrebten; es handelt sich darum, eine unter vorwiegendem Preußischen Einfluß stehende Nordseeflotte zu schaffen.

Das Vorwiegen unseres Einflusses wäre, wie ich nicht zweifle, eine natürliche Folge der Tatsache unserer Teilnahme, welches auch die formellen Bedingungen derselben immerhin sein möchten, unter der Voraussetzung natürlich, daß die Nordseeflotte in keinem direkteren Verhältnisse zur

Bundesversammlung stehen wird, als dies in dem Entwurf für die contingentierte dreiteilige Flotte, in Bezug auf die Abteilungen im Adriatischen Meer, in der Ostsee und gleichmäßig für die Vereinsflotte in der Nordsee beabsichtigt ist.

Mißlingt auf diese Weise das Unternehmen, trotz unserer Bereitwilligkeit dasselbe zu fördern, so haben wir wenigstens durch unser Anerbieten ein wirksames Argument gegen viele Vorwürfe gewonnen, die man bisher uns zu machen bestrebt gewesen ist. v. B.

Stellung von Anträgen hinsichtlich der weiteren Behandlung der Flottenangelegenheit; Vorschlag, so schleunig wie möglich an den deutschen Häfen Verhandlungen über die Einrichtung des Nordseeflottenvereins anzuknüpfen.

Am 10. Februar 1852 hatte die Bundesversammlung mit Stimmenmehrheit beschlossen, die in die Nordsee befindliche Flotte als Bundeseigentum anzuerkennen, die Schiffe derselben, Eckernförde und Barbarossa, Preußen unter gewissen noch zu bestimmenden Modalitäten für den Fall käuflich zu überlassen, daß die Bildung eines Nordseeflottenvereins bis zu einem bestimmten Zeitpunkte nicht zustande kommen sollte, für den letzteren Fall aber auch zum Verkauf der von Preußen nicht zu übernehmenden Schiffe zu schreiten.

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 17. Februar 1852.

Ohne eine entschlossene Initiative glaube ich nicht, daß die Verhandlungen hierüber dem bisherigen schwankenden Zustande werden entrissen werden können. Am schnellsten und sichersten wäre meiner Ansicht nach zum Ziele zu kommen, wenn wir unseren Verbündeten eine Konferenz von Bevollmächtigten vorschlügen.

Es würde um so leichter sein, diese zum Behuf des Abschlusses zu instruieren, als jede Regierung schon durch die bisherigen Vorgänge veranlaßt ist, sich klar zu machen, wie weit sie gehen will. Als Ort einer solchen Zusammenkunft würde ich vorschlagen, weder Frankfurt noch Berlin zu wählen. Hier würden die Österreichischen Intriguen einwirken, und die Wahl von Berlin würde aus naheliegenden Gründen Stoff zu Verdächtigungen bei Hannover und Baiern bieten.

Ich würde es als einen großen Erfolg unserer deutschen Politik betrachten, wenn die Flottenfrage, mit welcher der Bund fast ein Jahr lang, und bis zu eigener Erschöpfung gerungen hat, unter Preußischer Anleitung in kurzer Frist und in einer Weise geschlichtet werden könnte, welche der über den Wert des Gegenstandes hinaus lebendigen Teilnahme der öffentlichen Meinung entspräche. v. B.

Frau von Vrints war die Schwester des Grafen Buol, vermählt mit Herrn von Vrints, dem Eigentümer des Journal de Frankfort.

Wiewohl die Darmstädter Verhandlungen mit großem Geheimnis gepflogen wurden, erschienen dieselben doch bereits am 24. April anscheinend in Folge einer Indiscretion in der Berliner Voss. Zeitung.

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 12. Mai 1852.

Ew. Excellenz beehre ich mich anliegend einen die Auflösung der Flotte betreffenden Bericht zu übersenden.

Graf Thun war sehr erfreut über meine Ankunft, und ich habe ihn in geschäftlicher Beziehung in dem Maße eingehend und entgegenkommend gefunden, daß ich vermute, daß er vom Grafen Buol besondere Weisungen in dieser

Richtung erhalten hat. Er schien die Hoffnung, nach London ernannt zu werden, noch nicht ganz aufgegeben zu haben; von Frau von Vrints höre ich indessen, daß die Ernennung des Grafen Colloredo sicher sei.

Die Veröffentlichung der Darmstädter Convention hat sehr verdrossen, wie mir scheint namentlich deshalb, weil die Sache dadurch eine ernsthaftere Bedeutung erhalten hat, als die Beteiligten mutmaßlich selbst ihr ursprünglich haben geben wollen. Der Rückzug ist ihnen dadurch in etwas erschwert, diese Verlegenheit indessen eine gerechte Strafe ihres Verhaltens. Daß dieser Rückzug nichtsdestoweniger angetreten werden wird, davon bin ich fest überzeugt, sobald unsererseits nur jedes Zeichen vermieden wird, welches Neigung zur Nachgiebigkeit oder Mangel an Entschlossenheit verraten könnte. Diese Auffassung wird bestätigt durch einen Artikel des ultramontanen Mainzer Journals, dessen Auszug ich Ew. Excellenz in der anliegenden Nummer des Frankfurter Journals überreiche.

Das Verhalten des Grafen Thun, als ich mit ihm diesen Gegenstand besprach, bestärkt mich in dieser Vermutung, daß die Unzufriedenheit über die Darmstädter Convention, welche das Wiener Cabinet zur Schau trägt, eine angenommene ist. Die Anwesenheit des Grafen Thun und des Grafen Hartig bei jenen Conferenzen, bot diesen Herren Gelegenheit, die etwaige Mißbilligung Österreichs zur Kenntnis der Beteiligten rechtzeitig zu bringen, und ich glaube weder, daß die Verhandlungen vor dem Grafen Thun geheim gehalten worden sind, noch daß die süddeutschen Staaten gegen den ausgesprochenen Willen Österreichs die Convention geschlossen haben würden.

Zu einer Rheinbundspolitik im offenen Widerspruch mit Österreich und Preußen kann ich mir nicht denken, daß die süddeutschen Staaten schon jetzt den Mut haben, so lange die Coalition der drei östlichen Großmächte als ge-

sichert anzunehmen ist. Ich bin überzeugt, daß Herr von Dalwigk zu dieser Politik erst dann greifen würde, wenn die Ueberlegenheit Frankreichs auf dem Continent feststehend, oder doch sehr wahrscheinlich wäre. Bis dahin werden er und Andere höchstens ihre Haltung so bemessen, daß sie sich das Uebergehen in das Französische Lager für den geeigneten Moment offen halten, aber nicht voreilig durch eine der Rheinbundspolitik entsprechende Haltung einen Verdacht der östlichen Mächte auf sich ziehen, der ihnen unter jeder anderen Eventualität als der eines für Frankreich siegreichen Krieges verderblich werden müßte. Dazu kommt, daß es nach der Stimmung der übrigen Coalitionsgenossen gegen Baiern kaum glaublich erscheint, daß sie sich in einen Verband begeben werden, dessen Suprematie diesem Königreich ohne Zweifel zufallen würde. Vielmehr fürchten nicht wenig Leute in Württemberg, Baden und selbst in Darmstadt die Vergrößerungspläne Baierns noch mehr als die Preußens.

Ich glaube, daß wir die Hoffnungen, die man an den Abschluß der Darmstädter Convention geknüpft hat, vollständig realisieren würden, wenn wir uns durch letztere bewegen ließen, über die Zoll- und Handelsfrage nunmehr Unterhandlungen in Wien anzuknüpfen.

Die Anwesenheit des Kurfürsten von Hessen in Frankfurt scheint politische Motive nicht zu haben; man sagt mir, der Minister Hassenpflug habe es wünschenswert gefunden, daß während einiger Zeit, die er selbst in dem Hessischen Schaumburg zubringt, Seine Königliche Hoheit nicht in Kassel bliebe. Ich habe dem Kurfürsten heute meine Aufwartung gemacht, und bin sehr gnädig von ihm empfangen worden, ohne daß meine Unterhaltung mit ihm in politischer Beziehung besonders interessant gewesen wäre. Der Herzog von Augustenburg geht in diesen Tagen nach Homburg.

v. B.

„Der Fortführung des Commissoriums des Stadtrats Fischer stehe nichts mehr im Wege, da derselbe von der Oldenburgischen Regierung pensioniert worden sei.“

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 17. Mai 1852.

Herr von Eisendecher teilte mir ferner mit, daß er von seiner Regierung angewiesen sei, in einer in der nächsten Bundestagssitzung abzugebenden Erklärung die Mißbilligung seiner Regierung darüber zu erkennen zu geben, daß einem Großherzoglich-Oldenburgischen Beamten ein Bundes-Commissorium erteilt worden ist, ohne daß er zuvor die Genehmigung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs beigebracht hat.

Ich habe Herrn von Eisendecher ersucht, von einer solchen Erklärung Abstand zu nehmen, und will er deshalb noch nach Oldenburg berichten. Da die Erklärung voraussichtlich in einer Weise gefaßt sein würde, daß eine Präsidialerwiderung darauf abzugeben wäre, und da die Mehrheit der Bundesversammlung gegen Oldenburg wegen seines Verhaltens in der Fischerschen Sache so gereizt ist, daß auch ein die Großherzogliche Regierung verletzender Antrag gestellt werden könnte, so wünsche ich bei der Stellung Preußens zu Oldenburg, namentlich in der handelspolitischen Frage, sehr, daß es zu derartigen Erörterungen nicht weiter kommt und daß ich, so lange ich das Präsidium führe, nicht als solches zu einer Erklärung gezwungen werde, die ich als Vertreter Preußens nur vermieden zu sehen wünschen kann.

Die beabsichtigte Bundestagssitzung habe ich unter diesen Umständen ausgesetzt und werde mit derselben, falls nicht etwas besonderes Dringliches vorkommen sollte, so lange warten, bis Herr von Eisendecher weitere Instruktionen aus Oldenburg erhalten hat. v. B.

An den Minister v. Manteuffel.

Wien, 18. 19. Juni 1852.

Den Kreis meiner Bekanntschaften zu erweitern, wird mir augenblicklich sehr schwer. Die Geselligkeit ist beendet, fast alles auf dem Lande oder mit dem Kaiser, nur auf dem adeligen Kasino in der Herrengasse findet man des Abends die spielenden und rauchenden Reste der höheren Gesellschaft. Diese gehört im allgemeinen der altkonservativen Partei an, frondiert, spricht bitter über das Ministerium, aber selten mit Einsicht. Teils Furcht vor Rügen vom Hof, teils eine phäakische Genußsucht und die Besorgnis vor allem, was Mühe macht oder an Unruhe und an Vermögensgefahr erinnert, bewirken eine fast allgemeine Enthaltsamkeit von politischen Gesprächen, bis auf gelegentliche dem Ministerium und besonders dem Dr. Bach applizierte Schimpfwörter der stärksten Färbung. Sonst bilden Vergnügungen und militärische Erlebnisse nebst der Person des Kaisers den alleinigen Gegenstand der Konversation. Unbehagen empfindet jeder und meint im Vertrauen, es könne so nicht bleiben; die meisten sind einig in Anklagen gegen Fürst Schwarzenberg, dessen Unkenntnis des Landes von Bach mißbraucht sei, und von dem man meint, er habe mit seiner eigen- und leichtsinnigen Kühnheit nur für die Zeit der Gefahr gepaßt.

Bach und den Justizminister Krauß habe ich auf einem Diner bei Buol kennen gelernt; Krauß gilt für rechtlich und mittelmäßig und spricht sich politisch etwa so aus, wie bei uns der vormärzliche und wohlbekannte Liberalismus eines bürgerlichen Gerichtsrats in der Provinz, humanistisch aufgeklärt und ohne Widerstandsfähigkeit gegen das Prinzip der Revolution. Bach war für Schwarzenberg, was der Mohr für Fiesko, er spielt jetzt den Kavalier, benimmt sich

mit Nonchalance und läßt die Tischgesellschaft darauf warten, daß er sich fünf Minuten lang mit lärmender Ostentation den Mund ausspült und gurgelt. Seinen Reden nach wird er nicht anstehen, schließlich die Heilung der hiesigen Finanzen in einem lukrativen Bankrott nach amerikanischem Zuschnitt zu suchen. Seine Haltung gegen Buol scheint das Bewußtsein zu verraten, daß der ihn noch weniger entbehren kann, als Fürst Schwarzenberg es konnte, und das glaube ich auch; der Haß der Aristokratie, auch der militärischen, gegen Bach ist groß und durchbricht überall die Vorsicht, mit der man sonst sich ausspricht. — — In den Gesellschaften der haute volée wird Bach nicht geduldet, oder gar eingeladen. Ich weiß nicht, ob es aus Haß gegen ihn ist, oder Wahrheit, wenn man ihn mir als den Träger und Schürer der Leidenschaftlichkeit gegen Preußen schildert.

Vom Kaiser höre ich von den jüngeren Herren, daß er alles mit einem für seine Jahre seltenen Maßhalten treibt, bis auf seine Regentenpflichten und gelegentlich die Jagd. Er strengt seinen Körper übermäßig mit Tanzen, Reiten und Schlafentbehren an. Er steht um vier Uhr auf, arbeitet rastlos, spricht mit jedem Beamten nur über sein Fach, schneidet in der Beziehung übergreifende Ratschläge sowie Fragen schnell ab, läßt die eigene selbständige Entscheidung formell und materiell überall ostensibel in den Vordergrund treten und giebt sie kurz und entschieden. Die eigene angespannte Pflichterfüllung läßt ihn die gleiche Anstrengung als etwas sich von selbst Verstehendes bei anderen voraussetzen, und jeder Mangel darin setzt ihn in Erstaunen. Dabei ist er nicht barsch in der Form. Gerühmt wird seine Wahrheitsliebe. Die vorstehenden Urteile sind weiblichen Ursprungs, aber von guter Quelle.

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 16. Oktober 1852.

Wie ich Graf Thun auf Grund meines bisherigen Verkehrs mit ihm beurteile, so hat er keine selbständigen politischen Anschauungen, die ihn veranlassen könnten, nach irgend einer Richtung hin die Initiative zu nehmen und auf das Wiener Kabinet bestimmend einzuwirken. Für den Fürsten Schwarzenberg, den Schöpfer seiner Carriere und den Gesellschafter bei Vergnügungen mancherlei Art, hatte er eine große persönliche Verehrung, eignete sich dessen Worte und Gedanken an und sprach in vertraulichen Stunden zu mir Schwarzenbergsche Urteile über das Verhältnis Preußens zu Österreich als eigene Ansichten aus, die dahin gingen, daß Deutschland mächtig und glücklich sein werde, wenn Preußen zum Verständnis seiner historischen Aufgabe gelange; diese bestehe nicht darin, daß es mit Österreich um den diesem gebührenden ersten Platz hadere, sondern daß es den übrigen Deutschen Staaten Schutz und Garantie gegen etwaige Übergriffe Österreichs biete; er wollte etwa sagen, Preußen solle in der Bundesversammlung mehr den Volkstribun als den zweiten Konsul spielen wollen. Das ließe sich noch hören, aber seinen Kommentaren nach hatte er doch einen sehr fügsamen und bescheidenen Tribun im Sinne. —— Seine Hauptstärke ist ein klarer Verstand, schnelle Auffassung, Geistesgegenwart und Gewandtheit, und mit diesen Eigenschaften, zu denen entschiedener politischer Mut kommt, sobald er durch Instruktion gedeckt ist, würde er ein sehr bedeutender Mann sein, wenn er eine starke, treibende politische Überzeugung hätte, die seiner Thätigkeit Richtung und Ziel konsequent vorschriebe, und wenn er nicht träge und vergnügungssüchtig wäre. Er hat, wenn er will, außerordentliche Arbeitskraft, die er stoßweise und dann Tag und Nacht zur Anwendung bringt. So lange

ihm aber das Feuer nicht auf den Nägeln brennt, schweift er gern allein und mit seiner Frau einsam in Wäldern und Feldern umher, geht auf die Jagd, des Abends in Gesell schaft von Damen, die mehr faciles und formosae als bonae laboriosae sind, er spielt dann auf dem Kasino die Nacht hindurch, wofür er des Morgens so lange schläft, daß er zur Sitzung geweckt werden muß. Ein gründlich arbeitender Unterbeamter, von dem er gewiß ist, daß er die Akten liest, wird daher großen Einfluß auf ihn üben. Bei seinem Hange zur Bequemlichkeit scheut er sich vor unangenehmen scharfen Erörterungen; nehmen die Geschäfte eine derartige Wendung, so wird er leber- und nervenkrank, aber nie so aufgeregt wie Prokesch; auch ist er offen und anständig in und außer Dienst und hat überhaupt, wenn er auch nicht ganz frei von der übertölpelnden Bonhommie und slawischen Bauernklugheit mancher seiner Kollegen ist, doch das Bedürfnis, für einen Mann von Ehre, auch im Dienst und Ausländern gegenüber, zu gelten. Daß er die Existenz von Preußen im tiefsten Innern für eine Unregelmäßigkeit hält, daran zweifle ich nicht, aber seine Abneigung gegen Geschäfte, besonders gegen gereizte Zustände und deren auf die Länge für ihn aufreibende Wirkung berechtigt zu der Annahme, daß er nichts thun wird, um die Dinge schlimmer zu machen, als sie sind und Öl ins Feuer zu gießen; sein rascher Verstand, seine Freiheit von Pedanterie und empfindlicher Übelnehmerei erleichtern das Verhandeln mit ihm. Ungeniertheit und Trägheit verleiten ihn leicht zu Mangel an égards, und sein persönliches Verhältnis zu Buol ist — an und für sich kein inniges; diese beiden Umstände werden machen, daß er im allgemeinen und in besonderen Fällen das Bedürfnis einer Anlehnung an die Regierung, bei der er accreditiert ist, und einer nachsichtigen Beurteilung hat. Die Frau ist liebenswürdig, macht ein angenehmes Haus und gar keine Politik. v. B.

Mitteilung eines Anerbietens der Oesterreichischen Regierung auf Ueberlassung von zwei Schiffen unter der Bedingung, daß die Kaufsumme auf die von Oesterreich geleisteten Vorschüsse im Betrage von 717.634 fl. abgerechnet werde. Auf eine Baarzahlung wolle sich die gedachte Regierung nicht einlassen.

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 23. Oktober 1852.

Ich bin deshalb von mehreren Seiten aufgefordert worden, mich wiederholt dafür zu verwenden, daß die Königliche Regierung noch einige Schiffe kaufen möchte, man wünscht sehnlichst, sobald als möglich das Auflösungsgeschäft beendigt, und die ganze Flottensache, aus deren Ausgang die öffentlichen Blätter so reichen Stoff zu Angriffen gegen die einzelnen Bundesregierungen entnehmen, erledigt zu sehen.

v. B.

In seinem Berichte vom 29. April 1853 hatte Herr v. B. gesagt, es sei von dem Gerichte in Bremerhaven auf einen Teil des Flottenmaterials Arrest gelegt worden, und zwar zunächst auf den Antrag eines Apothekers in Bremen, welcher aus dem Miethscontrakt für ein Marinebureau eine Nachforderung von cr. 60 Thaler geltend machte, und zwar hauptsächlich „für Abholung von Tintenflecken". Dem Antrage hatten sich einige „Demokraten" angeschlossen, welche mehr die Absicht hatten, „den deutschen Bund herabzusetzen, als sich regelmäßige Forderungen zu sichern. Das Verfahren sei völlig ungerechtfertigt, denn da weder das Gericht in Bremerhaven noch irgend ein anderes ein Forum bildet, vor welchem der deutsche Bund zu stehen hätte, so dürfte dasselbe nicht competent sein, Bundeseigentum mit Beschlag zu belegen."

Auf die Veranlassung des Herrn v. B. wurde der Arrest später im Wege einer gütlichen Vergleichung zurückgenommen und die Dissonanz ausgeglichen.

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 11. Mai 1853.

Freilich hätte ich gewünscht, daß bei diesem Abkommen die Rechte des Bundes unbefugten Angriffen gegenüber mit mehr Entschiedenheit geltend gemacht worden wären.
v. B.

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 9. August 1853.

Ew. Excellenz Erlaß vom 23. v. M. wie den früheren vom 26. desselben, die Verhandlungen über die Revision der Geschäftsordnung betreffend, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Ich erlaube mir der darin befohlenen Berichterstattung noch einige allgemeine Bemerkungen über die Revision der Geschäftsordnung vorauszuschicken.

Mehr durch allmählich fortschreitende faktische Besitzergreifung, welcher diesseits aus Liebe zum Frieden und wegen anscheinender Geringfügigkeit nicht immer mit Entschiedenheit entgegengetreten wurde, als durch die Bundesverfassung selbst, hat das Präsidium gegenüber dem Collegium der Bundesversammlung ein Gewicht erlangt, von welchem sich die Stifter des Bundes voraussichtlich keine Vorstellung gemacht haben, als sie die Gleichberechtigung der Mitglieder des Bundes stipulierten. Die unbeschränkte, nach Belieben jede Controle und Kenntnißnahme von Seiten der übrigen Bundestagsgesandtschaften ausschließende Disposition Österreichs über die Personen und die Thätigkeit der Bundesbeamten im Kanzlei-, Kassen-, Druckerei- und Registraturwesen, der alleinige Besitz des gesammten, für jeden anderen nur schwer zugänglichen Materials an Akten- und Archivbeständen, die Befugnis, ohne Einwirkung der übrigen

Mitglieder der Versammlung Sitzungen an- und abzusetzen, Ausschüsse zu versammeln oder dieselben, nachdem sie von der Bundesversammlung gewählt sind, durch einfache Nichtberufung jahrelang in Unthätigkeit zu erhalten, die Berechtigung, die Tagesordnung zu bestimmen und, je nachdem der eine oder der andere Aussicht auf Erfolg für Österreich bietet, die Verhandlung eines Gegenstandes Jahr und Tag zu verschieben oder plötzlich und den Anderen unerwartet herbeizuführen, der Umstand, daß nur der Gesandte Österreichs vorher weiß, was zur Verhandlung kommen wird, daß auch nur er zu vorgängigen Besprechungen und Verhandlungen die Möglichkeit hat; alle diese und andere Momente haben Österreich mit der Zeit in den Bundesversammlungen eine Überlegenheit verliehen, durch welche der Einfluß jedes der übrigen Staaten auf die Verhandlungen in entsprechendem Maße verringert wird.

Wenn auf dem Felde der Europäischen Politik ein sehr viel geringerer Abstand zwischen der Bedeutung Preußens und Österreichs, als zwischen einem der übrigen Bundesstaaten und Preußen stattfindet, und daher schon ein erhebliches Mißverhältnis obwaltet zwischen der Stellung Preußens als Europäischer Macht und derjenigen, die es als gleichberechtigt unter den 16 am Präsidium nicht beteiligten Bundesstimmen einimmt, so muß es gerade für uns doppelt empfindlich sein, die collegialischen Rechte, welche wir mit den übrigen 15 Stimmen teilen, zu Gunsten der Präsidialmacht weit unter das bei Stiftung des Bundes beabsichtigte Maß herabgedrückt zu sehen.

Preußen könnte unbeschadet seines Ansehens und Einflusses in Deutschland mit einer unter 17 gleichberechtigten Stimmen figurieren; sobald aber die Gleichberechtigung aufhört, und einem der Bundesstaaten eine Superiorität über die anderen einschließlich Preußen verliehen wird, ist für Preußen schon ein erheblicher Grad von Selbstverläugnung

erforderlich, um ohne Unbehagen unter der Masse der nicht Privilegierten zu verharren. Das Unbehagen muß notwendig in gleichem Verhältnis mit den Privilegien der gegen uns bevorzugten Bundesgenossen wachsen, und bei uns das Bedürfnis wecken, wenn wir nicht auf unsere Weltstellung verzichten wollen, den Schwerpunkt derselben lieber außerhalb des Bundes zu suchen, als innerhalb desselben mit Nassau oder Hessen in Bemühungen um die Erlangung des Beistandes eines dominierenden Präsidiums zu rivalisieren.

Vor dem Jahre 1848 überließ Österreich aus politischen Gründen, deren Erörterung hier nicht Platz zu finden braucht, Preußen das Feld der Bundespolitik, nur Sorge tragend, daß letztere nicht einen Österreich benachteiligenden Aufschwung nehme, und leider lag gerade in diesem Verhältnis eine Aufforderung, dem unmerklichen Wachstum der von Österreich so wenig ausgebeuteten Präsidialstellung nicht entgegen zu treten, und vielmehr durch die freiwillige Bereitwilligkeit Österreichs eine prekäre Teilnahme daran zu suchen, ein System, dessen Gefahren um so weniger hervortreten, als es damals unter den beiden Großmächten nicht üblich war, daß die eine im Widerspruch mit der anderen bei der Bundesversammlung etwas per majora durchzusetzen versuchte.

Nachdem dieser letztere Grundsatz nicht nur in den wichtigsten der bisher verhandelten Fragen (Marine, Handel, Preßgesetzgebung, Festungsbau, Organisation der Militärcommission) von Österreich faktisch aufgegeben worden ist, sondern auch Herr von Prokesch meine Erinnerung daran in der Art zurückwies, daß er mir sagte, er glaube nicht, daß ein Staatsvertrag zwischen beiden Mächten über eine derartige Reciprocität existiere, nachdem Österreich vielmehr unter Benutzung des Mißtrauens, welches durch die jüngeren politischen Ereignisse bei den meisten Höfen an die Stelle

der früheren Beziehungen zu Preußen getreten war, und unter Zuhülfenahme aller erlaubten und unerlaubten Mittel, welche die Stellung des Präsidiums ihm bietet, wiederholt versucht hat, Preußen gegen seinen öffentlich ausgesprochenen Willen durch Majoritäten zu überstimmen, sogar in Fragen, in welchen Einstimmigkeit unzweifelhaft erforderlich war, scheint es an der Zeit zu sein, uns die Frage zu beantworten: ob es für die Zukunft Preußens Aufgabe sein soll, der ferneren Ausbildung eines Bundesverhältnisses hemmend in den Weg zu treten, in welchem es uns versagt ist, einen der eigenen Macht entsprechenden Einfluß zu üben, oder ob wir die teilweise Beseitigung der Umstände versuchen sollen, durch welche unsere Stellung im Bunde beeinträchtigt wird.

Wenn ich den letzteren Weg für den unzweifelhaft vorzuziehenden halte, so sollte es meines Ermessens im Interesse einer wohlverstandenen Österreichischen Politik selbst liegen, uns eine freudigere und vertrauensvolle Beteiligung an dem von Österreich präsidierten Bunde zu erleichtern. In diesem Sinne würde ich von Hause aus bei Ew. Excellenz darauf angetragen haben, vor allem Österreich selbst für eine angemessene Regulierung der bisher auf bestrittenem Herkommen und Willkür beruhenden Beziehungen des Präsidiums zum Collegium und für eine bestimmtere Formulierung der Berechtigungen des letzteren und seiner Mitglieder womöglich zu gewinnen.

Herr von Prokesch nahm meine erste vertrauliche Eröffnung in dieser Richtung mit einem Bedauern auf, daß man in Dresden versäumt habe, sich mit derartigen Fragen zu beschäftigen, fügte aber hinzu, daß es vielleicht noch nicht zu spät dazu sei. Als ich indessen, hierdurch ermutigt, wiederholt auf den Gegenstand zurückkam, stieß ich auf einen so kampfbereiten und in seinen Formen anmaßlichen Widerstand, daß ich es für zweckmäßiger halten mußte,

Ew. Excellenz den Vorschlag zu machen, nach dem Beispiele, welches Österreich selbst und wiederholt gegeben hat, uns zuerst um die Zustimmung der übrigen Bundesgenossen zu unseren Wünschen zu bemühen, und dann, gestützt auf eine wahrscheinliche Majorität, mit Österreich in Unterhandlung zu treten.

Diesem System zufolge wurde von der Bundesversammlung ein Monitorium an den seit zwei Jahren gewählten, aber bisher nicht zusammengerufenen Ausschuß für die Geschäftsordnung extrahiert, und nachdem dieser Ausschuß auf meinen Antrag beschlossen hatte, die Bundesgesandten zu Vorschlägen wegen Abänderung der Geschäftsordnung aufzufordern, wurden diesseits die, nach den gemachten Erfahrungen als wünschenswert sich herausstellenden Abänderungen in einem Memoire zusammengefaßt, und nicht nur dem Präsidium des Ausschusses, Freiherrn von Marschall, sondern auch allen übrigen Bundestagsgesandten, namentlich auch dem Herrn von Prokesch mitgeteilt, um einen Austausch der Ansichten über die einzelnen Punkte einzuleiten.

Über diese Arbeit haben sich nicht nur alle meine Collegen mit Ausnahme des Herrn von Prokesch sehr günstig und die Dringlichkeit der vorgeschlagenen Abänderungen anerkennend gegen mich ausgesprochen, sondern auch fast alle betreffenden Regierungen haben in Veranlassung der von Ew. Excellenz eingeleiteten direkten Verhandlungen ihre ausdrückliche Zustimmung gegen die diesseitigen Gesandtschaften in Bezug auf alle wesentlichen Teile jener Arbeit zu erkennen gegeben. Namentlich hat es Anerkennung gefunden, daß Preußen keine Sonderrechte für sich, vielmehr nur die Feststellung der im Laufe der Zeit verdunkelten Rechte des Collegiums anstrebt.

Eigentliche Anträge sind von uns in dem gedachten Memoire nicht gestellt, sondern es bildet dasselbe nur den

dem Ausschuß für Geschäftsordnung verlangte Suppedition von Material für seine Verhandlungen und führt den Titel einer Denkschrift. Die einzigen von uns in dieser Frage bisher gestellten Anträge gingen

1. auf Feststellung eines Etats für die persönlichen und sachlichen Ausgaben des Bundes,
2. auf Erinnerung des Ausschusses für Revision der Geschäftsordnung um Beschleunigung seiner Arbeiten im allgemeinen.

Herr von Prokesch hat sich bemüht, die beiden Teile dieses Antrags auseinander zu halten; in Bezug auf den ersten Teil sah er ein, daß der wachsenden Unzufriedenheit mit den zwei Jahre geduldeten Mißbräuchen und Verschleuderungen Rechnung getragen werden und etwas geschehen müsse. Indessen hat er, wie ich in dem Bericht vom 15. v. Mts. vorzutragen die Ehre gehabt, die Entscheidung über das Maß der vorzunehmenden Remedur dadurch in der Hand zu behalten gesucht, daß er die Theorie aufstellt: die Bundesversammlung könne keinen der jetzt vorhandenen Beamten ohne Österreichs Vorschlag entlassen.

Den Plan des Herrn von Prokesch glaube ich richtig dahin aufzufassen, daß er die Etatsfrage durch möglichst geringe, mehr palliative Concessionen beseitigen, die allgemeine Revision der Geschäftsordnung aber in Fortsetzung des seit 1824 durchgesetzten Systems durch passiven Widerstand verhindern, und das Provisorium von 1816, modificiert durch ein nach Bedürfnis wandelbares Herkommen, unverändert beibehalten will. Nur auf Verlangen Preußens wurde der im Juni 1851 gewählte, vom Grafen Thun niemals versammelte Ausschuß neuerlich zu einer vorübergehenden Thätigkeit berufen, und nur durch erneuerte Mahnungen von Preußen kann Herr von Prokesch fürchten, nach den Ferien zu ferneren Verhandlungen über den Gegenstand genötigt zu werden, da die übrigen Gesandten zwar

dasselbe, wie wir, lebhaft wünschen, aber doch nicht selbständig auftreten werden.

Um derartigen Mahnungen vorzubeugen, wird Herr von Prokesch daher das Wiener Cabinet aufgefordert haben, durch möglichst entschiedene Einwirkung auf die Königliche Regierung ein weiteres Vorgehen Preußens auf dem bisherigen Wege zu verhindern und die Sache in den ausschließlichen Weg der Verhandlung zwischen Berlin und Wien zu leiten.

Ich kann nur ebenso dringend als gehorsamst von einem ausschließlichen Eingehen auf diesen Weg abraten, denn dem Notenwechsel zwischen beiden Kabineten würde von Wien aus ein hinhaltender und ausweichender Charakter gegeben werden, wenn nicht in dem gleichzeitigen Fortschreiten der Verhandlungen am Bunde ein treibendes Element gewahrt wird. Außerdem würden unsere übrigen Bundesgenossen das Vertrauen getäuscht sehen, mit welchem sie von uns die Durchführung der von allen gewünschten Reformen erwarten, und wir würden dem uns so oft zu ungelegener Zeit entgegentretenden Vorurteil neue Nahrung geben, daß wir ihre Unterstützung nur gelegentlich als Unterhandlungsmittel Wien gegenüber suchen, bei der ersten scheinbaren Bereitwilligkeit aber, welche Österreich blicken läßt, uns wieder von ihnen trennen. Wenn die Note des Grafen Buol vom 22. v. Ms., in welcher im Sinne des Herrn von Prokesch der sehr entschiedene und erregte Ton zugleich als Negotiationsmittel dienen zu sollen scheint, den Umstand besonders hervorhebt, daß Österreich Anträgen einer gewissen Natur seine Zustimmung versagen werde, so kann dieser Grund allein uns ebensowenig von der Forderung dessen, was wir im Preußischen, wie im Bundesintresse für nötig erkennen, abhalten, als Österreich in Fragen von sehr viel bedenklicherer Natur sich durch die bestimmtesten entgegenstehenden Willensmeinungen Preußens in seinem Vorgehen am Bunde nicht hat irre machen lassen.

Die vorläufige Geschäftsordnung vom 14. November 1816 ist zwar in einer Plenarsitzung angenommen, aber mit ausdrücklichem Vorbehalt, „der sich im Verfolge als notwendig und nützlich darstellenden Modifikationen“ und „bis zur Annahme einer förmlichen Bundesordnung“. Um die fraglichen „Modifikationen“ ins Leben zu führen, dürfte, wenn nicht, wie ich annehme, ein gewöhnlicher Majoritätsbeschluß, doch jedenfalls ein Plenarbeschluß mit der Majorität von $^2/_3$ ausreichend sein.

In vielen Fällen insolvierten ohnehin die in der diesseitigen Denkschrift enthaltenen Vorschläge nicht einmal eine Abänderung der jetzt geltenden Geschäftsordnung, sondern nur eine Aufrechthaltung bestehender Bestimmungen dem eingerissenen, abweichenden Usus gegenüber, oder die Declaration zu allgemeiner und unklarer Stellen.

Ich habe es nur beklagen können, daß Herr von Prokesch in einer durchaus einseitigen Auffassung der Stellung des Präsidenten jede, auch die vorsichtigste Berührung der bisher so unbestimmten Beziehungen des Vorsitzenden zum Collegium und zu den einzelnen Gliedern derselben als eine Akt des Mißtrauens und der Feindseligkeit, sowohl gegen seine Person als gegen Österreich und dessen erhabenen Herrscher, aufgefaßt und bezeichnet hat.

Es ist bisher nicht möglich gewesen, diesen Gegenstand, sei es privatim, sei es im Ausschuß mit ihm zu besprechen, ohne solche Ergüsse der vorstehenden Auffassung hervorzurufen, wie sie ihrem Ton und Inhalt nach in derartigen Verhandlungen niemals vorkommen sollten, und deren provocierende und anmaßende Natur es selbst denjenigen meiner Collegen, welche sich weniger als ich an der Debatte beteiligen, nicht selten unmöglich macht, ihrerseits diejenige Ruhe zu bewahren, welche allein den Fortschritt der Verhandlungen ermöglichen kann.

Außerdem wird die Behandlung der Sache meines Er-

achtens von Herrn von Prokesch dadurch erschwert, daß er die Motive, aus welchen, und die Art, wie unsere Ansichten hier geltend gemacht werden, in einseitiger und unrichtiger Färbung nach Wien berichtet, so daß bei dem Kaiserlichen Kabinet von Hause aus ungünstige Vorurteile erweckt werden.

Über den speciellen Inhalt der (scil. Österreichischen) Note vom 22. Juli erlaube ich mir noch nachstehende Bemerkungen.

Entschieden irrtümlich ist die Angabe, daß ich in diesen Fragen in isoliertem Gegensatze stehe zu den abweichenden Ansichten der übrigen Ausschuß-Mitglieder „gegen das Preußische Auftreten." Die übrigen Ausschuß-Mitglieder haben mir ihr Einverständnis in dieser Frage vielfältig zu erkennen gegeben und die analogen Erklärungen ihrer Regierungen befinden sich in den Berichten der diesseitigen Agenten bei den Akten des Ministeriums. Wenn diese Herren in der Sitzung bei Discussionen zwischen Herrn von Prokesch und mir gewöhnlich schweigen, oder untergeordnete Vermittlungsvorschläge machen, mir nach der Sitzung aber danken, daß ich dieselben nicht angenommen habe, so sind sie doch von einem Gegensatz gegen die diesseitigen Ansichten weit entfernt.

Eine ähnliche Bewandtnis hat es mit der in der Note vom 22. v. Mts. erwähnten Meinung unbeteiligter Dritter, welcher Gehör zu geben die Königliche Regierung nicht in der Lage war, weil sie nicht oder doch nicht im Sinne Österreichs ausgesprochen wurden. Unsern übrigen Bundesgenossen gegenüber haben wir durch Mitteilung unserer Denkschrift und durch Empfang ihrer zustimmenden Erklärung eine Art von moralischer Verpflichtung übernommen, die im wohlverstandenen Interesse des Bundes angeregte Revision der Geschäftsordnung nicht ohne Erfolg fallen zu lassen.

Wenn die Kaiserliche Regierung wünscht, Erörterungen zu vermeiden, „die dem Ansehen beider Mächte nur nachteilig zu sein scheinen", so ist sie bisher bei Behandlung der verschiedenen Fragen, in welchen sie eine Majorität gegen unsere Ansichten zu gewinnen bemüht war, von diesem Wunsche nicht geleitet worden, vielmehr hat sie in den zwei Jahren seit Reconstituierung des Bundes dem vor 1848 auf die Einigkeit und gegenseitige Schonung beider Mächte basierten gemeinschaftlichen Ansehen derselben durch die stets wiederholte Stimmwerbung bei den kleineren Staaten das Gewicht genommen.

Ein „Auftreten gegen gesetzlich und herkömmlich begründete Verhältnisse" enthält mehr oder weniger jeder neue Antrag in der Bundesversammlung, und wird der mit der Tendenz desselben nicht Einverstandene leicht geneigt sein, ihn mit dieser Zeichnung zu belegen. In Sachen der Geschäftsordnung aber findet es vielfältig statt, daß sich Gesetz und Herkommen widersprechen, oder daß letzteres ein bestrittenes ist, und sollte Österreich es dankbar anerkennen, wenn wir bemüht sind, diesem Übelstand abzuhelfen. Der Passus in der Österreichischen Note von den Worten: „Herr von Bismarck bestritt" bis „Provisorium definitiv zu beenden" stimmt mit dem wirklichen Hergang der Sache nicht überein, und darf ich denselben als Übertreibung und Verdrehung der Motive wie des Zusammenhangs bezeichnen. Ich kann mich auf meinen Bericht vom 15. v. M. hierüber beziehen, dem ich nur hinzufüge, daß Herr von Prokesch die „Liberalität der Kaiserlichen Regierung" und die „Huldigung", die man durch den Ausschußantrag dem Präsidium darbringe, in einer besonders triumphierenden und für die Übrigen verletzenden Weise amendierte.

Der fernere Passus der Note von den Worten „ist der Versuch gemacht worden" bis „Gesammtheit geführt werden möge" würde meines unmaßgeblichen Erachtens einen der

geeigneten Anknüpfungspunkte bei der Erwiderung bilden, indem die dort aufgeführten Kriterien gerade auf die von Preußen angeregten Verbesserungen Anwendung finden, und Preußen ebensowohl wie Österreich einen Anspruch darauf hat, seine Stimme am Bundestage „mit Ehre, Würde und Vorteil für die Gesammtheit zu führen", und die Durchführung derjenigen Anträge zu versuchen, welche es in dieser Richtung stellt.

Wenn Österreich allen Anträgen, welche ohne vorherige Verständigung mit Wien in Frankfurt angebracht werden, beim Bunde und dessen Mitgliedern entschieden entgegentreten will, so dürfte Preußen aus dieser Erklärung eine nützliche Argumentation in allen den Fragen entnehmen, wo Österreich ohne vorgängige Verständigung mit uns seine Zwecke beim Bunde per majora durchzusetzen sucht.

Ich wiederhole, daß ich Graf Thun und Herrn von Prokesch häufig und ohne Erfolg auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht habe, daß Anträgen beim Bunde eine Verständigung zwischen den Großmächten vorausgehen müsse, und kann ich nur mein Bedauern aussprechen, bei allen diesen Gelegenheiten nicht den Eindruck empfangen zu haben, wie sehr die Österreichische Politik von dem Wunsche der Einigkeit beseelt, ja beherrscht sei.

Was die ganze Haltung der Note vom 22. v. Mts. betrifft, so bin ich überzeugt, daß der Graf Buol derselben ein anderes Gepräge gegeben haben würde, wenn er sich bei ihrer Abfassung die von seinem Vater bei Eröffnung des Bundestages am 15. November 1816 gehaltene Rede vergegenwärtigt und an dieser, sowie an anderen Documenten über die damalige Auffassung der Bedeutung des Präsidiums, die jetzt von demselben eingenommene Stellung und die, mit Rücksicht auf diesen Unterschied von großer Mäßigung zeugende diesseitige Denkschrift über die Geschäftsordnung bemessen hätte.

Was den in dem Rescript vom 26. v. Mts. und in der Österreichischen Note vom 29. Juni vorzugsweise behandelten Gegenstand, namentlich das Verhältnis der Bundesversammlung zum Thurn und Taxis'schen Palais betrifft, so ist auch in dieser Beziehung den in unserer Denkschrift enthaltenen Vorschlägen die vorläufige Zustimmung fast aller Bundesregierungen zu Teil geworden. Allgemein fühlt man das Bedürfnis, das Domicil des Bundes nicht „vermöge der Liberalität einer Regierung in der Wohnung des Gesandten derselben", sondern in einem Lokale zu sehen, welches den Vertretern aller Regierungen von Rechtswegen gleichmäßig zugänglich ist, und wo die Geschäfte von Beamten geführt werden, die nicht einer Regierung ausschließlich, sondern dem Bunde zum Gehorsam verpflichtet sind; eine andere Frage ist es: ob und inwieweit die übrigen Regierungen zur Verwirklichung eines solchen Wunsches Kosten aufzuwenden bereit sind.

Aus diesem Grunde glaube ich, daß wir vor der Hand nur dahin mit Aussicht auf Erfolg streben können, dem Bunde in dem Taxis'schen Palais ein Unterkommen aus eigenem Rechte zu verschaffen, da es der Würde einer Corporation, welcher Preußen angehört, kaum zu entsprechen scheint, ihr Domicil einer widerruflichen Liberalität innerhalb der Wohnung des Gesandten zu verdanken.

Ich stelle Ew. Excellenz anheim, bei den Verhandlungen mit Wien ,eventuell durch vertrauliche Vermittelung des Fürsten von Thurn und Taxis, der die Ehre hat, dem Kaiserlichen Hause nahe verwandt zu sein, dahin zu wirken, daß dem Bunde wenigstens ein eigener Rechtstitel auf bestimmte Lokalitäten des Palais einstweilen verschafft werde, wobei ich bemerke, daß Österreich eine Miete für die Benutzung des Palais nicht zahlt, sondern nur die Instandsetzung zugesagt hat. Als definitives Ziel würde ich indessen glauben, die Erwerbung einer ganz unabhängigen Lokalität im Auge behalten zu müssen. v. B.

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 14. November 1853.

Es ist unzweifelhaft die Sache eines jeden diplomatischen Agenten, selbst zu ermessen, welchen Grad von Offenheit und Wahrheitsliebe er in Verhandlungen mit fremden Gesandten in Anwendung bringen will. Herr von Prokesch reduziert seinen Aufwand in jenen beiden Eigenschaften auf ein solches Minimum, daß, nachdem er fast ein Jahr lang der Bundesversammlung angehört, auch diejenigen Mitglieder derselben, welche seiner Arbeitsamkeit und dem lebhaften Interesse, welches er überhaupt den Geschäften widmet, am meisten Gerechtigkeit widerfahren lassen, schwerlich eine Versicherung von ihm auf Treue und Glauben hinnehmen, vielmehr denkt wohl jeder auch bei anscheinend unverfänglichen Handlungen des Präsidierenden zuerst darüber nach, welcher uneingestandene Zweck durch dieselben angestrebt werden soll. Seine im Privatleben eine Zeit lang unterhaltene geistige Lebendigkeit nimmt in gesellschaftlichen Beziehungen leicht den Charakter ruheloser Tracasserie an, deren Last und Abwehr nach seiner antipreußischen Richtung in der Politik hier in Frankfurt vorzugsweise auf mich fällt. Über die Richtung seiner Politik kann ich mit ihm nicht rechten, da ich nicht weiß, wie weit sie ihm von Österreich vorgeschrieben ist. Die des Grafen Thun war im Ganzen keine andere, wenn sie auch in einer weniger unangenehmen Form ins Leben trat. Übergriffe des Präsidierenden fanden auch damals statt und sind bei dem jeder Controlle entbehrenden Alleinbesitz des formellen Geschäftsbetriebes, in welchen das Präsidium bis 1848 schon gelangt war, ungemein erleichtert. Sie erscheinen mitunter geringfügig, aber aus dergleichen Kleinigkeiten ist im Laufe der Jahre das jetzige Mißverhältnis erwachsen.

Es ist schwierig, solchen Versuchen entgegenzutreten und sich dabei von dem Scheine einer kleinlichen und streitsüchtigen Kritik freizuhalten. Die Persönlichkeit des Herrn von Prokesch aber macht die Rolle eines „Wächters der Bundesrechte“, die meine Collegen mir gerne zuschieben, zu einer sehr dornenvollen. Schon gewöhnliche Meinungsverschiedenheiten, mögen sie nun von mir selbst, oder von der Königlichen Regierung ausgehen, behandelt er, wenn ich den Versuch mache, mich mit ihm zu verständigen, als unbegreiflich und böswillig; ein Bestreiten aber der Rechtmäßigkeit dessen, was er vorgenommen hat, macht ihm den Eindruck einer persönlichen Beleidigung, und ist eine ruhige und sachliche Besserung von derartigen Divergenzen geradezu unmöglich, weil er sofort zu allgemeinen Protestationen, ganz heterogenen Gegenbeschuldigungen und Verdächtigungen greift und darin, sei es aus Berechnung, sei es aus Temperamentfehler bis zur Ungezogenheit heftig wird. Jeder Mangel an Einverständnis mit den Ansichten Österreichs oder des Herrn von Prokesch wird als ein Verrat an der Sache des Bundes, als systematische Opposition, als persönliche Feindseligkeit bezeichnet, und die Ausbrüche seiner sittlichen Entrüstung sind bei solchen Gelegenheiten, so unanangenehm und verletzend, daß es mich jedesmal Überwindung kostet, an die Besprechung anderer als ganz unerheblicher Sachen mit ihm zu gehen. Dieser in der Eitelkeit und Leidenschaftlichkeit des Herrn von Prokesch begründete Übelstand, welcher es vollständig unmöglich macht, mit ihm im eigentlichen Sinne des Wortes zu unterhandeln, bildet ein Haupthindernis für die Verständigung, aber ich halte ihn darin für unverbesserlich, und würde eine Änderung nur durch seinen Abgang zu erreichen sein. Einen solchen zu erstreben, scheint für uns nur dann nützlich zu sein, wenn damit ein vollständiger Systemwechsel in der Wiener Bundespolitik einträte. Wenn man uns in Wien seine Person

opferte, so würde man uns diese Conzession weit über ihren Wert anrechnen und sich nur um so berechtigter halten, durch eine weniger unangenehme Persönlichkeit die bisherige Politik fortzusetzen; mit dieser ist meines unmaßgeblichen Erachtens ein dauerndes Einverständnis Preußens und Österreichs ganz unmöglich, welches auch immer die Person des Präsidialgesandten sein mag und so wohlwollend auch die Versicherungen lauten mögen, die zwischen Berlin und Wien ausgetauscht werden. Bis 1848 war das Verhältnis ein ungleich besseres, weil die Großmächte sich untereinander ein Veto stillschweigend einräumten, und keine von ihnen weder in der Bundesversammlung noch bei den kleineren Deutschen Höfen ohne Einverständis der anderen etwas anbrachte, Preußen auch von Österreich zu einer faktischen Teilnahme an den Präsidialgeschäften zugelassen, wenigstens von allem in Kenntnis gesetzt wurde. An die Stelle dieses Systems ist ein unruhiges Streben getreten, Preußen durch Majoritäten zu vergewaltigen; wenn Österreich eine Vorlage am Bunde beabsichtigt, so wird uns dieselbe entweder gar nicht vorher mitgeteilt oder doch nur, nachdem man sich der Übereinstimmung der kleineren Höfe versichert hat, um nötigenfalls auch ohne und gegen uns operieren zu können, wie dies in meinem Berichte vom 9. August näher ausgeführt ist. Man nötigt uns dadurch schließlich, dieselben Wege zu gehen; das Ansehen beider Großstaaten leidet durch die Stimmenwerbung gegen einander und die Bundesversammlung wird zu Beschlüssen von zweifelhafter Berechtigung verleitet, welche den Bund um unbedeutender Gründe willen in die Alternative setzen, auf die Ausführung zu verzichten oder einen Exekutionskrieg anzufangen. Ein solches System auf die Dauer zu ertragen, ist das Band der Bundesakte meiner Überzeugung nach nicht stark genug und könnte es nur dadurch werden, daß Preußen in selbstverleugnender Aufopferung weniger für Deutschland als

für Österreich auf das Niveau der übrigen 15 Stimmen, des engeren Rathes hinabstiege. Die Persönlichkeit des Herrn von Prokesch läßt das bezeichnete System in einer unangenehmeren, vielleicht aber gerade durch ihre gelegentliche Plumpheit weniger gefährlichen Weise zu Tage treten, als es bei einem geschickteren und liebenswürdigeren Gesandten Österreichs der Fall sein würde; aber ich werde eingestehen müssen, mich vollständig getäuscht zu haben, wenn ein Wechsel in der Person ohne einen gleichzeitigen aufrichtigen Systemwechsel unsere Beziehungen zu Österreich wirklich besserte. Man würde im Gegenteil auf unsere über kurz oder lang notwendig erneuerten Beschwerden alsdann antworten, daß wir mit keinem fertig werden könnten. Aus diesen Gründen erlaube ich mir Ew. Excellenz anheimzustellen, ob nicht, wenn überhaupt im Augenblick etwas der Art geschehen soll, Hochdieselben Sr. Majestät dem König den Rat zu erteilen geneigt sein möchten, eine Beschwerde mehr gegen das System als gegen die zu dessen Ausführung berufene Person zu richten, und dabei das anliegende, leicht noch zu vervollständigende Sündenregister als notwendige Consequenz jenes Systems, nicht aber als vermeidbaren Fehler des zeitigen Trägers desselben am Bunde aufzufassen. Vielleicht bietet sich im Laufe der Verwickelungen, denen die Europäische Politik entgegengeht, ein günstiger Moment, von Österreich die förmliche Zusicherung eines Programms der Bundespolitik zu erhalten, auf Grund dessen man eine für beide Theile ersprießlichere Entwicklung derselben erwarten könnte. Ich kann nicht beurteilen, ob der jetzige Augenblick günstig ist, um den ernsten Schritt zur Erreichung eines solchen Zieles zu thun. Ob er es ist, würde sich bald darnach beurteilen lassen, je nachdem das Kaiserliche Kabinet umgehend antwortet, oder mit denselben ausweichenden Versicherungen, mit denen es bisher jeden ähnlichen, in einzelnen Fragen von uns angestrebten Versuch der Art erwidert hat.

Wenn wir unter Darlegung unserer Gravamina nichts verlangen als die Rückkehr zu denjenigen Beziehungen, wie sie vor 1848 am Bunde bestanden, unter Berücksichtigung wenigstens einiger unserer Anträge in Betreff der Geschäftsordnung, so wird uns die Kaiserliche Regierung wenigstens die Anerkennung nicht versagen können, daß wir es weder an offenem Entgegenkommen, noch an Mäßigung in unseren Forderungen haben fehlen lassen.

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 14. Januar 1854.

Ich habe schon erwähnt, welch doppeltes Spiel Prokesch in der Lippe'schen Sache getrieben hat; der Staatsrat Fischer, eine wohlbeleibte, unbeholfene Persönlichkeit, war vollständig erschüttert über die Perfidie, als deren Düpe er sich erkannte, wie ich ihm den wirklichen Sachverhalt auseinandersetzte; er gab seiner sittlichen Entrüstung mit so heftigen Körperbewegungen Ausdruck, daß er mit der ihn tragenden chaise longue vor meinen Augen zusammenbrach und an der Menschheit wie an der Solidität hiesiger Tischlerarbeit gleichmäßig verzweifelnd an der Erde lag. Fischer ist übrigens ein in seinen Geisteskräften von der Altersschwäche stark entamierter Staatsmann, der langsam, aber sicher in die Kategorie der unpraktischen Redner herabsinkt. v. B.

An demselben Tage, an dem Herr v. B. den im zweiten Bande der Pol. Br. (S. 41), enthaltenen Bericht über den badischen Kirchenstreit erstattet, fertigt er einen zweiten zur Ergänzung desselben ab, worin es u. A. heißt:

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 31. Januar 1854.

Mit dem Regenten ließ sich über Einzelheiten und begangene Fehler nicht rechten. Zur Erhöhung seiner Festigkeit habe ich keine Vorstellung gespart, und faßte Se. Königliche Hoheit auch meine Anwesenheit ihrer Bedeutung nach sehr richtig auf, indem Er mir die Zusage gab, in den Verhandlungen mit Rom so fest und zähe sein zu wollen, daß man mit ihm zufrieden sein werde. Ich konnte nicht gut einen anderen Anknüpfungspunkt bei Seiner Hoheit wählen, als den, daß mir die Intentionen Seiner Majestät des Königs in vertraulicher Weise bekannt gegeben worden seien, und mich zu der Reise nach Karlsruhe ohne weiteren officiellen Auftrag veranlaßt hätten; gegen die Minister habe ich mich in genauerem Anschluß an Ew. Excellenz vertrauliche Weisung ausgelassen. Man scheint die Verhandlung mit Rom durch den Grafen Leiningen nur formell eröffnen zu wollen, und ihm keine andere Function als die eines vornehmen Briefträgers zuzumuten. Demnächst beabsichtigte man ursprünglich, eine Bevollmächtigung des (Wiener Nuntius) Cardinal Viale zu erbitten, und in Wien zu negociieren; die seitdem angenommene Attitüde Österreichs hat hiergegen Bedenken erregt, und wird man wohl den Nuntius nicht ganz umgehen wollen, weil man meint, daß in den Deutschen Sachen doch nichts ohne seinen Rat geschehe, die Verhandlungen aber mehr durch Schriftwechsel führen. Die Minister rechneten darauf, daß bald wieder ein Preußischer Gesandter in Rom anwesend sein werde, und der Regent sagte mir, daß man die dahin zu machenden Mitteilungen vorher zur Begutachtung nach Berlin senden werde. Die Stellung des Herrn von Philippsberg (Österreichischen Gesandten in Karlsruhe) scheint eine sehr unangenehme geworden zu sein; auf einen neulich von

ihm gegebenen Ball ist es leer geblieben, der Hof und die Frauen der Minister und höheren Beamten haben abgesagt. Eine sehr gute Position hat sich dagegen Herr von Savigny geschaffen; man beweist ihm viel Vertrauen, und er hat, obschon selbst Katholik, doch stets rückhaltslos die — von ihm auch persönlich geteilte — Auffassung Ew. Excellenz geltend gemacht.

Mein Auftrag mußte für ihn notwendig etwas Peinliches haben, und obschon es mir vermöge unserer freundschaftlichen Beziehungen möglich war, diesem Eindruck die Spitze abzubrechen, möchte ich doch Ew. Excellenz Gewogenheit anheimstellen, ob Hochdieselben ihm nicht mit Bezug auf meinen Auftrag Ihr Vertrauen und Ihre Anerkennung noch ausdrücklich aussprechen wollen, wie er es durch seine Gesinnung und seinen Eifer ohne Zweifel verdient. Ich konnte dort manche Betrachtungen geltend machen, welche auszusprechen einem Katholiken aus gewissen Schicklichkeitsrücksichten nicht unbedingt zugemutet werden kann; in diesem Sinne habe ich auch gegen Herrn von Rüdt Andeutungen fallen lassen, um zu hindern, daß meine Anwesenheit den Eindruck macht, als ob Herr von Savigny nicht das volle und unbedingte Vertrauen der Königlichen Regierung habe.

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 1. Februar 1854.

Ich habe in Karlsruhe namentlich die Notwendigkeit wiederholt hervorgehoben, daß die Regierung, wenn ihre Verhandlungen in Rom Erfolg haben sollen, jedenfalls vermeiden müsse, dort den Eindruck der Hülfsbedürftigkeit in Bezug auf die inneren Zustände des Landes zu machen. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß man am Päpst-

lichen Hofe vielleicht nicht vollständig und jedenfalls nur durch einseitige Berichte der eigenen Organe von der Lage der Dinge in den oberdeutschen Ländern werde unterrichtet sein, und wenn es vor allem darauf ankomme, der Römischen Curie die Überzeugung beizubringen, daß die Großherzogliche Regierung ihrerseits durch nichts gedrängt werde, eine Verständigung zu suchen, vielmehr vollkommen in der Lage sei, abzuwarten, und es an sich kommen zu lassen, so werden zur Hervorbringung dieses Eindrucks die Persönlichkeit und Haltung des abzusendenden Commissars, sowie Form und Inhalt der ersten Mitteilungen von entscheidender Wirkung sein.

v. B.

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 1. Februar 1854.

Ew Excellenz beehre mich unter Bezugnahme auf meinen heutigen Bericht in der Badischen Kirchensache noch zu bemerken, daß ich bisher der Weisung vom 15. v. Mts. entsprechend alles vermieden habe, was in Betreff meiner Reise nach Karlsruhe Aufsehen hätte erregen können; besonders aus diesem Grunde habe ich meinen Aufenthalt daselbst nach Möglichkeit abgekürzt, da es hätte auffallen müssen, wenn ich zu einer Zeit, wo mannigfache Geschäfte hier im Gange sind, länger abwesend gewesen wäre, und namentlich eine der regelmäßigen Ausschußsitzungen versäumt hätte. Meines unvorgreiflichen Erachtens dürfte indessen die Wirksamkeit des geschehenen Schrittes in der Eigenschaft einer Demonstration zur Kräftigung der Badischen Regierung und der ihr zur Seite stehenden öffentlichen Meinung nur erhöht werden, wenn die Presse einige vorsichtige Andeutungen über die dem Großherzoglichen Kabinet von uns gegebenen Zusicherungen brächte.

Im Hinblick auf die Rückwirkung, welche für das Verhältnis der Königlichen Regierung zu den eigenen katholischen Unterthanen aus einer Erwähnung der Angelegenheit in der Presse hervorgehen könnte, möchte es, falls Ew. Excellenz überhaupt auf den angedeuteten Gesichtspunkt einzugehen geneigt sind, sich vielleicht empfehlen, daran anzuknüpfen, daß die Königliche Regierung der Großherzoglichen die Gewährung einer freieren Thätigkeit für die katholische Kirche in dieser Zeit angeraten hat, auf der anderen Seite aber bemüht gewesen ist, auswärtigen Einflüssen die Wage zu halten, welche zu dem Zweck geltend gemacht werden könnten, die freie Entschließung der Großherzoglichen Regierung in Betreff des Maßes und der Form der Bewilligungen zu beeinträchtigen, welche zu gewähren bereits in der Absicht der Regierung lag, als sie durch das factische Vorgehen des Erzbischofs daran verhindert wurde, dieselbe ins Leben treten zu lassen.

Indem ich anheimgebe, ob anderweite Rücksichten diese Auffassung Ew. Excellenz als beachtenswert erscheinen lassen, erlaube ich mir noch die mit der Badischen zusammenhängende Nassauische Angelegenheit mit einigen Worten zur Sprache zu bringen. Ich habe bei meiner Abreise den Grafen Perponcher gebeten, Sr. Hoheit dem Herzog in vertraulicher Weise von dem Zwecke meiner Reise nach Karlsruhe Kenntnis zu geben, da ich mir hiervon eine ermutigende Wirkung auf Se. Hoheit versprechen durfte, nachdem in den letzten Tagen durch den in sehr starken Ausdrücken abgefaßten Hirtenbrief des Bischofs von Limburg auch im Herzogtum Nassau das Zerwürfnis einen bestimmteren Charakter angenommen hatte. Graf Perponcher hat mir nach meiner Rückkehr mitgeteilt, daß seine Eröffnung in Wiesbaden mit großer Freude aufgenommen worden sei. Bei der eifersüchtigen Controle, mit welcher die benachbarten Höfe die den Einzelnen erwiesenen Aufmerk-

samkeiten überwachen, möchte ich schon aus diesem Grunde Ew. Excellenz um die Erlaubnis bitten, bei meinem gelegentlich in diesen Tagen zu machenden außeramtlichen Besuche mich gegen Se. Hoheit den Herzog mutatis mutandis in ähnlicher Weise wie in Karlsruhe aussprechen, und mich bei einem derartigen Beweise ermutigender Teilnahme auf einen mir gewordenen vertraulichen Auftrag beziehen zu dürfen, natürlich ohne der ganzen démarche die Färbung einer amtlichen Mission zu geben. Ich bin überzeugt, daß ein derartiger Schritt Sr. Hoheit eine große persönliche Genugthuung gewähren und schon in dieser Eigenschaft günstig auf seine Gesinnungen gegen uns wirken wird. Außerdem ist die Haltung der Herzoglichen Regierung zwar in diesem Augenblick entschiedener als die der Badischen, aber nach dem persönlichen Temperament der beiden regierenden Herren in Wiesbaden eher ein Rückschlag zu befürchten, als in Karlsruhe. Sollte mein unvorgreiflicher Vorschlag sich der Billigung Ew. Excellenz erfreuen, so würde ich um eine telegraphische Benachrichtigung bitten, da sich vielleicht gerade in den nächsten Tagen vermöge des Ausfalles der bevorstehenden Sitzung wegen eines katholischen Feiertages die Gelegenheit bietet, einen Besuch in Wiesbaden zu machen, der bei der jetzigen Einrichtung der Bahnzüge sich nicht in einem Tage erledigen läßt. v. B.

In einem Erlasse vom 7. Februar dankt der Minister-Präsident Herrn v. Bismarck für dessen ausführliche und reichhaltige Berichte über seine Reise nach Karlsruhe und die Art und Weise, in welcher derselbe seinen desfallsigen Wünschen und Intentionen entgegen gekommen war. — Ueber seine Mission in Wiesbaden berichtet Herr v. Bismarck:

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 2. Februar 1854.

Ew. Excellenz telegraphischer Weisung zufolge habe ich mich vorgestern nach Wiesbaden begeben, um dort die Streitigkeiten mit der katholischen Kirche zu besprechen. Im allgemeinen ist die Haltung der Nassauischen Regierung in dieser Frage eine ruhige, man hat sich lediglich auf die Defensive beschränkt, ohne zu Gegenangriffen zu schreiten und auf diesem Wege eine, wie mir scheint, festere Position gewonnen. Ich drückte Sr. Hoheit dem Herzog hierüber meinen Glückwunsch aus, und fand Höchstdenselben ebenso dankbar für die Namens der Königlichen Regierung von mir ausgesprochene Teilnahme, als entschlossen, auch ferner den Ausschreitungen des Bischofs mit Beharrlichkeit entgegen zu treten. Der Herzog teilte mir mit, daß für das Herzogtum direkte Verhandlungen mit Rom zwar nicht eingeleitet, aber doch durch die von Seiten Hollands freiwillig angebotene Vermittelung des Niederländischen diplomatischen Agenten in Rom angebahnt seien. Ich habe nicht verfehlt, im Sinne und mit den Gründen der mir gewordenen vertraulichen Weisung vom 28. v. M. von einer übereilten und isolierten Anknüpfung derartiger Verhandlungen dringend abzuraten, und fand Se. Hoheit für diesen Rat zugänglich, nachdem ich Höchstdemselben das vertrauliche Schreiben vom 28. v. Mts., soweit es sich dazu eignete, vorgelesen hatte.

Im allgemeinen bewies mir die Aufnahme, welche ich am Hofe von Wiesbaden fand, daß die dortigen Gesinnungen sich im Laufe des letzten Jahres zu unseren Gunsten geändert haben. Den Prinzen Wittgenstein, bei welchem sich augenblicklich der Prinz Emil von Hessen aufhält, fand ich in seinen Ansichten über den kürzlichen Streit weniger entschieden, als seine Hoheit den Herzog. Er sagte mir offen, daß die Besorgnis; auf einen schlechten Fuß mit Österreich

zu geraten, ihn nötige, die Angelegenheit mit einiger Vorsicht zu behandeln. Indessen fand ich ihn doch bereit, den bisher im Innern eingenommenen Standpunkt der Kirche gegenüber mindestens festzuhalten. In lebhaft eingehender Weise nahm er eine Andeutung von mir auf, daß die protestantischen Regierungen sich bestreben müßten, mehr Gemeinsamkeit als bisher für ihre Stellung gegen die Römische zu gewinnen. v. B.

In der unten gedachten Cirkulardepesche erklärte Österreich es sei seine Pflicht, nach Eintritt des Krieges zwischen Rußland und der Türkei seine Politik in Frankfurt von neuem darzulegen und den Anschluß Deutschlands an seine Haltung bestimmt und offen zu beantragen. Falls auch Österreich in den Krieg hineingezogen werde, so hoffe es, daß der Bund als Gesammtmacht die von Österreich vertretenen Interessen, die zugleich Deutsch seien, zu wahren berufen sei; „die entschiedene moralische und materielle Unterstützung Österreichs durch Deutschland in dem Maße, in welchem das Bedürfnis sich ergeben wird, kann daher unser einziges Programm in Bezug auf das Verhältnis Deutschlands zur Frage des Orients sein."

An den Minister v. Manteuffel.

Hannover, 25. März 1854.

Auf den Wunsch Sr. Majestät des Königs Georg habe ich hier die gestern Abend erfolgte Ankunft des Ministers von Lütken abgewartet. Ich habe mir nach den Befehlen Sr. Majestät des Königs, und andere Herren, die Aufgabe gestellt, zu ermitteln, wie weit man hier im Sinne der Österreichischen Cirkulardepesche vom 14. geneigt sein möchte, sich zu binden, falls man durch eine von Preußen und Österreich vereinbarte Vorlage, sei es am Bunde oder von

Kabinet zu Kabinet, zur Erklärung aufgefordert würde. Der König Georg sprach sich bei meiner ersten Audienz unumwunden und mit einer Färbung von Enthusiasmus dafür aus, daß jede Bedrohung der außerdeutschen Grenzen Österreichs mit der gesammten Macht Deutschlands zurückgewiesen werden müsse.

Der Minister von Lenthe nahm, wie mir schien, Anstand, sich ohne Zuziehung des Herrn von Lütken eingehender zu äußern. Mit Letzterem habe ich soeben eine längere Unterredung gehabt, aus welcher mir etwa folgendes Programm der Politik Hannovers, und wahrscheinlich der gesammten deutschen Mittelstaaten entgegentrat.

Man wünscht durch die Trias Preußen, Österreich, Deutscher Bund, den Frieden für Deutschland so lange als möglich zu erhalten, und eine selbständige Stellung zwischen Rußland und den Westmächten eingenommen zu sehen; man hält Rüstungen, namentlich aber Anleihen der Deutschen Regierungen für Bedürfnisse der nächsten Zukunft, zumal das Hannover'sche Kriegsmaterial, um verwendbar zu sein, großartiger Auffrischungen bedarf. Man hat keine Aussicht von den Ständen Geld zu erhalten, und wünscht deshalb einen Bundesbeschluß, der die Bundesstaaten auffordert, sich zur Wahrung der Unabhängigkeit Deutschlands vorsichtig in Verfassung zu setzen, und der als Surrogat einer ständischen Bewilligung dienen kann, um Geld zu erhalten.

Dieses Bedürfnis, einen Bundesabschluß als einzig mögliche Basis eines Kredits zu haben, ist wirklich vorhanden, und macht es der Regierung schwer, Verpflichtungen außerhalb der Bundesversammlung einzugehen, weil die Stände zu deren Durchführung, sowie überhaupt, Geld nicht bewilligen werden. Materielle Verhandlungen am Bunde, welche in ihrem Resultate eine Anleihe rechtfertigen, stehen demnach hier in erster Linie.

Was ihren Inhalt anbelangt, so huldigt zwar auch Herr von Lütken durchaus einer föderativen und patriotischen Politik, scheint aber doch weniger als Se. Majestät der König Georg geneigt, den Großmächten von Hause aus carte blanche zu geben. Er wünscht vielmehr, daß die portée eines Bundesbeschlusses auf die geographischen Grenzen Deutschlands beschränkt werde, und daß die Frage, ob auch ohne Verletzung der engeren Bundesgrenze ein deutscher casus belli, eine Verletzung „deutscher Interessen" vorliegt, nicht von den Großmächten allein, sondern von drei Stimmen, deren dritte ein oder mehrere Repräsentanten der Mittelmächte abzugeben hätten, entschieden werde.

Eine bereits fest etablierte Einigkeit Preußens und Österreichs scheint mir mehr von dem König Georg aufrichtig bewillkommt zu werden, als daß sie in die mehr mittelstaatliche Politik der Minister paßte, desto bestimmter scheint es indiciert zu sein, daß wir über die Eintracht der beiden Großmächte gar keinen Zweifel bei den kleineren Staaten aufkommen lassen, weil sie auf solchen sofort den Calcul der Wichtigkeit bauen, die sie sich gern als Obmann zwischen Preußen und Österreich vindicieren möchten.

Ich bin hier durch die Gnade des Königs Georg und die daraus für mich erwachsenen Hofpflichten so in Anspruch genommen, daß ich bitte, die eingehendere Berichterstattung bis Frankfurt verschieben zu dürfen. Morgen Abend treffe ich in Kassel und am Montag hoffentlich in Frankfurt ein.

v. B.

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 29. März 1854.

Nachdem ich am 22. Nachmittags in Hannover eingetroffen war, habe ich noch an demselben Abend eine Audienz bei dem König Georg gehabt.

Ew. Excellenz Befehlen gemäß habe ich mich bemüht, zu erfahren, inwieweit Hannover etwa geneigt sein möchte, sich im Sinne einer Garantie der sämmtlichen, auch der außerdeutschen Besitzungen des Bundesfürsten zu verpflichten, falls eine Aufforderung dazu von den beiden Großmächten erginge.

Se. Majestät der König sowohl als die Herren Minister legen einen großen Wert darauf, daß von Preußen und Österreich bald eine Mitteilung in der orientalischen Frage an die Bundesversammlung gerichtet werde, sowohl um dem Bewußtsein der Hannover'schen Souveränität durch Äußerung einer eigenen Meinung über die Europäische Politik Rechnung tragen zu können, als besonders um einen Bundesbeschluß zu erhalten, auf welchen die Notwendigkeit einer Anleihe behufs militärischer Instandsetzung begründet werden kann.

Von den Hannover'schen Ständen ist eine Geldbewilligung nicht zu erwarten, ein Bundesbeschluß aber dispensiert nach der Verfassung von Einholung der ständischen Bewilligung. Der König Georg wiederholte mir mehrmals die Versicherung, daß Se. Majestät bereit seien, jeden Angriff auf die Grenzen der außerdeutschen Besitzungen eines Bundesfürsten als einen casus belli für ganz Deutschland zu betrachten, und daß nur, wenn der ganze Bund, namentlich aber die beiden Großmächte in diesem Sinne einig seien, Deutschland eine würdige und unabhängige Rolle in den jetzigen Entwicklungen durchführen könne.

Der Minister von Lenthe riet mir, ehe ich über die in Hannover empfangenen Eindrücke berichtete, den Minister-Präsidenten von Lütken abzuwarten, der am 23. Abends eintraf.

Nachdem dieser am 24. eine mehrstündige Audienz bei dem König, seinem Herrn gehabt hatte, besuchte er mich, und war das Resultat meiner Unterredung mit ihm die

Überzeugung, daß das Ministerium weniger zu rückhaltloser Hingebung an eine gemeinschaftliche Politik der beiden Großmächte bereit ist als Se. Majestät der König. Dasselbe wünscht ebenfalls aus den oben angegebenen Gründen sobald als möglich eine Verhandlung über die Europäische Politik am Bundestage. Dem Herrn von Lütken schwebte indessen eine aus Preußen-Österreich und den Deutschen Mittelstaaten gebildete Trias als letzte Instanz für die Entscheidung über Krieg und Frieden vor, nachdem die Bundesversammlung im allgemeinen ein Zeugnis ihrer Einmütigkeit vor Europa abgelegt und den einzelnen Bundesstaaten durch einen Beschluß Veranlassung gegeben haben würde, die für den Fall einer Mobilmachung nötigen Vorbereitungen und Geldmittel zu beschaffen.

Herr von Lütken verlangte von mir eine schriftliche Formulierung derjenigen Anforderungen, welche von uns an die Bundesstaaten gemacht werden würden.

Da ich ihm eine solche zu geben nicht im Stande war, so erklärte er, die von ihm gemachten Mitteilungen lediglich als seine persönlichen, nicht als die Ansichten der Hannover'schen Regierung bezeichnen zu können. Der König Georg ist jederzeit für mich sehr gnädig gewesen, bei meiner diesmaligen Anwesenheit aber in besonders hohem Grade, so daß eine Verstimmung wegen Erwerbung unseres Marine-Etablissements oder aus anderen Gründen, auf die ich einigermaßen gefaßt war, mir in keiner Weise erkennbar wurde.

Am 25. habe ich mich nach Kassel begeben und wurde am 26. von Sr. Königlichen Hoheit dem Kurfürsten in Gegenwart des Ministers von Baumbach in formeller Audienz empfangen und demnächst zur Tafel gezogen.

Hier sprach sich bei Se. Königlichen Hoheit sowohl als bei den Ministern die entschiedenste Bereitwilligkeit aus, einer gemeinsamen auswärtigen Politik der beiden deutschen Groß-

mächte unter allen Umständen in Krieg und Frieden thätige Unterstützung zu gewähren. Es geschah dies in demselben Umfang, wie es bei Se. Majestät dem König von Hannover für Höchstdessen Person der Fall gewesen war; indessen schien es mir, als ob die Vorstellung von den Eventualitäten, zu welchen eine Teilnahme an kriegerischen Ereignissen führen könne, sich bei dem König Georg mehr mit einer Verteidigung Ungarns gegen russische Invasion, und bei Sr. Königlichen Hoheit dem Kurfürsten vorwiegend mit einem Kriege gegen Frankreich beschäftigte.

In der formellen Zusicherung beider Monarchen aber war kein Unterschied. Bei den Hannover'schen Ministern war indessen die Ansicht, daß Frankreich und nicht Rußland voraussichtlich der Gegner Deutschlands sein würde, in gleichem Maße wie beim Hessischen Hofe vorwiegend, und bei dem Einfluß, welchen der König Georg Herrn von Lütken auf die Geschäfte gewährt, und dem Vernehmen nach bei Antritt des Amtes schriftlich zugesichert hat, dürfte die Ansicht des Minister-Präsidenten in Hannover für die dortigen Entschließungen als vorzugsweise maßgebend zu betrachten sein.

Ich habe in Kassel und in Hannover, um einen Maßstab für die dortigen Ansichten zu gewinnen, die Frage gestellt, ob eine Vorlage der beiden Großmächte, welche etwa die Fassung der Österreichischen Cirkulardepesche vom 14 v. Mts. hätte, den Beifall der Bundesregierungen finden würde. Die Hessischen Minister bejahten dies nach nochmaliger Durchlesung und Prüfung der Ausdrücke dieses Aktenstücks. Herr von Lütken dagegen glaubte, das Verhalten der Deutschen Regierungen nicht für unbedingt, wie diese Depesche es zu fordern scheine, von den Anforderungen der beiden oder gar einer der Großmächte abhängig machen zu können; er wünschte vielmehr, wenn nicht allen Bundesstaaten, so doch wenigstens den größten unter denselben eine schließliche Beteiligung an der Entscheidung über die

Frage: ob und wann eine thätige Mitwirkung derselben stattfinden solle, vorzubehalten; er fügte hinzu, daß ein derartiger Vorbehalt mehr der Form wegen und Ehren halber zur Wahrung der Souveränität gemacht werden würde und daraus keine Wahrscheinlichkeit vorhanden sei, daß solche Umstände, welche Preußen und Österreich zu einer materiellen Machtentwicklung veranlassen, nicht auch den übrigen Deutschen Staaten als maßgebend erscheinen sollten. Alle diese Äußerungen wollte Herr von Lütken, wie schon erwähnt, als amtliche nicht betrachtet wissen.

Nach Andeutungen, die der Kurfürstliche Minister des Auswärtigen, von Baumbach, gegen mich fallen ließ, läßt sich annehmen, daß von Bayern, Sachsen und Hannover vertrauliche Schritte in Wien geschehen sind, teils um Aufklärungen über die Bedeutung der Annäherung Österreichs an die Westmächte zu erhalten, teils um dem vorzubeugen, daß Österreich zur Durchführung seiner eigenen Politik zu starke Anforderungen an die Bundeshülfe der übrigen Deutschen Staaten mache. Es werden sich darin dieselben Besorgnisse ausgesprochen haben, welchen ich bei dem Hannover'schen Minister begegnete.

Ich hatte auch durch meine ersten Wahrnehmungen hier in Frankfurt meine Ansicht bestätigt gefunden, daß nicht nur an den beiden von mir besuchten Höfen, sondern auch bei anderen Bundesregierungen eine besorgliche Ungewißheit über die Absichten Österreichs herrscht, und daß namentlich die Wiener Cirkulardepesche vom 14. d. M. den Eindruck hinterlassen hat, als werde das Kaiserliche Kabinet eine Bundeshülfe vorzugsweise gegen Rußland in Anspruch nehmen wollen.

Dieser Gedanke widerspricht der politischen Richtung der Regierungen, wenigstens sämtlicher größeren unter den Bundesstaaten, vielleicht mit alleiniger Ausnahme der Person Sr. Majestät des Königs von Hannover, bei welchem Ver-

wandtschaft und Erinnerungen Sympathien für England bis zu einem gewissen Grade wach erhalten. Im Übrigen dürfte, Hannover nicht ausgenommen, das Programm der Wünsche aller Deutschen Regierungen bis zu Mecklenburg und Nassau abwärts dahin gerichtet sein, daß für Deutschland die Segnungen des Friedens so lange wie möglich erhalten werden, wenn aber Krieg geführt werden müsse, dies wenigstens nicht gegen Rußland geschehe. Die Einigkeit Preußens und Österreichs wird von allen Bundesstaaten als das erfreulichste Ergebnis wenigstens mit äußerlicher Anerkennung begrüßt werden, wenn auch die ehrgeizigeren unter unseren Bundesgenossen gewünscht hätten, daß diese Einigung mehr das Resultat einer vermittelnden Einwirkung der Mittelstaaten, als einer direkten Verständigung zwischen Wien und Berlin sein möchte.

Der Hannoversche Minister des Auswärtigen von Lenthe sprach mit mir vertraulich über die Eventualität eines Österreichischen Krieges, welcher nicht den Beifall des übrigen Deutschlands hätte und ließ für einen solchen Fall die Voraussetzung durchblicken, daß die übrigen Bundesstaaten auch dann noch unter der Führung Preußens eine neutrale Stellung annehmen und sich den Frieden würden erhalten können. Ob diese Auffassung auch bei allen Mittelstaaten Anklang findet, wage ich nicht zu entscheiden, halte es nur in dem Fall für wahrscheinlich, daß Österreich einen Krieg mit Rußland anfinge.

Ich habe Ew. Majestät mir kundgegebenen Willensmeinung zu entsprechen geglaubt, wenn ich in Hannover und Kassel sowohl, als auch hier meinen Kollegen gegenüber, das Bestehen des vollsten Einverständnisses zwischen Preußen und Österreich mit Ew. Majestät Bereitwilligkeit, dem Kaiser Franz Joseph in jedem ausbrechenden Kriege zur Seite zu stehen, als unzweifelhafte Tatsachen behandelt habe. Meines Dafürhaltens wird es in Ew. Majestät

Intentionen liegen, eine Herabstimmung der Forderungen, welche Österreich an die Deutschen Bundesgenossen stellen möchte, in erster Linie lieber von den Mittelstaaten als von Preußen ausgehen zu lassen. In dieser Ansicht kann ich es für keine unwillkommene Erscheinung ansehen, wenn Österreich sich überzeugt, daß Ew. Majestät nicht nur der mächtigste, sondern auch der zuverlässigste und bereiteste Bundesgenosse des Kaiserhauses ist.

Hier in Frankfurt sehen meine Collegen mit lebhafter Ungeduld den Eröffnungen Preußens und Österreichs entgegen. Ich habe diese nunmehr mit der Versicherung zu beschwichtigen versucht, daß die erwarteten Vorlagen unzweifelhaft erfolgen würden, sobald die beiden Höfe sich der Bereitwilligkeit versichert haben würden, mit welcher ihre Bundesgenossen den Intentionen der beiden Kabinette entgegenkommen würden, da man vor allen Dingen im Interesse des Eindrucks auf das Ausland Vorlagen vermeiden müsse, welche nicht einer allgemeinen und unverzüglichen Beistimmung sicher wären. v. B.

An Moritz von Blanckenburg.

Frankfurt, 4. April 1854.

Ich bin Dir sehr dankbar für die wiederholten brieflichen Mitteilungen; sie sind das einzige, was ich nebst einem Brief von Below seit meiner Abreise von Berlin erhalten habe, und ich werde mich sehr freuen, wenn Du mitunter Muße zu ferneren Nachrichten findest. Mit Deiner aus dem letzten Brief zu entnehmenden Ansicht über Behandlung des Ausschußantrages in der Kammer bin ich ganz einverstanden. Die Motive und Erwägungen des Beschlusses

sind ziemlich gleichgültig; das Papier ist geduldig. Mit der Gefahr einer Verwerfung der Regierungsvorlage oder starken Verminderung der Majorität stehen sie meines Erachtens gar nicht im Verhältnis. Der Nachteil, daß überhaupt „Erwägungen" vorangeschickt werden, ist durch die diesen Erwägungen einigermaßen absprechende Haltung der Regierung auf der Wiener Conferenz sehr verringert; die Kammer stimmte der Regierung in ihrer bisher offiziell an den Tag gelegten Haltung bei; ändert die Regierung infolge der sich weiter entwickelnden Ereignisse ihre Stellung, so braucht nicht einmal präsumiert zu werden, daß die Kammer dieser Wandlung unter keinen Umständen habe folgen wollen. Außerdem wird die Kammer ohne Motive hoffentlich zustimmen; wenn aber auch von diesem allen das gerade Gegenteil der Fall wäre, so sind doch die Motive der Bewilligung für die Regierung ganz gleichgültig und werden in keiner Weise einen nötigenden Einfluß auf unsere auswärtige Politik üben können, wenn die Ereignisse zu anderweitigen Entschließungen auffordern. Die Manteuffel'sche Idee ganz zu schweigen, wird sich nicht durchführen lassen. Es werden von der Linken zu viel Angriffe und Entstellungen vorgebracht werden, die widerlegt werden müssen, und die Minister ängstigen sich, wenn sie nur angegriffen, nicht verteidigt werden; sie geben dann üble Erklärungen in der Angst von sich. Wagener's Deduction über das Recht der Anleihebewilligung überschießt das Ziel. Die Sitzung, in der ich schreibe, ist aus. Lebe wohl, herzliche Grüße an Therese, und in der Kammer vergiß nicht, daß die Linke dem Lande als Kriegspartei, wir als die des Friedens erscheinen müssen. Dein B.

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 16. März 1854.

Es ist ein in Deutschland von Österreich jederzeit und von Frankreich neuerdings mit vielem Erfolg benutztes Mittel, solche Vertreter anderer Staaten, welche die Förderung Österreichischer Interessen nicht hinlänglich mit dem Dienst ihres eigenen Herrn zu verbinden wissen, persönlich einzuschüchtern, wenn sie nicht gewonnen werden können. Unter meinen Kollegen am Bunde ist wohl keiner, der nicht davon zu erzählen wüßte, und die Resultate sind allerdings für Österreich sehr ersprießlich gewesen. Ein Wink des Präsidialgesandten nach Wien reicht hin, um über einen mißliebigen Kollegen eine energische und ohne wählerische Prüfung der Mittel geführte Beschwerde des Wiener Kabinets bei dem betreffenden Hofe anhängig zu machen. In den meisten Fällen erwächst dann dem Gesandten wenigstens eine unbequeme Rechtfertigungskorrespondenz gegenüber seiner eigenen Regierung und ein semper aliquid haeret. Die menschlich natürliche Folge ist, daß er das nächste Mal, wo die Interessen seines Souveräns mit den Plänen Österreichs kollidieren, die ersteren mit weniger Sicherheit vertritt. Österreich wird von Beschwerden über seine Agenten niemals Notiz nehmen, wenn sie nicht durch Beweismittel unterstützt sind. Die Folge ist eine unbefangene Energie in der Vertretung Österreichs an den Deutschen Höfen, während von den übrigen Deutschen Diplomaten nur wenige von ängstlicher Achselträgerei und von dem Bestreben entfernt sind, sich gegen Rückwirkungen zu decken, welche eine energische Vertretung auf die persönlichen Angelegenheiten des Vertreters haben könnte, namentlich, wenn letzterer sein Lebensglück ausschließlich von der Erhaltung oder Verbesserung seiner dienstlichen Stellung abhängig glaubt.

v. B.

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, Ende Juni 1853.

Es kommt fast täglich vor, daß in den belebtesten Straßen durch Arbeitswagen und deren Manipulation nach den Häusern hinein die Passage mit dem Trottoir bis zur Mitte des Fahrdammes für jeden Fußgänger stundenlang hintereinander gesperrt wird. Die übliche Weise, Flüssigkeiten jeder Art in einen Keller zu bringen, ist die, daß ein Wagen auf dem Fahrdamm hält, und von dort aus eine jeden Verkehr sperrende Leitung in den Keller angebracht wird. Den Vorübergehenden gelingt es nicht immer, durch Ausweichen den Grobheiten zu entgehen, mit welchen die Arbeitsleute diese polizeiwidrige Operation vor jeder unberufenen Annäherung schützen. Direktes Herbeirufen eines Polizeibeamten hat bei diesen keinen anderen Erfolg, als daß er mit schweigendem Achselzucken der Kontravention den Rücken kehrt. Die Zuchtlosigkeit auf der Straße bringt nicht selten die Vorübergehenden in den Fall, ihre persönliche Sicherheit beeinträchtigt zu sehen. Im vorigen Jahre, bei dem sogenannten Herbstschießen, wurde nach mir, als ich zu Fuß die Eisenbahnbrücke passierte, von unten mit einem Stein geschossen, der mich so nahe streifte, daß ich den Luftzug im Gesicht verspürte. Vor wenigen Wochen wurde ich, aus der Sitzung kommend, bei einem Wurfgefecht, welches die halberwachsene Jugend wohl eine Viertelstunde lang auf dem belebtesten Teil der Zeil ohne Einschreiten der Polizei exekutierte, von mehreren Steinwürfen getroffen, und ein neben mir gehendes Mädchen stürzte, von einem solchen schwer am Kopfe verletzt, zu Boden. Der ganze Vorfall gelangte erst durch die von mir veranlaßte Anzeige zur Kenntnis der Polizei. Nicht lange vorher war meiner Frau durch einen Steinwurf am hellen Tage in einer der Hauptstraßen der Hut zerissen worden. Charakteristisch für

die Zusammensetzung der Gensdarmerie ist auch die Erfahrung, die ich im vorigen Jahre machte, wo eine in meinem Hause dienende Magd durch fast ein Jahr hindurch fortgesetzte unentdeckte Hausdiebstähle ihre Ausstattung herzustellen gesucht hatte, in der Absicht, demnächst mit dem Gensdarmen des Reviers, mit dem sie ein Verhältnis hatte, nach Amerika auszuwandern, sämtliche gestohlene Gegenstände, über 200 Nummern, und zum Teil sehr voluminöse, wurden in dem Dienstquartier des Gensdarmen vorgefunden, in dem Moment, wo dieser, nach Verhaftung der Magd, sich eben zur Flucht rüstete. Ich habe nicht gehört, daß ihn eine andere Strafe, als Dienstentlassung getroffen hätte, während die Magd mit vierzehntägigem Gefängnis davonkam. v. B.

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 4. Juli 1853.

Mein erstes Wiedersehen mit Prokesch war beiderseits frei von Verlegenheit. Die sanfte Heiterkeit, deren Maske er trug, fand ihren Ausdruck auch in der Farbe der Handschuhe, die vom zartesten himmelblau und ausnahmsweise ganz neu waren. Es schlug gerade zwölf am 2. Juli und ich bemerkte beiläufig, daß dieser Moment genau die Mitte des Jahres sei, worauf er mit durchbrechender Herzlichkeit meine Hand ergriff und sagte: „Wohlan, so vergessen wir die Leiden und Sorgen des alten Jahres, und beginnen wir ein ganz neues“. v. B.

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 6. November 1855.

Prokesch spielt die Rolle des Bösewichts in dem langweiligen Bundesroman bis ans Ende; es scheint, daß er seinem Nachfolger absichtlich einen schwierigen Anfang bereiten will, indem er streitige Sachen — in den Vordergrund zieht, Akten verleugnet, die ich fordere, die Ausschußsitzungen willkürlich ausfallen läßt und sich unsichtbar macht.

v. B.

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 4. November 1856.

Die Bundesverfassung an sich, und besonders die Richtung, in welcher die Politik der Mittelstaaten und die bisher zu einem gewissen Grade von analogem Interesse geleitete des Präsidialhofes dieselbe auszubilden bestrebt sind, bietet uns kein Mittel, unseren Einfluß in Deutschland über das Maß der uns zuständigen einen Stimme unter 17 zu erheben. Wenn von auswärtigen Beziehungen in der Deutschen Politik ganz abgesehen werden könnte, so würden die mannigfaltigen Gründe, welche unsere Bundesgenossen zur Opposition gegen Preußen zu haben glauben, uns in den Stand einer permanenten Minorität am Bunde bringen, und das Bestreben, die Kompetenz der Majorität auszudehnen, bald einen erfolgreichen Aufschwung gewinnen. Sobald indeß die auswärtigen Verhältnisse sich in einer Weise gestalten, welche für den Europäischen Frieden bedrohlich erscheint, kommt auch in Deutschland der Wert zur Hebung, welchen Preußen vermöge seiner Streitkräfte und sonstigen Hülfsmittel für das Ausland hat, und nicht minder werden alsdann die Hoffnungen mit in Rechnung gezogen, mit welchen

die wesentlichsten Elemente der öffentlichen Meinung in Deutschland auf Preußen blicken, während dieselben in friedlichen Zeiten das umgekehrte Ergebnis haben, den Argwohn und die Abneigung der kleineren Regierungen gegen uns wach zu erhalten. Bemerkenswert ist, wie sich in kritischen Zeiten jedesmal herausstellt, daß der Glaube der Regierungen selbst an den Bund und seine Verfassung auf sehr schwachen Füßen steht. Man ist vollständig darauf gefaßt, daß jede Regierung, welche sich Nutzen davon verspricht, zu Gunsten auswärtiger Verbindungen dem Bunde den Rücken dreht; man ist darauf gefaßt, weil man selbst entschlossen ist, ganz ebenso zu handeln. Nach meiner nunmehr sechsjährigen Erfahrung in den hiesigen Geschäften, behaupte ich, daß es wenigstens unter den mit einer Virilstimme versehenen Deutschen Fürsten keinen einzigen giebt, der aus Bundestreue seine eigene Stellung ernstlich gefährden würde. Der etwaige Kampf widerstreitender Pflichten würde nur ein kurzer sein, da jeder dieser Herren mit seinen Ministern im Grunde ganz ehrlich davon überzeugt ist, daß die Pflichten gegen sein eigenes Haus und die Unterthanen dringendere sind, als die gegen den Bund, nach dem Sprüchwort, daß ihm das Hemd näher ist als der Rock. Der Bund hat ein Menschenalter hindurch keine andere Auffassung von seiner Bestimmung gehabt, als diejenige, daß er sich in festem Bündnis mit Preußen, Österreich und Rußland gegen Angriffe Frankreichs, oder gegen unsere Revolutionen zu verteidigen habe. So lange er sicher war, die ansehnliche Reserve der drei östlichen Großmächte hinter sich zu haben, konnte man auf seine Haltbarkeit rechnen, und man wird es jedesmal können, wenn Österreich und Preußen gemeinschaftlich in einem ähnlichen mächtigen Bündnisse gegen Frankreich oder gegen Rußland sich befinden, und Glaube an die Haltbarkeit desselben vorhanden ist. Sobald aber Rußland aus einer solchen Alliance

ausscheidet, ohne daß Frankreich mit umgekehrter Front hinzutritt, verliert die Bundesakte jede Kraft und jeden Wert. Wenn Deutschland von zwei Seiten, d. h. von Frankreich und von Rußland bedroht wird, so mögen Preußen und Österreich immerhin zusammenhalten, sie werden doch nur diejenigen Bundesstaaten in ihrem Lager sehen, welche sie dazu zwingen können, oder welche außer Stande sind, ein vorteilhaftes Abkommen mit den Gegnern zu treffen. Wir Preußen namentlich würden uns einem gefährlichen Irrtum hingeben, wenn wir bei unserer Politik für die Zukunft die Berechnung zu Grunde legen wollten, daß die Bundesverträge gehalten werden, und daß wir auf einen irgend erheblichen Beistand von Bundestruppen zählen können, wenn wir in den Fall kommen sollten, gegen Frankreich Krieg zu führen, ohne daß Österreich und Rußland mit uns wären. Ein Bündnis Frankreichs mit Rußland oder mit Österreich sprengt den Bund im Kriegsfall ohne weiteres.

Ew. Excellenz wollen mir verzeihen, wenn ich diese in den letzten Jahren schon öfter vorgetragene Überzeugung heute nochmals ausspreche; aber die Folgen einer irrtümlichen Rechnung eines falschen Vertrauens auf die Bundesverträge können zu verhängnisvoll für Preußen sein, als daß ich nicht in meiner Stellung stets von neuem mich berufen fühlen sollte, das Ergebnis meiner hiesigen Eindrücke vorzutragen.

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 18. November 1856.

Mein französischer Kollege (Graf Montessuy) legt im Ganzen zu viel Gewicht auf die Presse und nimmt aus derselben viel unzuverlässigen Stoff zu seinen Berichten, weil er keine richtige Vorstellung von dem Treiben und der Be-

schaffenheit der Deutschen Zeitungskorrespondenten hat. Er hat überhaupt einen noch ungebrochenen Eifer im Berichterstatten und ist von meinen Deutschen Kollegen einigermaßen gefürchtet wegen der inquisitorischen Bemühungen und direkten Fragen nach den Vorgängen der Sitzung, mit denen er der geheimnisvollen Wichtigkeit der Gesandten zu Leibe geht. Gesellschaftlich hat er sich keine gute Stellung hier zu machen gewußt, was namentlich an der Frau liegt. Sie wird von den Bundesdamen nicht höflich genug gefunden, um ihr ihre Ansprüche und ihre Diamanten zu verzeihen; ihre Einladungen sind der Keim neuer Feindschaften, weil die Auswahl und die Placierung den vielfachen Klippen der hiesigen Rang- und anderen Ansprüche nicht Rechnung trägt; ein Teil der Bundesgesandten geht gar nicht mehr hin zu Montessuy's. Ich gehöre zu den wenigen, die gut mit Mann und Frau stehen, und habe an dem Hause nur auszusetzen, daß schlecht gegessen und noch schlechter getrunken wird in demselben, was ich aber mit gewohnter Hingebung für den Königlichen Dienst ohne Murren ertrage, da Montessuy im Übrigen ein angenehmer Kollege für mich ist. v. B.

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 12. Mai 1857.

Wenn wir uns (in der Rastatter Besetzungsfrage) lediglich auf den Standpunkt der Bundespolitik stellen, so würden wir die Wünsche Österreichs mehr zu fördern als ihnen entgegen zu treten haben. Nach meinem Dafürhalten ist es aber für Preußen angesichts der in Deutschland gegebenen politischen Verhältnisse nicht möglich, die Interessen der Kooperation im Deutschen Bunde allein zur Richtschnur seines Verhaltens zu nehmen. Wir können unsere Aufgabe im Bunde von der Wahrnehmung spezifisch Preußischer

Interessen, von der Erhaltung des Gleichgewichtes gegen Österreich nicht trennen und wir schwächen in dieser Beziehung unsere Stellung schon sehr wesentlich, wenn wir in den Diskussionen mit Österreich es zulassen, daß streitige Fragen lediglich aus dem Gesichtspunkte ihres Nutzens oder Nachteils für den Bund erörtert und alle Sonderinteressen gewissermaßen als pudenda verhüllt und ihr Vorhandensein bestritten wird. Wir geraten jederzeit dadurch in Nachteil, daß die streitigen Interessen in einer Sprache erörtert werden, welche auf der Fiktion einer bei allen Bundesregierungen vorhandenen durchaus uneigennützigen Hingebung für allgemeine Deutsche Interessen basiert ist. Ein Rückblick auf die Verhandlungen der letzten Jahre am Bunde und namentlich zwischen uns und Österreich, zeigt, wie der ganze Streit der gegenseitigen Rivalität scheinbar niemals Österreichische oder Preußische Interessen, sondern stets nur Deutsche betroffen, die Aufgabe eines jeden aber nur darin bestanden hat, das eigene Interesse als dasjenige Deutschlands darzustellen. Meiner Ansicht nach kommen wir im Durchschnitt zu kurz, wenn wir uns von dieser Gefechtsweise nicht emanzipieren, wenn wir nicht die Vertretung spezifisch Preußischer Interessen da, wo wir dieselben tangiert fühlen, offen und eingestandenermaßen bei unseren Bundesgenossen geltend machen. Ich glaube, daß wir mit der Wahrnehmung der Preußischen Interessen und mit der Erhaltung des hergebrachten Gleichgewichtes in Deutschland dem letzteren selbst die besten Dienste erweisen; die Auffassung Österreichs ist natürlich eine andere und leider der Mehrheit der Deutschen Regierungen aus schon vielfach erörterten Ursachen zugänglicher, als die unsrige. Es würde unzweifelhaft zur Kräftigung des Bundes nach außen dienlich sein, wenn die süddeutschen Staaten, ja wenn der gesammte Deutsche Bund in größere Abhängigkeit von Österreich geriete und auf diese Weise eine einheitlich kon-

solidierte Leitung gewänne. Wenn in demselben Maße, wie Baden vermöge der mit Rastatt beabsichtigten Einrichtung in den militärischen Besitz Österreichs übergeht, analoge Abkommen mit den anderen Süddeutschen Staaten getroffen werden könnten, oder wenn die Streitkräfte derselben durch Militärkonventionen in unmittelbare Abhängigkeit von Österreich gebracht würden, so ist kein Zweifel, daß dadurch die Verteidigungsfähigkeit des Bundesgebietes und die Haltbarkeit des Bundes selbst für Kriegsfälle gewinnen würde, und daß sich für derartige Einrichtungen aus dem Standpunkte allgemein Deutscher Interessen dieselben Gründe anführen ließen, wie für die Überlassung von Rastatt an Österreich. Dessenungeachtet würde Preußen eine so erhöhte Machtentwickelung des verbündeten Kaiserstaates nicht zulassen können, ohne seinerseits einen ähnlichen Zuwachs an Bedeutung innerhalb des Bundes zu verlangen. In kleinerem Maßstabe hat die Überlassung von Rastatt an Österreich — ähnliche Wirkungen. Der Besitz der einzigen Festung des Landes ist bei den obwaltenden Machtverhältnissen gleichbedeutend mit dem militärischen und in kritischen Zeiten mit dem Besitz des Landes selbst. Österreich seinerseits ist wenig geneigt, solchen Verbesserungen der Deutschen Wehrkraft Vorschub zu leisten, welche auch nur von geringfügigen Erhöhungen Preußischen Einflusses innerhalb Deutschlands begleitet sein würden. Sein Verhalten gegen unsere Militärkonventionen mit kleinen Staaten liefert den Beweis dafür, und wenn wir eine ähnliche, etwa mit Hessen oder Nassau schließen, oder uns ein Befestigungs- oder Besatzungsrecht in einem der kleineren Bundesstaaten durch Privatabkommen mit demselben stipulieren wollten, so würden die besten Gründe, die man zu Gunsten der Deutschen Bundesinteressen dafür anführen könnte, Österreich nicht abhalten, unseren Bestrebungen auf das Bestimmteste entgegen zu treten. Es läßt sich kaum bestreiten, daß die

Verteidigung von Mainz gesicherter wäre, wenn sich diese Festung in dem alleinigen Besitze Preußens als der zunächst gelegenen und zunächst interessierten Macht befände, als unter dem jetzigen dualistischen Regime; nichtsdestoweniger würde Österreich jeden Vorschlag, seine dortige Besatzung zu Gunsten Preußischer oder sonst norddeutscher Truppen zu vermindern, oder den Befehl der Festung uns ganz zu überlassen, mit Entrüstung ablehnen und seine Gründe nicht blos der Phraseologie über Deutsche Interessen entnehmen, wenn ihm die letzteren nicht ausreichend dazu erscheinen.

v. B.

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 7. Juli 1857.

Es scheint, daß die Deutschen Staaten sich gewöhnen, nur Österreich als hinreichend souverain zu betrachten, um ihm eine selbständige Politik zu gestatten, an die sich dann Preußen jederzeit anschließen muß, bei Strafe für „undeutsch" erklärt zu werden. Wenn wir uns durch derartige Theorien meistern lassen, so werden wir bis zu einer Linie gedrängt werden, an der wir den Bund nicht mehr halten können, wenn wir uns nicht selbst aufgeben wollen. Zeigen wir aber die Entschlossenheit, uns das Recht der selbständigen Politik und der entscheidenden Einwirkung auf die Geschicke Deutschlands durch jedes Mittel zu erhalten, so wird die Einigkeit Deutschlands fester werden, indem die Überhebung Österreichs und der Mittelstaaten aufhört, unsere Stellung im Bunde zu machen. Ich will damit nicht sagen, daß sie schon unhaltbar wäre, sollten wir aber berufen sein, innere oder äußere Stürme zu bestehen, so macht es bei einer eiteln Nation, wie wir sind, einen bedenklichen Unterschied, ob vermöge der auswärtigen Stellung, die wir

haben, das Preußische Nationalgefühl gedrückt oder befriedigt ist; das eine oder das andere wird es heutzutage ziemlich genau in dem Verhältnis sein, in welchem man im Lande glaubt, daß wir abhängig oder unabhängig von Österreich uns bewegen, und ich zweifle nicht, daß es unseren inneren Zuständen wohlthun würde, wenn sich im Lande der Eindruck auffrischte, daß die Regierung eine feste Stellung Österreich gegenüber einnimmt. v. B.

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 27. Dezember 1857.

Fonton's Charakter ist wie der einer Frau und obenein wie der einer südländischen; sehr heftig, aber ebenso leicht besänftigt, und dann gutmütig wie ein Kind, in Privatsachen nämlich; arbeitsscheu für gewöhnlich, aber sehr thätig und geschickt, sobald seine Teilnahme oder seine Leidenschaft angeregt ist; leicht zu gewinnen und leicht zu verletzen und für seine Freunde mit Eifer thätig... Im ganzen kann ich mir keinen Besseren an seine Stelle wünschen; nur möchte ich, daß sein Privatleben, obwohl er gesellschaftlichen Anstoß vermeidet, sich unseren norddeutschen Begriffen mehr anbequemte.

An den Minister v. Manteuffel.

Frankfurt, 3. August 1858.

Die Abwehr des Druckes, welchen Österreich mit der antipreußischen Majorität am Bunde auf uns übt, wird besonders dadurch erschwert, daß für das Verhalten am Bunde jederzeit die bundesfreundlichen Gesinnungen und die Hingebung für die Interessen des Bundes als allein

maßgebend in der offiziellen Sprache angenommen werden. Dabei identifiziert man Deutschland und seine Interessen mit der Bundesversammlung und dem Willen der Majorität in derselben. Dieser Fiktion entgegenzuarbeiten, liegt in unseren Bedürfnissen, weil durch dieselbe unsere Gegner mit dem Nimbus ausgerüstet werden, welcher den nationalen Ideen in Deutschland eigen ist. Meines Erachtens müssen wir zu dem Ende jede sich darbietende Gelegenheit ergreifen, um das Institut des Bundes auf das ihm durch den unzweifelhaften Inhalt der Verträge angewiesene Niveau einer Anstalt zur äußeren und inneren Sicherheit des Bundesgebietes zurückzuführen, und um uns den Schlingen eines Sprachgebrauches zu entziehen, welcher der Annahme Vorschub leistet, daß unsere Gesinnungen für Deutschland nach unserer Fügsamkeit gegen die Majorität der Bundesversammlung zu bemessen sind. In der Rastatter Frage haben uns unsere Bundesgenossen eine besonders passende Veranlassung gegeben, um uns von unbequemen Pflichten, welche uns die bei jedem Bundesglied legal präsumierten bundesfreundlichen Gesinnungen auferlegen könnten, loszusagen und vor der Öffentlichkeit zu konstatieren, daß mit Ministern und Regierungen, welche in so rücksichtsloser Weise mit dem vornehmsten Deutschen Staate umgehen, eine gedeihliche, und die Interessen Preußens hinlänglich beachtende Entwicklung der Deutschen Verhältnisse nicht zu erwarten ist. Ich habe bereits erwähnt, wie ungern meine Kollegen an die fragliche Abstimmung gingen, und wie lebhaft in ihnen das Gefühl ist, daß sie uns aus Konsequenzmacherei eine ungerechte Verletzung angethan haben. Derselbe Eindruck wird in der öffentlichen Meinung bei eingehender Besprechung ziemlich allgemein geteilt werden. Hierin sehe ich den Vorteil, den wir durch Herbeiführung der Abstimmung gewonnen haben und den wir entschlossen benutzen sollten, um uns den Einfluß, welchen Österreich

und seine Majorität durch Ausbeutung der Bundeseinrichtungen in ihrem Sinne auf uns üben, mehr als bisher zu entziehen.

Zur Verfolgung dieses Vorteils würde nötig sein, daß wir zunächst in einer Erklärung zu Protokoll konstatieren, wie wir uns durch das Verfahren der Majorität und in der Stellung, welche wir am Bunde beanspruchen, beeinträchtigt fühlen, und daß wir unsere ferneren Beziehungen zur Bundesversammlung dieser Überzeugung entsprechend einrichten werden. Wenn wir in dieser Weise von der uns angethanen Kränkung Akt nehmen, so gewinnen wir damit einen nutzbaren Vorwand, den wir etwaigen Zumutungen, welche die Mitglieder der Majorität an unsere bundesfreundliche Gesinnung stellen werden, nach unserer Konvenienz entgegenhalten können. Ich glaube nicht, daß wir bald eine so günstige Gelegenheit wieder finden werden, um die drückenden Anstandspflichten in etwas zu lösen, welche die Voraussetzung einer alle Sonderinteressen ausschließenden, bundesfreundlichen Begeisterung uns auferlegt. Unsere Gegner sind sich darüber klar, daß sie ungeschickt gehandelt haben, indem sie uns die Rolle eines ungerecht Gekränkten zuschieben, und werden die Wiederkehr dieser Situation zu verhüten suchen. v. B.

Der Petersburger Aufenthalt Bismarck's erfuhr dadurch eine Trübung, daß in diese Zeit die ersten schweren Erkrankungsfälle des sonst so rüstigen Mannes fielen. Bismarck konnte der letzten Entwicklung und dem Ausgange des italienischen Krieges nur vom Krankenlager aus folgen. Die Verletzung des Schienbeins, welche er sich auf der Jagd in Schweden zugezogen, hatte sich durch die anfängliche Nichtbeachtung verschlimmert. Bald nach der Rückkehr von einer Reise nach Moskau (Juni 1859) erkrankte er in Petersburg dergestalt, daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

Erkältung und rheumatische Schmerzen kamen zu dem ursprünglichen Leiden, und es zeigte sich, daß der „achtjährige und ununterbrochene Ärger“ am Bundestage seine Nerven stark angegriffen hatte. Bismarck erbat sich für einige Zeit Urlaub nach Berlin und übergab sich dort, im Hotel d'Angleterre wohnend, anderer ärztlicher Behandlung; aber auch hier schienen die früher angewandten Jodgifte noch eine üble Nachwirkung zu üben. Da erschien als hilfreiche Fee Frau Johanna aus Reinfeld an seinem Krankenlager, verbannte sogleich alle Jodflaschen aus seiner Nähe und half mit den einfachen und natürlichen Mitteln, welche ihr die eigene auf dem väterlichen Gute erlernte Heilkunde eingab. Als Bismarck aber sich anschickte, von Reinfeld, wohin er von Berlin aus gegangen war, nach Petersburg zu übersiedeln, erkrankte er von neuem auf der Reise bei einem Freunde, Herrn von Below auf Hohendorf bei Elbing, an einer Lungenentzündung dergestalt, daß er längere Zeit hindurch seine Genesung abwarten und die Rückkehr auf den Gesandtschaftsposten verschieben mußte. Erst gegen Ende des Mai 1860 setzte Bismarck mit seiner Familie die Reise nach Petersburg fort.

An Frau von Arnim.

Peterhof, 29. Juni 1859.

Ich bin schon seit dem Januar in Berlin nie wieder recht gesund gewesen, und Aerger, Klima und Erkältung trieben mein ursprünglich unscheinbares Gliederreißen vor etwa zehn Tagen auf die Höhe, daß mir der übliche Atem nicht mehr ausreichend zufloß und nur unter sehr schmerzhaften Anstrengungen einzuziehen war. Das Übel, rheumatisch-gastrisch-nervös, hatte sich in der Lebergegend eingenistet und wurde mit massenhaften Schröpfköpfen wie Untertassen und spanische Fliegen und Senf über den ganzen Leib bekämpft, bis es mir gelang, nachdem ich schon halb für eine bessere Welt gewonnen war, die Ärzte zu über-

zeugen, daß meine Nerven durch achtjährigen ununterbrochenen Ärger und Aufregung geschwächt waren und weiteres Blutabzapfen mich mutmaßlich typhös oder blödsinnig machen würde. Gestern vor acht Tagen war es am schlimmsten, meine gute Natur hat sich aber rasch geholfen, seitdem man mir Sekt in mäßigen Quantitäten verordnet hat.

v. B.

An den Kriegsminister von Roon.

Petersburg, 2. Juli 1861.
(Eingegangen am 11. Juli.)

Ihr Schreiben durch den Engländer kam gestern in Sturm und Regen hier an, und störte mich in dem Behagen, mit welchem ich an die ruhige Zeit dachte, die ich in Reinfeld mit Kissinger und demnächst in Stolpmünde zu verbringen beabsichtigte. In den Streit wohlthuender Gefühle für junge Auerhähne einerseits und Wiedersehen von Frau und Kindern andererseits tönt Ihr Kommando: „an die Pferde" mit schrillem Mißklang. Ich bin geistesträge, matt und kleinmütig geworden, seit mir das Fundament der Gesundheit abhanden gekommen ist. Doch zur Sache. In dem Huldigungsstreit verstehe ich nicht recht, wie er so wichtig hat werden können für beide Teile. Es ist mir rechtlich gar nicht zweifelhaft, daß der König in keinen Widerstreit mit der Verfassung tritt, wenn er die Huldigung in herkömmlicher Form annimmt. Er hat das Recht, sich von jedem einzelnen seiner Unterthanen und von jeder Korporation im Lande huldigen zu lassen, wann und wo es ihm gefällt und wenn man einem Könige ein Recht bestreitet, welches er ausüben will und kann, so fühle ich mich verpflichtet, es zu verfechten, wenn ich auch an sich nicht von der praktischen Wichtigkeit seiner Ausübung durch-

drungen bin. In diesem Sinne telegraphierte ich an Schlieffen (?), daß ich den „Besitztitel", auf dessen Grund ein neues Ministerium sich etablieren soll, für richtig halte, und sehe die Weigerung der anderen Partei und die Wichtigkeit, welche sie auf Verhütung des Huldigungsaktes legt, als doctrinäre Verbissenheit an. Wenn ich hinzufügte, daß ich die „sonstige Vermögenslage nicht kenne", so meine ich damit nicht die Personen und Fähigkeiten, mit denen wir das Geschäft übernehmen könnten, sondern das Programm, auf dessen Boden wir zu wirtschaften haben würden. Darin wird meines Erachtens die Schwierigkeit liegen. Meinem Eindruck nach lag der Hauptmangel unserer bisherigen Politik darin, daß wir liberal in Preußen und konservativ im Auslande auftraten, die Rechte unseres Königs wohlfeil, die fremder Fürsten zu hoch hielten. Eine natürliche Folge des Dualismus zwischen der konstitutionellen Richtung der Minister und der legitimistischen, welche der persönliche Wille Sr. Majestät unserer auswärtigen Politik gab. Ich würde mich nicht leicht zu der Erbschaft Schwerins entschließen, schon weil ich mein augenblickliches Gesundheitskapital dazu nicht ausreichend halte. Aber selbst wenn es der Fall wäre, würde ich auch im Innern das Bedürfnis einer anderen Färbung unserer auswärtigen Politik fühlen. Nur durch eine Schwenkung in unserer „auswärtigen" Haltung kann, wie ich glaube, die Stellung der Krone im Innern von dem Andrang degagiert werden, dem sie auf die Dauer sonst thatsächlich nicht widerstehen wird, obschon ich an der Zulänglichkeit der Mittel dazu nicht zweifle; sonst ist es gar nicht verständlich, wie das öffentliche Leben bei uns von Lappalien wie Stieber, Schwark, Macdonald, Patzke, Twesten und dergleichen so aufgeregt werden konnte und im Auslande wird man nicht begreifen, wie die Huldigungsfrage das Kabinet sprengen konnte. Man sollte glauben, daß eine lange und schwere Mißregierung das Volk gegen seine

Obrigkeit so erbittert hätte, daß bei jedem Luftzug die Flamme aufschlägt. Politische Unreife hat viel Anteil an diesem Stolpern über Zwirnsfäden; aber seit 14 Jahren haben wir der Nation Geschmack an Politik beigebracht, ihr aber den Appetit nicht befriedigt, und sie sucht die Nahrung in den Gassen. Wir sind fast so eitel wie die Franzosen; können wir uns einreden, daß wir auswärts Ansehen haben, so lassen wir uns im Hause viel gefallen; haben wir das Gefühl, daß jeder kleine Würzburger uns hänselt und geringschätzt und daß wir es dulden aus Angst, weil wir hoffen, daß die Reichsarmee uns vor Frankreich schützen wird, so sehen wir innere Schäden an allen Ecken und jeder Preßbengel, der den Mund gegen die Regierung aufreißt, hat Recht. Von den Fürstenhäusern von Neapel bis Hannover wird uns keines unsere Liebe danken und wir üben an ihnen recht evangelische Friedensliebe auf Kosten der Sicherheit des eigenen Thrones. Ich bin meinem Fürsten treu bis in die Waden, aber gegen alle anderen fühle ich in keinem Blutstropfen eine Spur von Verbindlichkeit, den Finger für sie aufzuheben. In dieser Deckungsweise fürchte ich von der unseres allergnädigsten Herrn so weit entfernt zu sein, daß er mich schwerlich zum Rate seiner Krone geeignet finden wird. Deshalb wird er mich, wenn überhaupt, lieber im Innern verwenden. Das bleibt sich aber meines Erachtens ganz gleich, denn ich verspreche mir von der Gesammtregierung keine gedeihlichen Resultate, wenn unsere auswärtige Haltung nicht kräftiger und unabhängiger von dynastischen Sympathien wird, an denen wir aus Mangel an Selbstvertrauen eine Anlehnung suchen, die sie nicht gewähren können und die wir nicht brauchen. Wegen der Wahlen ist es schade, daß der Bruch sich gerade so gestaltet; die gut königliche Masse der Wähler wird den Streit über die Huldigung nicht verstehen und die Demokratie ihn entstellen. Es wäre besser gewesen, in der

Militärfrage stramm zu halten gegen Kühne, mit der Kammer zu brechen, sie aufzulösen und dann der Nation zu zeigen, wie der König zu den Leuten steht. Wird der König zu solchen Mitteln im Winter greifen wollen, wenn's paßt? Ich glaube nicht an gute Wahlen für diesmal, obschon gerade die Huldigungen dem Könige manches Mittel gewähren, darauf zu wirken. Aber rechtzeitige Auflösung nach handgreiflichen Ausschreitungen der Majorität sind ein heilsames Mittel, vielleicht das richtigste, zu dem man gelangen kann, um gesunden Blutumlauf herzustellen.

Ich kann mich schriftlich über eine Situation, die ich mir ungenügend kenne, nicht erschöpfend aussprechen, mag auch manches nicht zu Papier bringen, was ich sagen möchte. Nachdem der Urlaub heute bewilligt, reise ich Samstag zu Wasser und hoffe, Dienstag früh in Lübeck zu sein, abends in Berlin. Früher kann ich nicht, weil der Kaiser mich noch sehen will. Diese Zeilen nimmt der englische Kourier wieder mit. Mündlich also Näheres. Bitte mich der Frau Gemahlin herzlich zu empfehlen. In treuer Freundschaft der Ihrige v. B.

Nachschrift (am Rande): „Mit Schleinitz nehme ich nach Ihrem Schreiben volles Einverständnis an, so daß ich nicht in die geschmacklose Lage komme, gegen meinen Chef zu konspirieren. Sagen und schreiben werde ich natürlich niemand etwas. Wenn ich den Newaspiegel in der hellen Nacht vor mir sehe, über den Brief hinweg, so wird der Wunsch in mir lebhaft, daß ich nächstes Jahr noch hier sitze. Der Mensch gewöhnt sich an alles, auch an 60 Grad Breite; und Umziehen, Streiten, Ärgern und die ganze Knechtschaft Tag und Nacht bilden eine Perspektive, bei der ich schon heut Heimweh nach Petersburg oder Reinfeld habe. In besserer Gesellschaft, wie in der Ihrigen kann ich niemals in den Schwindel hineingerathen; aber auf der Sabower Heide hinter den Rebhühnern war es für uns beide be-

haglicher. Ich werde mich nicht drücken, denn ich mag mir keiner Feigheit bewußt sein, aber wenn in 14 Tagen dieses Gewitter spurlos an mir vorübergezogen und ich ruhig bei Muttern wäre, so würde ich mir einen Enten—ß wünschen, um vor Befriedigung damit wackeln zu können.

3. Juli. Ich schrieb dieses heute früh 2—3 Uhr, aus Gesellschaft kommend und finde jetzt beim Aufstehen den Gesammteindruck etwas konfus, aber Sie kennen ja meine Ansicht ohnehin, und anders wird man so spät kaum. Geht der König einigermaßen auf meine Meinung ein, dann greife ich das Werk mit Freuden an."

An den Kriegsminister von Roon.

Frankfurt, 17. Juli 1861, 6 Uhr früh.

Lieber Roon!

Wir sollen uns nicht sehen! Meine Absicht, Sie in Berlin zu erwarten, wurde dadurch gestört, daß Schleinitz mich ersuchte, möglichst schleunig nach Baden zu gehen. Nun lese ich, nachdem ich in Baden durch Geschäfte und Attentat (auf König Wilhelm 14. Juli) länger als ich dachte aufgehalten, daß Sie eben dahin unterwegs sind. Ihr Kriegsministerium, an welches ich gestern telegraphierte, antwortet nicht, obschon es gratis wäre. Ich fragte an, wo Sie wären, wann Sie reisten, und bezahlte Antwort. Wüßte ich, daß Sie auf dem nächsten Zuge wären, so erwartete ich Sie hier, deshalb telegraphierte ich, aber aufs unsichere hierzu warten, ist mir die Zeit zu knapp ... und dann können wir im Augenblick kaum mehr thun als Erlebnisse austauschen ... Einstweilen trinke ich vier Wochen Kissingen in Reinfeld, dann Seebad. Herzliche Grüße und frohe Schweiz. Ihr v. B.

An den Kriegsminister von Roon.

Berlin, 17. Juli 1861.

Lieber Roon!

Es ist wirklich wahr. wir sollen nicht mit einander reden. Unter den Gründen, die mich bestimmten, nicht gestern Abend, sondern heut früh aus Frankfurt zu fahren, spielte der Wunsch, nicht auf der Bahn an Ihnen ungesehen vorüber zu sausen, die Hauptrolle; ich las in Zeitungen, daß Sie im Begriff seien, zu reisen, telegraphierte um Gewißheit, blieb ohne Antwort, bestach den Zugführer, bei der Kreuzung zu halten, bis ich mich überzeugen konnte, daß Sie nicht auf dem Berliner Zuge waren ... und kam hier rechtzeitig an, um von dem alten Portier zu hören, daß Sie vor zwei Stunden abgereist waren. Hätte ich Sie irgendwo auf der Bahn angetroffen, so wäre ich einige Stationen mit Ihnen umgekehrt. So aber sind Sie entweder über Magdeburg gefahren, oder wir haben uns auf der Höhe von Trebbin gekreuzt. Es nutzt nichts, daß ich Ihnen das schrieb, aber ich habe das Bedürfnis, meinen Verdruß zu Papier zu bringen und außerdem Ihnen zu melden, daß ich nun vier Wochen in Reinfeld im blauen Ländchen bleibe, dann entweder nach Stolpmünde oder wenn es ein kalter Herbst wird, in irgend ein einsames Nordseebad gehe .... In treuer Freundschaft Ihr v. B.

Die Hauptstreitfrage in jener Zeit bildete bekanntlich der Heeresorganisationsplan, dem das Abgeordnetenhaus hartnäckigen Widerstand entgegensetzte. Der Auflösung des letzteren folgte unmittelbar auch die Entlassung der Minister. Zu dieser kam es hauptsächlich in Folge des energischen Auftretens des Kriegsministers General Roon, der sich des besonderen Vertrauens des Königs erfreute und nun Alles daran setzte, daß derselbe andere

Rathgeber wähle, und zwar solche ohne parlamentarische Vergangenheit, und die nicht durch Parteiverbindungen und Rücksichten beengt waren, gleichviel welcher Partei sie angehörten. Die neu ernannten Minister stießen alsbald auf heftigen Widerstand, sie galten als die Vertreter der Reaktion; unbeirrt den Parlamentarismus bekämpfend, der es darauf absah, den Schwerpunkt der Regierungsgewalt in die Hände der politischen Parteien zu legen, und der namentlich die Geldfrage als Vorwand benutzte, um die Unausführbarkeit der Armeeorganisation darzuthun, wurde General von Roon zu dem festen Schild, der die Monarchie in Preußen deckte, und zugleich die nationale Wehrhaftigkeit im Sinne der Scharnhorst'schen Ideen erhielt. — Es spricht sich diese Stetigkeit und Unerschütterlichkeit in dem Festhalten an dem Vermächtnis einer großen Zeit und an den Ueberlieferungen, wie sie in der Armee pietätvoll bewahrt wurden, namentlich in einem Schreiben aus, das er an einen vertrauten Freund (Perthes) am 1. April 1862 richtete, und in welchem es heißt:

„Die Armeeorganisation muß ihrem innersten Wesen und Leben nach erhalten werden. Darüber sind wir einig hie und dort. Die Erklärung, was dazu gehört, geht von mir aus, so lange man allseitig vernünftig ist, aber ist dazu Aussicht? Wichtiger und damit verwandt ist aber der andere, bedeutungsvolle Ausspruch: „das Armeegefühl darf nicht verletzt werden," denn mit dem Ruin der Armeegesinnung wird Preußen rot und die Krone rollt in den Kot. Wird aber die Gesinnung nicht leiden, wenn man auch nur in der Geldfrage nachgiebt? Ich glaube, derartiges vorher verkündet, erregt homerisches Gelächter und ausgelassene Freude bei den Feinden, ohne daß dadurch eine Stimme gewonnen wird, und der König demütigt sich damit und mit Ihm die Armee in dem stolzen Selbstgefühl, das aus der Abhängigkeit allein vom Könige und nicht vom Parlamente stammt.

Das schließt nicht aus, daß in der Form der Geldforderung dem Vorurteil der Masse Rechnung getragen werden dürfe."

Von den Friktionen, deren Roon in dem Schreiben Erwähnung that, hatte er in denselben Tagen — also schon bei der Arbeit der neu zusammengesetzten Regierungs-Maschine — weitere Beweise

erhalten; so u. A. durch einen Brief des neuen Finanzministers v. d. Heydt, der zu Ersparnissen im Militair-Etat riet; ein Brief, wie ihn vielleicht ein Finanzminister an den Kriegsminister oder andere Ressort-Chefs häufig zu schreiben amtliche Veranlassung haben mag. Der hier erwähnte Brief erlangte besondere Bedeutung nur dadurch, daß er, wie manche Zeitgenossen sich erinnern werden — durch eine bedauerliche, niemals ganz aufgeklärte Indiskretion der Presse in die Hände fiel und mit vielem Hohn gegen das neue Ministerium und namentlich gegen Roon verwertet wurde.

Auf diesen Brief bezieht sich auch das nachstehende Schreiben des Herrn von Bismarck, mit dem Roon auch während der letzten Krisen in beständiger Verbindung geblieben war.

An den Kriegsminister von Roon.

Petersburg, 12. April 1862.

Lieber Roon!

Ich weiß nicht, warum ich Ihnen nicht längst geschrieben habe; vielleicht, weil man hier die Dinge immer erst erfährt, wenn es nicht mehr lohnt, ein Wort darüber zu verlieren. Heut treibt mich der Heydt'sche Brief, trotz Kouriereile einige Zeilen an Sie zu richten. Jener Brief macht den Eindruck und wird hier angesehen, als sei er für die Veröffentlichung geschrieben, ein Manifest in Rechnung auf die Zukunft. Sein Stil ist nicht der einer vertraulichen Erörterung zwischen zwei Ministern, die sich täglich sehen und einen Büchsenschuß von einander wohnen. So aufgefaßt, schließt man daraus, daß Heydt wiederum mit seiner anerkannten Sagazität einen Wechsel voraussehe, und rechtzeitig in die Richtungslinie der Zukunft einschwenke. Damit bringt man die Stimmung Ihrer Majestät der Königin gegen die jetzigen Minister in Verbindung. — In vierzehn Tagen hoffe ich bei Ihnen zu sein und diesem Leiden von Abschiedsaudienzen, Visiten, schlechten Verkäufen und packenden

Hammerschlägen ein Ende zu machen. Ich weiß nur, daß ich nach Paris oder London gehe, nicht nach welchem von beiden. Wie kam man eigentlich darauf, den 25prozentigen Zuschlag jetzt aus dem Fenster zu werfen? Denkt man damit die Opposition zu versöhnen? Auf die Wahlen wird das nur wie ein von der aufgelösten Kammer errungener Sieg, wie ein Schnaps für die erlahmende Fortschrittspartei wirken. Kann man diese bisher gut eingehende, also erträgliche Steuer missen, was ich bestreite, so hätte man in einem kritischen Kammermoment die Konzession in Handeln und Dingen verwerten sollen, aber nicht jetzt sein Pulver in die Luft verschießen. Geben wir mit der Militärfrage jetzt nach, ohne Kampf, aus unbestimmter Wahlangst, so sinkt der Respekt von uns im In- und Auslande in beklagenswerter Dimension. Ich will mich schriftlich nicht stärker ausdrücken. Die Zeit ist um, auf baldiges Wiedersehen; herzliche Grüße an die Frau Gemahlin. Ihr treuer Freund v. B.

Die in Aussicht gestellte baldige Anwesenheit Bismarcks in Berlin konnte für Roon nur hochwillkommen sein. Zwar war er auch in der letzten Krisis mit seinem Vorschlage, jenen in das Ministerium zu berufen, noch nicht durchgedrungen, weil der König sich zu diesem für extrem gehaltenen Schritt nicht entschließen und sich von Graf Bernstorff nicht trennen mochte — obwohl letzterer täglich wiederholte, daß er sich nichts mehr wünsche, als die Rückkehr nach London. Aber die Anwesenheit Bismarcks und die Möglichkeit ausführlicher mündlicher Erörterungen zwischen dem Monarchen und ihm bot doch für Roon einige Aussicht, dem sehnlichst erwünschten Ziele etwas näher zu kommen. Denn er täuschte sich keineswegs darüber, daß die politische Last für seine Schultern und seine Mittel viel zu schwer sei, um sie auf die Dauer allein tragen zu können. Er bedurfte dringend eines Kampfgenossen, mit dem er sich in allen Grundanschauungen völlig einig wußte und der auch dasjenige brachte, was zu den

kommenden Stürmen unentbehrlich war: unbeugsame Energie, hervorragende Begabung und vor Allem einen politischen Mut und Unternehmungsgeist, der wirklich Großes nicht nur wünschen, sondern auch leisten könnte. Dies alles, das wußte er, fand sich in Bismarck vereinigt; er kannte keinen anderen Staatsmann, dem er auch nur entfernt ähnliche Thatkraft und Fähigkeiten zugetraut hätte. Es war sein heißester Wunsch, ihn an die Spitze der Geschäfte zu bringen, und nun hoffte er, es würde endlich gelingen.

Er konnte dies um so mehr hoffen, als er sich schon damals sagen mußte, daß die z. B. neben ihm amtierenden Kollegen eine derartige Leistungskraft, wie die Situation sie nicht einmal forderte, nicht besaßen und nie erlangen würden. Der provisorische Ministerpräsident, Prinz Adolf zu Hohenlohe, trat persönlich wenig hervor und beteiligte sich wegen zunehmender Kränklichkeit bald gar nicht mehr an den Geschäften. Graf Bernstorff bewahrte gegenüber den sein Ressort nicht betreffenden Fragen eine große Zurückhaltung; und den übrigen Ministern fehlte trotz großen Eifers für ihre gute Sache doch das erforderliche Ansehen, so daß sie eine günstige Umgestaltung der inneren Lage nicht bewirken konnten und auch im weiteren Verlaufe der Dinge darauf ohne Einfluß blieben. Dies galt auch von dem Dienstältesten derselben, dem Finanzminister v. d. Heydt, welchem in Vertretung des Prinzen von Hohenlohe äußerlich die Führung der Geschäfte gebührte. Je mehr das Vertrauen des Königs sich in Folge dessen auch auf allen nicht miliärischen Gebieten dem tapferen Roon zuwandte — desto mehr empfand dieser doch gerade deshalb in richtiger Selbsterkenntnis die Unzulänglichkeit seiner persönlichen Leistungfähigkeit; und diese wurde außerdem natürlich auch noch dadurch gehemmt, daß er sich in dieser Lage zwar innerlich für Alles verantwortlich fühlen mußte, zum eigentlichen amtlichen Eingreifen aber als einfacher Ressortminister schon formell gar nicht einmal berechtigt war. Und doch konnte ihm nichts ferner liegen, als eine Stellung, mit der eine solche Berechtigung verknüpft gewesen wäre, für sich etwa zu erstreben; um so dringender aber mußte sein Bemühen sein und bleiben, dem Ministerium ein kräftiges, ein wirkliches Haupt zu ver-

schaffen, einen Mann, der in seinem Sinne und doch gleichzeitig in vollster eigener Initiative die Leitung der Geschäfte nach großen Gesichtspunkten zu führen fähig sein würde.

Mit Ungeduld erwartete Roon daher das Eintreffen Bismarck's, dessen Erscheinen auf dem Kampfplatze den Beginn eines neuen Abschnittes signalisierte.

An den Kriegsminister von Roon.

Paris, 2. Juni 1862.

Geehrter Freund!

Ich bin glücklich angekommen, wohne hier wie eine Ratte in der leeren Scheune und bin von kühlem Regenwetter eingesperrt. Gestern hatte ich feierliche Audienz mit Auffahrt im kaiserlichen Wagen, Zeremonie, aufmarschierten Würdenträgern. Sonst auf kurz und vertraulich, ohne Politik, die auf un de ces jours und Privataudienz verschoben wurde. Die Kaiserin sieht sehr gut aus, wie immer. Gestern Abend kam der Feldjäger, brachte mir aber nichts aus Berlin, als einige lederne Dinger von Depeschen über Dänemark. Ich hatte mich auf einen Brief von Ihnen gespitzt. Aus einem Schreiben, welches Bernstorff an Reuß gerichtet hat, ersehe ich, daß der Schreiber auf meinen dauernden Aufenthalt hier und den seinigen in Berlin mit Bestimmtheit rechnet, und daß der König irrt, wenn er annimmt, daß jener je eher je lieber nach London verlange. Ich begreife ihn nicht, warum er nicht ganz ehrlich sagt, ich wünsche zu bleiben oder ich wünsche zu gehen, keines von Beiden ist ja eine Schande. Beide Posten gleichzeitig zu behalten ist schon weniger vorwurfsfrei. Sobald ich etwas zu berichten, d. h. den Kaiser unter vier Augen gesprochen habe, werde ich dem Könige eigenhändig schreiben. Ich schmeichle mir noch immer mit der Hoffnung, daß ich Sr. Majestät weniger unentbehrlich erscheinen werde,

wenn ich ihm eine Zeit lang aus den Augen bin und daß sich noch ein bisher verkannter Staatsmann findet, der mir den Rang abläuft, damit ich hier noch etwas reifer werde. Ich warte in Ruhe ab, ob und was über mich verfügt wird. Geschieht in einigen Wochen nichts, so werde ich um Urlaub bitten, um meine Frau zu holen, möchte dann aber doch Sicherheit haben, wie lange ich hier bleibe. Auf achttägige Kündigung kann ich mich hier dauernd nicht einrichten. Der Gedanke, mir ein Ministerium ohne Portfeuille zu geben, wird hoffentlich allerhöchsten Ortes nicht Raum gewinnen; bei der letzten Audienz war davon nicht die Rede, die Stellung ist nicht praktisch: nichts zu sagen und alles zu tragen haben, in alles unberufen hineinstänkern, und von jedem abgebissen, wo man wirklich mitreden will. Mir geht Portfeuille über Präsidium, letzteres ist doch nur eine Reservestellung; auch würde ich nicht gern einen Kollegen haben, der halb in London wohnt. Will er nicht ganz dahin ziehen, so gönne ich ihm von Herzen, zu bleiben wo er ist, und halte es nicht für freundschaftlich, ihn zu drängen. Herzliche Grüße an die Ihrigen. Ihr treuer Freund und bereitwilliger, aber nicht mutwilliger Kampfgenosse, wenn's sein muß, im Winter noch lieber, als — bei die Hitze.

v. B.

An den Kriegsminister von Roon.

Paris, 9. Juni 1862.

Lieber Roon!

Ich habe Ihren Brief durch Stein (damaligen Militärbevollmächtigten) richtig erhalten, offenbar unerbrochen, denn ich konnte ihn ohne teilweise Zerstörung nicht öffnen. Sie können versichert sein, daß ich durchaus keine Gegenzüge und Manöver mache; wenn ich nicht aus allen Anzeichen

erfähe, daß Bernstoff gar nicht daran denkt, auszuscheiden, so würde ich mit Gewißheit erwarten, daß ich in wenig Tagen Paris verließe, um über London nach Berlin zu gehen, und ich würde keinen Finger rühren, um dem entgegenzuarbeiten. Ich rühre auch so keinen, aber ich kann doch auch nicht den König mahnen, mir Bernstorff's Stelle zu geben, und wenn ich ohne Portefeuille einträte, so hätten wir, Schleinitz eingerechnet, drei auswärtige Minister, von denen jeder Verantwortung gegdnüber der eine sich stündlich ins Hausministerium, der andere nach London zurückzuziehen bereit ist. Mit Ihnen weiß ich mich einig, mit Jagow glaube ich es werden zu können, die Fachministerien würden mir nicht Anstoß geben; über auswärtige Dinge aber habe ich ziemlich bestimmte Ansichten, Bernstorff vielleicht auch, aber ich kenne sie nicht und vermag mich in seine Methode und seine Formen nicht einzuleben, ich habe auch kein Vertrauen zu seinem richtigen Augenmaß für die politischen Dinge, er also wahrscheinlich zu dem meinigen auch nicht. So sehr lange kann die Ungewißheit übrigens nicht mehr dauern, ich warte bis nach dem 11., ob der König bei der Auffassung vom 26. v. Mts. bleibt, oder sich anderweit versorgt. Geschieht bis dahin nichts, so schreibe ich Sr. Majestät in der Voraussetzung, daß mein hiesiges Verhältnis definitiv wird und ich meine häuslichen Einrichtungen danach treffe, mindestens bis zum Winter oder länger hier zu bleiben. Meine Sachen und Wagen sind noch in Petersburg, ich muß sie irgendwo unterbringen; außerdem habe ich die Gewohnheiten eines achtbaren Familienvaters, zu denen gehört, daß man irgendwo einen festen Wohnsitz hat, und der fehlt mir eigentlich seit Juli vorigen Jahres, wo mir Schleinitz zuerst sagte, daß ich versetzt würde. Sie thun mir Unrecht, wenn Sie glauben, daß ich mich sträube, ich habe im Gegenteil lebhafte Anwandlungen von dem Unternehmungsgeist jenes Tieres, welches auf dem Eise tanzen

geht, wenn es ihm zu wohl wird. — Ich bin den Adreß-debatten einigermaßen gefolgt, und habe den Eindruck, daß sich die Regierung in der Kommission, vielleicht auch im Plenum mehr hergegeben hat, als nützlich war. Was liegt eigentlich an einer schlechten Adresse? Die Leute glauben mit der angenommenen einen Sieg erfochten zu haben. In einer Adresse führt eine Kammer Manöver mit markiertem Feinde und Platzpatronen auf. Nehmen die Leute das Scheingefecht für ernsten Sieg, und zerstreuen sich plündernd und marodierend auf königlichem Rechtsboden, so kommt wohl die Zeit, daß der markierte Feind seine Batterien demaskiert und scharf schießt. Ich vermisse etwas Gemütlichkeit in unserer Auffassung; Ihr Brief atmet ehrlichen Kriegerzorn, geschärft von des Kampfes Staub und Hitze. Sie haben, ohne Schmeichelei, vorzüglich geantwortet, aber es ist eigentlich schade darum, die Leute verstehen kein Deutsch. Unsern freundschaftlichen Nachbar hier habe ich ruhig und behäbig gefunden, sehr wohlwollend für uns, sehr geneigt, die Schwierigkeiten der „Deutschen Frage" zu besprechen; er kann seine Sympathien keiner der bestehenden Dynastien versagen, aber er hofft, daß Preußen die große, ihm gestellte Aufgabe mit Erfolg lösen werde, die Deutsche nämlich, dann werde die Regierung auch im Innern Vertrauen gewinnen. Lauter schöne Worte. Um zu erklären, daß ich mich bisher nicht recht wohnlich einrichte, sage ich den Fragern, daß ich in kurzem für einige Monate Urlaub zu nehmen gedenke, um dann mit meiner Frau wiederzukommen.

10. Juni. Die Antwort Sr. Majestät auf die Adresse macht in ihrer zurückhaltenden Gemessenheit einen sehr würdigen Eindruck, und kühl, keine Gereiztheit. Anspielungen auf Schleinitz Eintritt für Hohenlohe finden sich in mehreren Blättern. Ich gönne es ihm von Herzen, und Hausminister bleibt er dabei doch. Ich schicke diesen Brief morgen mit

dem Feldjäger, der dann in Aachen bleibt, bis er wieder etwas aus Berlin herzubringen bekommt. Meine Empfehlungen an Ihre Damen, den meinigen geht's gut. In alter Treue Ihr

v. B.

An den Kriegsminister von Roon.

Paris, 22. Juni 1862.

Lieber Roon!

Ich erfahre eben, daß Frau v. L. in einer halben Stunde abreist, und beeile mich, ihr diese Zeilen mitzugeben. Ich hatte vor acht Tagen in einem Privatbrief an Bernstorff den Wunsch durchschimmern lassen, bald etwas mehr Klarheit darüber zu erlangen, ob ich mich hier auf acht Tage, acht Wochen oder acht Monate einrichten könne. Er antwortet mir unter dem 20. Juni, daß er meinen Brief dem Könige vorgelesen, Se. Majestät aber geantwortet habe, daß Sie (S. M.) in diesem Augenblick noch keinen Entschluß fassen können. Bernstoff hat darauf zugeredet, mich zu berufen, und von anderen Kombinationen, mit denen sich die Presse beschäftige, und an deren Realisierung die Beteiligten selbst zu glauben anfangen, abgeraten. Ich sehe danach voraus, daß mein Bleiben hier sich verlängert, und bin sehr zufrieden damit, da ich mir sagen kann, daß ich mich keines Dienstes und keiner Arbeit geweigert habe. Ich denke in dieser Woche auf einige Tage nach London zu gehen, dann vielleicht in Vichy Brunnen zu trinken, in Trouville See zu baden. Nach Preußen komme ich nur, wenn ich gerufen werde, so lange die Ministerkrisis nicht vollständig beseitigt ist. — Herzliche Grüße an die Ihrigen. Sehen Sie Hans Kleist, so sagen Sie, bitte, daß ich zwei Friedrichsd'or für Stahl's Büste zeichne. In treuer Freundschaft Ihr

v. B.

An den Kriegsminister von Roon.

Paris, 5. Juli 1862.

Lieber Roon!

Eben komme ich von London zurück. Die Leute sind dort über China und die Türkei sehr viel besser unterrichtet, wie über Preußen. Loftus muß noch mehr Unsinn an seinen Minister schreiben, als ich dachte. Ich finde eben eine Gelegenheit morgen früh nach Berlin, und darum schreibe ich diese Zeilen. Vor zehn Tagen telegraphierte man mir, ich solle den Feldjäger schicken, damit er Depeschen abhole, ich schicke ihn und finde mit Erstaunen, daß er noch nicht zurück ist. Hätte ich das gewußt, so wäre ich noch in London geblieben. Ich werde nun in diesen Tagen um einen Sommerurlaub bitten, nach einem französischen Seebade, wo ich dann aber erst Ende Juli eintreffe, vorher möchte ich nach dem Süden von Frankreich und auf einen Tag nach Neapel, wo ich noch nie gewesen bin. Hier ist gar nichts los. Der Kaiser geht morgen in verschiedene Departments, am 11. nach Vichy, ihm dahin zu folgen, scheint mir etwas zudringlich, der Minister geht auch fort, und was soll ich dann noch hier? Die Ministerialräte unterstehen sich hier kein Wort über Politik zu reden und wenn ich länger hier noch wohne, so muß ich mich definitiv einrichten, mit Frau, Pferden und Dienern; ich weiß schon nicht was und worauf ich zu Mittag essen soll ... Habe ich meine Sachen erst hier, so ziehe ich in den nächsten zwölf Monaten sicher nicht nochmals um, es sei denn nach Schönhausen. Diese Ungewißheit, dieses „nicht wohnen", kann ich auf die Länge nicht aushalten, dazu bin ich nicht Fähnrich genug. Jetzt bin ich zu schläfrig, ich gehe herzlich grüßend zu Bett. Treu der Ihrige v. B.

An den Kriegsminister von Roon.

Paris, 15. Juli 1862.

Lieber Roon!

Ich habe mir neulich viele Fragen darüber vorgelegt, warum Sie telegraphisch sich erkundigten, ob ich Ihren Brief vom 26. v. Mts. erhalten hätte. Ich habe nicht darauf geantwortet, weil ich etwas Neues über den Hauptgegenstand nicht geben, sondern nur empfangen konnte. Seitdem ist mir ein Kourier zugegangen, der mir seit vierzehn Tagen telegraphisch angemeldet war und in dessen Erwartung ich acht Tage zu früh von England zurückkam. Er brachte einen Brief von Bernstorff, in Antwort auf ein Urlaubsgesuch von mir. Ich bin jetzt hier überflüssig, weil kein Kaiser, kein Minister, kein Gesandter mehr hier ist. Ich bin nicht sehr gesund, und diese provisorische Existenz mit Spannung auf „ob und wie" ohne eigentliche Geschäfte beruhigt die Nerven nicht. Ich ging meiner Ansicht nach auf zehn bis vierzehn Tage her und bin nun sieben Wochen hier, ohne zu wissen, ob ich in 24 Stunden noch hier wohne. Ich will mich dem Könige nicht aufdrängen, indem ich in Berlin vor Anker liege und gehe nicht nach Hause, weil ich fürchte, auf der Durchreise durch Berlin im Gasthof auf unbestimmte Zeit angenagelt zu werden. Aus Bernstorff's Brief ersehe ich, daß es dem Könige vor der Hand nicht gefällt, mir das Auswärtige zu übertragen, und daß Seine Majestät sich noch nicht über die Frage schlüssig gemacht hat, ob ich an Hohenlohe's Stelle treten soll, diese Frage aber auch nicht durch Erteilung eines Urlaubs auf sechs Wochen negativ präjudicieren will. Der König ist, wie mir Bernstorff schreibt, zweifelhaft, ob ich während der gegenwärtigen Session nützlich sein könne, und ob nicht meine Berufung, wenn sie überhaupt erfolgt, zum Winter aufzuschieben sei. — Unter diesen Umständen wiederhole ich

heute mein Gesuch um sechs Wochen Urlaub, was ich mir wie folgt motiviere: Einmal bin ich wirklich einer körperlichen Stärkung durch Berg- und Seeluft bedürftig, wenn ich in die Galeere eintreten soll, so muß ich etwas Gesundheitsvorrat sammeln und Paris ist mir bis jetzt schlecht bekommen mit dem Hundebummelleben als garçon. Zweitens muß der König Zeit haben, sich ruhig aus eigener Bewegung zu entschließen, sonst macht Se. Majestät für die Folgen die verantwortlich, die ihn drängen. Drittens will Bernstorff jetzt nicht abgehen, der König hat ihn wiederholt aufgefordert zu bleiben und erklärt, daß er mit mir wegen des Auswärtigen gar nicht gesprochen habe, die Stellung als Minister ohne Portefeuille finde ich aber nicht haltbar. Viertens kann mein Eintritt, der jetzt zwecklos und beiläufig erscheinen würde, in einem späteren Moment als eindrucksvolles Manöver verwertet werden.

Ich denke mir, daß das Ministerium allen Streichungen im Militäretat ruhig und deutlich opponiert, aber keine Krisis über dieselben herbeiführt, sondern die Kammer das Budget vollständig durchberaten läßt. Das wird, wie ich annehme, im September geschehen sein. Dann geht das Budget, von dem ich voraussetze, daß es für die Regierung nicht annehmbar ist, an das Herrenhaus, falls man sicher ist, daß die verstümmelte Budgetvorlage dort abgelehnt wird. Dann, oder andernfalls schon vor der Beratung im Herrenhause, könnte man es mit einer Königlichen Botschaft, welche mit sachlicher Motivierung die Zustimmung der Krone zu einem derartigen Budgetgesetz verweigert, an die Abgeordneten zurückgeben, mit der Aufforderung zu neuer Beratung. Eine 10tägige Vertagung des Landtages würde vielleicht in diesem Punkte oder schon früher einzuschalten sei. Je länger sich die Sache hinzieht, desto mehr sinkt die Kammer in der öffentlichen Achtung, da sie den Fehler begangen hat und noch weiter begehen wird, sich

in Kleinigkeiten zu verbeißen, und da sie keinen Redner hat, der nicht die Langeweile des Publikums vermehrte. Kann man sie dahin bringen, daß sie sich in solche Lappalie, wie die Kontinuität des Herrenhauses verbeißt und darüber Krieg anfängt und die Erledigung der eigentlichen Geschäfte verschleppt, so ist es ein Glück. Sie wird müde werden, hoffen, daß der Regierung der Atem ausgeht. Wenn sie mürbe wird, fühlt, daß sie das Land langweilt, dringend auf Konzessionen seitens der Regierung hofft, um aus der schiefen Stellung erlöst zu werden, dann ist meines Erachtens der Moment gekommen, ihr durch meine Ernennung zu zeigen, daß man weit entfernt ist, den Kampf aufzugeben, sondern ihn mit frischen Kräften aufnimmt. Das Zeigen eines neuen Bataillons in der ministeriellen Schlachtordnung macht dann vielleicht einen Eindruck, der jetzt nicht erreicht würde; besonders wenn vorher etwas mit Redensarten von Oktroyieren und Staatsstreicheln gerasselt wird, so hilft mir meine alte Reputation von leichtfertiger Gewaltthätigkeit und man denkt „nun geht's los". Dann sind alle Zentralen und Halben zum Unterhandeln geneigt.

Das alles beruht mehr auf instinktivem Gefühl, als daß ich beweisen könnte, es sei so; und ich gehe nicht so weit, zu irgend etwas, das mir der König befiehlt, deshalb auf eigene Faust „Nein" zu sagen. Wenn ich aber um meine Ansicht gefragt werde, so bin ich dafür, noch einige Monate hinter dem Busch gehalten zu werden.

Vielleicht ist dies alles Rechnung ohne den Wirt, vielleicht entschließt sich Se. Majestät niemals dazu, mich zu ernennen, denn ich sehe nicht ein, warum es überhaupt geschehen sollte, nachdem es seit sechs Wochen nicht geschehen ist. Daß ich aber hier den heißen Staub von Paris schlucken, in Café's und Theatern gähnen, oder mich in Berlin wieder als politischer Dilettant in's Hotel Royal einlagern soll, dazu fehlt aller Grund, die Zeit ist besser im Bade zu verwenden.

Ich bin doch erstaunt von der politischen Unfähigkeit unserer Kammern, und wir sind doch ein sehr gebildetes Land! ohne Zweifel zu sehr, die anderen sind bestimmt auch nicht klüger als die Blüte unserer Klassenwahlen, aber sie haben nicht dieses kindliche Selbstvertrauen, mit dem die unsrige ihre ... Unfähigkeit in voller Nacktheit als mustergiltig an die Öffentlichkeit bringen. Wie sind wir Deutschen doch in den Ruf schüchterner Bescheidenheit gekommen! Es ist keiner unter uns, der nicht vom Kriegführen bis zum Hundeflöhen alles besser verstände, als sämtliche gelernte Fachmänner, während es doch in anderen Ländern viele giebt, die einräumen, von manchen Dingen weniger zu verstehen als andere und deshalb sich bescheiden und schweigen.

16. Juli. Ich muß heut schleunig schließen, nachdem meine Zeit von anderen Geschäften fortgenommen ist. Mit herzlichen Empfehlungen an die Ihrigen bin ich in alter Treue Ihr v. B.

An den Kriegsminister von Roon.

Trouville, 12. September 1862.

Meine Kreuz- und Querzüge in den Pyrenäen haben gemacht, daß ich Ihren Brief vom 31. August erst heut hier vorfinde. Ich hatte auch auf einen von Bernstorff gehofft, der mir vor vier Wochen schrieb, daß sich im September die Frage wegen des Personenwechsels jedenfalls entscheiden müsse. Ihre Zeilen lassen mich leider vermuten, daß die Ungewißheit um Weihnachten noch dieselbe sein wird wie jetzt. Meine Sachen liegen noch in Petersburg und werden dort einfrieren, meine Wagen sind in Stettin, meine Pferde bei Berlin auf dem Lande, meine Familie in Pommern, ich selbst auf der Landstraße. Ich gehe jetzt

nach Paris zurück, obschon ich dort weniger wie je zu thun habe, mein Urlaub ist aber um. Mein Plan ist nun, Bernstorff vorzuschlagen, daß ich nach Berlin komme, um das weitere mündlich zu besprechen. Ich habe das Bedürfnis einige Tage in Reinfeld zu sein, nachdem ich die Meinigen seit dem 8. Mai nicht gesehen habe. Bei der Gelegenheit muß ich ins Klare kommen. Ich wünsche nichts lieber, als in Paris zu bleiben, nur muß ich wissen, daß ich Umzug und Einrichtung nicht auf einige Wochen und Monate bewirke, dazu ist mein Hausstand zu groß. Ich habe mich niemals geweigert, das Präsidium ohne Portefeuille anzunehmen, sobald es der König befiehlt; ich habe nur gesagt, daß ich die Einrichtung für eine unzweckmäßige halte. Ich bin noch heut bereit, ohne Portefeuille einzutreten, aber ich sehe gar keine ernstliche Absicht dazu. Wenn mir Se. Majestät sagen wollte: am 1. November, oder 1. Januar, oder 1. April — so wüßte ich, woran ich wäre, und bin wahrlich kein Schwierigkeitsmacher, ich verlange nur ein $^{1}/_{100}$ der Rücksicht, die Bernstorff so reichlich gewährt wird. In dieser Ungewißheit verliere ich alle Lust an den Geschäften, und ich bin Ihnen von Herzen dankbar für jeden Freundschaftsdienst, den Sie mir leisten, um ihr ein Ende zu machen. —

Ich hatte nicht gehört, daß der König zum 15. nach Karlsruhe geht. Ich würde Se. Majestät dort nicht mehr treffen, wenn ich mich hinbegeben wollte, auch weiß ich aus Erfahrung, daß solche ungerufene Erscheinungen nicht willkommen sind; der Herr schließt daraus auf ehrgeizig drängende Absichten bei mir, die mir weiß Gott fernliegen. Ich bin so zufrieden Sr. Majestät Gesandter in Paris zu sein, daß ich nichts erbitten möchte, als die Gewißheit, es wenigstens bis 1875 zu bleiben. Schaffen Sie mir diese oder jede andere Gewißheit, und ich male Engelsflügel an Ihre Photographie! —

Was verstehen Sie unter „Ende dieser Session?“ Läßt sich das so bestimmt voraussehen, wird sie nicht in die Wintersession ohne Pause übergehen? und kann man die Kammern schließen ohne Resultat über das Budget? Ich will die Frage nicht gerade verneinen, es kommt auf den Feldzugsplan an. Ich reise eben nach Montpellier ab, von dort über Lyon nach Paris. Bitte, schreiben Sie mir dahin und grüßen Sie herzlich die Ihrigen. In treuer Freundschaft Ihr v. B.

An die Volkszeitung.

Berlin, 20. Dezember 1862.

Die Volkszeitung knüpft in Nr. 295 an den Bericht über die Antrittsaudienz des englischen Botschafters eine Betrachtung, welche mehrere thatsächliche Irrtümer und unbegründete Voraussetzungen enthält. Daß die „Botschafterangelegenheit in der letzten Zeit das Staatsministerium mehr beschäftigt hat, als die minder wichtige Frage der Schlichtung des innern Konflikts der Staatsgewalten“, und daß insonderheit die Feststellung des Ranges der Botschafter „lange Debatten“ im Ministerrat hervorgerufen hat, ist unrichtig; die fragliche Angelegenheit ist vielmehr im Staatsministerium gar nicht zur Diskussion gekommen, sondern von Sr. Majestät dem König durch das Ministerium des Auswärtigen und durch das Oberzeremonienmeisteramt erledigt worden. Nicht minder irrig ist die Unterstellung, daß ein Botschafter von einem Gesandten sich durch „fürstlichen Rang“ und den hierdurch bedingten fürstlichen Prunk des ersteren unterscheide und daß demgemäß die Umwandlung Preußischer Gesandtschaftsposten in Botschafterposten notwendig zu einer weiteren Belastung des Etats führen müsse. An einen Botschafter wie an einen Ge-

sandten kann die Königliche Regierung in dieser Beziehung nur die gleiche Anforderung stellen, daß er den Preußischen Staat würdig repräsentiere, und wenn die hierfür ausgeworfenen Summen, die übrigens meistenteils kaum der Hälfte des von andern Staaten ersten Ranges bewilligten Kostenaufwandes gleichkommen, dem eben bezeichneten Zweck nicht überall genügen sollten, so wird eine Erhöhung derselben durch die an Ort und Stelle obwaltenden Verhältnisse, nicht aber durch den Rangunterschied zwischen einem Botschafter und einem Gesandten motiviert werden und ebenso sicher wie früher auf die Zustimmung der Landesvertretung rechnen dürfen. Die Erhebung einiger Preußischen Gesandten zum Range von Botschaftern hat darin ihren Grund, daß die letzteren durch Erleichterung des unmittelbaren Zutritts zum Souverän, bei welchem sie accreditiert sind, und des Verkehrs mit dem Minister des Auswärtigen sich einer bevorzugten Stellung erfreuen, welche für eine schnelle und befriedigende Erledigung der politischen Geschäfte offenbar von hervorragendem Nutzen ist. Ein größerer Kostenaufwand folgt aus der Rangerhöhung noch nicht.

v. B.

An die Vorsteher der Kaufmannschaft in Stettin.

7. März 1863.

Mit lebhaftem Interesse habe ich aus der erneuten Eingabe vom 6. d. M. die Ansichten der Herren Vorsteher der Kaufmannschaft über die Lage unserer auswärtigen Politik entnommen. Wenn ich es mir auch versagen muß, diesen Gegenstand auf dem Wege fortgesetzter Korrespondenz mit den Herren Vorstehern einer eingehenden Erörterung zu unterziehen, so ergreife ich doch gern diese Gelegenheit zu der wiederholten Versicherung, daß der be-

friedigende Zustand unserer Beziehungen zu allen auswärtigen Mächten keinen Anlaß zu der von Ihnen ausgesprochenen Befürchtung weiterer Verwicklung darbietet. Es dürfte meines Erachtens im wohlverstandenen Interesse des Handelsstandes liegen, wenn die Herren Vorsteher der Kaufmannschaft jedem Versuche zur Erregung und Verbreitung grundloser Beunruhigungen der Art entgegentreten wollten. Im übrigen wollen dieselben sich überzeugt halten, daß der Inhalt ihres Schreibens seiner sachlichen Bedeutung entsprechend von der Königlichen Regierung gewürdigt werden wird.

v. B.

An den preußischen Bundestagsgesandten von Savigny.

Bei Mitteilung der Depeschen vom 13. u. 14. August (vgl. Pol. Cor., Band 1.)

August 1863.

Ich betrachte das Österreichische Reformprojekt als eine Schaumwelle, mit welcher Schmerling mehr noch ein Manöver der inneren Österreichischen Politik, als einen Schachzug antipreußischer Diplomatie beabsichtigt. Er arrangiert dem Kaiser eine glänzende Geburtstagsfeier mit weißgekleideten Fürsten, und fingiert ihm Erfolge der konstitutionellen Ära Österreichs. Von dem Dampf der Phrasen entkleidet, ist des Pudels Kern ein so dürftiger, daß man dem Volke lieber nicht praktisch vordemonstrieren sollte, wie nicht einmal das zu stande kommt... Einen Einfluß auf die Verhandlungen zu erhalten, empfiehlt sich jetzt noch nicht; wir müssen die Weisheit der Reformen sich erst ungestört offenbaren lassen.

v. B.

An den Kriegsminister von Roon.

Berlin, 12. Januar 1864.

Ich habe plötzlich Angst, daß das Eis zu früh schmilzt, und daß die Österreicher, wenn ihre Truppen wirklich, wie sie behaupten, jeden Tag aufbrechen können und ihnen vielleicht mehr Eisenbahnmaterial zu Gebote steht als uns, früher als wir an der Eider eintreffen könnten. Das würde dann Sr. Majestät unangenehm sein. Ist es nicht am besten, die fünftägigen Eisenbahnvorbereitungen zur Abfahrt von Minden sofort zu treffen, damit am 17. oder 18. sicher gefahren werden kann? Sollte die ganze Operation, quod deus avertat, ins Stocken geraten, so hätten wir die Kosten vergeblich aufgewendet, und die Division stünde an der Elbe, statt an der Weser; das wäre so schlimm nicht, wie im anderen. doch wahrscheinlicheren Falle die Verspätung. Oder sind vielleicht die Anordnungen schon getroffen? Dann habe ich nichts gesagt und revoziere diese Tinte. Nach den Äußerungen des Königs gegen Sie zweifle ich nicht, daß die Sache ihren Gang geht. Nach Hannover (wegen Harburg) habe ich nicht geschrieben, da Sie schließlich der Sicherheit des Elbüberganges wegen Wittenberge vorzogen.

Ihr v. B.

An den Kriegsminister von Roon.

Berlin, 1. Februar 1864.

Mit herzlichem Dank remittiere ich die Anlage. Einigkeit mit Wien über Fassung der Antwort an England noch nicht hergestellt. Morgen vielleicht Konseil, nach unserer Besprechung. Wrangel muß meines Erachtens schleunig angewiesen werden, die zwischen Holstein und Schleswig streitigen Teile, welche die Sachsen nicht besetzt haben, für

uns festzuhalten, insbesondere Kronwerk und Bahnhof bei Rendsburg. Von Frankfurt aus ist der Bund schon darüber her, und Sydow sehr dafür, das den Bundestruppen einzuräumen, was sie einzunehmen nicht wagten und wollten, weil sie fürchteten, dann auf Widerstand zu stoßen und unsere Reserven heranziehen zu müssen. Die Örtlichkeiten sind für uns auch militärisch wichtig, und wir wissen nicht, ob wir mit den Sachsen auf dem Fuße bleiben, daß wir unsere Verbindungen in ihren Händen lassen können. Geht es nicht, daß wir in Besitz der anderen Holstein'schen Bahnhöfe, und namentlich in dem von Kiel bleiben?

Ist es denn wahr, daß Wrangel seine Truppen „Armee von Schleswig-Holstein" amtlich tituliert? Das wäre politisch ganz unzulässig und eine nutzlose Herausforderung der fremden Mächte. Ihr v. B.

Nachschrift. Soeben geht mir ein Telegramm zu, daß ein Graf Baudissin in Gettorf (Schleswig), nachdem unsere Truppen Eckernförde genommen, den Herzog Friedrich in Gemeinschaft mit anderen Mitgliedern der Ritterschaft als Souverän proklamiert habe. Der Feldmarschall darf dies zwar, seiner Instruktion gemäß, nicht dulden. Aber es empfiehlt sich vielleicht, ihn telegraphisch (chiffriert) wiederholt zu ersuchen, daß er mit aller Entschiedenheit gegen diese Demonstration einschreitet und ihre Wiederholung bei Strafe verbietet. Ihr v. B.

An den Kriegsminister von Roon.

Berlin, 15. Februar 1864.

Unter obwaltenden Umständen billigt der König meinen Antrag, daß Wrangel Befehl erhalte, die Grenze von Jütland nicht zu überschreiten, ehe das Einverständnis mit Österreich herbeigeführt ist. Um es herbeizuführen,

schreibe ich nach Wien. Der König erwartet Ihren Vortrag wegen telegraphisch an Wrangel zu gebenden, aber streng zu sekretierenden Befehls. Ihr v. B.

An den Kriegsminister von Roon.

März 1864.

Ist nicht zwei Kompagnien in Fehmarn sehr viel zu wenig? Ole Bull wird Sukkurs von Alsen holen, den Fehmarnsund dänisch okkuppieren, und unsere Kompagnien sind in der Mausefalle, wenn unsere Artillerie nicht besagten Sund beherrscht. Wir haben ja Truppen in Holstein übrig, warum sollten wir die Insel nicht stärker besetzen? Verzeihen Sie mir diese Majorsbetrachtungen. Ihr v. B.

An den Kriegsminister von Roon.

Karlsbad, 8. Juli 1864.

Lieber Roon!

Ich weiß nicht, durch wen die Mitteilung hierher gelangt ist, Wrangel beabsichtige den König hier zu besuchen, Lauer depreziert dagegen. Er sagt, die Kur verlaufe, ungeachtet Sr. Majestät nicht unter drei bis vier Glas Sekt bei drei Becher Sprudel trinkt, so unerwartet gut, daß er sich vor jeder Änderung in der täglichen Lebensgewohnheit und Umgebung des Königs fürchte. Der Feldmarschall werde ihn genieren und aus dem Behagen bringen, ernst und eindringlich reden und dergleichen mehr. Ich kann dem alten Herrn nicht schreiben, er solle fortbleiben, nur melden, was Lauer sagt und Ihnen überlassen, ob Sie es utilisieren können. Sehr in Eile, trotz dem Bummlerleben, aber stets im Train. Ihr v. B.

An den Kriegsminister von Roon.

Wien, 25. Juli 1864.

Lieber Roon!

Im Begriff, zur Konferenz zu gehen, zwei Zeilen. Der Hannoveraner schlug mir eben vor, durch Räumung Rendsburg's und Einrückung von hannövrischen Truppen ihnen militärische Satisfaktion zu geben, dann wollten sie nachher aus Holstein ganz abziehen. — Ich sagte, das ginge nicht, der König glaubte Seinerseits Satisfaktion durch Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen, die unsere Posten angegriffen, zu fordern zu haben. Ich kann in der Sache ohne Auftrag Sr. Majestät nicht verhandeln, und müßte erst selbst beim König sein, ehe ich mich damit befaßte. — Schiffe in Waffenruhe nach dem Kampfplatz halte ich nicht für ehrlichen Krieg. Rechberg sehr betroffen über den Gedanken. Eiligst Ihr v. B.

An den Kriegsminister von Roon.

Reinfeld, 22. September 1864.

Mir scheint es richtiger, daß die Antwort rein ressortmäßig vom Kriegsminister, nicht vom Staatsministerium gegeben wird. — Mit meiner Frau geht es unter Gottes Beistand täglich etwas besser, aber langsam... Ich würde jetzt abreisen, wenn ich nicht selbst unwohl wäre. Mein alter nervös-rheumatischer Schmerz sitzt mir unter dem linken Schulterblatt quer durch den Leib, und ich wage nicht ihn hart zu behandeln, weil ich vor fünf Jahren so schlimme Erfolge damit gehabt habe... Mich zieht es sonst nach Berlin; es sitzt dort nahe an unserem politischen Herzen ein geheimrätlicher Rheumatismus im Handels- und Finanzministerium, für den uns bisher das richtige Senfpflaster

fehlt. Die Herren sind sich darüber ganz klar, daß sie der jetzigen Regierung Verlegenheiten bereiten, wenn sie unsere Beziehungen zu Österreich und Bayern durch unnötige Schroffheiten erschweren, von denen wir nicht den mindesten realen Vorteil haben, höchstens den augenblicklichen Kitzel triumphierender Zeitungs-Artikel, die praktisch keinen Pfifferling wert sind, und die wir auf dem Felde der wirklichen Politik teuer zu bezahlen haben werden. Ich kann von hier aus gegen diesen politischen Fehler nicht mit Erfolg ankämpfen, weil ich die Gefühlsseite des Königs gegen mich habe, die durch eine gewisse systematisch persönliche Einwirkung, sowie durch dienstbare Geister auf diesem Punkte so wund gerieben ist, daß jeder auf Bestellung geschriebene Zeitungsartikel hinreicht, unsern Herrn schmerzlich zu berühren und ihm den Eindruck einer Niederlage zu machen. Ich würde, wenn ich in Berlin gewesen wäre, mich für Bewilligung des vierzehntägigen Aufschubs, den Österreich wünschte, eingesetzt haben, von hier aus kann ich das nicht, wenn der König nicht von Hause aus mit mir einverstanden ist.

Ich muß der Post wegen schließen, nach deren unzweckmäßiger Kombination der Brief um zwölf hier aufgegeben sein muß, um dreißig Stunden später nach Berlin zu gegelangen, während vierzehn Meilen Chaussee und siebzig Meilen Eisenbahn doch stets in weniger als zwanzig Stunden gefahren werden. Schneller wird es den Hinterpommern nicht gegönnt.

Herzliche Grüße an Ihre Damen und Moritz (von Blanckenburg).

Meine Frau empfiehlt sich. Der Ihrige v. B.

An den Kriegsminister von Roon.

Biarritz, 7. Oktober 1864.

Lieber Roon!

Allen Ihren Zweifeln zum Trotz sitze ich hier im Angesicht des Meeres und höre sein Brausen durch das offene Fenster in der wärmsten Sommernacht, die ich in diesem Jahre erlebt habe; mein erstes Bedürfnis bei Ankunft waren Sommerkleider, von denen mir nicht träumte, als ich vorgestern früh fröstelnd durch das bereifte Baden fuhr. Ich habe mein erstes Bad genommen und befinde mich so wohl, daß ich auf dieser Welt kein Verlangen weiter habe als Nachricht, und zwar gute, von meiner Frau; die letzten am Dienstag in Baden erhaltenen waren vollständig erwünschte, aber bei 300 Meilen Entfernung werde ich doch die Sorge nicht los, daß es inzwischen anders sein könnte. (Folgen Mitteilungen über Persönlichkeit und Zuverlässigkeit eines gewissen Armand, der über die Lieferung von Schiffen an das Preußische Marineministerium mit letzterem in Streit geraten war.) — Ich sitze um die gewöhnliche Stunde von halb 8 hier am offenen Fenster und das Meer sieht im Sonnenlicht so blendend wie im Juli aus. Gestern Abend saßen wir um 10 Uhr noch an der See, und nach dem Bade wird auf einer Klippe im Freien gefrühstückt. Ich glaube nicht, daß ich hier jemals wieder fortgehe, wenn ich meine Frau nur erst hier hätte.

Herzliche Grüße an die Ihrigen und die Herren Kollegen. Ihr v. B.

An den Kriegsminister von Roon.

Biarritz, 16. Oktober 1864.

Lieber Roon!

Ich benutze einen Kourier, um einige Zeilen ohne postalische Einmischung zu schicken. Sie kennen wahrscheinlich die Frage, die zwischen uns und Wien schwebt, sonst wird Thile Sie Ihnen vortragen. Es handelt sich um die an sich gleichgiltige Frage, ob in sechs oder wieviel Jahren mit Österreich verhandelt werden soll oder nicht, über Zolleinigung nämlich, die an sich unmöglich ist, da Frankreich auf jede Begünstigung, die wir Österreich gewähren, ein Recht hat. Nun erklärt Rechberg, und wahrscheinlich sagt er die Wahrheit, daß sein Verbleiben im Amte von dieser für uns unschädlichen Zusage abhänge. Delbrück und Pommer-Esche, und mit ihnen Itzenplitz und Bodelschwingh sagen nun, es sei gleichgültig, ob Rechberg und die Österreichisch-Preußische Allianz mit ihm fallen oder nicht, und wollen Wien abschläglich bescheiden. Geschieht das, so sieht man dort so viel wenigstens klar, daß bei uns auf die Allianz so gut wie kein Wert mehr gelegt wird, und man nimmt seine Maßregeln danach. Zunächst in der dänischen Sache, wo man sich, mit Schmerling an der Spitze, auf die Beust-Pfordten'sche Seite wirft. Aber in allen anderen Richtungen ist der Bruch mit Österreich ein unzeitiger, und ich sage mich von aller Verantwortung für die Rückwirkung dieses Fehlers auf unsere auswärtige Politik los.

Es ist klar, daß Delbrück, bei aller technischen Nützlichkeit doch nebst anderen Geheimräten einer politischen Farbe angehört, die es gern sieht, wenn das jetzige Ministerium Schwierigkeiten findet, und wo keine sind, sucht man welche zu schaffen.

Wollen Bodelschwingh und Itzenplitz Delbrück's Politik gegen mich durchführen, so mögen sie auch Delbrück zu

ihrem Kollegen für das Auswärtige machen und mir nicht zumuten, daß ich den Fehler ausbade, der damit gemacht wird, wenn man Österreich jetzt, vor dem Friedensschlusse so behandelt, daß Rechberg und der Kaiser überzeugt sein müssen, wir hätten uns schon anderweit engagiert und der Bruch sei nur noch eine Zeitfrage. — Sonst geht es mir gut, die Bäder thun mir wohl, obschon seit vier Tagen kalter Ostwind weht; das Wasser hat doch noch 14 Grad. Über acht Tage hoffe ich den Heimweg anzutreten, ein bis zwei Tage in Paris zu bleiben. Herzliche Grüße Ihr

v. B.

An den Kriegsminister von Roon.

23. November 1864, abends.

Lieber Roon!

Ich lese mit Beunruhigung von unsern Truppenmärschen durch Lübeck und Mecklenburg, während die Österreicher zum Theil noch Kolding umschweben. Es wäre sehr bedenklich, irgend einen Moment eintreten zu lassen, in welchem unsere Streitkräfte nicht den vereinigten Bundesgenossen (Österreicher, Sachsen und Hannoveraner) zweifellos überlegen wären. Bei der Schwäche unserer Kadres kommen wir doch nicht etwa dahin? Bitte, beruhigen Sie mich. In Flensburg soll kein Mann von uns sein. In acht Tagen kann es auf Kraftentwicklung ankommen und ich möchte lieber, daß wir uns lange und zahlreich in Holstein umhertrieben, den Exekutions-Sergeanten aus seinen Quartieren aufstören und sie für uns verlangen. Können wir das nicht morgen besprechen? Ihr v. B.

In dem kleinen Reuß jüngerer Linie hatte die Fürstin Caroline, um die zur Aussteuer einer Prinzessin erforderlichen 3600 Thaler aufzubringen, eine Steuer aufgelegt. Diese Maßregel wurde von Seiten des Redacteurs Rückert in Koburg einer scharfen Kritik unterzogen. Die Fürstin erhob die Anklage und der Redacteur wurde wegen Ehrverletzung zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt. Diese Tatsache wurde auch vom Kladderadatsch behandelt und am 15. November 1863 erschien in dem Blatte ein Gedicht: „Ein patriarchalisches Gedichtchen“, das die Affaire behandelte. Fürstin Caroline ließ nun auch den Kladderadatsch verklagen und wegen verstärkter Böswilligkeit wurden dem Redacteur fünf Wochen zuerkannt. Kurze Zeit nach dem rechtskräftigen Urteil trat Dohm seine Strafe in der Stadtvogtei an. Er hatte etwa vier Wochen abgesessen, und es verblieben ihm also noch einige Tage, da brachte der Kladderadatsch am 4. Dezember eine Karrikatur von Wilhelm Scholz: unter dem Eisengeflecht einer riesigen Crinoline, die als „Crino-Caro-line“ bezeichnet war, saß Dohm; seine Collegen umstehen ihn voll Teilnahme.

Am 7. Dezember 1864 war der Einzug der siegreichen Truppen aus Schleswig-Holstein und am folgenden Tage hatte der Ministerpräsident von Bismarck Vortrag beim Könige. Der König, der nach der glänzenden soldatischen Feier in bester Stimmung war, hatte den Kladderadatsch gesehen und sich über das Bild köstlich amüsiert. Der Ministerpräsident schlug Sr. Majestät vor, dem eingesperrten Redacteur die paar Tage zu erlassen und der König ging auf diesen Vorschlag sofort ein.

Bismarck schrieb nun stehenden Fußes einige Zeilen an Dohm:

An Dohm, Redakteur des Kladeraddatsch.

Berlin, 8. Dezember 1864.

Euer Wohlgeboren benachrichtige ich, daß Se. Majestät der König soeben den Nachlaß der noch nicht abgelaufenen fünf Wochen vollzogen hat; das Amtliche erfolgt auf amtlichem Wege. Abgesehen von der gestrigen Feier, ist das hübsche Bild in der letzten Nummer auf die Ent-

schließung nicht ohne Einfluß geblieben. Darf ich eine persönliche Bitte an diese Mitteilung knüpfen, so ist es die, die arme Carolina nun ruhen zu lassen.

Mit vorzüglicher Hochachtung Euer Wohlgeboren ergebenster v. B.

An Moritz von Blanckenburg.

18. Juli 1865.

Ich habe bei der Hitze übermächtig zu thun, und die Sachen gehen faul, vom Standpunkt des friedliebenden Diplomaten gesehen. Die Firma Halbhuber-Augustenburg treibt es in den Herzogtümern so, daß wir werden nächstens einseitig Gewalt anwenden müssen, um die Basis des Wiener Friedens und die Anwendung der geltenden Landesgesetze herzustellen. Das wird in Wien böses Blut machen und dann hängt sich Gewicht an Gewicht bis zum vollen Bruch. Es ist nicht, was ich wünsche, aber Österreich läßt uns nur die Wahl in Holstein zum Kinderspott zu werden. Dann schon lieber Krieg, der bei einer solchen Österreichischen Politik doch nur eine Zeitfrage bleibt.

Herzliche Grüße an Therese und Deinen Vater. Dein v. B.

An Moritz von Blanckenburg.

26. Juli 1865.

Die Politik wird krauser; die Unverschämtheit der Augustenburger wächst und wir können doch nicht zum Kinderspott werden. Wir verlangen nichts als Basis des Wiener Friedens und Handhabung der bestehenden Gesetze

in den Herzogtümern. Beides wird durch Halbhuber-Augustenburg mit Füßen getreten und Zedlitz' Unbeholfenheit läßt sich überflügeln. Die Post schließt.

Herzlichen Gruß. Dein v. B.

Im Mai 1866 fand bekanntlich das Blind'sche Attentat auf den damaligen Ministerpräsidenten Grafen von Bismarck statt.

Daran knüpfte sich der folgende Briefwechsel zwischen einigen Primanern des Gymnasium Ernestineum zu Gotha und dem Ministerpräsidenten.

„Gotha, 7. Mai 1866. Hochgebietender Herr Staatsminister und Ministerpräsident! Ew. Excellenz haben schon längst unsere jugendlichen Herzen durch Ihre joviale und chevalereske Genialität erfreut zu sich hingezogen. Begeistert haben Sie uns durch Ihren ritterlichen Mut und Ihre Unerschrockenheit, mit der sie jenen gänzlich verblendeten Fanatiker mit eigener Hand ergriffen und entwaffneten. Das war eine That, welche vollkommen Ihrem Charakter und Ihrer bisherigen Handlungsweise entsprach. Gott schützt die Mutigen und die Rechten, Gott schützte Sie bisher, Gott schütze Sie fortan! Excellenz! Alle, die Sinn und Verständnis haben für Geistesstärke und Charakterstärke, danken Gottes gütiger Fügung, welche Sie, den einzigen Mann, der es vermag, Preußens und Deutschlands Sache siegreich zu Ende zu führen, vor den Kugeln des Karl Blind bewahrte. Tu ne cede malis, sed contra audacior ito! Im Auftrage eines Teils der Oberprimaner des Herzoglichen Gymnasiums Ernestineum zu Gotha.

gez. Wilhelm Keil".

Darauf erwiderte Graf v. Bismarck unter dem angegebenen Datum:

An den Gymnasiasten W. K. in Gotha.

Berlin, 14. Mai 1866.

Herzlichen Dank für Ihren Glückwunsch! Lassen Sie sich die Wärme des Gefühls, die aus Ihren Zeilen spricht, auch später von den Jahren nicht rauben, sondern bewahren

Sie den frischen Mut der Jugend auch im männlichen Dienste unseres Vaterlandes. Ihr ergebener v. B.

An den Kriegsminister von Roon.

Berlin, 16. Juni 1866.

Falkenstein telegraphiert Sr. Majestät, daß er in Stadthagen, morgen in Stemmen, übermorgen in Hannover ist. Er marschiert also morgen durch das Schaumburger Gebiet von Kurhessen, mit dem wir im Kriege sind. Falkenstein sollte daher auf der Durchreise Ablieferung der Staatskassen befehlen, jede Gestellung von Mannschaften und jede Steuerzahlung bei namhaften, den Gemeinden solidarisch aufzulegenden Geldstrafen durch öffentliche Kundmachung verbieten. Den Schaumburgern wird das nicht unlieb sein.
v. B.

Telegramm an Graf v. d. Goltz in Paris.

Nikolsburg, 20. Juli 1866.

Der König hat sich nur sehr schwer und aus Rücksicht auf den Kaiser Napoleon hierzu (zum Waffenstillstand) entschlossen und zwar in der bestimmten Voraussetzung, daß für den Frieden bedeutender Territorialerwerb im Norden Deutschlands gesichert sei; der König schlägt die Bedeutung eines norddeutschen Bundesstaates geringer an als ich und legt demgemäß vor allem Wert auf Annexionen, die ich allerdings neben der Reform auch als Bedürfnis ansehe, weil sonst Sachsen, Hannover für ein intimes Verhältnis zu groß bleiben. Der König bedauert, daß Ew. Excellenz nicht an dieser Alternative des Programms vom 9. nach dem Schlußsatze der Depesche bis auf weiteres festgehalten

haben. Er hat, wie ich zu Ihrer ganz intimen persönlichen Direktive mitteile, geäußert: Er werde lieber abdanken, als ohne bedeutenden Ländererwerb für Preußen zurückkehren und hat heute den Kronprinzen hierher gerufen. Ich bitte Ew. Exzellenz, auf diese Stimmung des Königs Rücksicht zu nehmen. Noch bemerke ich, die französischen Punkte würden uns, vorausgesetzt eine Grenzregulierung mit Österreich, auch als Präliminarien für Separatfrieden mit Österreich genügen, wenn Österreich einen solchen schließen will, — sie genügen nicht für den Frieden mit unsern übrigen Gegnern, besonders in Norddeutschland; ihnen müssen wir besondere Bedingungen machen, und die Mediation des Kaisers, die sie nicht angerufen, bezieht sich nur auf Österreich u. s. w. v. B.

Mitteilung, daß Preußen mit Württemberg und Darmstadt so gut wie einig sei auf billige Bedingungen, bewilligt mit Rücksicht auf Rußland.

Telegramm an General von Manteuffel.

11. August 1866.

Reicht das nicht hin, uns Rußlands Duldung wenigstens bezüglich der Annexion Hannovers, Kurhessens, Nassaus zu sichern, so schließen wir auch mit Stuttgart und Darmstadt nicht ab. Pression des Auslandes wird uns zur Proklamierung der Reichsverfassung von 1849 und zu wirklich revolutionären Mitteln treiben. Soll Revolution sein, so wollen wir sie lieber machen als erleiden. v. B.

An den Vorstand des Vereins für die Geschichte der Mark Brandenburg.

Berlin, 17. Januar 1867.

Der Vorstand des Vereins für die Geschichte der Mark Brandenburg hat mir mittelst gefälliger Zuschrift vom 20. Dezember v. J. eine Geschichte des Geschlechtes von Bismarck übersandt, welche auf den Beschluß des verehrlichen Vereins abgefaßt und publiziert ist. Der Vorstand wolle sich überzeugt halten, daß ich in vollem Maße die Ehre zu schätzen weiß, welche mir der um die vaterländische Geschichte hochverdiente Verein durch jenen Beschluß und dessen ebenso eingehende, wie geistvolle Ausführung erwiesen hat. Es ist mir aber Bedürfnis, zugleich auszusprechen, wie herzlich mich der Ausdruck teilnehmender Gesinnung erfreut, mit welchem der Vorstand die Vereinsgabe begleitet hat. Es knüpft sich hieran unwillkürlich der Wunsch, auch fernerhin mit einem Kreise von Männern in Verbindung zu bleiben, welche der Geschichte meiner Vorfahren eine so ausdauernde Hingebung zugewendet haben. Indem ich daher den geehrten Vorstand um die gefällige Aufnahme in den Verein ergebenst ersuche, bitte ich Wohldenselben zugleich, den Herren Mitgliedern des Vereins für die mir erwiesene Aufmerksamkeit meinen ebenso aufrichtigen als verbindlichen Dank gefälligst aussprechen zu wollen.

v. B.

An den Kriegsminister von Roon.

Berlin, 30. Oktober 1867.

Ich habe es gestern und heute nicht durchgesetzt zu Ihnen zu kommen, und bin jetzt so erkältet, daß ich den Versuch auszugehen, beim Ankleiden aufgab. Es wird mir

sehr schwer, auf Ihren Brief zu antworten, weil ich ein herzloser Egoist in diesem Sprudel geworden bin, dicke Steinkruste politischer Erwägung angesetzt, die meine von Jugendheimweh getragene Freundschaft für Sie erst mit einem Pommerschen Fußtritt sprengen muß, damit ich Ihnen ganz ehrlich beistimmen kann mit dem Votum auf sechs Monate Urlaub. Ich fürchte nicht, daß das Kriegsministerium in der Zeit Schaden leidet; dazu haben Sie zu gute Schule herangezogen, aber im Kollegium der Gespielen bleibe ich „unter Larven die einzige fühlende Brust", und dem König gegenüber ist der Beistand Ihrer politischen Autorität gar nicht zu ersetzen, da niemand so viel Salz mit dem Herrn gegessen hat, wie Sie. Aber es wäre schlechter, als ich geworden bin, wenn ich auf Ihre treue Hingebung für den „Dienst" spekulierte, und es wäre unklug, da ich hoffe, daß der Frühling, wenn wir beide leben, uns wieder nebeneinander in Front sieht. — Ich möchte Sie nur um Änderung eines Passus in Ihrem Schreiben an den König bitten, ich habe ihn angemerkt. Ich halte diesen Personenwechsel im Ministerium nicht ratsam und fürchte, daß er meine Stellung sehr viel mühsamer und schwerer machen würde; aber von allen solchen Wechseln kann ich nicht dasselbe sagen, da kommt mehr das Beharrungsvermögen Sr. Majestät in Betracht.

Ihren Vertreter möchte ich bitten vor allem den objektiven Standpunkt des Staatsmannes zu empfehlen, der nicht im wilden Ressortpatriotismus fragt, „was kann ich noch kriegen", sondern als Gesamtpreuße: „was muß ich haben, und was kann ich vertragen". Ich bin in der Beziehung etwas ängstlich vor Podbielski und fürchte, daß er innerlich alles andere als feindliches Ausland ansieht. — Wie dem auch sei, Gott helfe Ihnen zu alter Rüstigkeit und gebe Ihnen allen reichen Segen in Leib und Seele, den ich Ihnen allezeit von ganzem Herzen wünsche.

Treu der Ihrige. v. B.

An den Kriegsminister von Roon.

Varzin, 24. Oktober 1868.

Lieber Roon!

In der Sorge, welche mir ein tête-à-tête mit dem Goldonkel (v. d. Heydt) einflößt, schicke ich Ihnen anliegend meine Antwort auf einen Brief von ihm, dessen Inhalt aus der Anlage erkennbar ist. Ich bin überzeugt, mit Ihnen einverstanden zu sein, stelle vertrauliche Mitteilung an Seine Majestät anheim. Aus der Stimmung des Finanzkollegen entnehme ich dieselben parlamentarisch-geheimrätlichen Einflüsse, die mir aus Eck und Michaelis schon entgegengetreten sind. Ich sehe nicht ein, warum wir uns aus Kammerfieber sofort an die Wand stellen, an die gedrängt zu werden, noch immer Zeit bleibt.

Ich bin noch nicht in Ordnung, jeder Menschenverkehr raubt mir den Schlaf; ich werde auch nicht zur Hochzeit nach Kröchlendorf können; obschon ich voraussehe, daß meine Schwester sechs Monate mit mir mucken wird. Schreiben Sie mir nicht? Herzliche Grüße an die Ihrigen.

v. B.

An den Kriegsminister von Roon.

Varzin, 26. Oktober 1868.

Lieber Roon!

Aus einem Briefe von Heydt ersehe ich, daß Wagener wieder einmal, Wehrmanns wegen, den Abschied gefordert hat. Bei meiner Abreise war er über diesen Punkt, obschon durch S. gehetzt, beruhigt, und ich kann in demselben nichts ändern, da der König Wagener an Costenobles Stelle nicht will. Ich weiß nicht, ob Heydt inzwischen die Sache etwa nicht mit der für einen so reiz-

baren Charakter wie W. nötigen Schonung behandelt hat und stelle anheim, die Einführung Wehrmann's etwa bis zu meiner Rückkehr zu vertagen, wenn der König nicht drängt. Letzteres geschah bereis von Baden aus. Mir ist Wagener geschäftlich nicht eine solche Hilfe, wie er seiner Begabung nach sein könnte. Unerfahrenheit im Bureaudienste, Eigensinn, Drohungen von Abgang, Nebengeschäfte und vor allem die Erschütterung meines Vertrauens durch Senfft's Drohungen nomine Wagener für den Fall, daß letzterer abginge, treten störend dazwischen. Dennoch ist W. der einzige Redner der konservativen Partei, hart und unbequem, aber doch nötig; und geht er, so schweigt er mindestens, wenn ich ihn auch nicht für so perfide halte, daß er dienstliche Kunde mißbrauchen würde. Aus parlamentarischen Gründen bitte ich Sie, im Staatsministerium diese Frage vor Ueberstürzung zu behüten, nötigenfalls auch auf Se. Majestät in der Richtung zu wirken. Man muß W. nicht blos als Ministerrat, sondern auch als Abgeordneten und als einen Mann von Verdiensten um die konservative und Königliche Sache abwägen. Ich weiß nicht, wer ihn in der Kammer ersetzen sollte, und man ist ihm seit 48 Dank schuldig. Lediglich zu dessen Bethätigung habe ich ihn bei Sr. Majestät mit Mühe durchgebracht. Wehrmann ist im Bureau nützlicher, aber ein alter Gegner der Krone, zu dem ich mich, wie zu manchem andern, nur in einem vielleicht übertriebenen Vertrauen zu meiner festen Zügelfaust verstanden habe.

Ich möchte gern bis Dezember hier bleiben, trotz des Hundewetters; vielleicht komme ich dann schlaffähig nach Berlin, und mit drei vollständig geheilten Rippen, während mir jetzt die oberste noch immer nächtlich weh thut. Herzliche Grüße u. s. w. v. B.

An den Kriegsminister von Roon.

Varzin, 27. October 1868.

Lieber Roon!

Ich bitte nochmals dringend, strecken wir nicht das Gewehr vor der Schlacht. Ich habe Sr. Majestät und Heydt in dem Sinne von neuem geschrieben. Werden die Zuschläge abgelehnt, so sieht das Land doch wie die Sache liegt, und wir können jede Stunde noch auf die Eselsbrücke des Kapitalverbrauchs treten, die vor der Zeit für die Opposition zu bauen, die liberalen Geheimräte im Kanzleramt und Finanzministerium uns zumuten. Wir können dann die Ausgaben, wenn nicht um fünf Millionen, doch in allem „Nützlichen" so weit, und wie Heydt meint um zwei und eine halbe Million reduzieren und den Rest aus dem Kapitalvermögen anbieten. Dadurch wird immer eine Situation geschaffen, aus der herauszukommen hundert Landesinteressen drängen; die brauchen wir, damit die preußischen Zollabgeordneten für neue Zolleinnahmen stimmen. Ich halte die Kapitulationspolitik von Hause aus für einen so groben politischen Fehler, daß ich mich nicht entschließen kann, ihn offenen Auges mitzumachen und habe dem Goldonkel erklärt, ich käme vor Ostern nicht, wenn er sich nicht aus dem geheimrätlichen Joche losreißt. Von Herzen Ihr sehr posteiliger v. B.

*

In einer Sitzung des Staatsministeriums, der Bismarck nicht beiwohnte, war Graf Roon im Sommer 1869 mit der Majorität in Konflikt geraten, weil es sein „preußisches Pflichtgefühl empörte", daß die Marinebeamten nicht mehr preußische, sondern Bundesbeamte sein sollten. Er wollte den Artikel 53 der Bundesverfassung so interpretiert wissen, daß dieselben preußische Beamte blieben, und hielt die Frage für so wichtig, daß es für ihn nur

zwei Möglichkeiten gäbe, entweder Belehrung und Bekehrung auf der einen oder anderen Seite — oder Trennung. In einem Schreiben, datiert Gütergotz, 22. August 1869, wendet er sich, da es ihm nicht ziemlich erscheint, den König deshalb durch ein Abschiedsgesuch zu interpellieren, wenn nicht vorher jede Möglichkeit erschöpft sei, sich oder die Kollegen eines Bessern zu belehren, an den Bundeskanzler und ersucht denselben um Stellungnahme. Graf Bismarck antwortet aus Varzin am 27. desselben Monats.

An den Kriegsminister von Roon.

Varzin, 27. August 1869.

Ich hätte nicht geglaubt, daß über diese Frage, die staatsrechtliche nämlich, eine Meinungsverschiedenheit zwischen uns eintreten könnte, oder vielmehr vorhanden wäre, noch weniger, daß Sie aus derselben eine Kabinetsfrage machen würden. Die prinzipielle Streitfrage ist in erster Linie eine staatsrechtliche, in zweiter eine juristische. Sie in der zweiten zu beurteilen, bin ich nicht hinreichend geschult, und vermag noch nicht auf den Standpunkt zu verzichten, von welchem aus ich die Immunität aller Bundesbeamten gegenüber der Preußischen Kommunalsteuer behaupten möchte, gewissermaßen die Exterritorialität gegenüber den Landesregierungen. Staatsrechtlich aber vermag ich die Bestimmungen der Bundesverfassung in Art. 53 nur dahin auszulegen, daß die Norddeutsche Marine eine Bundesmarine ist. Wir haben dieses Resultat bei Herstellung der Verfassung sorgfältig und bewußter Weise erstrebt und darin nicht eine Verminderung der Stellung des Königs gesehen, zu der ich gewiß nicht die Hand gebotten hätte, sondern einen Verzicht der übrigen Bundesstaaten zu Gunsten Sr. Majestät bezüglich der Marine, wie er analog in Betreff des Post- und Telegraphenwesens und mancher anderen juristischen Gebiete stattgefunden hat. Die Form, in welcher der König Kaiserrechte in Deutschland übt, hat mir niemals

eine besondere Wichtigkeit gehabt; an die Thatsache, daß er sie übt, habe ich alle Kraft des Strebens gesetzt, die mir Gott gegeben, und daß unser Herr der Gebieter über die deutschen Seekräfte in vollstem Maße ist, steht außer Zweifel. Sollen wir denen, die nicht den Namen Preußen führen, die Unterordnung, ohne welche die Einheit unmöglich ist, durch äußerliche Formen erschweren? Gewiß nicht; in verbis simus faciles, und in der Sache bleibt es dasselbe, mögen Sie die Marine Preußisch, Deutsch oder Norddeutsch nennen. Mecklenburg, Oldenburg, die Hansestädte waren 1866 unsere Bundesgenossen, denen wir nach dem richtigen Entschlusse, den sie zu unsern Gunsten, gegen Hannover und viele Chancen gefaßt hatten, Gewalt nicht anthun konnten. Sie haben ihrer Seehoheit und vielen anderen Rechten zu Gunsten des jedesmaligen Königs von Preußen bereitwillig entsagt, aber nicht zu Gunsten Preußens, sondern des Bundesoberhauptes. Denken wir uns in die Lage der Leute. Ihre Unterordnung hätte sich erzwingen lassen; aber die freiwillige ist doch ein großer Gewinn, und an der Freiwilligkeit hat der Name einen wesentlichen Anteil. Keiner von ihnen und keiner von uns bestreitet, ein Deutscher, und für jetzt ein Norddeutscher zu sein; aber das partikularistische und dynastische Gefühl widerstrebt der Einbeziehung unter die Benennung als Preußen. Hätten wir 1866 sofort das „Deutsch" oder auch „Norddeutsch" dem „Preußisch" substituieren können, wir wären jetzt schon um 20 Jahre weiter. Wie schwer solche Namen wiegen, das zeigt Ihr eigenes Beispiel, und Sie werden doch zugeben, daß wir beide und unser allergnädigster Herr geborne Norddeutsche sind, während vor etwa 170 Jahren unsere Vorfahren sich in höherem Interesse ruhig gefallen ließen, den glorreichen Namen der Brandenburger gegen den damals ziemlich verschollenen der Preußen zu vertauschen, ohne Preußen zu sein, Ich hoffe zu Gott, daß die Zeit

kommen wird, wo unsere Söhne es sich zur Ehre rechnen werden, den Söhnen des Königs in einer deutschen Flotte und im Deutschen Heere zu dienen. Dazu aber müssen wir uns Freunde mit dem ungerechten Mammon der Redensarten machen, und nicht als Preußen, wie an jeder andern Spitze, auch an der des Partikularismus stehen. Sie sehen aus Vorstehendem, daß ich in dem ministeriellen Streite nicht, und zwar mit nationaler Schwärmerei prinzipiell nicht auf Ihrer Seite stehe, obschon oder weil ich mit Begeisterung Preuße und Vasall des Königs, ja des Markgrafen von Brandenburg bin und bei entstehender praktischer Spaltung bis zum letzten Athemzuge bleiben werde. Aber so lange die Gewässer in demselben Bette, und zwar in dem von uns gegrabenen und beherrschten Bette fließen, ist es meines Erachtens nicht unsere Aufgabe, die Scheidelinie zwischen dem gelben Gewässer des Main und dem klaren unseres Rheins durch eine Betonnung mit preußischer Flagge zu kennzeichnen. Vor allem aber scheint mir die Frage nicht von der Bedeutung, daß Sie vor Gott und Ihrem Vaterlande durch dieselbe berechtigt würden, dem Könige in seinem 75. Jahre den Stuhl vor die Thür zu setzen, und auf Ihre Kollegen, mich eingeschlossen, durch Ihr Ausscheiden einen Schatten zu werfen, der in der Armee und in der konservativen Partei die treuen Herzen beirren und zu der Frage berechtigen würde, ob an einer Sache, welcher der älteste Zeuge für dieselbe den Rücken dreht, nicht aus Müdigkeit, sondern in prinzipieller Verurteilung, ob an dieser Sache die Königlichen und konservativen Interessen noch den berechtigten Anteil haben. Sie kennen die Leichtigkeit, mit der das Urteil der Massen durch das Beispiel einer Persönlichkeit wie die Ihrige bestochen wird, Sie wissen, wie begierig unter den Besten des Landes der Hang zur Kritik, die Mißgunst, die Beschränktheit jeden Vorwand ergreift, um den lange in der Tasche getragenen

Stein auf die Regierung zu werfen, auf eine Regierung, deren Pfade ungebahnt und schwer zu kennen sind, wie die Hannibals über die Alpen. Sie sagen, und ich weiß es, daß Ihre persönliche Freundschaft für mich die alte ist, und als ich im September 1862 ohne Bedenken in Ihre Hand einschlug, da habe ich wohl an Kniephof und Sabow gedacht, aber nicht an die Möglichkeit, daß wir nach sieben glorreichen Kampagne-Jahren über die aktenmäßige Bezeichnung der Marine in prinzipielle Meinungsverschiedenheiten geraten könnten. Was uns damals verband: das Streben, dem König in schwieriger Zeit zu dienen, gilt noch heute. Lesen Sie die Loosung vom 14. August (Lukas 16, 9) mit weltlicher Interpretation, wie Sie sich mir aufdrängte; den Abschied erhalten Sie doch nicht, Sie haben einen Kampf mit dem Könige, aus dem er als Sieger hervorgeht, und Sie als Minister.

Einen praktischen Erfolg könnte der Schritt höchstens dann haben, wenn wir seine Spitze nach einer andern Seite zu wenden vermöchten. Wollen Sie da hinaus, dann müssen Sie den Topf acht Tage lang am Feuer erhalten und zum 5. mit dem Könige nach Stettin kommen. Ich würde in dem Falle sicher auch kommen und bitte telegraphische Nachricht. Dann würde ich aber an Ihrer Stelle kein formales Abschiedsgesuch an den König richten, weil Seine Majestät das immer als Fahnenflucht übel nehmen, sondern dem Könige nur die Streitfrage zur Instruktion allerhöchster Entscheidung vorlegen, und eventuell für die Marinebeamten eine ihren Gemeindelasten äquivalente Zulage verlangen, um sie mit dem Landheere gleichzustellen. Vielleicht läßt sich auf diesem Wege die Immunität faktisch erreichen. Doch ist es nur ein augenblicklicher, sachlich ungeprüfter Einfall. — Aber, wie immer die Sache sich entwickelt, keine Entschließung ab irato, und seien Sie gewiß, daß ich sie, wenn auch als Kollege anderer Meinung, doch als Freund mit Ihnen aus der Welt schaffe, wenn wir uns darüber

besprechen können. — Noch keine Nachricht aus G(enthin)? Mit herzlichen Empfehlungen an Ihre Frau Gemahlin der Ihrige v. B.

An den Kriegsminister von Roon.

Varzin, 29. August 1869.

Verehrter Freund!

Wehrmann wird Ihnen schon Mitteilung gemacht haben, von der Postbombe, die bei mir einschlug, am Tage, nachdem ich mein bewegliches Schreiben an Sie abgelassen, ohne zu ahnen, wie schnell ich in eine der Ihrigen analoge Lage geraten würde. Ein Konzept zu einem amtlichen in Berlin zu mundierenden Schreiben an Sie wird Ihnen Wehrmann zeigen. Ich habe es eben diktiert, bin todmatt und gallenkrank und nehme daher Bezug auf das Elaborat, unfähig, es hier zu wiederholen. Ich weiß nicht, ob der Kabinets-Mühler einen anderen Postkandidaten in petto hat, oder ob er nur jene frivole Motivierung der allerhöchsten Entscheidung fabriziert hat, um irgend welcher weiblichen Einbläserei ... den Mantel umzuhängen. Aber ich kann weder mit der Postkamarilla noch mit ... Intriguen bestehen, und niemand kann verlangen, daß ich Gesundheit, Leben und selbst den Ruf der Ehrlichkeit oder des gesunden Urteils opfere, um einer Laune zu dienen ... Da mag der Kukuk noch ralliierter Hannoveraner sein, wenn die Leute en bloc für minorenn erklärt werden, oder Bundes- resp. Postkanzler, wenn man mit solchen Abfertigungen zur Ruhe verwiesen wird. Wenn der Karren, auf dem wir fahren, zerschlagen werden soll, so will ich mich wenigstens von dem Verdachte der Mitschuld frei halten. Es ist Sonntag, sonst fürchte ich, daß ich mich an Leib und Seele schädigen würde, um meinem Ingrimm Luft zu machen.

Wir sind vielleicht beide zu zornig, um die Galeere weiter rudern zu können, man muß Herz und Gewissen aus bergisch-märkischem Aktienpergament haben, um das zu ertragen. Gute Nacht, wollte Gott, ich könnte schlafen.

Ihr v. B.

An den Kriegsminister von Roon.

Varzin, 24. September 1869.

Lieber Roon!

Herzlichen Dank für Ihren Brief vom 21., und ich freue mich des Mißverständnisses, der ihn mir eingebracht hat. In Sachen der Marine und ihrer Beamten hatte ich keine Antwort weiter von Ihnen erwartet und gewundert hätte ich mich, eingedenk eigener Abneigung gegen die unreinliche Handarbeit in Tinte, überhaupt nicht, wenn Sie nicht schrieben. So ist es mir allerdings lieber. Die Sache kam so: Itzenplitz, der selbst den Fuchs nicht beißen will, wollte wiederholt verlangen, daß ich, brieflich, den Goldonkel (v. d. Heydt) morde; ich verwies ihn und die anderen Kollegen auf Selbsthilfe und erwähnte dabei, daß Sie mir auf eine Andeutung in dieser Richtung nicht geantwortet hätten. An die Marine dachte ich nicht mehr, nachdem ich annahm, daß Sie Ihren Rücktrittsgedanken nicht verfolgten. Mein Verbleiben mache ich nicht gerade vom Ausscheiden des vergoldeten Onkels abhängig, wenn ich mich auch freuen würde, ihn freiwillig befriedigt und mit „Suum cuique“ scheiden zu sehen, da seine Unsicherheit, Unklarheit, sein Mangel an staatsmännischem Beruf es sehr erschweren, mit ihm zu arbeiten. Für seine Person habe ich eher ein gewohnheitsmäßiges Wohlwollen; aber als Kabinetsfrage sehe ich das Festhalten an dem Prinzip an, daß wir nicht

wieder vom Kapital zehren, um das Budget zu äquilibrieren, sondern daß wir zu letzterem Zwecke Steuern fordern oder Ausgaben streichen. Werden uns die Steuern abgelehnt, so haben wir das unsrige gethan und können nicht mehr ausgeben, als wir haben. Auf diesem Punkte fand ich Se. Majestät in Pansin schon weicher gestimmt, als mit der Politik verträglich ist. Ich würde an Heydts Stelle 25 Prozent zu den Klassen- und Mahlsteuern, 50 Prozent zur Einkommensteuer auf ein Jahr fordern; aber jede Quälerei der Ziffern und Hilfsquellen, um das Defizit kleiner erscheinen zu lassen, als es thatsächlich und dauernd ist, halte ich für den größten politischen Fehler, den ich nicht mitmachen will.

Die dreimonatliche Steuerkürzung ist nichts als eine Wiederholung der vorjährigen Palliative und zwar auf gemeinsame Kosten des Staates und der Rüben- und Kartoffelbauer.

Ich spräche so gern mit Ihnen mündlich, denn viel mehr schreiben, als ich auch hier dienstlich täglich muß, kann ich nicht. Ich hoffe wenigstens auf Moritz (v. Blanckenburg) dieser Tage, um mich auszuschütten. Was Sie über Gewissensbisse wegen Hemmung der „neuen Ära“ sagen, darüber könnte ich allein drei Tage mit Ihnen reden, schreibend kann ich den Block nicht bewältigen. Als Grundthema nur der Satz, daß die Art, wie, und die Grenze, bis zu der regiert werden kann, durch die Persönlichkeit des Souveräns bedingt ist. Das weiß ich, werden Sie sagen, ohne Besprechung; aber zu dem Thema habe ich 20 Bogen Variationen, nicht blos die Nuance zwischen Vater und Sohn! Auch unser Herr ist heut anders besaitet als 1862; er hat den Kelch der Popularität getrunken und will ihn nicht zerschlagen. Ich bin noch zu reizbar, um zu kommen, ich würde Unfug anrichten, und bin nicht arbeitsfähig genug, um ihn wieder gut zu machen.

Herzlich freuen wir uns über die guten Berichte von Genthin, und möchten bald ähnliches von der Schwester hören. Tausend Grüße von den meinigen und von mir. In alter Treue Ihr v. B.

Am 1. Oktober 1869 schreibt Blanckenburg, der frühere Freund Bismarcks, von Varzin aus an Roon:

Ich finde B. fest entschlossen, unter allen Umständen sich ganz auf den Bund zurückzuziehen, wenn der König nicht mindestens Heydt entläßt. — — Bei Verhandlungen über diese ganze Angelegenheit habe ich gestern eine solche Scene erlebt, wie noch nie. Er entwickelte mir die finstere Perspektive der äußeren Weltlage (Rußland!), kam dabei auf die konservative Partei von 1859, ereiferte sich bitter gegen Parteifaulheit, Unfähigkeit, Gerlachianismus; sprach fast unter Thränen seine Sorge aus, daß ihn Alles verließe (ohne mir auch nur die äußere Möglichkeit zu gewähren, in die Redespeichen zu fallen) ... Ich habe ihn noch nie mit solcher Bitterkeit auch von den ganz oben ihm bereiteten Schwierigkeiten sprechen hören ... Die Folge von dieser Selbsterregung war ein heftiger Magenkrampf ... Ähnliche Zorn- und Ärgererregungen sind in diesem Sommer öfter gewesen. Anscheinend ist er ganz gesund — in Wirklichkeit scheint er mir bei dieser Reizbarkeit auch nach oben hin fast außer Stande zu sein, die Geschäfte weiter zu führen in der bisherigen Art. In ein Bad will er nicht. Ich glaube doch ganz unter vier Augen Dir diese Thatsache mitteilen zu müssen. Einiges habe schon vorgestern über die ganze Sachlage ihm erwidert — vielleicht kam der ganze gestrige Ausbruch mit daher, daß ich ihm anfing, Vorstellungen zu machen über seine Stellung zu den Parteien, also z. B. verlangte, daß er mit Lasker völlig bräche. Er lehnte dies auch für die künftige Session und Neuwahl entschieden ab, bewies mir vielmehr, daß die äußere Weltlage es erfordere, immer liberaler zu werden. Über seine Stellung zu H. (Heydt) machte ich ihm mehrfach Vorwürfe — namentlich behauptete ich, daß es bei Dir wohl schwerlich an Unterstützung fehlen würde, ihn zu beseitigen,

da Du im Gegenteil ohne sein (Otto's) Präsidium gewiß nicht mehr lange Minister bliebest. Mir scheint nun, daß wir in einer Krisis stehen — wie nie. Ich halte es für eine Utopie, daß B. als Bundeskanzler durch das Organ des Bundeskanzleramts etwa ein selbständiges preußisches Ministerium mit dem ganzen Ressortapparate eines jeden Ministers und der ganzen Verantwortlichkeit eines neuen Ministerpräsidenten regieren könnte. Die Reibung würde toller als die mit Sachsen — abgesehen davon, daß er keine Personen findet. Man denke sich etwa, daß in dieser Krisis das alte Ministerium Pleite geht, daß B. den König zwingt, sich anderswo Hilfe zu schaffen, etwa bei Edwin Manteuffel — das würde ein reizender Rabatz! Mir scheint, daß Du energisch B. helfen mußt, den König zu überzeugen, H. zu entlassen, auch womöglich Selchow, wiewohl dies mehr negativ ist. Ich glaube — dann ließe sich der Lappen flicken. — Das übelste, was in neuerer Zeit geschehen ist, sind Mühlers Unionssprünge, indeß ich glaube, daß der König hiermit viel mehr sich identifiziert hat, als mit H.'s Unthaten.

An den Kriegsminister von Roon.

Varzin, 30. September 1869.

Lieber Roon!

Ich wollte noch einige Zeilen wegen Delbrücks künftiger Stellung schreiben, um Ihnen ein desfallsiges Anliegen zu empfehlen, welches Wehrmann dem Staatsministerium vortragen soll. Aber ich befinde mich in einem Zustande, den die Ärzte als Karlsbader Krisis bezeichnen und der mich vollständig erschöpft; ich werde zur leeren Flasche, wenn das morgen so beibleibt. Sitzen und Schreiben ist mehr, als ich ohne Übermüdung heut leisten kann und der Königliche Herr, durch badische Familienkorrespondenz gestachelt, schreibt mir eigenhändige Briefe, deren Beantwortung einen politisch-historischen Doktorkursus manu propria von mir verlangt. In dem Moment, wo Fleury in Petersburg die Sturmglocke über Nordschleswig läutet, sollte man doch die Ton-

art abwarten, die sie giebt. Lassen Sie sich doch die Reuß'schen Berichte von Thile zeigen.

Ich muß zu Bett, und vorher noch où vous savez; ich bitte nur, lassen Sie mir Delbrücks Auditoriat im Staatsministerium und seinen Ministertitel im Bundesrate mit Wohlwollen passieren, es gehört beides zu meinem Handwerkszeuge, wenn ich bequemer arbeiten soll.

Wie sind Sie mit Camphausen zufrieden? Ich schließe meine Kur mit heut, soll noch drei Wochen still sitzen und Diät halten (in der Gänsezeit!) und hoffe dann Weihnachten mit Ihnen zu feiern. In alter Freundschaft Ihr v. B.

Haben Sie Nachricht von Wagener? Er soll krank sein.

An den Kriegsminister von Roon.

Varzin, 28. November 1869.

Wir haben so viel ernste Schwierigkeiten auf dem Halse und blasen uns eine solche Laus zum Skorpion auf. Sie konnten meines Erachtens nach der Stimmung des Königs nicht anders reden als geschehen, aber daß Seine Majestät die Sache auf die in der Anlage entwickelte Weise beilegt, halte ich für ein Gebot der politischen Klugheit, und wenn wir von der nichts wissen wollten, so dürfen wir den Abgeordneten auch nicht mehr vorwerfen, daß jeder von ihnen mit seinem Rechtsboden durch die Wand will, ohne zu ermitteln, was dabei aus dem Staate wird.

Die Karlsbader Mattigkeit verliert sich langsam, aber seit gestern reite ich doch wieder und habe mehr Zutrauen. Meine Frau schalt neulich, daß Sie kein Wort von den Ihrigen geschrieben und meinte, Sie pflegten doch sonst nicht so ein herzloser Geschäftsmann zu sein; deshalb füge ich hinzu, daß es meinen Damen gut geht, meinem Schwiegervater etwas matt. Herzlich der Ihrige v. B.

An Moritz von Blanckenburg.

Varzin, 19. Mai 1870.

Lieber Moritz!

Herzlichen Dank für Deinen Brief. Viel Politik vermag ich noch nicht zu leisten, meine Beine sind besser als mein Kopf. — In politischen Verbrechen bin ich für ausgiebige Tötung, bei militärischem Einschreiten und Standrecht ohne Rückfrage an den Monarchen, aber gegen posthume gerichtliche Hinrichtungen und Prozesse, von wegen der Eitelkeit und des falschen Märtyrertums in dieser modernen Welt. Ich bin alt genug und habe Geschichte und Menschen studiert, um mir ein Urteil zu bilden über das, was ich für praktisch zu halten habe. Der König kennt diese meine Ansicht, und ich wünsche, daß er sie gut hieße. Er hat aber soviel persönliches Interesse zur Sache, daß ich mich nicht entschließen kann, eine Pression auf ihn zu üben; er weiß auch das, und ich werde mich seinem Willen in dieser Frage unterordnen, aber bestrebt sein, ihn zu überreden, soviel ich es kann, ohne ihn zu verstimmen. Gelingt es mir nicht, so werde ich seine Meinung auch öffentlich vertreten. Ein Kompromis, welches den wirklich ausgeführten Versuch mit dem Tode bedroht, wäre mir ganz genehm und würde proprio motu mein Bestreben sein, wenn es nicht unvermeidlich wäre, alle die kleinen Fürsten in gleicher Weise wie die wirklichen Monarchen zu behandeln. Ich halte die ganze Frage nicht sehr praktisch, d. h. die Hochverratsfrage; man trifft die eigentliche materia peccans damit nicht, nur Irrenhauskandidaten, wie Sand, Tschech, Sefeloge, die dann auf dem Schaffot zwei Jahr später aus Narren zu Märtyrern wurden. Erinnerst Du Dich, andere Hochverräter erlebt zu haben, als die beiden letztgenannten und etwa die Burschenschafter? Ich im Augenblick nicht und doch steht da der Feind nicht. Es ist ein theoretischer Streit. Dein

v. B.

Ein Briefchen Bismarcks an Roon zeigt, daß auch Bismarck anfangs Juni 1870 noch nicht die Wolken sah, die sich am politischen Horizont auftürmten:

An den Kriegsminister von Roon.

Berlin, 7. Juni 1870.

Lieber Roon!

Ich entfliehe morgen früh den Schlingen, die sich mit jedem Tage meines Bleibens stets von neuem um meine heimwärts strebenden Füße legen. Ich hoffe, daß wir uns anfangs August hier so wohl wiedersehen, wie wir es gegenseitig wünschen. Ich habe formell sechs Wochen Urlaub. — — — Mit herzlichem Gruße in Reisehast Ihr

v. B.

An den Justizminister Leonhardt.

14. Juni 1870.

Die Kommission zur Ausarbeitung des Entwurfs einer Zivilprozeßordnung für den Norddeutschen Bund wird, wie Ew. Exzellenz mir mitteilen, diesen Entwurf in den nächsten Tagen vollendet haben. Ich würde lebhaft wünschen, die Sitzungen der Kommission, welche ich am 3. Januar 1868 zu eröffnen die Ehre hatte, jetzt nach Beendigung ihrer mühevollen Arbeiten schließen zu können. Ich bin jedoch der Erfüllung dieses Wunsches so wenig sicher, daß ich Ew. Exzellenz ganz ergebenst zu ersuchen habe, meine Stelle zu vertreten. Ich bitte Sie, den Herren Mitgliedern der Kommission zu sagen, daß ich der vollen Zustimmung des Bundesrats versichert bin, indem ich ihnen den lebhaften Dank der verbündeten Regierungen für die hingebende Thätigkeit ausspreche, welche sie sowohl dem großen gesetzgeberischen Werke, zu dessen Ausarbeitung sie berufen

waren, als auch anderen, im Laufe der Zeit ihnen überwiesenen Gegenständen der Bundesgesetzgebung gewidmet haben. Vier wichtige Bundesgesetze: die Gesetze über Aufhebung der Schuldhaft, über den Lohnarrest, über die Gewährung der Rechtshilfe und die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossen haben in den Beratungen der Kommission teils ihren Ursprung gehabt, teils ihre letzte Form erhalten. Diese Gesetze sind bereits bleibende Denkmale für die Thätigkeit der Kommission, und ich vertraue, daß das soeben vollendete Werk dazu bestimmt sein wird, ein nicht minder bleibendes Denkmal zu bilden. Der Kanzler des Norddeutschen Bundes. v. B.

Depesche an den Norddeutschen Gesandten in Bern und den Gesandten in München.

Ems, 13—14. Juli 1870.

Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der Kaiserlich Französischen Regierung von der Königlich Spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Se. Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß Seine Majestät der König Sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder Seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten. Se. Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Se. Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe.

v. B.

In den Briefen des Grafen Roon wurde u. a. auch mitgeteilt, daß jene Depesche, deren Inhalt als der eigentliche Ausgangspunkt des deutsch-französischen Krieges anzusehen ist, in Berlin in der Wilhelmstraße von dem Ministerrate redigiert und dann von dem „Wolff'schem Bureau" als von Ems datiert in die Welt geschickt worden sei.

Der sozialdemokratische „Vorwärts" benutzte im Mai 1891 diese Briefnotiz, um diese ganze Depesche mit ihrem Inhalt als Fälschung des Fürsten Bismarck darzustellen. Das Blatt bemerkte: „Also nach den Mitteilungen derer, die damals mit Bismarck arbeiteten und in alle Geheimnisse eingeweiht waren, hat Fürst Bismarck die Emser Depesche redigiert und sich jener verhängnisvollen Fälschung schuldig gemacht, welche den deutsch-französischen Streit, der schon beigelegt war, plötzlich zum Krieg auflodern ließ. Diese, für den Fürsten Bismarck so furchtbar kompromittierende Enthüllung, die ihn mit einer ungeheueren Schuld belastet, stammt — das betonen wir ausdrücklich, denn es ist auch ein Zeichen der Zeit — aus konservativen, und zwar aus höchsten konservativen Kreisen. Wir werden bei passender Gelegenheit auf die Sache zurückkommen. Einstweilen wollen wir abwarten, wie sich Fürst Bismarck dieser schweren Anklage gegenüber verhalten wird".

Unter dem Titel „Zur Steuer der Wahrheit" schrieb darauf Herr Graf W. v. Roon der „Kreuzzeitung":

Dem entgegenzutreten glaube ich verpflichtet zur Richtigstellung zu sein, da ich in der Lage bin, die nachstehenden, ganz authentischen Mitteilungen über den Hergang machen zu können:

1. Die erwähnte Emser Depesche vom 13. Juli 1870 war in Ems redigiert; sie war von dem Hochseligen Großen Kaiser an den Bundeskanzler, Grafen v. Bismarck gerichtet, zugleich mit der Allerhöchsten Ermächtigung, den Text nach Ermessen ganz oder teilweise zu veröffentlichen.
2. Graf Bismarck empfing die Depesche, während er mit meinem Vater und General von Moltke (allein mit diesen beiden) bei Tische saß, in ihrer Gegenwart hat Graf Bismarck das, was unwesentlich, oder zur Publikation

nicht geeignet erschien, gestrichen. Den Rest ließ er, ohne irgend einen Zusatz gemacht zu haben, sogleich veröffentlichen. Die gekürzte Fassung hatte er vorher seinen Gästen vorgelesen und beide damit einverstanden gefunden.

3. Das Staatsministerium, (welches dabei ressortmäßig nicht mitzuwirken hatte) erhielt von der Depesche, sowie von der abgekürzten Fassung erst nach erfolgter Publikation Kenntnis.

Nach Obigem ist auch die von der „Deutschen Revue" gegebene Darstellung zu berichtigen.

Depesche an den Botschafter Frhr. v. Werther in Paris.

Berlin, 13. Juli 1870.

Ich bin überzeugt, daß Sie die mündlichen Eröffnungen des französischen Ministers mißverstanden haben; Eröffnungen dieser Art scheinen mir absolut unmöglich, und jedenfalls weigere ich mich in meiner Eigenschaft als verantwortlicher Minister, diesen Bericht Sr. Majestät zur amtlichen Verhandlung vorzulegen. Wenn die französische Regierung uns Mitteilungen der Art zu machen hat, so mag sie sie selbst redigieren und uns durch den Botschafter Frankreichs hier in Berlin überreichen. v. B.

Frau Gräfin Bismarck hatte bei ihrem Gemahl am 15. Juli telegraphisch angefragt! „Soll vollständiger Aufbruch mit Leuten, Pferden, Koffern, Kisten oder nur teilweise auf Wochen?" Der Graf antwortete:

Telegramm an seine Gemahlin.

Berlin, 15. Juli 1870.

Vollständiger Aufbruch.

Telegramm an den Gesandten des Norddeutschen Bundes in Berlin.

21. Juli 1870.

Die Neutralität der Schweiz steht vertragsmäßig fest. Wir haben zur Wahrung derselben durch die eidgenössischen Streitkräfte volles Vertrauen und bürgen unsere Vertragstreue und Deutschlands freundnachbarliches Verhältnis zur Schweiz für die Achtung dieser Neutralität durch Deutschland.

Telegramm an das Auswärtige Amt in Berlin.

6. August 1870.

Der Bundeskanzler hat seiner Zeit den General Türk auf Wunsch des Kaisers Napoleon empfangen, von ihm mündliche, von besser akkreditierten Agenten schriftliche Mitteilungen, die zur Veröffentlichung bereit stehen, entgegengenommen, aber niemand weder schriftlich noch mündlich eine Antwort gegeben. Türk wurde von französischer Seite von Hause aus als politisch unzuverlässig und nur militärisch verwendbar bezeichnet. v. B.

Telegramm an Reuters Bureau in London,

Versailles, 6. Oktober 1870.

Ich bin nicht der Ansicht, daß die republikanischen Staatseinrichtungen in Frankreich eine Gefahr für Deutschland bilden, noch habe ich wie ein Brief vom 17. September im „Daily Telegraph“ versichert, gegen Herrn Malet oder irgend eine andere Person eine solche Ansicht ausgesprochen.

v. B.

An Marschall Bazaine.

Versailles, le 21 octobre 1870.

Je dois vous faire observer que, depuis mon entrevue avec M. le général Boyer, aucune des garanties que je lui avais désignées comme indispensables avant d'entrer en négociation avec la Régence impériale, n'a été réalisée, et que l'avenir de la cause de l'empereur n'étant nullement assuré par l'attitude de la nation et de l'armée françaises, il est impossible au roi de se prêter à des négociations dont Sa Majesté seule aurait à faire accepter les résultats à la nation française. Les propositions qui nous arrivent de Londres, sont dans la situation actuelle absolument inacceptables, et je constate à mon grand regret que je n'entrevois plus aucune chance d'arriver à un résultat par des négociations politiques.

An den Kriegsminister von Roon.

Versailles, 15. November 1870.

Lieber Roon!

Ihre Unterschrift zu sehen macht mir große Freude als Bestätigung der guten Nachrichten über Ihre Besserung. Mir geht es nicht ganz nach Wunsch, gallige Magenleiden. — In der badischen Sache würde ich für rasche Unterzeichnung politisch sehr dankbar sein, wenn dabei auch einige kleine Fünfen gerade sein müßten. Es ist wegen der Rückwirkung auf die beiden andern, damit die sehen, daß wir ohne Rücksicht auf weibliche Einflüsse stetig vorgehen. Ich kann den Zusammenhang so kurz nicht klar legen und bin matt. Ziviliter unterschrieben wir heute den Beitritt Badens und Hessens zum Bunde. Ihr v. B.

Alle Mitteilungen, welche Kriegsminister von Roon Ende November und Anfang Dezember 1870 an seine Gemahlin sandte, lassen seinen täglich steigenden Unmut erkennen über die Art und Weise, wie das in seinen Augen durchaus notwendige Bombardement von Paris immer wieder verzögert ward und die dazu gegebenen Befehle durch passiven Widerstand unausgeführt blieben. Am 14. November schrieb Roon: „Wenn gewisse Weiber-Intriguen uns hier in den Weg getreten, so hoffe ich doch, daß sie nicht reussieren. Man müßte sich zu sehr schämen und alle Glorie des Krieges ginge damit zum Teufel. Nächstens sollst Du mehr darüber hören. — An Ärger fehlt es wirklich nicht.“ Am Tage darauf schreibt er: „ . . . Die Welt ist eben aus allen Angeln gerückt; es geschehen lauter unerhörte Dinge, und andere, die nicht geschehen, sind noch unerhörter. Dazu gehört die Verzögerung in der Beschießung von Babylon, wegen welcher ich mich oft und gründlich geärgert habe; indeß der Unsinn wird nicht siegen.“ In einem Briefe vom 26. November heißt es: „Ja, auch ich wünsche, daß dieser Krieg ein baldiges ehrliches Ende finde. Die Spuren von unberechtigten, unpreußischen Einflüssen, denen ich täglich begegne, ohne daß ich ihnen zu wehren vermag, erregen mir immer wieder die Nerven.“

Unter anderm sprach Roon bei dem Militär-Vortrage vom 2. Dezember seine Ansicht über die unverzeihliche und verderbliche Verschleppung jener Maßregel sehr deutlich aus, hatte aber nicht obsiegen können gegen „jene von sentimentalen Damen ausgehenden ganz unberechtigten Einflüsse, deren Verwerflichkeit zwar anerkannt, die Gegenwirkung aber dennoch verweigert wird.“ Es war darüber zu gereizten und peinlichen Erörterungen gekommen. Roon schrieb unter diesem Eindrucke an demselben Tage u. A.: „So wird der pflichtmäßig und überzeugungstreu widersprechende Untergebene nach und nach sehr unbequem und der Vorgesetzte, besonders wenn er sich im Unrecht fühlt, leicht ungeduldig und unfreundlich. Hat nun der erstere solches wiederholt erfahren, so kommt er in das traurige Dilemma: entweder ganz still zu schweigen mit dem Bewußtsein, dadurch Unrecht gut zu heißen, oder nötigenfalls ferner — möge es gefallen oder nicht — zu vertreten, was er für Recht hält und sich dadurch neuen Zurecht-

weisungen auszusetzen. Du begreifst, daß dies allmälig als ganz unerträglich empfunden wird, besonders wenn man selbst alt und reizbar ist und eine bessere Behandlung verdient zu haben glaubt, die durch äußere Gnadenzeichen — und werden sie auch dutzendweise verliehen — nicht ersetzt werden kann. In wenigen Tagen sind es 11 Jahre, daß ich die Ehren und Lasten meines jetzigen Postens zu tragen habe, und ich blicke mit dankbarer Rührung auf die vielen denkwürdigen — herben und süßen — Momente zurück, die ich als einer der nächsten Diener des Königs an seiner Seite zu durchleben und teilweise zu gestalten durch Gottes Güte gewürdigt worden bin. Was ist natürlicher und gerechter als der Wunsch, bei zunehmenden Jahren und abnehmenden Kräften aus einer solchen Stellung im Frieden, d. h. mit gegenseitiger Befriedigung zu scheiden — — ich sinne daher nur noch über die am besten einzuschlagenden Schritte nach, um diesen Zweck ohne jeden éclat und förmlichen Bruch zu erreichen — — —"

Graf Bismarck teilte diese Auffassung durchaus. Er schrieb an Roon:

An den Kriegsminister von Roon.

Versailles, 30. November 1870.

Der anliegende Auszug aus englischen Blättern ist interessant als Beweis, wie sehr man dort und in Frankreich infolge der Zeit, welche wir vor Paris verlieren, unsere Aussichten vermindert, die Frankreichs verbessert findet!

v. B.

An den Bürgermeister Brück in Worms.

Versailles, 24. Dezember 1870.

Der Name der alten Kaiserstadt Worms ist unzertrennlich von den großen Erinnerungen der deutschen Nation an die alte Reichsherrlichkeit. Die späteren Schicksale und die Leidenszeit der altehrwürdigen Stadt bezeichnen die

Tage des Verfalls und der Erniedrigung Deutschlands. Ihr alter Dom und das neue Monument (Lutherstandbild) erinnern an geschichtliche Momente von größter und folgenreichster Bedeutung für das geistige Leben der Nation. Daß die Stadt jetzt in so freudigem, verständnisvollem Sinne an dem Aufschwung der deutschen Nation teilnimmt, ist ein Zeichen des Geistes, der das deutsche Volk durchweht.

Erlaß an den Generalgouverneur der Champagne, Generalleutnant v. Rosenberg-Grußczinsky.

Versailles, 2. Februar 1871.

Die Aufgabe der unter Ew. Excellenz Einfluß stehenden Presse wird es sein, den unlöslichen Zusammenhang der bevorstehenden Wahlen (zur Nationalversammlung) mit dem abzuschließenden Frieden in das rechte Licht zu stellen.

v. B.

An den Senat zu Hamburg.

Versailles, 11. Februar 1871.

Ich begrüße es als Gewähr der Zukunft, daß das Deutsche Reich im Bürgertum und namentlich in dem der freien Städte, welchen es Dank der Intelligenz und Thatkraft ihrer Bürger und Leiter gelungen ist, die Traditionen und den Gedanken der alten Hansa in sich lebendig und wirksam zu erhalten, eine breite sichere Grundlage gewonnen hat. Ihre Seeleute werden die ersten sein, auch auf fernen Meeren zu verkünden, daß Deutschland seine Einheit und seinen Kaiser wiedergefunden hat. v. B.

An den Abgeordneten Dr. Szuman

als Antwort auf die Beschwerde der polnischen Fraktion vom 11. Februar betreffend die Ausweisung der Polen aus Elsaß-Lothringen.

Versailles, 24. Februar 1871.

Ich erlaube mir Ihnen und allen denen, welche die Vorstellung an mich vom 11. cr. unterschrieben haben, zu antworten, daß die deutsche Administration von Elsaß und Lothringen Ausweisungen nur insoweit verfügt hat, als sie die militärischen Rücksichten für geboten erscheinen ließen. — Es ist mir bis dahin nicht bekannt, daß unter den Ausgewiesenen sich auch preußische Unterthanen befinden, mögen sich dieselben nur unseren Behörden anvertrauen, und dieselben werden ihnen nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften bereitwillig Schutz gewähren. v. B.

Depesche an J. Favre.

Berlin, 21. März 1871.

Ich beehre mich Ihnen anzuzeigen, daß das Oberkommando der Armee vor Paris angesichts der Ereignisse, welche sich in Paris zutragen und welche die Konvention fast nicht mehr sicher stellen, die Annäherung an unsere Linien, d. h. an die von uns besetzten Forts untersagt hat. Ich verlange, daß die in Pantin zerstörten Telegraphenlinien innerhalb 24 Stunden wiederhergestellt werden und werde die Stadt Paris als Feind behandeln, wenn Paris die mit den Friedenspräliminarien in Widerspruch stehenden Vorgänge noch fortsetzen sollte. Dies würde eine Eröffnung des Feuers seitens der Forts zur Folge haben. v B.

An Herr Geiler in Westerstede.

Berlin, 19. Mai 1871.

Ihnen und Ihren Westersteder Freunden für den guten Schinken und die herzlichen Worte, welche Sie mir übersandt, meinen Dank in Ihrem eigenen Plattdeutsch auszusprechen, unternehme ich zwar nicht, aber so fremd bin ich doch meiner Heimat und ihrer Sprache nicht geworden, daß ich die Hilfe Ihres ausgezeichneten Landsmannes hätte in Anspruch nehmen müssen, um Ihren schönen Gruß zu verstehen. Auch Ihre Heimat mit ihren stattlichen Eichenwäldern und wohlumfriedeten Kämpen ist mir nicht fremd. Ich bin im Ammerlande gewesen und habe 1853 eine Nacht in Zwischenahn zugebracht. Welche Söhne das Ammerland hervorbringt, haben wir, wie Sie mit Recht sagen, im Kriege wohl und freudig bemerkt; möge nun der Friede seine Segnungen auch über Ihre Heimat, wie über das ganze Vaterland ausbreiten!

v. B.

An Oskar von Redwitz.

? Mai 1872.

Indem ich Ihnen diesen Dank ausspreche, sehe ich über alles hinweg, was Ihre Worte Freundliches für mich enthalten, aber ich reiche Ihnen freudig die Hand als einem Mitarbeiter an dem Aufbau des Reiches. Sie sind das schon länger gewesen, denn jedes echte Dichterwort in Nord und Süd gleich erklingend, fördert das Gesamtgefühl des Deutschen Volkes. Jetzt aber klingt aus dem Liede, das der süddeutsche Sänger dem alten norddeutschen Freiheitskämpfer in den Mund legt, die Stimme der ganzen Nation voll und kräftig mir entgegen, und wie es des Dichters

doppelte Aufgabe ist, der Mund seines Volkes zu sein und seine eigene Begeisterung ihm zu leihen, so sehe ich in dem „Liede vom neuen Deutschen Reich" nicht nur ein neues schönes Zeugnis von der in Nord und Süd gleich tief empfundenen Einheit dieses Reiches, sondern zugleich eine frische und kräftige Geistesthat, um die lebendige Einheit in der reichen Mannigfaltigkeit des deutschen Geisteslebens verwirklichen zu helfen. Die Nation wird die Worte des Dichters, der ihren Schmerzen, wie ihrer Begeisterung, und vor allem ihrer deutschen Pietät für Kaiser und Reich so lebenswahren Ausdruck leiht, freudig vernehmen und sich daran erbauen und sie wird das, was in Ihrem Liede noch prophetisch ist, zur Erfüllung bringen. Darum lassen Sie uns, jeder an seiner Stelle mitarbeiten und nicht müde werden im Dienste des Vaterlandes. v. B.

An den Senat von Lübeck.

1. Juni 1871.

In dieses Bürgertum, auf dessen alten Ruhm unsere Jugend auch in trüben Zeiten bewundernd hingeblickt hat und welches in unseren Tagen seine alte Kraft und seine alte Gesinnung bewährt, als Ehrenbürger eingereiht zu sein, ist für mich ein schöner Lohn der Mitarbeit zur Erreichung eines Zieles, welches allen deutschen Patrioten vorgeschwebt hat. v. B.

An den Meteorologen F. W. Staunebein in Leipzig.

Juni 1871.

Euer Wohlgeboren Telegramm vom 15. d. Mts., in welchem Sie auf Grund Ihrer meteorologischen Beobachtungen für den Einzug das schönste Wetter in Aus-

sicht gestellt haben, habe ich zur Kenntnis des Kaisers gebracht und hat Allerhöchstderselbe mir befohlen, Ihnen für diese Mitteilungen mit dem Hinzufügen zu danken, daß Ihre Voraussetzung vollkommen eingetroffen sei. Indem ich mich des Allerhöchsten Auftrages entledige, nehme ich auch meinerseits gern Veranlassung, Ihnen für die mir erwiesene Aufmerksamkeit meinen verbindlichsten Dank zu sagen. v. B.

An den Justizminister Dr. Leonhardt.

Gastein, 4. September 1871.

Als ich am 13. Januar 1868 die vom Bundesrate des Norddeutschen Bundes berufene Kommission zur Ausarbeitung des Entwurfs einer Prozeßordnung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten durch die Staaten des Norddeutschen Bundes bei ihrem ersten Zusammentreten willkommen hieß, deutete ich auf die Möglichkeit hin, daß auch die Süddeutschen Staaten Veranlassung nehmen könnten, sich das Werk der Kommission anzueignen, und daß auf diese Weise eine Prozeßordnung für ganz Deutschland zu stande komme. Indem ich heute Ew. Excellenz ganz ergebenst ersuche, die vom Bundesrate des Deutschen Reiches berufene Kommission für eine Deutsche Zivilprozeßordnung an meiner Stelle zu begrüßen, kann ich das, was mir damals als eine mögliche Folge der bevorstehenden Beratungen vorschwebte, mit lebhafter Genugthuung als die bestimmte Aufgabe der jetzt beginnenden Arbeiten bezeichnen. Der Größe dieser Aufgabe entspricht das Interesse des deutschen Volkes an der Einheitlichkeit einer in alle Verhältnisse des bürgerlichen Verkehrs eingreifenden Gesetzgebung und der Lösung dieser Aufgabe wird der Dank der Nation gesichert sein. Ich bin gewiß, daß in den durch Einsicht und Sachkenntnis hervorragenden

Männern, welche unter Ew. Excellenz bewährter Leitung zusammentreten, das Bewußtsein der nationalen Bedeutung des Werkes lebt, zu dessen Aufbau sie berufen sind, und ich schöpfe aus dieser Gewißheit die Zuversicht für das Gelingen ihrer großen Aufgabe. v. B.

An den Vorstand der gemeinnützigen Gesellschaft in Leipzig.

29. Februar 1872.

Die Herren Unterzeichner haben mit mir den bei Gelegenheit des Schulaufsichtsgesetzes hervorgetretenen Gegensatz, sowohl in seinen Motiven, wie in seinen Erscheinungen, als die notwendige Konsequenz der Niederhaltung des Deutschen Reiches bezeichnet und dessen über die Grenzen Preußens hinausgehende prinzipielle Bedeutung erkannt. — Ich darf versichern, daß die Königlich Preußische Regierung, in gewissenhafter Achtung der Rechte und der Gewissensfreiheit jeder Konfession, sich in ihrer legitimen Verteidigung der unveräußerlichen Rechte jeder Staatsgewalt durch die Angriffe nicht beirren lassen wird, denen sie von Seiten der Gegner deutscher Entwicklung ausgesetzt ist.

v. B.

An den Rat der Stadt Chemnitz.

8. März 1872.

Es wird mir zur lebhaften Freude gereichen, in so ehrenvoller Weise einer Stadt anzugehören, welche durch den großartigen Aufschwung ihres Gewerbefleißes seit so lange einen so hohen Rang unter den deutschen Städten einnimmt, und deren Bürger ihre Liebe zu dem gemeinsamen Vaterlande durch lebhafte und umsichtige Beteiligung an Deutschlands Entwicklung auf allen Gebieten zu bethätigen gewohnt sind. v. B.

Die innere Politik Preußens zu Anfang des Jahres 1872 stand unter dem Zeichen „Kampf mit Rom.“ Das erste Opfer dieses Kampfes aber wurde, wie bekannt, der preußische Kultusminister v. Mühler. Roon, dessen persönliche Sympathieen in vieler Beziehung dem arg befehdeten Kollegen zugeneigt waren, mußte sich schließlich auch überzeugen, daß dessen Rücktritt zur politischen Notwendigkeit geworden war. Aus seinem Briefwechsel mit Mühler in jenen Tagen ergiebt sich die Bestätigung der bekannten Thatsache, daß eine Angelegenheit nicht eigentlich politischer Art (Differenzen mit dem Kronprinzen in einer das Museum betreffenden Personalfrage) den Anlaß bieten mußte, um ihn zum Entlassungsgesuche zu nötigen. Letzteres war von Seiten des Staatsministeriums gewünscht und schließlich auch einstimmig befürwortet worden. Den geeigneten Mann glaubte man dagegen in der Person des Dr. Falk, Unterstaats-Sekretär im Justizministerium, gefunden zu haben. Der Kaiser schrieb, als es sich um die Ernennung des letzteren handelte, (am 16. Januar 1872) an Roon:

„Die Mühler-Katastrophe und deren Folge beschäftigt Mich auf das Peinlichste seit vier Tagen. Ich habe bisher nur den Fürsten Bismarck über den Nachfolger gehört, muß aber wünschen, noch einige andere Urteile über einen Kandidaten zu hören, den Ich nur habe nennen hören! Ich ersuche Sie daher, heute (um 12 Uhr) zu Mir zu kommen, um über die Sache zu sprechen.“

Des Weiteren ergab sich, daß der Monarch Zweifel hatte, wie der ihm vorgeschlagene Kandidat sich seinerzeit als Abgeordneter zur Militärfrage gestellt hätte. In seinem Berichte (vom 20. Januar) machte Roon zunächst die verlangten Angaben über die einzelnen Abstimmungen des Abgeordneten Falk in der Militärfrage. (F. war Mitglied der Fraktion Mathis und damit Mitglied der gemäßigten Opposition gewesen) und fuhr dann fort: „Der F. gehört unter allen Umständen zu denjenigen, welche, durch die Erfolge der Reorganisation längst mit derselben ausgesöhnt, offenbar zu einer größeren politischen Reife gelangt sind, sowie er auch stets zu den Männern zu zählen war, welche selbst da, wo sie irrten, einer ernsteren, gewissenhaften Überzeugung folgten, zu denjenigen, welche Feind jeder Frivolität und persönlichen Gehässigkeit, ihre

Meinungen stets mit angemessener Würde und einer anerkennenswerten Ruhe zu vertreten wußten — — —"

Weiter wird berichtet: „Das Frühjahr 1872 brachte eine große Arbeitslast durch die parlamentarischen Verhandlungen, betreffend das neue Militärstrafgesetzbuch. Sowohl bei den Verhandlungen über diesen wichtigen Gegenstand, als auch bei den Vorbereitungen zu den kirchenpolitischen Gesetzen, war es erkennbar geworden, daß die Führer der liberalen Partei einen immer größeren Einfluß auf die Leitung der inneren Politik gewannen und nach immer weiteren Zugeständnissen auf diesem Gebiet drängten. Roon mußte wiederholt die Erfahrung machen, daß seine Ansichten bei den Kollegen im Staatsministerium nicht die erwünschte Unterstützung fanden. In solcher Stimmung schrieb er z. B. (am 1. September) aus Gütergotz an Moritz v. Blanckenburg, nachdem er u. a. über seinen schlechten Gesundheitszustand geklagt . . . „Aber das ist ja alles Kaff gegen diesen neu anhebenden Kaisertrubel, den zu überleben ich bezweifle. Und dann die parlamentarischen Wintervergnügungen, die sich bis nächsten Johannis verlängern dürften. Daneben der Eremit von Varzin, der alles selber machen will und dennoch die schärfsten Verbote erläßt, daß man ihn nicht belästige. Da möchte ein alter Mann, der gern in Ruhe schlafen ginge, schier verzweifeln. Es wird aber eines Tages wohl die Stunde der Freiheit schlagen, da es an ernsten Differenzen nicht fehlt und da Nachgiebigkeit à tout prix als Verbrechen erscheint. Wenn B. nicht alle Segel beisetzt, um sich ein erstes Haus und die nötigsten Minister für das Reich zu verschaffen, so wird die Geschichte einst streng über ihn richten . . . Immer aus der Hand in den Mund zu leben, geht auf die Länge nicht, wenn auch die Hand noch so geschickt und stark und der Mund ein noch so beredeter und scharf bezahnter ist. — Was weißt Du von seinem körperlichen Befinden? — Weiß Gott, daß es niemand besser mit ihm meint, als ich, da ich der Schild bin . . . auf dem er emporgehoben wurde, allein er hat zu wenig aufrichtige Freunde und hört zu viel auf seine Feinde, unter denen diejenigen, die ihn vergöttern, die schlimmsten sind . . . Nur weil ich so hoch von ihm halte, möchte ich ihn in manchen Stücken anders — doch wozu diese Betrachtungen Dir gegenüber, der Du ihm

näher stehst und ihn wohl ebenso gut kennst und ebenso liebst wie ich".

Die Kaiserzusammenkunft kam und ging vorüber. Fürst Bismarck war zu derselben in Berlin erschienen, war aber noch im September mit neuem Urlaub wieder nach Varzin zurückgekehrt, ohne zu den damaligen brennenden Fragen der inneren Politik entschiedene Stellung genommen zu haben. Es stand damals die neue Kreisordnung zur Verhandlung und diese führte noch vor Jahresschluß eine Krisis herbei, in welcher Roon, dessen oben geschilderte Situation unter den obwaltenden Umständen täglich peinlicher und unerträglicher wurde, die erforderlichen Schritte that, um ihr für immer zu entrinnen. Zur größten Überraschung nicht nur seiner Gegner, sondern auch seiner Freunde wurde diese aber dadurch beendet, daß Roon den erbetenen Abschied — nicht erhielt, vielmehr selbst als Präsident an die Spitze des Ministeriums trat — und dabei mit Fürst Bismark im besten Einvernehmen blieb.

Schon früher, neuerdings aber im Jahre 1871, waren zwischen dem Fürsten Bismarck und der zur Unterstützung seiner Regierung zunächst berufenen konservativen Partei gespannte Verhältnisse eingetreten. Ihr Widerstand zeigte sich mehr oder minder offen, als die Entwürfe über Schulaufsichtsgesetz, Zivilehe, die kirchlichen Kampfgesetze und die neue Kreisordnung beraten wurden. Die Folge dieser Haltung war zunehmende Verstimmung Bismarcks gegen seine alten Freunde und Kampfgenossen (welche bekanntlich im Jahre 1873 zum offenen Bruch mit dem größten Teile der Konservativen führte). Daß Bismarcks Gesundheit außerdem tief erschüttert war und ihn dies während des größten Teiles des Jahres 1872 von Berlin fern hielt, ist schon erwähnt worden. Es ist ferner bekannt, daß speziell bei der Kreisordnung — in Betreff deren auch sachlich zwischen Fürst Bismarck und Graf Eulenburg nicht unerhebliche Meinungsverschiedenheiten bestanden — der Vorsitzende des Ministeriums sich fast ganz auf die Rolle des passiven Zuschauers beschränkte und nur selten zu bewegen war „eine Meinungsäußerung auf die politische Bühne gelangen zu lassen, auf welcher Eulenburg sein Stück aufführte". Andererseits hatte Graf Eulenburg den König von der Notwendigkeit

einer Reform der Kreisordnung überzeugt, der Monarch wünschte deren Durchführung mit größter Entschiedenheit. Im Herrenhause aber stieß sie auf den entschiedensten Widerstand; und nach langen Verhandlungen kam das Staatsministerium (nachdem das Projekt einer vorgängigen „Reform des Herrenhauses“ fallen gelassen war) zu dem Beschlusse, diesen Widerstand durch neue Pairs-Ernennungen zu brechen. Es gelang auch dem Grafen Eulenburg — zu Roons lebhaften Bedauern — die Königliche Einwilligung zu dieser Maßregel zu erlangen.

Nachdem die Einwilligung zum Pairs-Schub im Prinzip ertheilt war, handelte es sich noch darum, den Umfang desselben zu bestimmen. In der Sitzung des Staatsministeriums vom 30. November, in welcher darüber verhandelt wurde, suchte Roon die seinen Ansichten widersprechende Maßregel durch Beschränkung der neuen Pairs-Ernennungen auf eine geringere Zahl wenigstens möglichst unschädlich zu machen. Allein auch dabei blieb er in der Minorität; und als er wegen einer anderen dringenden Angelegenheit die Sitzung vor dem Schlusse verlassen mußte, benutzten die zur Majorität gehörigen Minister Graf Itzenplitz und Eulenburg diesen Umstand, um die von ihnen festgestellte größere Liste sofort der Genehmigung des Königs zu unterbreiten, welche auch noch an demselben Tage ertheilt wurde, ohne daß Roon Gelegenheit fand, den Standpunkt der Minorität dem Monarchen nochmals darzulegen. Roon erfuhr zu seiner Ueberraschung die vollendete Thatsache gegen Abend durch folgendes Handbillet des Mornarchen:

„Mit schwerem Herzen habe ich die 26er Liste vollzogen. Original-Ordre sandte ich durch Grafen Itzenplitz direkt an Minister Graf Eulenburg; meine Gründe wollen Sie aus dem zweiten Dekret ersehen. Gott wolle, daß ich das Richtige erwählte!

W. 30. 11. 72“

Roon fühlte sich durch dieses Vorgehen seiner Kollegen tief verletzt; er bat vorläufig um Urlaub und verließ Berlin sofort, um von seinem Landsitze aus sein Abschiedsgesuch einzureichen. Auf seine Bitte um Urlaub empfing er zunächst folgende Antwort von Allerhöchster Hand:

Berlin 4. 12. 72.

Ihr Schreiben vom 2. d. M. habe ich erst gestern in Königs-Wusterhausen erhalten. Natürlich ertheile ich Ihnen den Erholungs-Urlaub von acht Tagen nach Gütergotz, wünsche aber, daß Sie ihn verlängern mögen, wenn Sie nach acht Tagen nicht die gewünschte Stärkung eingetreten finden. Sie müssen Ihre Gesundheit und Ihre Kräfte schonen zur militärischen Reichs-Kampagne, denn nur Ihre Erfahrung, Autorität und Ansehen kann ein günstiges Resultat dieser Kampagne sichern. Daher kann ich schon im Voraus Ihnen keine Aussicht eröffnen, auf den Schluß Ihres Schreibens einzugehen. Wenn ich Ihre Stimmung richtig beurteile, so ist sie durch meine Annahme der Majoritätsansichten des Staatsministeriums herbeigeführt. Ich schrieb Ihnen, daß ich mit schwerem Herzen, diesen Entschluß gefaßt hätte. Aber meine Überzeugung, daß die Kategorien, aus denen die gewissen 24 Männer gewählt, die richtigen sind, kompensiert die Zahl derselben und reifte meine Entscheidung, und dies nahm ich auch von Ihnen an. Ich fürchte mich getäuscht zu haben und muß Sie daher inständigst ersuchen, Alles wohl zu überlegen. Mein Vertrauen besitzen Sie nach wie vor im höchsten Maße und dies, denke ich, wird Sie über manche schwere Stunde hinwegführen! In treuer Dankbarkeit Ihr

Wilhelm.

Tags darauf hatte der König den vortragenden Adjutanten von Albedyll beauftragt, Roon am 6. in Gütergotz aufzusuchen, um obiges mündlich zu wiederholen und ihn zu veranlassen, jeden Rücktrittsgedanken aufzugeben. Roon aber konnte sich, nach Erwägung aller Umstände dazu nicht entschließen, sondern reichte am 8. Dezember sein ausführlich motiviertes Entlassungsgesuch ein. Roon machte von seinem Antrage auch dem Fürsten Bismarck in Varzin amtliche Mitteilung und scheint ihm eine Abschrift des Immediat-Gesuches mitgesandt zu haben. Der König aber beantwortete fast umgehend das Abschiedsgesuch in nachstehendem eigenhändigen Schreiben:

Berlin, 11. 12. 72.

Ihr Schreiben, in welchem Sie um einen achttägigen Urlaub nach Gütergotz einkamen, schloß mit Andeutungen, auf welche

ich im Schluß meiner Antwort Ihnen zu erkennen gab, daß ich Ihnen keine Aussicht eröffnen könne, auf diese Andeutungen einzugehen. Am wenigsten war ich darauf gefaßt, jene Andeutungen bereits in Ihrem letzten Schreiben formuliert zu finden, nachdem ich aus dem ersten Schreiben annehmen mußte, daß Sie nach einer längeren Ruhe zur Prüfung Ihrer Gesundheit einen weiteren Antrag an mich stellen würden.

Wenn ich auch allen Ihren Gründen, die Sie zur Motivirung Ihres Entlassungsgesuches anführen, Gerechtigkeit widerfahren lasse, so bin ich dennoch nicht im Stande auf Ihren Wunsch und Antrag einzugehen! Sie sagen zwar, daß Sie meiner dringenden Vorhaltung, die Reichstags-Kampagne durchzufechten, deshalb nicht nachkommen könnten, weil Ihre physischen und geistigen Kräfte Ihnen dies nicht möglich machen würden — wenngleich Sie bereit wären, Ihre letzten Kräfte im Dienste des Vaterlandes zu opfern — so muß ich zu diesem schweren Dienst, nochmals des Dringendsten auffordern. Sie können sich ja Hülfsarbeiter und Sprecher zur Seite stellen — Sie haben einen dergleichen im Oberst Voigts-Rheetz bereits sich gewählt — um Ihre Person so viel und so lange als möglich zu schonen — aber Ihre ganze Vergangenheit um das Wohl und die Ehre der Armee ist so eclatant vor der Welt zu Tage getreten, daß dieses Ansehen Ihnen ein Vertrauen und eine Achtung erworben hat, die kein Neuling in Ihrer Stellung haben kann. Es stehet alles auf dem Spiel, wenn Ihr Gewicht in der Waagschale fehlt! — Die anderen Gründe, die Sie für Ihr Ausscheiden anführen, beziehen sich auf die inneren politischen Verhältnisse. Aber auch in diesen bedarf ich Ihres Gegenhaltes, wie in der eben beendeten Krisis, wo ich es ja Ihnen nur verdanke, daß wir mit einer so geringen Pairs-Kreierung durchkamen; und daß dieselbe, nach Ihrem Wunsch, nicht noch geringer wurde, trifft allerdings meine Entscheidung, die ich aber ebenso gewissenhaft faßte wie Sie Ihren Wunsch! Ähnlich rechne ich auf Sie, in den bevorstehenden wichtigen Fragen! Versagen Sie mir auch hierbei nicht Ihre Unterstützung!

Den Vorfall mit dem mündlichen Vortrag des Ministers Graf Itzenplitz nach der Ministerialsitzung, im Auftrag des lahmen Graf Eulenburg, nahm ich so auf, daß auch Sie mit diesem

Verfahren einverstanden seien, und nicht, als in der Minorität verblieben, mir persönlich diesen Vortrag zu halten wünschten. Deshalb schrieb ich Ihnen noch vor dem Diner beim Prinzen von Würtemberg jene Zeilen, die Sie nun gewiß in Ihrem rechten Lichte verstehen werden. Leugnen kann ich es nicht, daß jenes Verfahren mich selbst überraschte; da indessen Graf Eulenburg am Morgen desselben Tages mündlich referierte, über die Abends vorher mit den Parteiführern des Herrenhauses, auf meinen Befehl an das Staatsministerium gehabte Konferenz, so glaubte ich, daß der Itzenplitz'sche mündliche Bericht gleichfalls eine beschlossene Abmachung sei. Daß dem nicht so war, erfuhr ich erst zufällig später und begreife vollkommen Ihre Verstimmung dieserhalb.

Aus dem Gesagten wollen Sie entnehmen, welchen unbedingten Wert ich auf Ihr ferneres Verbleiben im Amte setzen muß. Gott wird Ihnen Kraft verleihen, mir die Ihrige zu leihen!

Ihr treu ergebener dankbarer König

Wilhelm."

Fürst Bismarcks Antwort lautete:

An den Kriegsminister von Roon.

Varzin, 13. Dezember 1872.

Lieber Roon!

Auf Ihren amtlichen Brief vom 10. antworte ich jetzt nicht, sondern melde Ihnen nur, daß ich morgen in Berlin einzutreffen hoffe. Ich reise, nicht weil ich mich gesund fühle, sondern weil ich für Pflicht halte, die Situation mit Sr. Majestät und mit Ihnen mündlich zu besprechen. Mein Gefühl sagt mir seit Monaten, daß ich die alte Gesundheit nicht wieder erlange und also auch den alten Geschäftskreis nicht wieder übernehmen kann. So lange der König es befiehlt, will ich ihm als auswärtiger Minister gern weiter dienen, da ich die mehr als zwanzigjährige Erfahrung in der europäischen Politik und das Vertrauen

fremder Höfe nicht auf einen anderen übertragen kann. Aber die auswärtigen Angelegenheiten der stärksten Großmacht nehmen einen vollen Mannesdienst in Anspruch, und es ist eine unerhörte Anomalie, daß der auswärtige Minister eines großen Reiches daneben die Verantwortung für die innere Politik desselben tragen soll! Mein Gewerbe ist ein solches, in dem man viele Feinde gewinnt, aber keine neuen Freunde, sondern die alten verliert, wenn man es 10 Jahre lang ehrlich und furchtlos betreibt . . . Das muß ich tragen, wenn ich auswärtiger Minister bleiben und der König mich noch schneller aufreiben will, als ich ohnehin zu Grunde gehe. Im Innern habe ich den Boden, der mir annehmbar ist, verloren durch die . . . Desertion der konservativen Partei in der katholischen Frage. In meinen Jahren und mit der Überzeugung nicht lange mehr zu leben, hat der Verlust aller alten Freunde und Verbindungen etwas, für diese Welt Entmutigendes, was bis zur Lähmung geht, wenn die Sorge um meine Frau dazutritt, wie das seit Monaten verstärkt wiederkehrt. Meine Federn sind durch Überspannung erlahmt; der König, als Reiter im Sattel, weiß wohl kaum, daß und wie er in mir ein braves Pferd zu Schanden geritten hat; die Faulen halten länger aus, aber ultra posse nemo obligatur. Ich glaubte es noch einige Monate bis zu mündlicher Verständigung hinhalten zu können. Aber Ihr Brief vom 10., lieber Roon, hat meinen Entschluß zur Reife gebracht. Ich kann des Königs Preußischer Ministerpräsident nicht bleiben; will Se. Majestät mich als Reichskanzler und auswärtigen Minister behalten, so will ich versuchen, diesen Zweig weiter zu besorgen. Die Verantwortung für Kollegen, auf die ich nur bittweisen Einfluß habe, und die Verantwortung für solche Ansichten und Willensmeinungen Sr. Majestät, die ich nicht teilen kann, vermag ich in meiner deprimierten Gemütsverfassung nicht mehr durchzufechten. Die meine Bestrebungen kreuzenden

Einflüsse sind mir zu mächtig und die ... Überhebung und politische Unbrauchbarkeit der Konservativen hat meine Freudigkeit im Kampfe seit letztem Frühjahr gebrochen. Mit den Konservativen ist nichts zu machen, sie folgen den „Rednern" wie K. und den Intriganten wie B., gegen sie mag ich nicht. Der König muß also meines Ermessens neue im Parteiwesen nicht verbrauchte Leute an die Spitze bringen, und mich in Frieden auf mein diplomatisches Altenteil oder gänzlich ziehen lassen. In diesem Sinne werde ich übermorgen mein partielles Abschiedsgesuch Sr. Majestät vortragen. Das Zeugnis gegen das Ministerium, welches in Ihrem Abschiedsgesuch liegt, hat meinen seit Monaten keimenden Entschluß schnell gereift. Wir werden, wenn Gott uns Leben giebt, uns der großen Zeit, die wir gemeinsam durcharbeiteten, als alte Freunde gern erinnern, und behäbigeren Nachfolgern mit weniger aufreibendem Diensteifer wohlwollend nachblicken. In herzlicher und unwandelbahrer Freundschaft Ihr v. B.

Von Allerhöchster Stelle folgte sodann noch die nachfolgende offizielle Kabinetsordre an Roon:

„Nachdem Ich Ihnen auf das Mir vorgelegte Abschiedsgesuch bereits eingehender geschrieben habe, lehne ich dasselbe hierdurch ab, indem Ich Ihnen gleichzeitig ausspreche, daß Ich auf die Fortsetzung Ihrer Mir seit vielen Jahren geleisteten, in jeder Beziehung ausgezeichneten Dienste, unter den gegenwärtigen Verhältnissen einen ganz besonderen Wert lege. Sie werden — dessen halte Ich Mich versichert — nicht anstehen — Ihre Kräfte auch ferner dem Dienste des Vaterlandes zu opfern; Mein Dank dafür wird um so größer sein, als Ich leider nicht verkennen kann, daß Sie es mit Anstrengung und im Kampf mit Ihrer Gesundheit thun werden.

Berlin, den 16. Dezember 1872.

Wilhelm."

Fürst Bismarck, in denselben Tagen in Berlin eingetroffen, hatte, seinem Vorsatze entsprechend, seine Enthebung von dem Amte des preußischen Ministerpräsidenten erbeten, welche bekanntlich genehmigt wurde. Roon fügte sich dem so bestimmt ausgesprochenen Verlangen seines Monarchen und verblieb im Dienste; und unter diesen Umständen war es unvermeidlich, daß er nunmehr auch zugleich an die Spitze der preußischen Staatsgeschäfte berufen wurde, so wenig dies auch seinen Neigungen entsprach. Denn er war der älteste Minister, genoß mehr als irgend ein anderer das persönliche Vertrauen des Königs — und Fürst Bismarck hätte sich auch das Präsidium eines anderen als dieses ihm durch lange Jahre befreundeten Kollegen nicht gefallen lassen. Den Gedanken, immer nur den ältesten Minister jeweilig mit dem Vorsitze zu beauftragen — wodurch allerdings die Übelstände provisorischer Verhältnisse verewigt worden wären — hatte der König abgewiesen, gleichzeitig aber auch darauf Bedacht genommen, nunmehr die erwünschte Entlastung Roons in seinem Amte als Kriegsminister soweit als möglich eintreten zu lassen, gegen welche letztere man nichts mehr einzuwenden hatte; vielmehr brachte er selbst den General von Kameke zu seiner Assistenz in Vorschlag. Er hatte es ferner als Bedingung seiner Übernahme des Präsidiums erbeten, daß auch das soeben frei werdende Portefeuille des landwirtschaftlichen Ministers an einen Mann seiner Wahl und politischen Gesinnung verliehen würde; und Fürst Bismarck war in beiden Punkten ganz einverstanden gewesen, wie die vorliegenden Korrespondenzen dies ergeben. Aus letzteren geht ferner hervor, daß sie als landwirtschaftlichen Minister in erster Linie den Neffen des Grafen Roon, Moritz von Blanckenburg, berufen zu sehen wünschten. Indessen war diese Ernennung nicht durchzusetzen. Roon wandte sich darauf mit Allerhöchster Zustimmung (bereits in den letzten Dezembertagen) an den damaligen Ober-Präsidenten von Posen, Grafen Königsmarck, welcher diesem Rufe — wenn auch ungern — folgte und einige Wochen später in der That an Herrn von Selchows Stelle trat. Er blieb aber bekanntlich nur kurze Zeit im Amte.

An den Kriegsminister von Roon.

20. November 1873.

Ihre freundlichen und traurigen Mitteilungen vom 12. v. M. an mich gingen parallel mit Ihren amtlichen Eingaben an Se. Majestät und machten mir leider, im Verein mit Ihrem Schreiben an Moritz (von Blanckenburg) und mit der amtlichen Mitteilung des Kaisers vom 14. über Ihre immediate Abschiedseingabe, eine Situation klar, mit der ich ungern vertraut werden wollte. Ich verschob meine Äußerung, bis ich in Wien mit Sr. Majestät mündlich darüber reden konnte, und empfahl die Bewilligung bezüglich des Kriegsministeriums, den Aufschub bezüglich des Präsidiums. Der Kaiser war damit einverstanden. In Berlin sah ich Eulenburg und Camphausen, welche für schwierig hielten, dem Landtage ohne Definitivum entgegenzutreten. Ich selbst war nicht gesund genug, um die Geschäfte in die Hand zu nehmen, ich war pflichtmäßig nach Wien gegangen, kam akut krank hier wieder an und brauche noch Kur. Eulenburg wollte oder konnte nicht, und Camphausen hatte die Anciennität nicht, um einstweilen an die Spitze zu treten; so ist es gekommen, daß ich dem Kaiser von hier aus empfahl, was inzwischen von ihm befohlen ist. Gleichzeitig wurde der Eintritt von Moritz v. Blanckenburg von uns verabredet, und von mir in demselben Schreiben bei Sr. Majestät beantragt. Ich habe es abgelehnt, Moritz vertraulich zu sondieren; ich hatte das, bezüglich Stettin und Berlin, zweimal gethan, und nachdem ich sein Widerstreben überwunden, wurde nichts daraus. Ich verlangte also, daß er diesmal auf Allerhöchsten Befehl amtlich, und nicht von mir freundschaftlich befragt werde. Das weitere wird Ihnen genauer als mir bekannt sein. Moritz hat mir am 16. d. geschrieben.

Nachdem Bismarck seiner Unzufriedenheit über Blankenburgs Ablehnung und die Haltung seiner Fraktionsgenossen und der „Junker“ lebhaften Ausdruck gegeben, fährt er fort:

Ich stehe dienstlich auf der Bresche, und mein irdischer Herr hat keine Rückzugslinie, also; vexilla regis prodeunt, und ich will, krank oder gesund, die Fahne meines Lehnsherrn halten gegen meine faktiösen Vettern, so fast, wie gegen Papst, Türken und Franzosen. Vermüde ich, so bin ich anschlagmäßig verwendet, und der Verbrauch meiner Person ist vor jedem Rechnungshofe justifiziert. Durch Ihren Austritt bin ich vereinsamt, unter Ministern die einzig fühlende Brust. Der Rest vom alten Stamm, der bleibt, ist faul.

Ich wollte Ihnen nur ein herzliches Lebewohl schreiben und nun komme ich auf sechs Seiten solcher Abirrungen. Sehen wir uns ja doch im Winter, und persönlich, also nehme ich nicht Abschied. Wir werden mündlich doch noch manchen Rückblick auf die 11 Geschichtsjahre thun können, die Gott uns zusammen hat durchkämpfen lassen und in denen wir mehr von seiner Gnade erlebt haben, als wenigstens mein Verstehen und Erwarten faßte. Im Amte aber wird es einsam um mich sein, je länger, je mehr; die alten Freunde starben oder werden Feinde, und neue erwirbt man nicht mehr. Wie Gott will! Im gelben Sitzungszimmer werde ich die Lücke auf Ihrem Sophaplatze nicht ausgefüllt finden und dabei denken: „ich hatt' einen Kameraden“. — Man wird alt, das hat sein Gutes, man ist zufrieden mit Knochen und Leder, an sich und an andern. Der Postbote mahnt. Herzlichen Gruß, und auf baldiges Wiedersehen! Ihr treuer Freund v. B.

An den Herausgeber von „Geflügelte Worte des Fürsten B.“, Herrn Möser.

8. Januar 1874.

Ew. Wohlgeboren haben mir die freundliche Aufmerksamkeit erwiesen, Worte, die ich parlamentarisch gebraucht habe, als Text zu Illustrationen zu benutzen, die in vielen Fällen mehr Anerkennung verdienen als der Text, und namentlich dessen Bruchstücke. Ich danke Ihnen verbindlichst für die freundliche Gesinnung, der Sie damit Ausdruck gegeben haben und bin gewiß, daß die hübschen Zeichnungen ihren Weg machen werden, auch wenn die Unterschriften es nicht immer verdienen. v. B.

An den deutschen Konsul Hennings in Levuka.

17. Januar 1875.

Mittelst gefälligen Berichtes vom 15. Oktober v. J. haben Ew. Wohlgeboren mich von den Schritten in Kenntnis gesetzt, welche Sie für notwendig erachtet haben, um die nach Ihrer Auffassung durch die Besitzergreifung der Fidji-Inseln seitens Englands bedrohten Interessen der dort angesessenen Deutschen zu wahren. Ich teile zunächst jene Befürchtungen nicht, bin vielmehr der Überzeugung, daß die eingetretene Änderung nicht nur auf die Verhältnisse des Landes selbst einen nützlichen Einfluß üben, sondern auch namentlich die Lage der Fremden zu einer besseren gestalten wird, und daß die letzteren, unter dem Schutze einer regelmäßigen und kräftigen Regierung, eines größeren Maßes von Sicherheit genießen und damit erst den Boden zur freien Entfaltung ihrer Thätigkeit gewinnen werden. Insbesondere ist kein Grund zu der Annahme vorhanden,

daß die englischen Behörden dem Grundbesitz der Fremden, vorausgesetzt, daß er auf rechtlichem Wege erworben ist, die Anerkennung versagen sollten.

An den Botschafter Grafen Münster in London.

30. April 1876.

In Folge des gefälligen Berichtes vom 17. v. Mts., betreffend die deutschen Reklamationen auf den Fidji-Inseln, werde ich den Kaiserlichen Konsul zu Levuka zu einer Äußerung auffordern. Dagegen ersuche ich Eure Excellenz, die Aufmerksamkeit Lord Derby's auf die Stellung der Deutschen gegenüber der Kolonialregierung im allgemeinen zu lenken. Seine Lordschaft wird nicht verkennen, daß die Bedenken, welchen Sie infolge meines Erlasses vom 27. April v. J. gegen eine strenge Anwendung der Verordnung Sir Hercules Robinson's Ausdruck gegeben hatten, in noch weit höherem Maße durch die Ordonnanz Sir Arthur Gordon's vom 11. November v. J. hervorgerufen werden, welche den Präclusivtermin für die Ansprüche gegen die frühere Fidjiregierung vom 1. Januar 1871 bis zum 10. Oktober 1874 vorgerückt hat, was einer Spoliation der Interessen nahe zu kommen scheint. Euerer Excellenz ist bekannt, in wie hohem Maße Voreingenommenheit und commercielle Eifersucht bei der Beurteilung der von den Deutschen in der Südsee mühsam errungenen Positionen eine Rolle spielen. Die Ihnen mitgeteilten Berichte werden Ihnen keinen Zweifel darüber lassen, daß die aus englischen Quellen stammenden Urteile, welche Ihnen dort über die Deutschen auf den Fidji Inseln und anderen Inselgruppen der Südsee entgegentreten, mit Vorsicht zu behandeln sind. Ich bitte Sie jedenfalls, keine Gelegenheit ungenutzt vorübergehen lassen zu wollen, um das lebhafte Interesse der

Kaiserlichen Regierung für das fernere Wohlergehen der Deutschen in jenen Gegenden zu erkennen zu geben. Bei unserem aufrichtigen, gerade in letzter Zeit bei verschiedenen Anlässen wieder bekundeten Wunsche, in allen Fragen von maritimer und commercieller Bedeutung uns von der Voraussetzung einer Identität der deutschen und englischen Interessen leiten zu lassen, würde uns nichts unerfreulicher sein, als wenn gerechte Beschwerden von Angehörigen des Deutschen Reiches in den englischen Kolonien über Benachteiligung und Verkümmerung wohlerworbener Rechte erhoben und etwa zum Gegenstand von Reklamationen und Erörterungen in der Presse oder im Reichstage gemacht würden. Der Reichskanzler.

In Vertretung: von Bülow.

Rundschreiben an die verbündeten Regierungen.

6. Mai 1880.

Auf Eurer . . . gefälligen Bericht erwidere ich ergebenst, daß die Hamburger Frage inzwischen in den vereinigten Zoll- und Handelsausschüssen gestern ausführlich erörtert und in Folge dessen der einstimmige Beschluß beider Ausschüsse gefaßt wurde: Dem Bundesrat über die technische Seite der Anträge Preußens und Hamburgs Bericht zu erstatten, ohne die verfassungsrechtliche Frage zur Entscheidung zu stellen. Zu dieser Entschließung hat, wie ich glaube, insbesondere die Erwägung Anlaß gegeben, daß Entscheidungen zweifelhafte Auslegungen der Reichsverfassung, Schwierigkeiten und Bedenken darbieten; die preußische und die hamburgische Auslegung des Art. 34 der Verfassung stehen sich entgegen und schließen einander aus. Entscheidet sich die Mehrheit der Stimmen im Bundesrate für die preußische Auslegung, so wird Hamburg die Verfassung zu

seinem Nachteil für verletzt halten; gewinnt dagegen die hamburgische Meinung die Mehrheit, so wird Preußen die Überzeugung haben, daß diese Entscheidung gegen die Verfassung und gegen die derselben zu Grunde liegenden Verträge laufe. Da diese Schwierigkeiten sich bei jedem Streit über Interpretationen der Verfassung wiederholen, so bin ich seit Einrichtung des Bundesrats mit Erfolg bemüht gewesen, zu verhüten, daß Fragen der Art zur Entscheidung gestellt werden, und ich werde auch im vorliegenden Falle in demselben Sinne jede Gefährdung der Eintracht unter den Bundesregierungen abzuwenden suchen. Als Vertreter Preußens habe ich die Pflicht, die Rechte Preußens im Bunde zu wahren und für die Interessen derjenigen preußischen Unterthanen einzutreten, welche durch die gegenwärtige Gestaltung des hamburgischen Freihafenbezirks geschädigt und im Genuß der ihnen auf Grund der nationalen Einigung Deutschlands und des Art. 33 der Verfassung zustehenden Rechte beeinträchtigt werden. Als Reichskanzler aber liegt mir die Pflicht ob, die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrats wahrzunehmen und die Gesamtheit der verbündeten Regierungen in der Ausübung derselben zu vertreten, sowohl gegen die Wirkung partikularistischer Bestrebungen und Sympathien der Einzelstaaten als gegen die zentralistische Neigung, verfassungsmäßige Rechte des Bundesrats zu Gunsten des Reichstages zu verkürzen. Nur das Pflichtgefühl, mit welchem die Regierung meines allergnädigsten Herrn die Reichszollinteressen wahrnimmt, hat sie veranlaßt, mehr im Interesse der Stadt Hamburg und Vorstadt St. Pauli als in dem der Stadt Altona jene Zolllinie über das Heiligengeistfeld dem Bundesrat vorzuschlagen, welcher über dasselbe zu beschließen haben wird. Es ist nicht schwierig, einen solchen Beschluß zu treffen, ohne die Frage über die Interpretation der Verfassung bis zum Konflikt zu schärfen. Sollte eine nach preußischen Ansichten richtige

Auslegung der Reichsverfassung zur Begründung der Vota aufgestellt werden, so wird es auch für Preußen notwendig sein, die nach diesseitiger Ansicht richtige Auslegung der Verfassung dem gegenüber zu vertreten und kann ich meinen allergnädigsten Herrn in diesem Fall in Seiner Eigenschaft als Deutscher Kaiser zu einem Verzicht auf zweifellose Aufrechthaltung der Verfassung nicht raten. Ich würde ungern, aber notwendig aus solchen Vorgängen die Überzeugung entnehmen, daß mein bisheriges Bestreben, Verfassungsstreitigkeiten zu vermeiden, sich nicht durchführen läßt, und die Erkenntnis, daß die Entstehung solcher Streitigkeiten, wenn sie nicht mit Sorgfalt verhütet wird, bei den meisten wichtigen Fragen möglich ist, würde schwerlich lange auf sich warten lassen. Ich darf nur an die geschichtliche Thatsache erinnern, daß die Verhandlungen des Deutschen Bundestages in der Periode nach 1848 wesentlich von Verfassungs-Kompetenzfragen beherrscht waren, obschon das Gebiet der damaligen Bundesverfassung ein engeres und einfacheres war, als das der heutigen Reichsverfassung. Es sind meine geschichtlichen Erinnerungen an diese Zeit und an meine Erlebnisse im Deutschen Bundestage, welche mich seit Herstellung des Norddeutschen Bundes und des Reiches zum Anwalt derjenigen Vorsicht gemacht haben, mit welcher der Bundesrat bisher jeden Verfassungskonflikt nicht nur, sondern jede Erörterung, welche zu einem solchen führen könnte, vermieden hat. Nach meiner Überzeugung enthält die politische Lage Deutschlands an sich und im Hinblick auf den Entwicklungsgang unserer europäischen Länder im Vergleich mit den ersten 10 Jahren, welche der Neubegründung deutscher Einheit folgten, eine verstärkte Aufforderung für die verbündeten Regierungen, ihre Einheit untereinander zu pflegen und auch den Schein einer Trübung derselben zu vermeiden. Ich kann deshalb meine Besorgnis darüber nicht unterdrücken, daß in dieser rein technischen

und im Vergleich mit anderen Aufgaben der Zukunft nicht bedeutenden Frage, im Bundesrat sowohl, wie im Reichstage unsere Verfassung in der Art, wie es geschieht, auf die Probe gestellt werden soll. Ich zweifle nicht, daß der preußische und der hamburgische Antrag im Bundesrat durch Verständigung ohne Entscheidung durch Majoritäten und Minoritäten wird erledigt werden können. Von Seiten Preußens wird jeder dahin zielende Antrag, welcher sich im Rahmen der Reichsverfassung hält, gern erwogen werden, vorausgesetzt, daß die verbündeten Regierungen in dem Entschluß einig sind, den Versuchungen, welche von einigen Mitgliedern des Reichstages im Sinne der Beschränkung der verfassungsmäßigen Autorität des Bundesrats gemacht werden, einmütig entgegenzutreten. v. B.

An dat Komitee för dat plattdütsche Volksfest in Chicago.

10. Juli 1880.

To min lebhaftes Bedauern verlöwen mi mine Geschäften nicht, to Sei äwer to kamen; awer trotz de Entfernung will ick in de Festdage ut vollen Harten mit de ollen Landslüd darup anstöten, dat Sei för alle Tied an de Leiw to Dütschland festhollen mögen.

An den Zentralausschuß für das deutsche Turnfest in Frankfurt a. M.

Friedrichsruh, 12. Juli 1880.

Dank für die Einladung. Ich würde derselben um so lieber folgen, als ich den Festort, in welchem ich acht glückliche Jahre verlebt habe, seit einer langen Reihe von Jahren nicht wieder besuchen konnte und bedaure lebhaft, daß mein Gesundheitszustand mir diese Freude versagt.

v. B.

Unterm 31. Oktober 1880 hatte sich eine größere Anzahl angesehner Handelsfirmen und Kaufleute in Hamburg mit Rücksicht auf die von gewisser Seite verbreitete und fortwährend in agitatorischer Weise unterhaltene Meinung, die Pläne der Reichsregierung in der Zollanschlußfrage liefen auf eine Beeinträchtigung der verfassungsmäßigen Rechte der Hansastädte und auf eine Verkümmerung ihres Wohlstandes hinaus, an Bismarck mit einer Eingabe gewandt, in welcher sie baten, diesen falschen Vorstellungen durch eine autorative Erklärung den Boden zu entziehen. Die Unterzeichner der Eingabe selbst erblickten in dem Anschluß der Stadt Hamburg unter Belassung von Freivierteln und sonstigen angemessenen Einrichtungen nicht nur für alle gewerbliche und industrielle Thätigkeit, für Kleinhandel, sowie für Grundeigentum wesentliche Vorteile, sondern sahen auch gleiches namentlich für Import, Export und Großhandel voraus. Diese Gesinnung werde von einem sehr großen Teil der Bevölkerung von Hamburg geteilt. Offenkundiger noch würde hierfür von vielen Zeugnis abgelegt worden sein, wenn eine allseitig klare Vorstellung darüber herrschte, daß es der ernste Wunsch und Wille der Reichsgewalten sein und bleiben werde, Vorkehrungen zu bewilligen und zur Ausführung zu bringen, welche auch nach Eintrit Hamburgs in die deutsche Zolllinie dem Welthandel keine Hindernisse auferlegen, ja mehr als dies, welche ihn zu einer weit größeren Blüte zu entfalten geeignet seien, als die jetzige Form des dortigen Geschäftsbetriebes es vermöge. Um alle Mißverständnisse in dieser Beziehung zu beseitigen, erbaten die Unterzeichneten vom Reichskanzler eine authentischen Interpretation seiner Worte vom 8. Mai 1880, in welchen er sich über die Stellung des Reichs zur Freihafenfrage ausgesprochen hatte.

An die Herren Joh. Behrenberg, Geßler und Genossen in Hamburg.

Berlin, 15. November 1880.

Mit verbindlichstem Dank habe ich das von Ew. Hochwohlgeboren und von anderen hervorragenden Hamburger Firmen an mich gerichtete Schreiben vom

31. v. M. erhalten und mich gefreut, darin den Ausdruck derselben nationalen Gesinnung zu erkennen, welche mich in meiner Amtsführung leitet. Als erste Aufgabe des Reichskanzlers betrachte ich die Befestigung der nationalen Einheit im Sinne der Reichsverfassung und die Förderung derselben auf allen Gebieten der Politik, auch auf den wirthschaftlichen.

Ich halte für meine Pflicht, die Verwirklichung des Artikels 33 der Reichsverfassung anzustreben, nach welchem Deutschland ein Zoll- und Handelsgebiet bilden soll, umgeben von gemeinschaftlicher Zollgrenze. Aber in gleichem Maße fühle ich mich auch dafür verantwortlich, daß die dem Kaiser nach Artikel 17 zustehende Überwachung der Ausführung der Reichsgesetze den Rechten Schutz gewähre, welche der Hansastadt Hamburg nach Artikel 34 der Verfassung zustehen.

In diesem Sinne bestätige ich gern, Ihrem Wunsche entsprechend, auch heute die Äußerung, welche ich in der Sitzung vom 8. Mai d. J. im Reichstage gethan habe.

Über die Grenzen, welche für den Freihafen Hamburgs erforderlich sind, damit derselbe dem Begriff eines Freihafens in loyaler Weise entspreche, steht dem Bundesrate die Entscheidung zu; meine Mitwirkung an derselben aber wird stets der Ausdruck der Gesinnung und des Pflichtgefühls sein, kraft deren ich für die Förderung des Wohlstandes der Hansastädte und die Wahrung ihrer verfassungsmäßigen Rechte mit derselben amtlichen Gewissenhaftigkeit und derselben landsmannschaftlichen Teilnahme einzutreten habe, wie für die Interessen eines jeden Teiles des Reiches, meine engere Heimat nicht ausgeschlossen.

Hierauf wird die Frage, ob die Hansestädte früher oder später nach Artikel 34 der Reichsverfassung ihren Einschluß in den allgemeinen Zollverband beantragen, stets ohne Einfluß bleiben.

Sollte Hamburg den Zollanschluß seiner bisher ausgeschlossenen Gebietsteile selbst beantragen, so werde ich jedes zulässige Entgegenkommen des Reichs befürworten, um diese Entschließung und ihre Ausführung zu erleichtern.

Das Reich hat, wie ich glaube, auch seinerseits an der Vollendung seiner nationalen Zolleinheit und an der Erhaltung und gedeihlichen Entwicklung seiner größten Handelsstadt ein so zweifelloses Interesse, daß seine ausgiebige Unterstützung der Anlagen, welche der Zollanschluß bedingt, gerechtfertigt und geboten erscheint. Ich habe diese Überzeugung schon im Jahre 1867 kundgegeben, als die Frage erörtert wurde, eine wie lange Bauzeit die zum künftigen Zollanschluß notwendigen Entrepotanlagen erfordern und wie hoch der ungefähre Kostenbetrag derselben sein können. Diese Überzeugung ist noch heute die meinige, und würde ich dieselbe, soweit mein amtlicher Einfluß reicht, gern bethätigen, sobald die Hansastädte bereit sind, mit dem Reiche über den Zollanschluß in Verhandlungen zu treten, für welche Artikel 34 ihnen die Initiative giebt.

v. B.

Telegramm an die Generalversammlung des Vereins Deutscher Hüttenleute in Düsseldorf.

28. November 1880.

Dank für die telegraphische Begrüßung als Handelsminister. Ich werde fortfahren, dieses Amt im Interesse der nationalen Arbeit wahrzunehmen, zu deren Schutz und Förderung ich es übernommen habe. v. B.

An den Intendanturrat Zander in Posen.

Berlin, 24. April 1881.

Ew. Hochwohlgeboren gefälliges Schreiben vom 16. d. M. nebst Anlagen habe ich mit verbindlichem Danke erhalten. Ich teile die Anschauungen der Herren, welche eine Reform des Korpslebens beabsichtigen, vollständig, und habe schon zu der Zeit, wo meine Söhne studierten, vergeblich versucht, durch die Universitätsbehörden in ähnlichem Sinne auf das Korpsleben einzuwirken. Es würde mich freuen, wenn auf dem jetzt beabsichtigten Wege bessere Erfolge erzielt würden, und ich hoffe dies um so mehr, als das in's Auge gefaßte Ziel kein weitgestecktes ist, sondern meines Erachtens eher hinter dem Wünschenswerten zurückbleibt.

Ich habe als Student an dem Korpsleben Teil genommen und angenehme Erinnerungen daran bewahrt, vielleicht nur deshalb, weil damals die Eisenbahnen und die Auswüchse, welche durch die Leichtigkeit des Verkehrs hervorgerufen werden, noch nicht vorhanden waren. Die dem deutschen Charakter seit Jahrtausenden eigentümliche Neigung, durch Auszüge in die Ferne seine Kampfeslust zu befriedigen, sollte meiner Ansicht nach für das Universitätsleben nach Möglichkeit eingeschränkt, und letzteres, soweit es durch Kneipen und Mensuren bedingt wird, lokalisiert bleiben. Die finanziellen sind wohl noch die geringsten der Schäden, welche der Student erleidet, wenn er Geschäftsreisender der Firma seines Korps wird. Ich suche in diesen Übertreibungen des Korpslebens einen der Gründe für die Wahrnehmung, daß diejenigen Studenten, welche Mangel an Mitteln oder an Neigung vom Korpsleben zurückhielt, in der Regel für das praktische Leben auf dem Gebiete des Wissens gründlicher vorbereitet sind. Es ist dies ein Ergebnis, welches unserer staatlichen Zukunft nicht zum Vorteil gereicht.

An die Witwe des Feldzeugmeisters Benedek.

April oder Mai 1881.

Möge es Ihnen in Ihrem Schmerze Trost gewähren, daß nicht Österreich allein den Hingang des Waffengenossen Radetzkys betrauert; der Verlust eines tapferen und seinem Kaiser treuen Soldaten wird auch bei uns als ein gemeinsamer empfunden. Gott wird Ihnen Kraft geben, die Prüfung, die er über Sie verhängt, zu tragen.

v. B.

An R. v. Hartwig in Berlin.

In Erwiderung auf eine Adresse von Bewohnern des Weddingstadtteils.

Berlin, 15. November 1881.

Ich werde an den Grundsätzen, nach welchen ich die Reform unserer steuerlichen und sozialpolitischen Gesetzgebung in Angriff genommen habe, festhalten, so lange ich Minister bin, und mich durch Verminderung der Aussicht auf den baldigen Erfolg von dem Bekenntnis meiner Überzeugung nicht abhalten lassen.

v. B.

An den Professor F. Clement,

29. November 1881.

Ew. Wohlgeboren danke ich für Ihre Mitteilung vom 20. d. M. über die Errichtung der Deutschen Landesbank. Ich werde der weiteren Entwicklung dieser Anstalt mit Aufmerksamkeit folgen, muß mir aber die Entgegennahme mündlicher Vorträge versagen, weil die Rücksicht

auf den Umfang meiner Amtsgeschäfte und auf den Zustand meiner Gesundheit mir in diesem, wie in allen übrigen Fällen eine ausnahmslose Zurückhaltung auferlegen.

v. B.

Wir führen dieses Schreiben um deswillen an, weil das „Berliner Tageblatt“ Nr. 228 v. J. (1882) die Sache so dargestellt hatte, als ob der Kanzler an die Deutsche Landesbank ein Anerkennungschreiben gerichtet und sich von den Gründern des später verkrachten Instituts habe täuschen lassen.

Erlaß an die Handelskammer in Grünberg in Schlesien.

25. November 1881.

Die Handelskammer hat in ihrem Jahresbericht für 1880 eine Reihe thatsächlicher Angaben aufgenommen, welche, wenn sie auch zum Teil unbestimmt gehalten sind, dennoch im Vergleich zu den Angaben der früheren Jahresberichte die Annahme einer inzwischen eingetretenen günstigeren Gestaltung der dortigen gewerblichen Verhältnisse rechtrechtfertigen.

Nach jenen Angaben hat sich beispielsweise der Güterverkehr auf den Eisenbahnen des dortigen Handelskammerbezirks in runden Zahlen von 87.000 t im Jahre 1878, auf 105.000 t im Jahre 1879, und auf 139.000 t im Jahre 1880 gehoben. Namentlich vermehrte sich in dem letzten Jahre die Menge der abgegangenen Güter, da dieselbe im Jahre 1878 nur etwa 20.000, im Jahre 1879 etwa 25.000, im Jahre 1880 dagegen etwa 42.000 t betrug. Nach dem Bericht für 1878 gingen in diesem Jahre an Gütern in Grünberg selbst ein: 18.478 t, im Jahre 1880 hob sich diese Zahl auf 33.710 t.

Zugleich stieg der Personenverkehr des dortigen Bezirks, welcher in den Jahren 1878 und 1879 nur 139.000

beziehungsweise 153.000 betragen hatte, im Jahre 1880 auf 204.000.

Hand in Hand mit dieser Steigerung des Eisenbahnverkehrs ging nach den Zahlenangaben der Handelskammer diejenige des dortigen Post- und Telegraphenverkehrs.

Die Zahl der eingegangenen und aufgegebenen Briefe hob sich von rund 527.000 und 531.000 in den Jahren 1878 und 1879, auf etwa 567.000 im Jahre 1880, diejenige der Telegramme von 14.584 beziehungsweise 15.887 auf 18.871 in denselben Jahren. Daß dabei zugleich die dortigen Handelsbeziehungen zu weiteren Kreisen und zum Auslande reger wurden, geht aus der Zunahme der dort zur Versendung gelangten Warenproben hervor, welche in den Jahren 1878 und 1879 nur 5850 beziehungsweise 5238 betrugen, im Jahre 1880 aber auf 24,630 stiegen, so wie aus der steigenden Zahl der nach dem Auslande aufgegebenen Telegramme, welche sich in derselben Zeit von 321 und 359 auf 462 im Jahre 1880 hob.

Der Ausweis des dortigen Bankverkehs bestätigt den hieraus sich ergebenden Schluß auf eine Zunahme der Geschäfte in dieser Richtung.

Während der Gesamtbetrag der durch die Reichsbank-Nebenstelle daselbst eingezogenen Wechsel auf Grünberg selbst im Jahre 1879 zwar von 6,126.500 M. im Jahre 1878 auf 5,011.500 M. fiel, im Jahre 1880 aber wieder auf 5,746.000 M. stieg und der Gesamtwert der durch die Reichsbank-Nebenstelle in denselben Jahren angekauften Wechsel auf Grünberg und die benachbarten Glogau und Sagan eine ähnliche Bewegung, mithin für das Jahr 1880 auch wieder eine Steigerung zeigt, weisen die Beträge der angekauften Wechsel auf entferntere Bankplätze und auf das Ausland eine stetige Zunahme auf.

Die Gesamtsumme der ersteren belief sich im Jahre 1878 auf 3,390.200, im Jahre 1879 auf 3,427.900 und im

Jahre 1880 auf 3,684.400 M., die Gesamtsumme der auf das Ausland daselbst abgegebenen Wechsel hob sich in denselben Jahren von 22.800 auf 27.500 und 29.200 M. Gleichzeitig stiegen die Einzahlungen auf Girokonto von 627.100 M. auf 900.500 und 1,053.101 M.

Über die Höhe der Löhne enthält der letzte Bericht der Handelskammer nur wenig positive Angaben, wo sich aber bestimmte Zahlen finden, da lassen auch diese eine Wendung zum Bessern erkennen.

In dem Abschnitt über den Braunkohlen-Bergbau wird der Tageslohn auf den Grünberger Gruben für den Vollhäuer auf 2 M., für den Schlepper auf 1·89 M. angegeben. Nach dem Jahresbericht für 1879 aber betrug derselbe nur 2·1 beziehungsweise 1·7 M. Nur auf der Droschkauer Grube scheint sich der Lohn stationär geblieben zu sein, da derselbe für den Schlepper zwar auch auch dort von 1.14 in 1879 auf 1.15 in 1880 gestiegen, für den Vollhäuer aber von 1.64 auf 1.63 M. gefallen ist.

Ebenso ist auch für die Leinenbranche eine Erhöhung der Löhne ersichtlich. Der Jahresbericht für 1879 giebt den Wochenlohn hierin für männliche Arbeiter auf 9—14, für weibliche auf 6—9 M. an. Der Bericht für 1880 dagegen nennt hier die Zahlen 9—15, beziehungsweise 6—10 M.

Werden im Zusammenhange hiermit die Sparkassen-Einlagen in den letzten Jahren mit einander verglichen, welche eine wesentliche Zunahme aufweisen, so ist der Rückschluß auf eine Steigerung des Wohlstandes der dortigen Bevölkerung in gewissen Grenzen nicht zurückzuweisen.

Die neuen Einlagen zeigen seit dem Jahre 1877, namentlich aber seit 1879, eine ziemlich bedeutende Zunahme, die Rückzahlung dagegen eine fast stetige Abnahme. Die ersteren betrugen 1877: 286.410, 1878: 286.669, 1879: 354.952 und 1880: 366.015 M. Die letzteren dagegen in

derselben Reihenfolge: 290.230, 281.544, 200.597 und 272.225 M.

Kann man schon in den bisher angeführten Zahlen sichere Merkmale einer Besserung der gewerblichen Verhältnisse erblicken, so giebt die nähere Betrachtung der hauptsächlichsten Industriezweige des dortigen Handelskammerbezirks der Wollenwaaren- und der Tuchbranche, hierfür einen noch gewichtigeren Beleg. Es sind zwar die hierauf bezüglichen Angaben des Berichtes der Handelskammer für 1880 weniger bestimmt, als diejenigen der vorausgegangenen Berichte. Nichtsdestoweniger läßt sich aus einer Vergleichung derselben der Aufschwung erkennen, welchen diese Industriezweige dort gerade in den zwei letzten Jahren genommen haben.

Seit 1876 ist die Zahl der hierin arbeitenden Fabriketablissements in Grünberg von 8 auf 9, diejenige der darin verwendeten Dampfmaschinen von 14 auf 22, die Zahl der Pferdekräfte derselben aber von 450 auf 860 gestiegen. Das Jahr 1879 allein weist in letzterer Beziehung eine Steigerung um 230 Pferdekräfte auf. Die Anzahl der mechanischen Webstühle vermehrte sich in derselben Zeit um mehr als das Doppelte, von 230 auf 500, diejenige der Spindeln von 1876 bis 1879 jährlich im Durschnitte um etwa 2000. Die Vermehrung derselben für 1880 ist von der Handelskammer in dem letzten Bericht nicht angegeben worden, aus den anderweiten Angaben aber sicher zu schließen. Die Arbeiterzahl, welche in den Jahren 1876, 1877 und 1878 beziehungsweise 722.951 und 1022 betragen hatte, hob sich im im Jahre 1879 auf 1417. Nach dem Bericht für 1880 stieg sie in diesem Jahre weiter auf 1500. Doch sind in diesem Bericht die früher stets mitgezählten jugendlichen Arbeiter nicht erwähnt; auch scheint wie weiter unten ausgeführt sein wird, die Angabe von 1500 Arbeitern noch aus anderen Gründen zu niedrig zu

sein. Die Handelskammer selbst nennt im Eingang des Abschnittes über die Tuchbranche das Geschäft in diesem Zweige, soweit die früheren Grünberger Fabrikate in Frage kommen, ein befriedigendes und den Absatz einen schlanken; hinsichtlich der halbwollenen Fabrikate aber nimmt sie für Grünberg ausdrücklich eine exceptionelle, also eine bevorzugte Stellung in Anspruch.

Bei dieser Sachlage und solchen Äußerungen gegenüber muß es in hohem Grade mein Befremden erregen, wenn die Handelskammer in der Einleitung ihres Jahresberichts für 1889 über eine völlige und aussichtslose Geschäftsstockung klagt, wenn sie den gegenwärtigen Zustand der Erwerbsfähigkeit und der Ernährung der arbeitenden Bevölkerung als einen so unglücklichen bezeichnet, daß dessen Folgen sich noch in der geschwächten Wehrkraft der nachfolgenden Generation fühlbar machen müßten, wenn sie von der Wollen- und Tuchindustrie, deren Lage und Absatz sie gleich darauf als befriedigend schildert, behauptet, daß dieselbe kaum mehr im stande sei, ein reelles und gutes Stück Ware zu verkaufen, und wenn sie für alle diese behaupteten und mit ihren eigenen Ausführungen in Widerspruch stehenden Mißstände jeden Beweis schuldig bleibt und dafür die gegenwärtige Zollpolitik verantwortlich macht. Mein Befremden hierüber ist um so größer, als im Artikel in der Grünberger Zeitschrift: „Das deutsche Wollengewerbe“ vom 25. August d. J., welcher über die Wollen- und Tuchbranche daselbst ganz ähnliche und zum Teil gleichlautende thatsächliche Angaben enthält, wie der Bericht der Handelskammer, zu ganz entgegengesetzten, aber den angeführten Thatsachen mehr entsprechenden Schlüssen gelangt. Es wird in diesem Artikel nicht nur ausgesprochen, daß die Lage der Grünberger Wollen- und Halbwollen-Industrie eine recht günstige ist und daß auch die Lohnverhältnisse, wenn auch noch nicht wesentlich verändert, so

doch wesentlich zu Gunsten der Arbeiter erhalten worden sind, sondern auch, daß der nicht zu bestreitende Aufschwung der Industrie überwiegend dem Schutze zuzuschreiben sei, welchen sie dem neuen Zolle verdankt. Der Umstand, daß ein Teil der oben angeführten Zahlen gerade für die Jahre 1879 und 1880 einen erheblichen Fortschritt in den gewerblichen Verhältnissen kennzeichnet, scheint namentlich diesen letzten Schluß zu bestätigen.

Ich kann nach den vorstehenden Erörterungen die Beschwerden nur für begründet erachten, welche über die Berichterstattung der Handelskammer bereits in dem erwähnten Artikel des „Deutschen Wollengewerbes" zum Ausdruck gelangten, und welche kürzlich in einer Eingabe mehrerer bedeutender Firmen des dortigen Bezirks auch direkt bei mir zur Sprache gebracht worden sind.

Diese Eingabe bestätigte mir überdies, daß nicht nur die Angaben der Handelskammer über die Zahl der in den einzelnen Etablissements beschäftigten Arbeiter ungenau sind, sondern daß auch wichtige Industriezweige, wie die Eisen und Sprit-Industrie, in dem Bericht der Handelskammer überhaupt keine Erwähnung gefunden haben, obwohl sie sich nach den Angaben Beteiligter einer gedeihlichen Entwicklung erfreuen.

In ersterer Beziehung will ich nur beispielsweise noch hervorheben, daß in dem Bericht der Handelskammer (S. 6) die Zahl der Arbeiter der dortigen Doublestofffabrik nur auf 185 angegeben wird. In dem Artikel des „Deutschen Wollengewerbes", dessen Daten sich sonst ziemlich unverändert in dem betreffenden Abschnitt des Jahresberichts wiederfinden, ist diese Zahl indeß auf 200 beziffert. In der gedachten Eingabe aber giebt die Fabrik selbst die Zahl ihrer Arbeiter auf 220 an.

In der auf Seite 6 des Berichts als zweite bezeichneten dortigen Firma, mit welcher nach dem Artikel

des „Deutschen Wollengewerbes“ die Firma Oldroyd und Blakeley gemeint zu sein scheint, werden nach den Angaben der Handelskammer nur 300 Arbeiter beschäftigt. Der erwähnte Artikel des „Wollengewerbes“ nennt zwar zunächst auch nur die Zahl 300. Er giebt dieselbe aber ausdrücklich nur für das Ende des Jahres 1880 an und betont, daß seitdem eine weitere starke Ausdehnung des Betriebes stattgefunden habe. Die Firma Oldroyd und Blakeley beschäftigt, wie mir anderweit mitgeteilt ist, gegenwärtig 850 Arbeiter.

Indem ich mich auf diese Beispiele beschränke, um daran die Ungenauigkeit des Berichts der Handelskammer in wesentlichen Punkten zu zeigen, bringe ich derselben in Erinnerung, daß es ihre gesetzliche Bestimmung ist, die Gesamtinteressen der Handel- und Gewerbetreibenden ihres Bezirks wahrzunehmen und die Behörden in der Förderung des Handels und der Gewerbe durch thatsächliche Mitteilungen zu unterstützen. Dieser Bestimmung entspricht die Handelskammer nicht, wenn sie, statt mir zuverlässige und erschöpfende thatsächliche Mitteilungen zu unterbreiten, und die sich daraus ergebenden Folgerungen und Anträge zur Sprache zu bringen, in ihrem Jahresbericht über die Lage der Industrie und über die Wirkungen der Zollreform Urteile abgiebt, und Klagen erhebt, welche in den thatsächlichen Anführungen ihres eigenen Berichts und in den anderweit bekannt gewordenen Verhältnissen ihres Bezirks teils keine Unterlage, teils sogar direkte Widerlegung finden und dadurch den Karakter tendenziöser Abweichung von der Wahrheit annehmen. Durch ein solches Verfahren kommt die Handelskammer ihrer Pflicht nicht nur nicht nach, sondern sie schädigt dadurch den Kredit des Handels und der Industrie ihres Bezirks.

Ich fordere die Handelskammer auf, die ihr durch das Gesetz auferlegte Pflicht der Berichterstattung und der

Vertretung der Interessen ihres Bezirks mit größerer Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit zu erfüllen.

v. B.

Die „Nordd. Allg. Ztg." kündigte demnächst an, die Staatsregierung beabsichtige gegen die Verfasser dieser in sich widerspruchsvollen amtlichen Aktenstücke zunächst mit verantwortlicher Vernehmung vorzugehen, um darnach zu erwägen, ob und welches weitere Verfahren nach Maßgabe der Gesetze angezeigt erscheine. Über die hierdurch verursachte Entrüstung der liberalen Presse und die Gründe derselben s. in der Nordd. Allg. Ztg. vom 1. Dezember 1881, Nr. 560. Näheres aus der Rechtfertigungs-Schrift der Handelskammer zu Grünberg gegenüber dem Erlasse des Handelsministers, s. in der Nordd. Allg. Ztg. vom 15. Dezember 1881, Nr. 585. Im allgemeinen suchte die Kammer die ihr nachgewiesenen Widersprüche zu beschönigen, in einem Punkt aber hatte dieselbe das Urteil modifiziert, welches sie in der Einleitung des Jahresberichts über die Wirkungen der neuen Zollgesetzgebung gefällt hatte. Sie erkannte jetzt an, daß es Industriezweige gebe, welche Nutzen aus den Schutzzöllen ziehen.

Erlaß an das Vorsteheramt der Kaufmannschaft zu Danzig.

Dezember 1881.

In dem Jahresbericht des Vorsteheramts der Kaufmannschaft für 1880 findet sich auf Seite 7, auf welcher die durch das Reichsgesetz vom 21. Juni angeordnete Erhöhung des Mehlzolls besprochen wird, folgende Ausführung:

„Es ist übrigens bemerkenswert, daß in den amtlichen Motiven für die Erhöhung des Mehlzolls ausdrücklich geltend gemacht wurde, wie dem deutschen Müller sein Rohmaterial sowohl inländischer als ausländischer Provenienz durch den Gemeindezoll um den ganzen Betrag dieses letzteren Zolles verteuert werde, — eine Ausführung, die wir

unsererseits nicht bestreiten wollen, die aber in einem auffälligen Widerspruch steht mit der für den neuen Zolltarif sonst geltend gemachten Auffassung, als ob unsere Eingangszölle vom Auslande gezahlt würden."

Die hier in Betreff der Motive jenes Gesetzes aufgestellte Behauptung ist thatsächlich unwahr und findet in denselben keinen Anhalt. Wie die Reichstags-Drucksache Nr. 147 aus der letzten Session ergiebt, ist in den Motiven die Frage, ob die Zölle vom Inlande oder Auslande zu tragen sind, gar nicht berührt und noch weniger die Annahme angedeutet, daß der Preis des inländischen Getreides durch den Zoll erhöht werde. Die Betrachtungen über den Zollschutz für die Mühlenindustrie, also über die Differenz zwischen dem Zoll für Mehl und demjenigen für Getreide, welche sich auf Seite 8 der Motive finden, stehen mit der vom Vorsteheramt aufgestellten Behauptung in keinem Zusammenhange. Der Auffassung, daß der Getreidezoll vom Inlande getragen werde, konnte in den Motiven überhaupt nicht Ausdruck gegeben werden, weil dieselbe mit thatsächlichen Verhältnissen in offenbarem Widerspruch steht. So lange die großen östlichen und überseeischen Kornländer für den Überschuß ihrer Ernten über ihren eigenen Bedarf nicht außerhalb Deutschlands vollen Absatz finden, müssen sie den hier auf ihre Einfuhr gelegten Zoll tragen, da die deutschen Kaufleute die Wahl haben, aus welchem Lande sie das Getreide beziehen wollen, und da sie in der hierdurch bedingten Konkurrenz der fremden Länder mit einander und mit dem einheimischen Kornbau das Mittel finden, den Zoll abzuwälzen. Nur in dem Falle würde der Zoll von den inländischen Kaufleuten zu tragen sein, wenn die Gesamtproduktion des In- und Auslandes den Bedarf nicht mehr oder nur eben deckte; so lange diese Eventualität nicht eintritt, ist das Ausland nicht in der Lage, den durch die Verhältnisse gegebenen Preis des Getreides in

Deutschland um den Betrag des deutschen Zolles zu erhöhen.

Diese Auffassung ist, wie das Vorsteheramt selbst anführt, von der Regierung wiederholt geltend gemacht worden. Ich fordere deshalb das Vorsteheramt auf, sich darüber zu äußern, wodurch ihm zu der Annahme Anlaß gegeben worden ist, daß die Motive zu dem Gesetz vom 21. Juni d. J. sich mit jener Auffassung in Widerspruch gesetzt haben.

In dem Jahresberichte für 1880 ist ferner auf Seite 2 und 3 der bedeutendste Danziger Handelszweig, das Getreidegeschäft besprochen, als nächste Ursache seines Niedergangs der schlechte Ausfall der Ernten in den Jahren 1879 und 1880 bezeichnet und daran die Bemerkung geknüpft, daß die Einwirkung dieses Ernteausfalls auf den Danziger Handel durch die Konsequenzen der neueren Handels- und Verkehrspolitik nicht unwesentlich verschärft worden sei und daß der Einfluß der zur Zeit maßgebenden Zoll- und Handelspolitik aller menschlichen Voraussicht nach in den nächsten Jahren noch wesentlich wuchtiger als bisher wirken werde.

Das Vorsteheramt hat bei diesen Bemerkungen außer Betracht gelassen, daß zoll- und handelspolitische Maßnahmen in erster Linie nicht die Interessen einzelner Klassen der Bevölkerung, wie beispielsweise der Danziger Kaufmannschaft, sondern die wirtschaftlichen Gesamtinteressen des Deutschen Reiches zu berücksichtigen haben und nur von diesem Standpunkt aus eine gerechte Beurteilung erfahren können. Bei den Anordnungen, welche der Staat in Bezug auf den Getreideverkehr trifft, nehmen die Bedürfnisse der Landwirtschaft eine besonders sorgfältige Beachtung in Anspruch, da die Zahl der an diesem Erwerbszweige beteiligten und darin beschäftigten Personen der Zahl aller übrigen Reichsangehörigen und um so mehr

der am Getreidehandel beteiligten, weit überlegen ist. Ich habe im August in der Stadt Königsberg, in welcher ebenso wie in Danzig das Getreidegeschäft von erheblicher Bedeutung ist, ermitteln lassen, wie viele Kaufleute (Exporteure, Kommissionäre, Makler und Agenten), Gehülfen und Arbeiter derselben, Wieger, Träger und Fuhrhalter nebst Knechten dort bei dem Verkehr mit russischem Getreide beteiligt sind. Die Gesamtzahl derselben beläuft sich nach den mir gemeldeten Ermittelungen auf nicht mehr als 2115; diese haben gewiß vollen Anspruch auf Berücksichtigung ihrer Interessen in der Gesetzgebung des Reichs, ihre Mitbürger aber auch, und selbst dann, wenn sie durch ihre Berufsthätigkeit auf die Konkurrenz mit dem russischen Getreide-Import angewiesen sind.

Ob die von dem Vorsteheramt ausgesprochene Annahme richtig ist, daß der Einfluß der gegenwärtigen Zoll- und Handelspolitik auf das Getreidegeschäft in den folgenden Jahren ein noch ungünstigerer als im Jahre 1880 sein werde, wird die Erfahrung lehren. Nach anderweit mir zugegangenen Nachrichten hat sich aber im Gegenteil das Danziger Getreidegeschäft im Laufe dieses Jahres wesentlich gehoben. Es würde mir erwünscht sein, Näheres hierüber nicht erst durch den folgenden Jahresbericht, sondern alsbald zu erfahren.

Ich fordere deshalb das Vorsteheramt auf, mir über die Entwicklung des dortigen Getreidegeschäfts während des Jahres 1881 bei Ablauf desselben ausführlichen Bericht zu erstatten. v. B.

Die Antwort des Vorsteheramts der Kaufmannschaft zu Danzig d.d. 17. Dezember 1881 findet sich abgedruckt in der Vossischen Zeitung vom 21. Dezember 1881, Nr. 596, Beilage.

An den Verein zum Schutze des Handwerks in Militsch.

21. Dezember 1881.

Für die freundliche Zustimmungserklärung vom 10. v. M. danke ich Ew. Wohlgeboren, sowie allen übrigen Mitgliedern des dortigen Vereins zum Schutze des Handwerks. Ich hoffe, daß durch Bildung von Innungen und anderen genossenschaftlichen Vereinigungen der Handwerker eine neue Unterlage für die Befestigung und Fortentwicklung des Handwerkerstandes geschaffen werden wird. v. B.

An den Landrat Dr. v. Borries.

3. Januar 1882.

Ew. Wohlgeboren erwidere ich auf das im Auftrage des Minden-Ravensberg'schen landwirtschaftlichen Hauptvereins an mich gerichtete Schreiben vom 15. v. M., daß ich die in demselben dargelegte Auffassung bezüglich der Besteuerung des Grundbesitzes im wesentlichen teile. Ich stimme mit Ew. Hochwohlgeboren darin überein, daß die Grundsteuer gleich der Häusersteuer eine Prägravierung des im Grund- und Häuserbesitz angelegten Vermögens im Vergleich zu allen übrigen Besitzobjekten enthält und daß sie auch diejenigen, auf denen sie lastet, ungleich trifft, weil bei ihrer Berechnung die auf dem Grund- oder Häuserbesitz ruhenden Schulden unberücksichtigt bleiben.

Die Regierung hat das Bedürfnis der Remedur wiederholt anerkannt, und die Abhülfe in der Überweisung der Hälfte der fraglichen Steuern an die Kreise und Gemeinden gesucht. Es würde schon als ein wesentlicher Gewinn anzusehen sein, wenn dadurch die Kreis- und Gemeindezuschläge zur Häuser- und Grundsteuer entbehrlich gemacht werden könnten.

Die notwendige Voraussetzung für eine solche Entlastung des Grundbesitzes ist die Vermehrung der indirekten Einnahmen des Reiches, um dem Staate aus diesen Ersatz für die den Gemeinden und Kreisen zu überweisenden direkten Steuern zu gewähren. Im Interesse aller Grund- und Steuerpflichtigen wird es also liegen, die auf Vermehrung der Reichseinnahmen gerichteten Bestrebungen der verbündeten Regierungen zu unterstützen. v. B.

An den Vorsitzenden des Handwerkervereins in Schleswig.

7. Januar 1882.

Ich hoffe, daß der Gedanke obligatorischer Genossenschaften schon bei den diesjährigen Reichstagsverhandlungen in Bezug auf die Unfallversicherung zur Anerkennung gebracht und damit eine Grundlage gewonnen werden wird, um denselben auch behufs weiterer sozialer und wirtschaftlicher Reformen nutzbar zu machen. Um den darauf gerichteten Bestrebungen der Regierung den Erfolg zu sichern, ist aber natürlich die Mitwirkung der parlamentarischen Körperschaften nötig. v. B.

Antwort auf eine Petition preußischer Landwirte.

17. März 1882.

Auf die von preußischen Landwirten und Gutsbesitzern an mich gerichtete Petition wegen Herbeiführung einer Stempelsteuerrevision erwidere ich, daß auch ich von der Prägravation des immobilen Besitzes durch Stempelabgaben überzeugt bin. Der Stempel, welcher von Kaufverträgen über Immobilien und von Pachtverträgen erhoben wird, ist meines Erachtens im Vergleich zu der Belastung der

Übertragung mobiler Vermögensobjekte zu hoch bemessen, diese Überbürdung steigert sich durch die Art und Weise, in welcher der für den Betrag des Stempels bestimmende Wert des Vertragsobjekts derart berechnet wird, daß der Stempel für Kaufverträge über Immobilien lediglich nach der Höhe des Kaufpreises — also ohne Berücksichtigung der hypothekarischen Belastungen — festgesetzt wird und daß beim Abschluß von Pachtverträgen der Stempel sofort für den Betrag alles dessen erhoben wird, was während der ganzen Dauer des Vertrages nach Jahren an Pacht gezahlt werden soll, in vielen Fällen aber nicht wirklich gezahlt wird.

Ich verkenne hiernach nicht das Bedürfnis nach Abhilfe. Dieselbe wird sich jedoch erst dann beschaffen lassen, wenn durch Vermehrung der indirekten Einnahmen des Reichs ein Ersatz für die zu erwartenden Ausfälle an Stempelsteuern gesichert sein wird. Es ist also Sache aller Grundbesitzer, durch wohlorganisierte Bethätigung ihrer Wahlrechte die Hindernisse wegzuräumen, welche der Durchführung der von den verbündeten Regierungen verfolgten Steuerreformpläne entgegenstehen. v. B.

An einen Tabakbauer in Jugenheim.

23. März 1882.

Ew. Wohlgeboren, sowie allen an der Adresse vom 12. März Beteiligten, danke ich verbindlichst. Die Bevölkerung der Pfalz ist wegen ihrer Sachkunde auf dem Gebiete des Tabakbaues vor anderen dazu berufen, über das Monopol ein Urteil abzugeben, und es gereicht mir daher zur Ermutigung, von dort her eine Zustimmung gerade zu der Zeit zu erhalten, wo die Frage des Tabakmonopols den gesetzgebenden Körperschaften zur Entschließung vorgelegt werden soll. v. B.

Telegraphische Antwort auf ein Glückwunschtelegramm von Mitgliedern des Kasinos in Barop (Westfalen).

11. Mai 1881.

Ich danke Ihnen für Ihre freundliche Erinnerung an den Frankfurter Frieden und seinen zehnjährigen Gedenktag. Zu meiner Freude haben wir Aussicht auf weitere ungestörte Fortdauer des Friedens. v. B.

An den deutschen Botschafter in London.

13. Mai 1882.

Ich beauftrage Sie, Namens der Kaiserlichen Regierung, bei der Großbrittannischen Regierung den Antrag zu stellen, daß sie durch den baldigen Erlaß bündiger Weisungen an die Kolonialregierung auf Fidji dahin wirken möge, daß diese seit nunmehr acht Jahren schwebende Angelegenheit zum befriedigenden Abschluß gebracht werde. Sie wollen dabei einfließen lassen, daß es auch für die englische Regierung nicht erwünscht sein könnte, wenn durch das Verhalten der brittischen Kolonialbehörden die Hoffnungen zerstört würden, welche an die Besitzergreifung solcher auch für den deutschen Handel und das Niederlassungsbedürfnis von Reichsangehörigen wichtigen Gebiete durch England im Hinblick auf die davon erwartete Steigerung des Rechtsschutzes früher geknüpft wurden. Thatsache sei, daß das von Deutschen vor der englischen Besitzergreifung in den bis dahin gesetzlichen und landesüblichen Formen erworbene Grundeigentum nach der Besitzergreifung zum Gegenstand einer Untersuchung durch Verwaltungsbehörden gemacht worden, welche, mit Ausschluß des Rechtsweges, in discretionärer Weise den deutschen Eigentümern die freie Verfügung über ihren Landsitz entzogen, denselben vielfach

hierdurch große geschäftliche Verlegenheit bereitet und bedeutende Verluste zugefügt und einen Teil dieser Ländereien zum Besten des Kolonialfiscus eingezogen hätten.

v. B.

Erwiderung auf eine Adresse der Tabakpflanzer Haßlachs.

Berlin, Juni 1882.

Ich danke Ihnen und allen an der Adresse vom 15. v. M. Beteiligten für die wiederholte Zustimmung zur Tabakmonopolvorlage und freue mich, daß dieselbe in einer durch Erfahrung und Sachkunde ausgezeichneten Landschaft so zahlreiche Anerkennung gefunden hat. Ich teile mit Ihnen die Überzeugung, daß unter allen Formen der Tabackbesteuerung die des Monopols die für den Produzenten und für den Raucher am wenigsten nachteilige, für den Staat aber die nützlichste ist, weil sie die höchsten Erträge behufs Abschaffung direkter Steuern giebt. Ich zweifle auch nicht daran, daß diese Überzeugung in Zukunft die Mehrheit des Reichstags für sich haben wird. v. B.

An den Grafen Andrassy.

16. Juni 1882.

Verehrter Freund!

Das Familienfest, welches Sie in wenigen Tagen feiern werden, bietet mir erfreuliche Veranlassung, an unsere langjährigen Beziehungen anzuknüpfen und Ihnen zur Vermählung der Gräfin Ilona meine und meiner Frau herzliche Glückwünsche darzubringen. Ich richte dieselben desgleichen gleichzeitig an Sie und an die Frau Gräfin, der ich mich zu Gnaden empfehle, und bitte Sie, der Braut meinen Wunsch

und meine Überzeugung auszudrücken, daß sie in der Wahl des Gemahls glücklich gewesen. Ich habe den Graf Ludwig Batthyanyi im vergangenen Jahre hier kennen gelernt und ihm mit den Meinigen ein gutes Andenken bewahrt. In freundschaftlicher Verehrung der Ihrige. v. B.

An die Kaiserin und Königin Augusta.

9. März 1883.

Ew. Majestät erlaube ich mir, für die huldreiche Übersendung der gekrönten Preisschrift „Das rote Kreuz in Deutschland" meinen allerunterthänigsten Dank zu sagen. Die Ansicht, von der der Verfasser ausgeht, daß die staatlichen Vorrichtungen für die Pflege der Verwundeten und Kranken hinter den Anforderungen der christlichen Nächstenliebe zurückbleiben, ist nicht nur für die Vergangenheit zutreffend, sondern wird es nach menschlicher Voraussicht jederzeit bleiben. Den Abstand, welchen das staatlich Erreichbare hinter den berechtigten Forderungen zurückbleibt, vermag nur die freiwillige Krankenpflege auszufüllen und hat es unter Ew. Majestät hingebender Leitung in früher unerreichtem Maße gethan. Der huldreichen Fürsorge Ew. Majestät für alle diejenigen, welche der Hülfe bedürfen, und der aufopfernden Unterstützung, die Allerhöchstdieselben der Entwicklung des roten Kreuzes haben zu Teil werden lassen, ist die öffentliche Meinung mit ehrfurchtsvoller Dankbarkeit gefolgt, und deshalb wird sie auch ein Buch günstig aufnehmen, welches, wie das vorliegende, dazu geeignet ist, die Teilnahme für das rote Kreuz zu fördern und den Vereinen der freiwilligen Krankenpflege als Leitfaden bei ihrer Thätigkeit zu dienen. Ew. Majestät wollen huldreichst überzeugt sein, daß ich auch in Zukunft gern jeden sich mir bietenden Anlaß benutzen werde, um

die Thätigkeit der unter Allerhöchst dero stehenden Vereine der freiwilligen Krankenpflege auch amtlich nach Kräften zu unterstützen. In tiefster Ehrfurcht ersterbe ich Ew. Majestät allerunterthänigster Diener. v. B.

Erlaß an die Handelskammer in Grünberg.

Berlin, 17. Januar 1883.

Die Handelskammer hat in dem Bericht vom 12. d. M. angezeigt, daß sie nicht in der Lage sei, ihre Thätigkeit auszuüben, weil ihre sämtlichen Mitglieder die Wahl zum Vorsitzenden abgelehnt haben. Ich habe in Folge dessen den Königlichen Regierungspräsidenten in Liegnitz angewiesen, die Erhebung der Handelskammerbeiträge einzustellen. Ich behalte mir vor, diese Anordnung außer Kraft zu setzen, sobald die Handelskammer sich in der Lage befinden wird, ihre Funktionen selbständig wieder aufzunehmen, oder der Anschluß ihres Bezirks an einen benachbarten Handelskammerbezirk herbeigeführt sein wird.

v. B.

An den Senat der freien Stadt Hamburg.

Berlin, 14. März 1883.

Dem Senat beehre ich mich auf das am 6. d. M. hier eingegangene Schreiben vom 5. d. M. zu erwidern, daß ich, nachdem der Senat und die Bürgerschaft nach eingehender Prüfung übereinstimmend die in dem mitgeteilten Generalplan und Generalkostenanschlag vorgesehenen Einrichtungen für nötig erachtet haben, um den Anschluß Hamburgs an das deutsche Zollgebiet auf der in der Vereinbarung vom 25. Mai 1881 festgestellten Grund-

lage in einer den Interessen Hamburgs entsprechenden Weise in Vollzug zu setzen, auch meinerseits keinen Anstand finde, diese Arbeiten in Gemäßheit der Ziffer 5 und 6 des Nebenprotokolls hierzu als durch den Zollanschluß Hamburgs veranlaßte anzuerkennen. Da der von dem Senat und der Bürgerschaft zur Ausführung dieser Arbeiten bewilligte Kostenbetrag mit 106 Millionen Mark abschließt, so beläuft sich der seitens des Reichs an Hamburg zu zahlende Beitrag zu diesen Kosten nach der allegierten Ziffer 6 auf 40 Millionen Mark, dessen erste Rate mit 4 Millionen Mark am 6. März 1884 fällig wird.

Gegen den Vorbehalt einer etwaigen Ausdehnung des nördlichen Teils des Freihafenbezirks bis auf den nach der Vereinbarung zulässigen Umfang und innerhalb der in Nr. 7 Absatz 2 ebendaselbst bezeichneten Frist habe ich angesichts der Bestimmung in Ziffer 1 des Nebenprotokolls ein Bedenken nicht zu erheben. Andererseits wird zu der in Aussicht genommenen südlichen Begrenzung des Freihafenbezirks, welche an einigen Stellen über die in der Vereinbarung festgesetzte Linie hinausgeht, seiner Zeit die Genehmigung des Bundesrats einzuholen sein.

Schreiben an den Präsidenten des Reichstags.

1. Mai 1883.

Unter Nr. 280 der Reichstag-Drucksachen liegt ein Antrag vor:

Der Reichstag wolle beschließen:

Die Militärverwaltung aufzufordern, den Geschäftsbetrieb in Militärwerkstätten für Privatrechnung, den Handelsverkehr der Kantinen mit Zivilpersonen und die Verwendung von Pferden der Militärverwaltung zum Lohnfuhrgewerbe zu untersagen.

Mit Bezugnahme auf Artikel 17 der Reichsverfassung, nach welchem Sr. Majestät dem Kaiser unter Verantwortlichkeit des Reichskanzlers die Überwachung der Ausführung der Reichsgesetze zusteht, und auf Artikel 63, nach welchem das gesammte Reichsheer unter dem Befehl des Kaisers steht, beehre ich mich, darauf aufmerksam zu machen, daß die Militärverwaltung des deutschen Heeres weder im Reichstage noch zu demselben eine Stellung hat, welche ihr die Empfangnahme und Befolgung von Aufforderungen dieser hohen Körperschaft gestattet.

Jeden Gesetzvorschlag und jede für den Bundesrat bestimmte Mitteilung des Reichstags wird der unterzeichnete Reichskanzler bereitwillig zur Kenntnis Sr. Majestät des Kaisers und zur Beratung des Bundesrats bringen, und wenn eine solche Vorlage die Militärverwaltung betrifft, so werden deren Organe im Bundesrat Gelegenheit haben, sich über dieselbe auszulassen. Gegen die dem erwähnten Antrage zu Grunde liegende Voraussetzung der Möglichkeit aber, daß die Militärverwaltung des Reichs verpflichtet oder berechtigt sein könnte, direkten Aufforderungen des Reichstags Folge zu leisten oder dieselben auch nur amtlich entgegenzunehmen, glaube ich im Namen Sr. Majestät des Kaisers Verwahrung einlegen zu sollen und bitte Euere Hochwohlgeboren ergebenst, dieselbe zur Kenntnis des Reichstags zu bringen. Der Reichskanzler v. B.

An den Kaiserlichen Botschafter in London.

7. Juni 1883.

Eurer Excellenz gefälliger Bericht vom 9. v. Mts., die Fidjilandfrage betreffend, ist hier richtig eingegangen. Wir müssen abwarten, was Lord Granville uns antworten wird, nachdem ihm das Gutachten oder die Bedingungen

Lord Derby's zugegangen sein werden. Die gemischte Kommission ist an sich nicht Zweck, sondern ein Mittel zum Zweck; aber auch dieses Mittel wird uns in weiter Ferne als ein Ziel gezeigt, welches vielleicht zu erreichen ist. Dieser Kommission sollen die Reklamationen nur in solchen Fällen zugewiesen werden, wo die Entscheidung, über welche Beschwerde geführt wird, Mängel der kolonialen Gesetzgebung oder Verwaltung zur Unterlage hat. Eine Abhülfe wird also nur in Aussicht gestellt, wenn sich in den Gesetzen oder Verordnungen Fehler nachweisen lassen. Es liegt auf der Hand, daß diese Bedingung die Zusage illusorisch macht. — Weiter aber verlangt Lord Granville, daß der englischen Regierung zunächst die Beschwerden, die in vorstehender Weise begründet sind, vorgelegt werden. Dann soll die englische Regierung jeden Fall untersuchen, und wenn nötig, wird sie demnächst unseren Vorschlag einer gemischten Kommission in Erwägung ziehen. — Es ist zu befürchten, daß bei dieser Prozedur mit Hülfe des Kolonialamts das Material derart gesichtet wird, daß nur unerhebliche Fälle vor die Kommission gelangen würden. Jedenfalls wird unseren Angehörigen bei allen Reklamationen die Möglichkeit genommen, vor einem unbefangenen Tribunal ihre Auffassung zur Geltung zu bringen. — Dem Wunsche Lord Granville's, ihm das vollständige Reklamationsmaterial mitzuteilen, zu entsprechen, bin ich zur Zeit nicht im stande, weil wir selbst nicht im Besitze desselben sind. Zwar nehme ich keinen Anstand, diejenigen Reklamationen zur Kenntnis der dortigen Regierung zu bringen, welche dem Auswärtigen Amt nachträglich noch zugegangen sind. Ich lasse zu dem Zwecke die unter Rückerbittung beigefügten Schriftstücke folgen; den Übersichten sind die Fälle angefügt, welche bereits früher Gegenstand der Besprechung gewesen sind. Ich bemerke jedoch, daß dieses Material einer Entscheidung nicht zur Grundlage dienen kann; es bedarf der Vervoll-

ständigung auch insofern, als der Geldwert der Reklamationen noch nicht überall zum Ausdruck gebracht ist. Mit diesem Vorbehalte wollen Eure Excellenz von den Anlagen Lord Granville gefälligst Mitteilung machen. Im übrigen werde ich die in Aussicht gestellte weitere Eröffnung der dortigen Regierung zunächst abwarten müssen und danach beurteilen, ob ihre Vorschläge uns die Grundlage für eine annehmbare Regelung der Frage gewähren. Indem ich Eurer Excellenz anheimstelle, nach vorstehender Anleitung die Bedenken, welche uns das letzte Anerbieten Lord Granville's ungenügend erscheinen lassen, ihm gegenüber gefälligst zur Sprache zu bringen, werde ich Ihrem Bericht über den weiteren Verlauf der Angelegenheit mit Interesse entgegensehen.
v. B.

Erlaß an die Chefs der Reichsämter.

Berlin, 24. Oktober 1883.

Ew. Excellenz ersuche ich ergebenst, zu der Einberufung von Hülfsarbeitern, welche dazu bestimmt sind, demnächst in die Stellung eines vortragenden Rates innerhalb ihres Ressorts einzurücken, zuvor meine Genehmigung einzuholen. Mit dem Antrage auf Erteilung dieser Genehmigung bitte ich eine Darlegung der Dienstlaufbahn des einzuberufenden Hülfsarbeiters und ein Urteil über seine bisherige politische und wirtschaftliche Haltung zu verbinden.
v. B.

An den Prinzen Hohenlohe.

4. Mai 1884.

Euer Durchlaucht danke ich verbindlichst für die im Namen des Vorstandes des deutschen Kolonialvereins an mich gerichtete anerkennende Zuschrift vom 27. v. M. bezüglich der beabsichtigten Postverbindung mit überseeischen Ländern.

Wenn ich auch im Rückblick auf die Samoa-Frage und in Erwägung der im Reichstag vorherrschenden Tendenzen auf einen unmittelbaren Erfolg des gestellten Antrags kaum rechne, so halte ich doch für Pflicht der verbündeten Regierungen, sich von der Anregung solcher Einrichtungen, von denen sie eine Förderung nationaler Wohlfahrt erwarten, durch die Unwahrscheinlichkeit der Zustimmung des jeweiligen Reichstags nicht abhalten zu lassen. v. B.

Erlaß an verschiedene Handelskammern.

Berlin, 12. Mai 1884.

Auf die Eingabe, betreffend den zwischen England und Portugal vereinbarten Kongovertrag, erwidere ich, daß ich die von den Organen des deutschen Handelsstandes erhobene Beschwerde über die den deutschen Handel berührenden Bestimmungen des Vertrags als gerechtfertigt anerkenne. Ich habe dieser Auffassung den genannten beiden Regierungen gegenüber Ausdruck gegeben, und dieselben in Kenntnis gesetzt, daß die Regierung Seiner Majestät des Kaisers nicht in der Lage sein würde, die Anwendbarkeit jener Bestimmungen auf die Angehörigen des Reichs zuzugeben. Mit den Regierungen der an dem Handel mit Afrika zumeist beteiligten Länder sind wir über diese Frage in einem Meinungsaustausch begriffen, von dem ich hoffe,

daß er zu einer auch den deutschen Handelsinteressen Rechnung tragenden internationalen Regelung der Verkehrsverhältnisse im Kongogebiete führen wird. v. B.

An die Herren v. Bleichröder und v. Hansemann.

Varzin, 20. August 1884.

Eure Hochwohlgeboren, benachrichtige ich auf das in Ihrem eigenen und Ihrer Herren Genossen Namen am 27. Juni d. J. an mich gerichtete Schreiben, daß mit Allerhöchster Ermächtigung die erforderlichen Weisungen ergehen werden, damit Ihrer Unternehmung im westlichen Teil des Südsee-Archipels die zur Sicherung ihres nationalen Charakters erforderliche amtliche Unterstützung zu teil werde. Die von Ihrer Genossenschaft beabsichtigten Erwerbungen werden in demselben Maße und unter gleichen Formen wie das hanseatische Unternehmen in Südwest-Afrika unter den Schutz des Reiches gestellt werden, sobald die Unabhängigkeit der Gebiete, deren Erwerbung von Ihnen in Aussicht genommen ist, festgestellt, also der Nachweis geführt sein wird, daß Ihre Ansprüche nicht mit wohlerworbenen Rechten anderer Nationen kollidieren. v. B.

An den Botschafter in London.

26. Januar 1885.

Unter Bezugnahme auf meinen Erlaß von heute, betreffend Neu-Guinea, beehre ich mich, Eurer Excellenz beifolgend den Entwurf einer Note zu übersenden, welche die Erwiderung auf die in der Note Sir Edward Malet's vom 17. d. M. gemachten Bemerkungen über den Abschluß eines deutsch-samoanischen Vertrages enthält. Eure Ex-

cellenz bitte ich, eine entsprechende Note gleichzeitig mit der Note, welche sich auf Neu-Guinea bezieht, an Lord Granville zu richten. Abschrift der zwischen Generalkonsul Dr. Stübel und der Samoa-Regierung am 10. November v. J. getroffenen Übereinkunft sowie der Petitionen des Königs und der Häuptlinge von Samoa an die Königin von England und den Gouverneur und die Minister der Kolonie Neu-Seeland vom 5. November v. J. folgt zur Kenntnisnahme und eventuellen Verwertung bei. Ich beabsichtige, von dem Abschluß der gedachten Übereinkunft auch die Regierung der Vereinigten Staaten in Kenntnis zu setzen.

v. B.

An die Handelskammer in Hannover.

16. Februar 1885.

Es ist mir erfreulich gewesen, aus dem Bericht vom 31. v. M. die volle Zustimmung der Handelskammer zu der von Sr. Majestät dem Kaiser eingeleiteten Kolonialpolitik zu ersehen. Indem ich der Handelskammer für ihre Unterstützung meinen Dank ausspreche, nehme ich gern Anlaß zu dem erneuten Ausdruck meiner Bereitwilligkeit, den gewerblichen und Handelsinteressen meine thätige Fürsorge nach Kräften zu widmen. v. B.

An den Grafen Münster in London.

Berlin, 22. Februar 1885.

Eure Excellenz habe ich durch meinen Erlaß vom 4. Februar von dem Zwecke der Entsendung des Generalkonsuls Dr. Rohlfs nach Zanzibar unterrichtet. Er ist namentlich beauftragt, seinen Einfluß in der Richtung

des Beschlusses der Afrikanischen Konferenz, Art. 1 sub 30 der Deklaration, betreffend die Handelsfreiheit im Kongo-Becken, auszuüben. Danach ist die Erstreckung des konventionellen Kongo-Beckens bis zum indischen Ozean mit der Maßgabe vorgesehen, daß die Bestimmungen der Deklaration auf die unabhängigen Staaten an dieser Küste nur mit deren Zustimmung Anwendung finden sollen. Die Mächte verpflichteten sich aber, ihre guten Dienste bei den betreffenden Regierungen eintreten zu lassen, um diese Zustimmung zu erreichen und auf jeden Fall für den Transit aller Nationen die günstigsten Bedingungen zu sichern. Dr. Rohlfs berichtet, daß im Falle des gemeinsamen Zusammenwirkens der fremden Vertreter die Aussichten auf Erreichung der Transitfreiheit gute seien. Eure Excellenz ersuche ich ergebenst, Lord Granville hiervon mit dem Ausdruck des Wunsches Kenntnis zu geben, daß der Vertreter von Großbrittannien in Zanzibar angewiesen werden möchte, seine Bemühungen im Sinne des in der Kongo-Konferenz gefaßten gemeinsamen Beschlusses mit denen des Kaiserlichen Generalkonsuls in der bezeichneten Richtung zu vereinen.

v. B.

Antwort auf die Adresse, welche von der Köstritzer Generalversammlung Thüringer Bauern an den Reichskanzler gerichtet worden war.

30. Mai 1885.

Das Telegramm vom 27. d. M. habe ich mit verbindlichem Danke erhalten und bitte den Ausdruck desselben allen Denjenigen, welche mich durch diese sympathische Kundgebung erfreut haben, übermitteln zu wollen.

Die Frage der Einführung der Doppelwährung unterliegt zur Zeit der Prüfung seitens der zuständigen Behörden.

Die Adresse lautete: „Die von vierzehnhundert Thüringer Bauern besuchte Generalversammlung in Köstritz brachte soeben Ew. Durchlaucht ein donnerndes Hoch und spricht im Namen des Thüringer Bauernstandes tiefsinnigen Dank für Ew. Durchlaucht Wohlwollen aus. Die Versammlung ist sich bewußt, daß der erhöhte Getreidezoll dem Reich und den Kommunen erhöhte Einnahmen schaffen und der schwer darniederliegenden Landwirtschaft einige Hülfe bringen wird, wie sie auch überzeugt ist, daß nach allen Börsenberichten das Ausland diesen Zoll trägt. Durchgehende Besserung kann aber nur eintreten, wenn die Goldwährung beseitigt wird, die alle produktive Arbeit schädigt und die Zölle fast wirkungslos macht. Ew. Durchlaucht als Schirmherr der Arbeit möge recht bald das Geld des kleinen Mannes, das Silber wieder zu Ehren bringen durch schleunige Einführung der Doppelwährung in Gemeinschaft mit den maßgebenden Kulturstaaten und die deutsche Arbeit vor der ausländischen Konkurrenz wirksam sichern."

An den Grafen Münster in London.

Berlin, 2. Juni 1885.

Wie der Unterstaatssekretär Graf Bismarck unter dem 28. v. Mts. aus dem Haag meldet, hat Lord Roseberry, der ihn dorthin begleitet hatte, aus Anlaß einer Zeitungsnachricht über Entsendung deutscher Kriegsschiffe nach Zanzibar sich besorgt darüber geäußert, es könne der Eindruck entstehen, als ob wir sofort Gewalt (compulsion) gegen den Sultan anwenden wollten. Es ist das nicht unsere Absicht; wir wünschen und hoffen vielmehr, wie in dem Erlaß vom 28. April Nr. 135 ausgesprochen ist, durch gemeinschaftliche diplomatische Einwirkung mit England den Sultan zum Verzicht auf die Übergriffe über die Grenzen seiner Souveränität zu bewegen und dadurch der Notwendigkeit überhoben zu werden, seine Feindseligkeiten gegen die deutschen Schutzgebiete abzuwehren, England teilte schon bisher mit uns das Interesse, zu verhindern, daß

friedlich gesinnte Negervölker im Innern dem der Mahdibewegung verwandten arabischen Fanatismus anheimfallen, und daß ihre Gebiete anstatt zu einer Stätte allmäliger Kultur zu einem Schauplatze blutiger muhamedanischer Propaganda werden. Nach der Mitteilung in dem abschriftlich anliegenden, von Sir Edward Malet hier übergebenen Memorandum, für welche Eure Excellenz dem großbrittannischen Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten danken wollen, wird dieses gemeinschaftliche Interesse gesteigert werden durch das Projekt englischer Kapitalisten, die Seen, aus welchen der weiße Nil entspringt, durch eine Eisenbahn mit der Küste des Indischen Ozeans zu verbinden. Seit dem 23. April, dem Datum des oben erwähnten Erlasses, hat der Sultan von Zanzibar seine Beziehungen zu Deutschland anderweitig kompliziert. Der Sultan von Witu, dessen Vorgänger, wie Eure Excellenz aus dem anliegenden Promemoria entnehmen werden, schon im Jahre 1867 den Wunsch zu erkennen gegeben hatte, mit Preußen einen Freundschafts- und Schutzvertrag einzugehen, und mit dem wir stets in freundlichen Beziehungen standen, hat zur Befestigung derselben mit uns Verhandlungen über ein vertragsmäßiges Verhältnis angeknüpft und sich, nachdem Deutsche sich in seinem Gebiete niedergelassen, unter den Schutz des Reiches gestellt; derselbe ist ihm zugesagt worden. Wie der Kaiserliche Generalkonsul Rholfs meldet, hat der Sultan von Zanzibar, nachdem der Antrag des Sultans von Witu bekannt geworden war, am 29. Mai auf einem Dampfschiff sechshundert Soldaten und einige Kanonen nach der Insel Lamu, welche dem Gebiete von Witu vorliegt, entsandt. Diese Maßregel kann nur gegen den Sultan von Witu oder gegen die deutschen Niederlassungen in dessen Gebiete gerichtet sein. Der Dr. Rohlfs ist daher beauftragt worden, gegen jede Vergewaltigung des genannten Herrschers Protest einzulegen. Eure Excellenz

ersuche ich ergebenst, das Vorstehende Seiner Excellenz dem Grafen Granville mitteilen und wie folgt resumieren zu wollen. Die Unabhängigkeit des Sultans von Zanzibar dauernd zu beeinträchtigen oder Abtretung von Gebieten zu verlangen, welche ihm zweifellos gehören, liegt nicht in unserer Absicht. Wir fordern von ihm nur die Respektierung der deutschen Schutzgebiete und wünschen daneben einen Handelsvertrag, ohne letzteren erzwingen zu wollen. Wir werden uns freuen, wenn die Mitwirkung Englands uns der Notwendigkeit überhebt, gegen Zanzibar und seinen Sultan Gewalt zu brauchen; es liegt für uns aber die Notwendigkeit vor, uns der für das Deutsche Reich auf längere Zeit unannehmbaren Situation, in welche uns der Sultan durch das dem Erlaß Nr. 135 beigelegte, unziemliche Telegramm an Se. Majestät den Kaiser, unseren Allergnädigsten Herrn, versetzt hat, binnen kurzer Frist zu entziehen. Eure Excellenz sind ermächtigt, dem Grafen Granville Abschrift dieses Erlasses und des beiliegenden Promemoria zu behändigen. v. B.

An den Führer der Welfischen Partei, Grafen Bernstorff-Gartow.

6. Juni 1885.

Ew. Hochgeboren Schreiben an den Bundesrat vom 2. d. M. habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und zweifle nicht an der Aufrichtigkeit Ihrer eigenen Überzeugung, beziehungsweise der zukünftigen Haltung der Welfenpartei. Dagegen teile ich die Auffassung nicht, daß die Führung und die Zwecke der Partei von Ew. Hochgeboren abhängig und Sie Ihrerseits in der Lage sind, authentische Zusicherungen über die Mittel zu geben, mit welchen die Partei ihre Bestrebungen zu verwirklichen beabsichtigt. Aber auch,

wenn ich glaubte, daß die Leitung der Partei in Ew. Hochgeboren Händen läge, so würde ich mich doch nicht für berufen halten, in eine amtliche Beantwortung Ihrer Eingabe einzutreten. Ich beschränke mich deshalb auf die private Mitteilung, daß ich Ew. Hochgeboren Schreiben wie jede an den Bundesrat gerichtete Eingabe, ohne derselben eine Beziehung zu der Braunschweigischen Frage beizulegen, zur Kenntnis des Bundesrates bringen werde. Genehmigen Ew. Hochgeboren den Ausdruck meiner besonderen Hochachtung. v. B.

Schreiben des Reichskanzlers an die deutschen Ministerien in London und Paris.

19. Juni 1885.

Nachdem die von der Gesellschaft für deutsche Kolonisation vertragsmäßig erworbenen ostafrikanischen Gebiete von Usagara, Utguru, Usegua und Ukami unter den Schutz Sr. Majestät des Kaisers gestellt waren, wurde hiervon außer den Signatärmächten der Generalakte der Berliner Konferenz auch dem Sultan von Zanzibar amtliche Mitteilung gemacht. In Beantwortung derselben hat letzterer an den Herrn Reichskanzler ein Schreiben in arabischer Sprache gerichtet, von welchem ich die anliegende Übersetzung zur gefälligen Kenntnisnahme beifüge. Nach Inhalt dieses Schreibens nimmt der Sultan, ohne einen Rechtstitel anzugeben, das unter den deutschen Schutz gestellte Gebiet für sich in Anspruch und behauptet, daß ihm auf dem Festlande nicht nur der ganze Küstenstrich in ununterbrochener Linie von Warscheich im Norden bis zur Tungi-Bucht im Süden gehöre, sondern daß seine Besitzungen im Innern bis an die großen Seen von Tanganika und Njassa reichen.

Bei der Unklarheit, welche über die Grenzen des Sultanats von Zanzibar herrscht, kann schon die behauptete Ausdehnung des Küstenbesitzes Said Bargasch's in Frage gestellt werden. Die Grenzen, welche er im Innern beansprucht, erscheinen aber als ganz willkürliche. Nach den hier vorliegenden Nachrichten sind die an verschiedenen Orten residierenden Vertreter des Sultans keine Gouverneure oder sonst politische Beamte, sondern Handelsagenten, welche den Sultan in seinen kaufmännischen Unternehmungen unterstützen und daneben Sklavenhandel treiben. Für den gleichen kaufmännischen Zweck werden auch die nicht zu den regulären Truppen des Sultans gehörenden arabischen Söldlinge verwandt, welche zum Schutz der Karawanen des Sultans auf Handelsstraßen des von Zanzibar unabhängigen Inlandes stationiert sind. Wie wenig aus dem Vorhandensein dieser Agenten und ihrer bewaffneten Begleitung ein Schluß auf etwaige Souveränitätsrechte des Herrschers von Zanzibar gezogen werden darf, beweist das in Abschrift beifolgende Dokument, worin der seit vier Jahren in Nguru residierende erste Bevollmächtigte des Sultans selbst erklärt, daß letzterem dort Oberhoheit oder Schutzrechte nicht zustehen. Ähnliche Erklärungen finden sich auch in anderen Verträgen, welche die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft mit den Herrschern der auf sie übergegangenen Gebiete abgeschlossen hat. Unter diesen Umständen erscheint der Brief des Sultans als eine Überhebung und als ein Übergriff gegen wohlerworbene Rechte deutscher Unterthanen, den wir zurückzuweisen genötigt sind. Ew. ꝛc. ersuche ich ergebenst, Lord Granville (Herrn von Freicynet) Vorstehendes mitzuteilen und ihm Abschrift dieses Erlasses sowie der Anlagen zurückzulassen. v. B.

An den Magistrat der Stadt Ohlau auf ein Gesuch wegen Änderung des Tabaksteuergesetzes.

Berlin, Ende Mai 1886.

Dem Magistrat erwidere ich auf die in Gemeinschaft mit der Stadtverordnetenversammlung hierher gerichtete Eingabe vom 8. Februar d. J. ergebenst, daß dem darin Vorgetragenen ein ausreichender Anlaß zur Herbeiführung einer Abänderung des Tabaksteuergesetzes vom 16. Juli 1879 meiner Ansicht nach nicht entnommen werden kann. Die Fragen, ob bei dem durch das Gesetz beabsichtigten Maße der Besteuerung des Konsums inländischen Tabaks die frühere Besteuerung des Tabakbaues nach dem Flächeninhalt beibehalten werden könne, und ob die an Stelle der Flächensteuer tretende Gewichtssteuer sich nach der Qualität des gewonnenen Tabaks abstufen lasse, sind vor Erlaß des Gesetzes eingehend erwogen worden und haben verneint werden müssen, weil mit der Flächensteuer eine zu ungleichmäßige Belastung des Produkts verbunden und weil bei der Gewichtsbesteuerung des Tabaks eine richtige Abstufung der Abgabe nach der Qualität ebenso wenig durchführbar sein würde, wie bei der Verzollung des ausländischen Tabaks, daß gleichwohl für die Tabackspflanzungen unter vier Ar Flächeninhalt, welche übrigens nur etwa drei Procent des gesamten mit Tabak bepflanzten Areals im Steuergebiet ausmachen und deren Produkt großenteils nicht in den Handel kommt, die Flächensteuer als Regel aufrecht erhalten worden ist, hat seinen Grund in den Mißständen, die mit der Anwendung des durch die Gewichtssteuer bedingten Kontrollapparates auf Pflanzungen von so geringer Größe verbunden sein würden. Auch dem Wunsche, daß bei Beschädigungen des Tabaks durch Naturereignisse vor der Ernte ein Steuernachlaß gesetzlich gewährt werde, läßt sich nicht entsprechen, da eine solche

Anordnung, abgesehen von der darin liegenden Abweichung von dem System der Gewichtsbesteuerung, in der praktischen Ausführung sehr erhebliche Schwierigkeiten darbieten und unvermeidlich zu einer ungleichmäßigen Behandlung der einzelnen Fälle führen würde. Die Annahme, daß der inländische Tabakbau seit dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 16. Juli 1879 im Rückgang begriffen sei, ist eine unzutreffende. Wenn auch in Schlesien der Tabakbau sich auf dem in den Jahren 1877—81 erreichten Umfange nicht behauptet hat und seit 1882 annähernd nur in der nämlichen Ausdehnung betrieben wird, wie im Jahre 1876, so ist doch in ganz Deutschland das Areal der mit Tabak bebauten Flächen, abgesehen von dem vorübergehenden starken Anwachsen des Tabakbaues in den Jahren 1880 und 1881, von 18.735 Hektar im Durchschnitt der Jahre 1876—79 auf 21.245 Hektar im Durchschnitt der Jahre 1882—85 gestiegen und hat selbst im Jahre 1885, ungeachtet des durch die Größe der Ernten in den Jahren 1880, 1881 und 1884 bewirkten Preisdruckes mit 19.579 Hektar den Durchschnitt der Periode 1876—79 um 4½ Prozent übertroffen. Es liegt daher kein Grund zu der Annahme vor, daß der jetzige Zollsatz von 85 Mark für 100 Kilogramm ausländischen Tabaks, welcher selbst nach der dortigen Berechnung dem inländischen Tabak einen Zollschutz von 37 Mark gewährt, gegenüber der durch das Gesetz vom 16. Juli 1879 eingeführten Tabaksteuer zu niedrig bemessen ist. v. B.

An die Königliche Hof- und Staatsbibliothek in München.

? Dezember 1886.

Mit Vergnügen erfülle ich Ihren Wunsch (ein Autograph des Fürsten B. zu besitzen) und freue mich, daß mir derselbe Gelegenheit giebt, nochmals der Dankbarkeit Aus-

druck zu geben, welche Deutschland in Erinnerung an die Wiederherstellung seiner Einheit und Sicherheit Ihrem hochherzigen König und der bayerischen Tapferkeit durch alle Zeiten bewahren wird. v. B.

An Professor Biedermann in Leipzig.

29. Februar 1888.

Gestatten Sie mir, Ihnen meinen Dank und meine Anerkennung auszusprechen, für die Treue Ihres, durch keinen Wechsel der politischen Lage beirrten Festhaltens an dem nationalen Gedanken und für die Thätigkeit, welche Sie für die Verwirklichung dieses Gedankens auch in Zeiten entfaltet haben, wo eine Aussicht auf Erfolg noch nicht vorlag. v. B.

An den Grafen Kalnoky.

10. März 1888.

Aus allen Teilen Österreich-Ungarns gehen Zeichen herzlicher Teilnahme an der schweren Trauer hier ein, welche Deutschland um seinen verewigten Kaiser trägt. Es ist ein erhebender Trost, in diesem Augenblick der Prüfung zu sehen, wie tiefe Wurzel die Freundschaft meines hochseligen Herrn zu Ihrem Erlauchten Monarchen in den Sympathien der Völker des eng verbündeten Nachbarreichs geschlagen hat. Der spontane und lebhafte Ausdruck dieser Sympathien bei Gelegenheit des schweren Schlages, der uns betroffen hat, bekundet auf's Neue, wie stark die Bande der Freundschaft sind, welche die Völker beider Reiche verbinden und welche unzerreisbar sind, weil sie mehr noch als auf geschriebenen Verträgen auf der un-

erschütterlichen Grundlage der Gleichheit der Interessen und der Traditionen und der Gesinnung ihrer Völker beruhen. Mit besonders dankbarer Wärme hat die Kaiserliche und Königliche Regierung von Deutschland und Preußen die feierliche Kundgebung entgegengenommen, welche das Abgeordnetenhaus in Wien in der gestrigen Sitzung dem Andenken Kaiser Wilhelms gewidmet hat. Ich darf Ew. Excellenz bitten, an den Herrn Präsidenten Smolka den Ausdruck meines Dankes gelangen zu lassen. v. B.

Antwort auf eine polnische Ergebenheitsadresse.

29. Mai 1888.

Se. Majestät der Kaiser und König haben Allergnädigst geruht, die von Eurer Hochwohlgeboren und Mitunterzeichnern unter dem 4. d. M. eingereichte Ergebenheitsadresse dem Staatsministerium mit dem Befehle zugehen zu lassen, dieselbe in Allerhöchst dero Namen zu beantworten. Das Staatsministerium entledigt sich dieses ihm gewordenen Allerhöchsten Auftrages mit dem Versichern, daß Se. Majestät der König an der Treue, mit welcher die Preußen polnischer Abstammung an dem Throne und dem Staate hängen, niemals gezweifelt haben. Aber es hat Sr. Majestät Freude gemacht, dasselbe Gefühl, von welchem Allerhöchst dero polnisch redende Unterthanen in ihrer großen Mehrheit jederzeit beseelt gewesen sind, auch in der Adresse vom 4. d. M. ausgedrückt zu finden. Seine Majestät entnehmen daraus die Zuversicht, daß die Herren Unterzeichner der Adresse das Gefühl der treuen Anhänglichkeit und der Dankbarkeit für die Wohlthaten geordneter staatlicher Einrichtungen auch in ihrer Beteiligung an den parlamentarischen Arbeiten des Reichs- und des Landtages im Interesse des preußischen Staates bethätigen

werden. Das Staatsministerium stellt Ew. Hochwohlgeboren anheim, den Herren Mitunterzeichnern der Adresse vom 4. d. M. eine entsprechende Mitteilung zugehen lassen zu wollen. v. B.

An den deutschen Gesandten Grafen von Arco-Valley in Washington.

13. Januar 1889.

Ich habe Ew. Excellenz bereits benachrichtigt, daß telegraphischen Meldungen aus Apia zufolge, am 18. Dezember vorigen Jahres ein Detachement deutscher Marinesoldaten, welche auf Requisition des kaiserlichen Konsuls zum Schutze der Deutschen, durch die zwischen den Eingeborenen herrschenden Streitigkeiten gefährdeten Ansiedlungen gelandet waren, durch bewaffnete Samoaner von der Partei des Häuptlings Mataafa attakiert worden ist. Dieser unprovecierte Angriff soll unter der Anführung eines Amerikaners, Namens Klein stattgefunden haben; bei dieser Gelegenheit sind mehr als 50 deutsche Soldaten und Offiziere getödtet oder verwundet worden. In Folge hiervon sind wir zu unserem Bedauern von dem Gebiete der Ausgleichs-Verhandlungen, durch welche der deutsche Konsul die streitenden Parteien zu versöhnen gesucht, und für welche Bestrebungen er sich um die Mitwirkung seines englischen und amerikanischen Kollegen beworben hatte, in einen Kriegszustand mit unsern Angreifern versetzt worden. Wir werden den Kampf, der uns durch Mataafa und dessen Anhänger aufgezwungen worden ist, mit der weitgehendsten Rücksichtnahme auf englische und amerikanische Interessen ausfechten. Unsere militärischen Maßregeln haben nur die Bestrafung der Mörder der deutschen Soldaten und den Schutz unserer Landsleute und des Eigen-

tums derselben zum Zwecke. Da sie sich aber gleichzeitig gegen Tomasese wenden, so wird unser Eingreifen notwendiger Weise den Charakter der Unterstützung Temasese's annehmen. In dem Bestreben, jene Mordthaten zu ahnden, hoffen wir auf die freundschaftliche Mitwirkung der samoanischen Vertragsmächte und stellen daher an die Regierung der Vereinigten Staaten das Ersuchen, ihre Konsuln und Schiffskommandanten auf Samoa mit entsprechenden Instruktionen zu versehen. Unsere Mannschaften sind angewiesen, alle Beschädigung und Beeinträchtigung neutralen Handelsverkehrs und Eigentums zu vermeiden und zu verhindern, und Vergeltungs- oder Zerstörungsmaßregeln nur gegen die Anhänger jener Partei in Anwendung zu bringen, welche durch ihren mörderischen Angriff auf unsere Truppen den Kampf mit uns eröffnet haben. Wir werden selbstverständlich den mit Amerika und England hinsichtlich Samoas abgeschlossenen Verträgen nachkommen und unter allen Umständen auf die vertragsmäßigen Rechte dieser Mächte gebührende Rücksicht nehmen. Ich ersuche Ew. Excellenz, diese Mitteilung zur Kenntnis des Sekretärs Bayard zu bringen, indem Sie dieselbe dem Genannten vorlesen und auf Wunsch eine Abschrift zukommen lassen.

v. B.

An Dr. Stübel, Generalkonsul in Apia.

9. März 1889.

Die in dem Bericht des Konsuls Knappe vom 31. Januar dieses Jahres enthaltenen Mitteilungen über die Vorgänge auf den Samoa-Inseln bestätigen die Vermutung, daß derselbe in seinem Auftreten den Vertretern fremder Mächte, wie auch den Eingeborenen gegenüber nicht mit der Ruhe und Kaltblütigkeit vorgegangen ist, welche für

eine richtige Behandlung internationaler Fragen die unerläßliche Vorbedingung bilden und außer den gegebenen Instruktionen und den Herrn Knappe als Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes genau bekannt gewordenen Regeln und Zielen der Politik des Kaisers entsprechen haben würden. Seine wiederholte amtliche Angabe, daß ihm von der Kaiserlichen Regierung die Ermächtigung oder der Auftrag erteilt sei, den Krieg, oder auch nur den Kriegszustand zu erklären, beruht auf Willkür, oder einem schwer erklärlichen Irrtum. Die telegraphische Weisung vom 8. Januar d. J., welche Konsul Knappe wahrscheinlich als Entschuldigung für sein Vorgehen anführen wird, stellt nur thatsächlich fest, daß die aufständischen Samoaner durch den Überfall vom 18. Dezember v. J. einen Kriegszustand mit uns herbeigeführt haben, derselbe blieb danach selbstverständlich auf Mataafa und seine Anhänger beschränkt. Es ist schwer verständlich, wie Konsul Knappe dies als eine Ermächtigung zur Erklärung des Kriegszustandes für alle Bewohner der Samoa-Inseln in der ganzen geographischen Ausdehnung, also ohne Rücksicht auf deren Parteistellung oder Nationalität auffassen konnte. Der von uns anerkannte Souverän der Inseln, Tomasese, lebte mit uns im Frieden, also völkerrechtlich blieb der samoanische Staat im Ganzen mit uns im Frieden und die Souveränität des befreundeten Tomasese deckte für uns alle Fremden im Lande gegen Anwendung des Kriegsrechts. Die Gefahren und Konflikte, welche ein solcher Versuch, über Personen und Eigentum der Engländer und Amerikaner in Apia die kriegsrechtliche Gerichtsbarkeit auszunützen, nach sich ziehen konnte, hat Konsul Knappe in seinem Bericht selbst hervorgehoben. Euer Hochwohlgeboren ist bekannt, daß die von Konsul Knappe bei den Verhandlungen mit Mataafa gemachten Forderungen, daß Deutschland die Verwaltung der Samoa-Inseln einschließlich der politischen

Vertretung nach außen übernehmen solle, ungerechtfertigte waren, und daß deren sofortige Zurückziehung von hier telegraphisch angeordnet ist. Die ferneren Ausführungen in dem Bericht, daß eine Annectierung der Inselgruppe durch Deutschland sämtlichen Samoanern am liebsten sein würde, daß aber trotzdem geringe Hoffnung auf Nachgiebigkeit der Aufständischen vorhanden sei, erscheinen teils widerspruchsvoll, teils ohne praktische Bedeutung, da ohne Zustimmung Englands und der Vereinigten Staaten eine Veränderung der politischen Stellung Samoas vertragsmäßig nicht angestrebt werden kann. v. B.



An Pastor von Bodelschwingh.

(Betreffend die hinterlassenen Aufzeichnungen des Ministers v. Bodelschwingh vom 30. März 1848.)

20. März 1889.

Ein Bekanntgeben dieses geschichtlichen Dokuments scheint mir nicht nur im Interesse des Andenkens Ihres Herrn Vaters zu liegen, sondern sich auch aus politischen Gründen zu empfehlen. Dasselbe liefert weiteres Beweismaterial, um die Legenden zu zerstören, als ob es der Märzrevolution bedurft habe, um den König Friedrich Wilhelm IV. zum Erlaß der Verfassung zu bestimmen. Ihr Herr Vater ist ein klassischer Zeuge in allen Fragen, welche unsere innere politische Entwickelung in den Vierziger Jahren betreffen, und es ist daher von hohem Interesse, aus seinem Schreiben zu ersehen, daß bereits vor den Märztagen 1848 die Regierung des Königs sich von der Notwendigkeit überzeugt hatte, die Verfassung des Landes im konstitutionellen Sinne auszubauen und daß der Barrikadenkampf, den man Märzrevolution nennt, nicht erforderlich war, um die Entschließungen des Königs herbeizuführen. Es war etwas Überflüssiges, und das Blut, welches es gekostet hat, ist

für andere Zwecke und Pläne, als zur Erlangung einer Verfassung in Preußen vergossen worden. Die Regierung Friedrichs Wilhelm IV. war vor dem Kampf am 18. März zur Einführung der Verfassung entschlossen und nach dem Siege der Truppen auch am 19. vollkommen stark genug, um jede Konzession zu verfügen, wenn der König es gewollt hätte. v. B.

An Herrn v. Kalle, Vorsitzenden der Kommission für Haushaltungs-Unterricht des deutschen Vereins für Armenpflege.

25. September 1889.

Der Herr Unterrichtsminister hat Ihre Vorstellung nach Einziehung näherer Nachrichten über das Vorgehen der badischen Staatsregierung mir zur weiteren Entschließung übersandt, da es sich hier nicht um eine Angelegenheit des Unterrichts noch schulpflichtiger Kinder, sondern um die Förderung des Wohles der arbeitenden Klassen, bezw. um einen sachlichen Unterricht handelt. Indem ich dieser Auffassung mich anschließe, theile ich mit, daß ich die Wichtigkeit der auf die hauswirtschaftliche Unterweisung der Töchter Unbemittelter gerichteten Bestrebungen für das Wohlergehen und die Sittlichkeit der arbeitenden Klassen wie für das Gedeihen der Industrie nicht verkenne und bereit bin, die für diesen Zweck bestimmten Schulen thunlichst zu unterstützen. Die Bildung eines besonderen ausschließlich bestimmten Fonds in dem Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung ist indessen zur Zeit nicht erforderlich, da der zur Förderung von Handel und Gewerbe, sowie des technischen Unterrichts bestimmte Dispositionsfonds voraussichtlich einstweilen noch ausreichen wird, um neu entstehenden Arbeits- bezw. Haushaltungs- und Kochschulen Beihülfen

zu gewähren, wie solche schon derartigen Anstalten in Altenessen, Bochum, Lennep, Herne, Hechnenkirch, Balduinstein und Düsseldorf gewährt worden sind. v. B.

Am 24. Januar 1890, dem Tage der Rückkehr Bismarcks aus Friedrichsruh bat derselbe bei der ersten Audienz Se. Majestät den Kaiser, den Kreis seiner Thätigkeit durch Wiederbesetzung des Handelsministeriums mit einem selbständigen Chef einzuschränken und zu seinem Nachfolger den Freiherrn v. Berlepsch zu ernennen. Es erging sodann das folgende Schreiben an die Präsidenten des Abgeordneten- und des Herrenhauses:

An den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Wirklichen Geheimen Rat v. Köller, betreffend die Abgabe des Handelsministeriums durch Bismarck.

31. Januar 1890.

Eure Excellenz beehre ich mich zu benachrichtigen, daß des Königs Majestät mittels Allerhöchsten Erlasses vom 31. d. M. mich von dem Amte als Minister für Handel und Gewerbe zu entbinden und den Oberpräsidenten der Rheinprovinz Freiherrn v. Berlepsch zum Minister für Handel und Gewerbe zu ernennen geruht haben.

Eure Excellenz ersuche ich, dem Abgeordnetenhause hiervon gefälligst Kenntnis geben zu wollen. v. B.

An den Botschaftsrat Grafen Leyden in London.

8. Februar 1890.

Der Wettbewerb der Nationen im Welthandel und die Gemeinsamkeit der daraus entspringenden Interessen machen die Schaffung erfolgreicher Einrichtungen zum Wohle der Arbeiter eines Landes unmöglich, ohne dieses

Landes Wettbewerbskraft zu beeinträchtigen. Solche Einrichtungen können nur auf gemeinsamer Grundlage aller interessierten Länder geschaffen werden. Die Arbeiterklassen haben daher in gebührender Würdigung dieser Thatsache internationale Beziehungen zur Verbesserung ihrer Lage hergestellt; aber dergleichen Bestrebungen können nur erfolgreich sein, wenn die interessierten Regierungen sich bemühen, die wichtigeren Fragen betreffs der Wohlfahrt der Arbeiter zu internationaler Erörterung und Vereinbarung gelangen zu lassen. Sie wissen, daß die wichtigsten Punkte sich auf die Sonntagsruhe, die Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit und die Vereinbarung einer Grenze des Arbeitertages beziehen. Auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers und Königs ersuche ich Sie, Ihrer Majestät Regierung über die Absichten des Kaisers zu unterrichten und Antwort zu erbitten, ob sie grundsätzlich geneigt sei, mit uns und den Regierungen anderer industrieller Länder an solchen Erörterungen teilzunehmen, deren Programm wir einzeln vorbereiten werden, sobald wir der Einwilligung der englischen Regierung zu einer gemeinsamen Untersuchung versichert sind.
v. B.

Telegramm an den deutschen Bauernbund, betreffend Fürsorge für die Landwirtschaft.

8. März 1890.

Dem deutschen Bauernbunde danke ich herzlich für seine freundliche Begrüßung. Ich werde, soweit meine Kräfte reichen, gern fortfahren, dafür zu wirken, daß die Landwirtschaft, als erstes unter den vaterländischen Gewerben, durch unsere Gesetzgebung gepflegt und von steuerlicher Ungleichheit nach Möglichkeit befreit werde.

An den Vorstand des Zentralausschusses der vereinigten Innungsverbände.

Berlin, 9. März 1890.

Dem Zentralausschuß der vereinigten Innungsverbände danke ich herzlich für das Schreiben vom 14. v. M. und den darin enthaltenen Ausdruck wohlwollender Gesinnung. Die direkten amtlichen Beziehungen, in denen ich als Minister für Handel und Gewerbe zu den Innungen gestanden habe, waren mir sehr wertvoll und ich habe sie stets nach Kräften gepflegt. Nur die durch meinen Gesundheitszustand unabwendbar gewordene Notwendigkeit, meine amtliche Thätigkeit einzuschränken, hat mich bewegen können, aus dem Handelsministerium zu scheiden und dadurch die amtlichen, aber nicht die mir lieb gewordenen persönlichen Beziehungen zu lösen. v. B.

Der Kreistag von Schlawe hatte an den Fürsten Bismarck zu dessen Geburtstag am 1. April 1890 folgende Drathmeldung gerichtet: „Dem größten Staatsmanne der Welt, dem unvergeßlichen Mitbegründer des Deutschen Reiches, dem theueren engeren Landsmanne, dem hochgeschätzten, freundwilligen Nachbarn sendet zum morgigen fünfundsiebenzigjährigen Geburtstage die treuesten Wünsche für ein ferneres langes Leben mit Gottes Hülfe in wohlverdienter Ruhe, in unauslöschlicher Dankbarkeit und begeisterter Verehrung der versammelte Kreistag des Kreises Schlawe."

Fürst Bismarck antwortete:

An den Kreistag von Schlawe.

Friedrichsruh, 3. April 1890.

Für die mir anläßlich meiner Entlassung aus dem Dienste übersandte wohlwollende Kundgebung, bitte ich Sie, den Ausdruck meines verbindlichsten Dankes freundlich entgegenzunehmen. v. B.

Diese Danksagung war bemerkenswert als die neue Bestätigung, daß Fürst Bismarck nicht freiwillig zurückgelassen, sondern wider Willen entlassen worden war. Kurz zuvor hatte eine Anzahl patriotischer Männer in Dresden an den Fürsten Bismarck ein Schreiben gerichtet, in welchem sie ihr tiefes Bedauern ausdrücken, daß der Reichskanzler in so schwerer Zeit wie der heutigen die Zügel der Regierung niedergelegt habe. In der Antwort des Fürsten Bismarck heißt es, daß der Abschied nicht von ihm abgehangen habe. In Dresden herrschte über diese Antwort große Erregung.

Danksagung des Fürsten.

Friedrichsruh, 14. April 1890.

In Folge meiner Entlassung und aus Anlaß meiner Geburtstagsfeier sind mir eine große Anzahl von wohlwollenden Kundgebungen aller Art aus dem Reich und von außerhalb zugegangen. Zu meinem schmerzlichen Bedauern ist es unmöglich, meinem Herzensbedürfnis entsprechend jede einzelne dieser freundlichen Kundgebungen zu beantworten. Ich bitte deshalb alle, welche bei diesen Gelegenheiten ihren freundschaftlichen Empfindungen für mich einen so wohlthuenden Ausdruck verliehen haben meinen verbindlichsten Dank auf diesem Wege entgegennehmen zu wollen.

v. B.

An Dr. H. R., Verfasser des Buches „Bismarck und die deutsche Nation“.

Varzin, 11. September 1890.

Für Ihre mir zum Sedanfeste übersandte Schrift und für die freundlichen Begleitworte sage ich Ihnen meinen verbindlichsten Dank. Ich bin sehr erfreut, in

Ihrer Abhandlung Anschauungen zu finden, die ich jederzeit geteilt habe, und denen ich größere Verbreitung wünschen möchte als sie heut haben. v. B.

Derselbe Adressat hatte sich zwei Monate vorher an den Fürsten Bismarck mit der Anfrage gewandt, ob es begründet sei, daß er einmal den Ausspruch gethan: „Ein anständiger Mensch schreibt nicht für mich" und erhielt darauf die folgende Antwort:

Friedrichsruh, 19. Juli 1890.

Euer Hochwohlgeboren!

Zuschrift vom 16. d. M. ist hier eingegangen und bin ich beauftragt, Ihnen dafür den Dank Seiner Durchlaucht auszusprechen. Die beregte Äußerung erinnert sich Fürst Bismarck nicht, jemals gethan zu haben und würde seinerseits dankbar sein, wenn man ihm Ort und begleitende Umstände nennen könnte. Ist das Wort gefallen, so hat es im Zusammenhang der Rede sicher eine andere Bedeutung als für sich allein.

Euer Hochwohlgeboren ergebenster

Chrysander.

An die Moltke'sche Familie.

28. April 1891.

Mit tiefster Betrübnis erhalte ich Ihre telegraphische Mitteilung von dem unvergeßlichen Verlust, welchen unser Vaterland erlitten hat. Ich empfinde denselben besonders schmerzlich, nachdem es mir vergönnt gewesen ist Jahrzehnte hindurch mich nicht nur an der ruhmreichen Mitwirkung des Feldmarschalls im Dienste zu erfreuen, sondern auch an seiner gleichen Liebenswürdigkeit bei den nahe befreundeten Beziehungen, in denen ich mit ihm zu stehen die Ehre hatte. v. B.

Reichstagsabgeordneter Lutz-Heidenheim, welcher vom Fürsten Bismarck in Audienz empfangen war, stellte die Frage, ob der Fürst, wie verbreitet worden war, gegen den Handelsvertrag mit Österreich und gegen Herabsetzung der Getreidezölle nichts einzuwenden habe. Der Fragesteller erhielt hierauf vom Fürsten Bismarck folgende Antwort:

An den Reichstagsabgeordneten Lutz-Heidenheim.

5. August 1891.

Sie können es jedem sagen, ich halte jede Herabsetzung unserer Getreidezölle für ein vaterländisches Unglück.

An Dr. Georg Wieser in Marburg.

Varzin, 28. November 1891.

Euer Hochwohlgeboren danke ich verbindlichst für die Übersendung Ihrer Artikel aus der Gegenwart und für die freundlichen Zeilen vom 19. d. M., mit welchen Sie dieselben begleiteten. In der Stetigkeit, mit welcher unsere politischen Institutionen nach meinem Ausscheiden aus dem Dienst ungestört fortwirken, liegt der volle Beweis für die Unrichtigkeit der von meinen Gegnern so oft ausgesprochenen Behauptung, daß die deutsche Reichsverfassung nur auf mich und meine Ansichten zugeschnitten worden sei und durch mein Ausscheiden geschädigt werden würde. Den Wunsch nach Herstellung einer großen homogenen Parlamentsmajorität teile ich mit Ihnen, halte ihn aber für einen „frommen", der nach den mir verbliebenen Eindrücken auch in der Zukunft nicht mehr Aussicht auf Erfüllung hat, als ich in der Vergangenheit gewinnen konnte. Ich bin froh, daß es mir so lange gelungen ist, die Einigkeit der Dynastien zu erhalten; die der Parteien bis zu einer konstanten Mehrheit herzustellen, war nicht möglich und wird es schwerlich

werden. Ihre Darlegungen habe ich gern geleſen; ſie waren mir intereſſant und wertvoll und ich bitte Sie, den Ausdruck meines Dankes wiederholt entgegen zu nehmen.

v. B.

An den Hamburger Senat.

Friedrichsruh, 3. April 1892.

Unter den Auszeichnungen, die mir aus Anlaß meines Geburtstages zu Teil geworden ſind, hat mich der Glückwunſch des hohen Senats der Freien- und Hanſe-Stadt beſonders wohlthuend berührt, nicht nur in meiner Eigenſchaft als Ehrenbürger und Nachbar der größten Handelsſtadt des Reichs und des Kontinents, ſondern auch in Erneuerung der Freude, die ich an dem Aufſchwunge habe, welchen Hamburg ſeit Jahrzehnten genommen und deſſen fernere Entwickelung dem Unternehmungsgeiſte, der Thätigkeit und dem Bürgerſinne des hamburgiſchen Gemeinweſens entſprechend ich erhoffe und mit Überzeugung vorausſehe.

Ich bitte Eure Magnificenz, dem hohen Senate mit dem Ausdrucke meines ehrerbietigen Dankes für ſeine Begrüßung meine herzlichſten Wünſche zur Kenntnis zu bringen für die fernere gedeihliche Entwicklung der Weltſtadt, deren Mitbürger zu ſein mir eine ſo hohe Ehre iſt.



Dankſagung.

Kiſſingen, 27. Juni 1892.

Am Ziele meiner Reiſe drängt mich die Erinnerung an die mir unterwegs zu Teil gewordenen ſympathiſchen Kundgebungen und an meine Unfähigkeit, dieſelben nach dem

Bedürfnisse meines Herzens im Einzelnen zu erwidern, zur öffentlichen Aussprache der dankbaren Gefühle, welche sie in mir hervorrufen.

Die ehrenvollen Begrüßungen in Dresden, München, Augsburg und auf der Bahnfahrt durch Sachsen und Bayern haben mich von Herzen erfreut, weil sie mir bewiesen, in welchem Umfange ich durch meine Mitarbeit an der Einigung des Vaterlandes die Anerkennung und das Wohlwollen meiner deutschen Mitbürger außerhalb meiner engeren Heimat gewonnen habe. Alle, die dazu mitgewirkt haben, mir nach dem Abschlusse meiner arbeit- und sorgenvollen amtlichen Thätigkeit für den Rest meines Lebens diese wohlthuende und tröstliche Befriedigung zu gewähren, bitte ich, durch diese Veröffentlichung meinen warmen Dank freundlich entgegen zu nehmen. v. B.



Nachtrag

zu Seite 137, Brief an Manteuffel vom 29. Januar 1852.

Der Antrag des Herrn v. Bismarck ging auf sofortige Anerkennung des Bundeseigentums der Flotte unter Hinweisung auf die Consequenz der sofortigen Einzahlung sämmtlicher rückständiger Flotten-Matrikularbeiträge. Im Falle ein diesfälliger Beschluß nicht sogleich ohne Instructions-Einholung gefaßt werden sollte, beantragte Herr a Bismarck die sofortige Auflösung der Flotte unter gewissen Modalitäten.

Die Bundesversammlung beschloß mit Mehrheit der Stimmen, diejenigen Regierungen, welche unter der Voraussetzung, daß zu einer Bundesflotte Oesterreich und Preußen je ein Contingent stellen würden, zum Behufe der Stellung eines dritten Contingents eine Vereinbarung beabsichtigen über die gemeinsame, vollständige oder theilweise Uebernahme der Nordseeflotte, zu ersuchen, bis zum 10. Februar der Bundesversammlung eine Erklärung darüber zugeben zu lassen, ob und in welcher Weise diese Vereinbarung zu Stande gekommen, oder doch so weit angebahnt sei, daß ein Zustandekommen derselben mit Sicherheit zu erwarten stehe. Auch wenn der Verein bis zum 10. Februar noch nicht zu Stande gekommen, sollten sich die gedachten Regierungen verpflichten, die vom 1. Januar 1852 zur Unterhaltung der Flotte erforderlichen Gelder vorläufig und unter Vorbehalt des Ersatzes aus dem ersten Ertrage des Verkaufes dem Bunde vorzuschießen. Bis 10. Februar sollten sich dieselben endlich zum Behufe der schleunigsten Ermöglichung der eventuell zu beschaffenden Veräußerung des Materials erklären, ob sie und welche Schiffe sie im Falle einer Veräußerung bereit wären, in ihr Eigentum zu übernehmen.







